

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Susanne Boehm
Jule Ehms
Bernd Hüttner
Robert Kempf
(Hrsg.)

MAKING History



Zu Geschichte
von links/ und
zur Geschichte
von Linken

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Boehm / Ehms / Hüttner / Kempf (Hrsg.)
MAKING History

Susanne Boehm, Historikerin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im SFB 1567 Virtuelle Lebenswelten der Universität-Bochum; Forschungs- und Lehrtätigkeiten in den Feldern Geschlechtersozio­logie und Bildungswissenschaften mit den Schwerpunkten Scientific Reasoning und Wissenschaftskonzepte, forschungsorientierte Lehr-Lernsettings, Politiken Neuer Sozialer Bewegungen, Intersektionalität, Bildung und Inklusion.

Jule Ehms ist Historikerin; Lehrbeauftragte an der Universität Leipzig; Projektreferentin bei der Hans-Böckler-Stiftung; Forschungs- und Lehrtätigkeiten in den Feldern Geschichte und Theorie der Arbeiter:innenbewegung, Erinnerungsgeschichte und marxistische Philosophie. Im Dampfboot Verlag erschienen ist ihre Dissertation *Revolutionärer Syndikalismus in der Praxis. Die Betriebsratsarbeit der Freien Arbeiter-Union Deutschlands von 1918 bis 1933*, Münster 2023.

Bernd Hüttner, Politikwissenschaftler, Referent für Zeitgeschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, U.a. Mitglied des Vorstandes der German Labour History Association und der Redaktion von „Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien“. Er gab 2021 bis 2025 zusammen mit Riccardo Altieri und Florian Weis die fünf­bändige Reihe „Juden und Jüdinnen in der internationalen Linken“ heraus.

Robert Kempf ist Historiker, verdient seinen Lebensunterhalt außerhalb der Wissenschaft. Er wünscht sich, dass das gesellschaftskritische Potenzial der Geschichtswissenschaften stärker genutzt und reflektiert wird. Über die realen Verhältnisse im akademischen Betrieb macht er sich jedoch keine Illusionen.

Susanne Boehm / Jule Ehms / Bernd Hüttner /
Robert Kempf (Hrsg.)

MAKING History

Zu Geschichte von links und zur Geschichte von Linken

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Diese Publikation entstand mit freundlicher Unterstützung der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

(Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

1. Auflage Münster 2025

© 2025 Susanne Boehm, Jule Ehms, Bernd Hüttner und Robert Kempf

Umschlag: Lütke Fahle, Münster

Print-ISBN 978-3-89691-146-9

PDF-ISBN 978-3-98634-207-4

<https://doi.org/10.56715/978398634207>

Inhalt

<i>Susanne Boehm / Jule Ehms / Bernd Hüttner / Robert Kempf</i> Vorwort	7
--	---

Theoretische Bezüge linker Geschichte

<i>Robert Kempf</i> Was „linke Geschichte“ sein könnte – Eine Erinnerung	17
---	----

<i>Gisela Notz</i> Zur Geschichte der feministischen Geschichtswissenschaft	31
--	----

Fallstudien zur Geschichte von Linken / Einblicke

<i>Dominik Rigoll</i> Mehr Impact als man denkt. Wie die ausgegrenzte Linke die alte Bundesrepublik prägte	49
---	----

<i>Markus Mohr</i> Umgestelltes K. Linksradikalismus in der Bonner Republik 1967–1973	63
--	----

<i>Vera Bianchi</i> Die Initiative „FAU sucht Frau“ in den 2000er Jahren	83
---	----

<i>Yves Müller</i> Ein „Konzept Antifa“? Organisationsdebatte und „revolutionärer Antifaschismus“ in der Antifa-Bewegung der 1990er Jahre	99
--	----

Geschichtsarbeit im Kontext der Rosa-Luxemburg-Stiftung

<i>Susanne Boehm</i> „Den Dialog zu fördern, das war einfach die Idee“ <i>Ein Interview mit Bernd Hüttner</i>	119
---	-----

Dissertationen von (ehemaligen) Mitgliedern des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung	140
<i>Uwe Sonnenberg / Rhena Stürmer</i> „Wir haben uns als Brücke verstanden“ <i>Ein Interview mit Jörn Schüttrumpf</i>	143
Netzwerke	
<i>Redaktion Sozial.Geschichte Online</i> Sozial.Geschichte Online. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts	163
<i>Stefan Berger</i> German Labour History Association (GLHA)	167
<i>Anke Hoffstadt / Sebastian Bischoff</i> Nach oben gescheitert! How to kritische Zeitgeschichte zur extremen Rechten oder: wie der Zeithistorische Arbeitskreis Extreme Rechte (ZAER) entstand	171
<i>Fabian Bennewitz</i> Bewegte Geschichte schreiben. Ein Rück- und Ausblick auf die historische Zeitschrift „Arbeit – Bewegung – Geschichte“	175
Autorinnen und Autoren	181

Susanne Boehm / Jule Ebms / Bernd Hüttner / Robert Kempf

Vorwort

Plurale Erinnerung – und Macht

Geschichte erinnern und Geschichte schreiben sind umstrittene, keineswegs politisch neutrale Handlungen. Wie das Vergangene gedeutet wird, und was überhaupt als vergangen angesehen oder was vergessen wird, ist Terrain und Resultat gesellschaftlicher Kämpfe, und damit einer permanenten Neuaushandlung unterworfen. Nicht jede Geschichte wird gleichermaßen anerkannt. Eine Betrachtung – und damit verbunden: eine Deutung – der Vergangenheit aus einer herrschaftskritischen und emanzipatorischen Perspektive bedeutet, oftmals jenseits von bekannten Erzählungen, die Geschichte ver- und beschwiegener, vergessener, besiegtter Strömungen, Gruppen und Einzelpersonen in den Blick zu nehmen. Fragen nach dem Leben und Kämpfen oder nach Transformationen, Siegen und Niederlagen stellen sich besonders mit Blick auf die Geschichte von Bewegungen, die selbst aus einer Kritik an bestehender Herrschaft heraus gehandelt haben. Beispiele dafür sind jene Bewegungen, die nicht nur im globalen Norden als „neue soziale“ zusammengefasst werden, ebenso wie die Kämpfe von Frauen bzw. FLINTA*s, um Ermächtigung und Emanzipation einzufordern. Ein gewisser Sonderfall, aber gleichwohl die vermutlich wichtigste Gruppe ist „die Arbeiterbewegung“. Diese unterlag einem enormen Ausdifferenzierungsprozess und wurde seit 1917 in verschiedenen Ländern zum Staat.

Der Hauptfokus lag und liegt dabei auf Kämpfen zur Ermächtigung von entrechteten Gruppen. Marxismus als Analysemittel und Aufforderung zu Aufruhr gegen Ausbeutungsverhältnisse ist nach wie vor ein zentraler Bezugspunkt für linke Historiker:innen. Von hier aus befassen sie sich mit der Geschichte von Arbeiterverbänden, Gewerkschaften, sozialen und antikolonialen Bewegungen und deren Konzepten zur Umsetzung emanzipatorischer Forderungen, oder auch mit Konterrevolutionen und anderen Formen von Repressionen. Nicht selten geht es dabei auch um linke Erinnerungspolitik – sowohl nach innen als auch nach außen: Einerseits sollen Niederlagen aufgearbeitet, politische Identitäten gefestigt oder an vergangene Debatten erinnert werden. Andererseits geht

es ebenso um das Hinterfragen vermeintlicher Selbstverständlichkeiten, um die Sichtbarmachung der historischen Alternative, von Utopien, Kämpfen und natürlich von Erfolgen für Diskurse jenseits des eigenen politischen Umfelds.¹ Dabei wurden und werden jedoch immer wieder Perspektiven ausgeklammert. Auch linke Erinnerungspolitik blendet diese Tatsache noch immer tendenziell aus und wird der gesellschaftlichen Vielstimmigkeit, Resultat von beispielsweise Einwanderung und Fluchtbewegungen, bislang nur unzureichend gerecht und marginalisiert damit viele individuelle und kollektive Erinnerungstraditionen, statt diese multiperspektivisch in einen anspruchsvollen Dialog zu bringen.²

Wessen Stimmen werden gehört?

Um ein Verschweigen von marginalisierten Perspektiven also nicht zu reproduzieren, sondern ihnen auf die Spur zu kommen, muss linke Erinnerungsarbeit fragen: Wer spricht, wem wird zugehört, wer darf publizieren, bekommt Geld und andere Ressourcen, um die eigene Erzählung zu verstetigen? Diese Fragen sollte eine herrschaftskritische Forschung immer stellen, tut dies jedoch zu selten. Geschichtsdeutung dient aber auch oft dem Versuch von Herrschaftssicherung. Es wurde lange gestritten, ab wann der Marxismus, meist in der Form des Marxismus-Leninismus, zu einer verdinglichten „Theorie“ wurde, die primär der Herrschaftssicherung sich auf Marx und Engels berufender Parteien und Staaten diene. Dass diese einen mehrheitlich autoritären Zug aufweist, dürfte unstrittig sein. Im Realsozialismus wird „Sozialismus“ zum Herrschaftswissen, das mühsam vom Eispanzer befreit werden muss und musste, während zugleich in den kapitalistischen Staaten das Nebenwiderspruchsdenken linker Theorie und die patriarchalen Strukturen in linken Gruppen und Parteien bekämpft wurden und werden (vgl. dazu Bianchi und Notz in diesem Band).

Die Abwendung vom Marxismus dürfte zumindest in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts für die Linke das wichtigste politisch-ideologische Momentum gewesen sein, egal ob es sich dabei um Umweltbewegungen, die den linken Fortschrittsoptimismus kritisierten, die *autonomia operaia* in Italien oder die niederländische Schwulen- oder Frauenbewegung handelte. Forschung

-
- 1 Vgl. Hoffrogge, Ralf: „Geschichte wird gemacht“, in: Jacobin, 01.05.2025. <https://jacobin.de/artikel/arbeiterbewegung-geschichte-realsozialismus-organisierung> [letzter Zugriff 12.06.2025].
 - 2 Vgl. dazu etwa die Arbeit und Texte der Coalition for Pluralistic Public Discourse: <https://cppdnetwork.com> [Letzter Zugriff 16.06.2025].

zu Bewegungsgeschichte kann am Aktivismus dieser politischen Gruppen jene Abwendung rekonstruieren und gleichzeitig die Besonderheiten dieser Bewegungen konturieren und die damit jeweilig hervorgebrachten politischen Anliegen aufzeigen.

Doch linke Geschichtsforschung muss hierbei für die eigene Arbeitsweise sensibel bleiben. In den 1980er Jahren wurde in Schweden, Westdeutschland und Großbritannien eine „Geschichte von unten“ praktiziert.³ Schon in der Kritik an dieser Bewegung, aber dann auch in einer selbstkritischen Reflexion, wurde problematisiert, dass auch diese Perspektive „von unten“ Gefahr läuft, insbesondere durch die Beschäftigung mit „hauseigenen“ Themen zu essenzialisieren und zu homogenisieren, Mythen und fragwürdige Idole zu erschaffen. Diese Kritik wurde in den 2010er Jahren in der vom Arbeitskreis Loukanikos angestoßenen Debatte aktualisiert⁴ und spielt auch in diesem Sammelband erneut eine Rolle. Gerade weil eine linke Geschichtsschreibung hegemoniale Deutungen hinterfragt, marginalisierte Gruppen sichtbar machen möchte und zu einem kritischen Erinnern einlädt, erfordert sie die fortwährende Selbstreflexion der eigenen Rolle und Praxis. Vor diesem Hintergrund bot das 20. Jubiläum des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung nicht nur einen Anlass zur Rückschau, sondern auch zur kritischen Selbstvergewisserung.

Ein Jubiläum als Anstoß

Anstoß für dieses Buch war, dass der 2006 gegründete Gesprächskreis Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Jahre 2026 ein Jubiläum zu feiern hat, und sich damit eine „klassische“ Gelegenheit bietet, sich selbst zu historisieren: Was wurde erreicht, was wurde versäumt? Zu Beginn der Arbeit an den Texten standen vor allem Fragen der Selbstverortung im Vordergrund: Was ist/heißt eigentlich „linke Geschichte“ und wie lässt sich das, was die Mitwirkenden im Gesprächskreis Geschichte machen und gemacht haben zur Geschichte der Linken positionieren?

3 Vgl. Wüstenberg, Jenny, *Zivilgesellschaft und Erinnerungspolitik in Deutschland seit 1945*, Münster 2020; Schwanzar, Fabian, *Die Praxis der Erinnerung. Gedenkstättenbewegung und Geschichtspolitik in der Bundesrepublik*, Diss. Uni Jena, 2022, <https://doi.org/10.22032/dbt.62013>; Grotrian, Etta, *Barfuß oder Lackschuh? Geschichtswerkstätten und „neue Geschichtsbewegung“ in den 1980er Jahren*, Berlin 2023, <https://refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/37803> [Letzter Zugriff 10.03.2025].

4 History is unwritten. Beiträge zur Debatte um linke Geschichtspolitik, in: ak, analyse & kritik, Sonderbeilage, Winter 2013, www.akweb.de/sonderhefte/history-is-unwritten/ [Letzter Zugriff 16.06.2025].

Dieses Buch hat zwei Vorläufer, was Struktur und Absicht angeht. Diese erschienen im Abstand von zehn Jahren, womit sich mit unserem Buch dieser Rhythmus nun sogar fortsetzen lässt. Der AK Loukanikos veröffentlichte 2015 den sehr wichtigen Band „History is unwritten“ (zu einer Tagung 2013) und bereits 2005 war etwas abgelegen unter dem Titel „Kritische Geschichte“ der Band zu einer Tagung erschienen, die 2003 in München stattgefunden hatte.⁵ Der Gesprächskreis selbst hat bisher erst zwei eigenständige Publikationen vorgelegt.⁶ Unser Ziel ist, dass die Arbeitsweise des Gesprächskreises zugänglich werden kann, wie Einblicke in Diskussionen oder Hinweise auf bereits erschienene Publikationen, aber auch über zugrundeliegende Haltungen und Ansätze, die über dieses Buch hier offengelegt werden.

Mit seinen ausgewählten Perspektiven weist dieses Buch aber auch Leerstellen auf, die mit Selektivität einhergehen. Eine Gesamtschau der Fragen rund um die Geschichtsschreibung von Linken ist schließlich nicht das Ziel des Buchs, ebenso wie das Buch keine abschließenden Antworten auf Kontroversen zwischen linken Strömungen zu geben versucht. Die Beiträge sind im Kontext des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung entstanden und daher eine offene Sammlung, die dogmatische Engführungen kritisch sieht und doch linke Ansprüche bekräftigt. Ansatzpunkt und Gemeinsamkeit der versammelten Beiträge ist die Auseinandersetzung mit linker Historizität, sowohl auf der Ebene kritischer Geschichtsforschung und Gesellschaftskritik als auch auf der Ebene der kleinteiligeren Betrachtung von Bewegungsgeschichte und Aktivismus. Es zieht daher Fäden durch die unumgängliche Zerklüftung eines selektiven Arrangements. Was die Perspektiven hier eint, ist eine wohlwollende Distanz, die zwar Abstand nimmt von identitätsstiftenden Elementen, aber sich diesen doch

5 Vgl. Bauer, Philipp/Heigl, Richard/Ziegler, Petra (Hrsg.), *Kritische Geschichte. Perspektiven und Positionen*, Leipzig 2005; AutorInnenkollektiv Loukanikos (Hrsg.), *History is unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft*, Münster 2015, Open Access: <https://historyisunwritten.wordpress.com/history-is-unwritten-als-pdf/>; Bernd Hüttner, „Netzwerkarbeit im Feld kritischer Geschichtswissenschaft: Von Making History (2003) zu History is unwritten (2013)“, in: ebd., S. 120–133, auch online: www.rosalux.de/news/id/4099/ [Letzter Zugriff 08.06.2025].

6 Herausgeber*innenkollektiv des Gesprächskreises (Hrsg.), *Gegenwartsgestrige. Rechte Geschichtspolitik heute*, Berlin 2021, www.rosalux.de/publikation/id/44536 [Letzter Zugriff 08.06.2025]; Redaktionskollektiv aus dem Gesprächskreis Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), *Feministische Theorie nur mit feministischer Solidarität. Texte für Gisela Notz*, Neu-Ulm 2022.

zuwendet und sie zugleich als Teil linker Bewegungsgeschichte anerkennt. Bei der Verbindung zwischen konkreten Einblicken in aktivistische Hinterlassenschaften und einer Retrospektive auf die Arbeit von Historiker:innen selbst, die mit dem Anspruch von Herrschaftskritik in die historiografische Auseinandersetzung gegangen sind, wird dies deutlich. Dabei schwenkt die Neubetrachtung von Bekenntnissen linker Erinnerungspolitik hin zur Anerkennung des Dialogs als notwendigen Schritt, ohne dass dabei ein Abgleiten in Beliebigkeit folgen müsste.

Zum ersten Mal wird dabei auch die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit ihren Bezügen zum Themenfeld Geschichte zum Gegenstand der Betrachtung gemacht und reflektiert, wenngleich diese nicht als abgeschlossen, sondern der vorläufige Rückblick hier als Momentaufnahme des bislang Gewesenen gilt.⁷ Ebenso wie dieses Buch notwendige Leerstellen aufweist, so finden sich in der geschichtsbezogenen Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung vernachlässigte Themenfelder wie beispielsweise (Post-)Kolonialismus, Internationalismus, migrantische Erinnerung und feministische Geschichte, um nur die wichtigsten zu nennen. Mit kritischen Verweisen, ohne damit die bisherige Arbeitsweise zu verwerfen, können hier Blickpunkte gesetzt werden, um zukünftig das Spektrum der Auseinandersetzung zu erweitern und zu systematisieren. Denn dass Geschichtsforschung von linken Historiker:innen durch die Herausforderung von Bestehendem lebt, kann hier als Konsens gesehen werden. Ohne das Rütteln an vermeintlich Gegebenem, kann Herrschaft nicht kritisiert werden. Das bezieht aus unserer Sicht auch die Zugänge zu Wissen und die Kritik der Umstände ihrer Produktion ein.

Zwischen Theorie und Organisation linker Geschichtsforschung

Dieses Buch will ermächtigen und Wissen teilen mit Einblicken in Arbeitsweisen, die mitunter jenseits des öffentlich Bekannten liegen. Unser Ziel ist es unter anderem, den riesigen Fundus an Literatur etwas auszumessen, Steighilfen und vielleicht sogar Wegweiser in die zerklüfteten Gebirge des existierenden Wissens zu bieten. Deswegen findet sich eine Vielzahl an Verweisen auf Litera-

⁷ Vgl. als eine Zwischenbilanz Hüttner, Bernd/Nakath, Detlef, „Antistalinismus – deutsche Zeitgeschichte – Geschichtsschreibung einer pluralen Linken. Geschichtsarbeit in der Rosa-Luxemburg-Stiftung – ein Blick zurück – nach vorne“, 24.01.2016, <https://www.rosalux.de/news/id/8660> [Letzter Zugriff 10.06.2025].

tur.⁸ An ausgewählten Stellen zoomt dieses Buch in Debatten hinein und bietet den bereits inhaltlich Bewanderten Einblicke in Details. Zuvorderst richtet sich das Buch jedoch an Interessierte, die auf der Suche nach Grundzügen linker Geschichtswissenschaft und der Betrachtung linker Bewegungsforschung sind. Linke Geschichtswissenschaft ist nie ganz gelöst von linker Traditionsbildung, auch und gerade wenn sie maßgeblich (Geschichte als) Gesellschaftskritik betreibt (vgl. Kempf in diesem Band).

Dieses Buch will beispielhaft zeigen, dass Alternativen zu Bestehendem möglich waren, dass Ideen und Gegenkräfte zu dem, was sich durchsetzte, existierten und teilweise marginalisiert wurden. Zu einem (bisher) relativ wenig erforschten Zeitabschnitt in der „Geschichte der Linken“ demonstriert das Dominik Rigoll in seinem Beitrag. Dass dies zugleich für Prozesse in der Geschichtsforschung gilt, zeigt Gisela Notz mit Fokus auf Marginalisierungsprozesse und Ermächtigungsversuche feministischer Geschichtswissenschaft. Die Forschenden aus marginalen Themenfeldern müssen sich heute im Dickicht der akademisch-etablierten Zunft ihre Nischen suchen, denn Forschung aus feministischer und anderer herrschaftskritischer Perspektive heraus ist nicht als Kern in der Geschichtswissenschaft etabliert. Vielmehr finden sich gegenwärtig knappere Ressourcen für Bewegungsarchive, Gedenkarbeit und gleichzeitig nehmen ideologische Kämpfe zunehmend Raum ein. So heißt es, in Kontakt miteinander zu kommen, sich gegenseitig so gut es geht zu unterstützen und darin eine in linken Kreisen vielbetonte, doch stets wiederzubelebende Formel hochzuhalten: Solidarität. Darin ist dieses Buch ein Baustein.

Linke Bewegungen werden hier beispielhaft untersucht, wie die Beiträge von Vera Bianchi, Markus Mohr und Yves Müller zeigen, bei denen unterschiedliche gruppen- und netzwerkbezogene Prozesse vor dem Hintergrund ihrer eigenen politischen Ansprüche im Mittelpunkt stehen. Die Kritik, „linke Geschichte“ beschäftige sich vor allem mit der Untersuchung der eigenen Traditionen, egal ob es die SED oder die westdeutsche Linke ist, scheint sich zu bestätigen. Hierzu jedoch legt Robert Kempf in diesem Band einen Ansatz zur Reflexion vor und setzt sich in einer sondierenden Betrachtung kritisch mit jenen Elementen auseinander, die linke Geschichtsforschung aktuell kennzeichnen. Während Kempf

8 Weitere Quellen sind zum Beispiel www.kobib.de, die kollaborative Online-Bibliographie zur kritischen Geschichte, oder die Literaturlisten auf <https://www.rosalux.de/stiftung/gespraechskreise/geschichte/literaturlisten>. Vom Podcast [rosalux_history](https://www.rosalux.de/rosalux-history) liegen aktuell 30 Folgen vor (<https://www.rosalux.de/rosalux-history>), beim sog. Theoriepodcast, der auch stark historisch argumentiert, sind es sogar 52. Stand 06.08.2025 (<https://www.rosalux.de/theoriepodcast>).

dabei der oftmals kleinteiligen und akteursbezogenen Forschung, die allein Bewegungsaktivismus zu ihrem Gegenstand macht, eine Engführung anlastet, so öffnet sein Beitrag doch auch Perspektiven zur Wiederaneignung theoretischer Fundamente, um genau diese Tendenz zu vermeiden. Der Sammelband bietet einen Rahmen für derlei Sondierungsbewegungen, auch durch Schlaglichter, die auf geschichtsbezogene Arbeiten im Kontext der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem ihr angegliederten Gesprächskreis Geschichte geworfen werden.

Historische Arbeit in der Rosa-Luxemburg-Stiftung lief und läuft mehrgleisig. Rhena Stürmer und Uwe Sonnenberg, zwei Mitglieder aus dem Gesprächskreis Geschichte, sprachen dazu mit dem Historiker Jörn Schütrumpf über dessen Zugang zu Geschichtsarbeit, sowohl vor als auch nach seiner Anbindung an die Stiftung. Um die Gleise zu beleuchten auf denen der Gesprächskreis Geschichte in den vergangenen 20 Jahren fuhr, sprach Susanne Boehm mit Bernd Hüttner, der ihn mitgegründet und seither maßgeblich mitgestaltet hat. Diese nur unvollständigen Einblicke geben doch Aufschluss über die kontinuierliche und ebenso umfangreiche wie vielfältige Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Themenfeld. Vereinzelt ist dies auch innehaltender Rückblick und vorläufige Bilanzierung.

Um den Band abzurunden und unserem Ziel näher zu kommen, Interessierten eine Fokuslinse an die Hand zu geben – auch für Publikationen und bestehende Netzwerke – wurden vier dem Gesprächskreis Geschichte nahestehende Zusammenschlüsse eingeladen, sich vorzustellen. Diese Nähe drückt sich thematisch und auch über viele Doppelmitgliedschaften aus. Dabei stehen wiederum erste grundlegende Einblicke im Mittelpunkt, für diejenigen, die sich orientieren wollen. Gerade, da es eine Vielzahl von möglichen Beiträgen zur Geschichte von links und Geschichte von Linken gegeben hätte, die sich hier im Sammelband aber nicht finden, bleibt der Hinweis auf jene Zusammenschlüsse wichtig, da sie mit ihrer Arbeitsweise an Stellen weiterarbeiten, die hier im Buch mitunter ausgeklammert werden mussten, sei dies die grundlegende Frage nach gegenwärtigen Arbeits- und Produktionsbedingungen kritischer Geschichtswissenschaft oder der Blick auf realexistierende zeithistorische Forschung zum „Rechtsextremismus“. Die zumindest in den letzten Jahren stärker thematisierte Prekarisierung der und Entgarantierung in der Wissenschaft forderte auch hier ihren Preis,⁹ so dass wir uns zwar vielfältige umfänglichere Beiträge gewünscht hätten, dies jedoch mitunter nicht mehr im zeitlichen und personellen Rahmen umsetzbar war.

9 Auch aus den Reihen derjenigen, die lange im Gesprächskreis Geschichte aktiv waren, vollzogen etliche den Exit aus der Wissenschaft.

Die Idee für dieses Buch entstand im Sommer 2024 am Rande eines Treffens des Gesprächskreises Geschichte und sein Fortschreiten wurde immer wieder mit Interessierten aus dem Kreis rückgekoppelt. Die Verantwortung trugen die vier Herausgeber:innen.

Für Impulse und Unterstützung bei der Konzipierung dieses Bandes möchten wir Richard Heigl, Ralf Hoffrogge, Anke Hoffstadt und Uwe Sonnenberg herzlich danken.

Website des Gesprächskreises Geschichte:

<https://www.rosalux.de/stiftung/gespraechskreise/geschichte/>

Bremen, Hamburg, Hannover, Leipzig im August 2025

Theoretische Bezüge linker Geschichte

Robert Kempf

Was „linke Geschichte“ sein könnte – Eine Erinnerung

Es geschieht nicht häufig, dass explizit nach der Bedeutung der Geschichtsschreibung für die (radikale) Linke heute gefragt wird. Im deutschsprachigen Raum kann vor allem der Tagungsband „History is unwritten“, den das AutorInnenkollektiv (AK) Loukanikos 2015 herausgegeben hat, als handgreifliches Produkt einschlägiger Überlegungen gelten.¹ Der Band fragt, wie ein linker Bezug auf die Geschichte aussehe und „auf welche historischen Momente sich ‘die Linke’ heute beziehen“² könne. Was heißt also „linke Geschichte“ demnach? Die Beiträge präsentierten sehr unterschiedliche Antworten, die häufig und sinnvollerweise am konkreten historischen Untersuchungsobjekt ausformuliert sind. Die Argumente und Perspektiven sind differenziert und plural, brauchen an dieser Stelle jedoch nicht zusammengefasst zu werden. Interessanter ist hier vielmehr, dass der Band insgesamt bemerkenswerte Leerstellen hinsichtlich der Grundfrage hinterlässt.³ Diese Leerstellen sind gerade angesichts der großen Rolle

-
- 1 AutorInnenkollektiv Loukanikos (Hrsg.), *History is unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft*, Münster 2015, <https://historyisunwritten.wordpress.com/history-is-unwritten-als-pdf/> [letzter Zugriff: 25.12.2024]. Die zugrundeliegende Tagung fand im Dezember 2013 statt. Ihr ging wiederum eine Debatte in analyse & kritik voraus, siehe: History is unwritten. Beiträge zur Debatte um linke Geschichtspolitik, in: *ak, analyse & kritik*, Sonderbeilage, Winter 2013, www.akweb.de/sonderhefte/history-is-unwritten/.
 - 2 AK Loukanikos, „Vorschau. Neue Wortmeldungen zur linken Sicht auf die Geschichte“, in: AK Loukanikos (Hrsg.), *History is unwritten*, S.7–14, hier S. 8 f. Der Gesprächskreis Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat die titelgebende Frage ebenfalls umkreist, auch gemeinsam mit dem AK Loukanikos, siehe: „Das Prinzip Hoffnung. ‘Was tun mit der Geschichte?’ Ein Austausch über linke Geschichtsschreibung mit dem AK Loukanikos“, in: Herausgeber*innenkollektiv des Gesprächskreises „Geschichte“ (Hrsg.), *Gegenwartsgestrige. Rechte Geschichtspolitik heute*, Berlin 2021, S.34–41. Online abrufbar unter: www.rosalux.de/publikation/id/44536/gegenwartsgestrige [Letzter Zugriff: 25.12.2024].
 - 3 Diese Einschränkung benennen die Herausgeber*innen auch, siehe AK Loukanikos, „Vorschau“, in: dies., *History is unwritten*, S. 10, Fußnote 7.

historischer Fragestellungen für linke Gesellschaftskritik bemerkenswert. Sie motivieren zu einer weitergehenden kritischen Reflexion einer bewusst linken, emanzipatorischen Geschichtsschreibung. Eine gründliche Bestandsaufnahme und Reflexion zur Frage, was „linke Geschichte“ heute heißt, steht noch aus, und sie kann auch hier nicht geleistet werden. Im Folgenden werden jedoch – angeregt durch den Tagungsband und die ihm vorausgehende Debatte in analyse & kritik – einige Überlegungen formuliert, was „linke Geschichte“ heißen könnte.⁴ Diese Frage weist jedoch, so die These des vorliegenden Artikels, weit über die jüngsten Auseinandersetzungen hinaus. Wichtige Antworten sind in einer weitgehend verlorenen Tradition der Linken zu suchen, an die hier erinnert werden soll, ohne sie bloß in die Vitrine zu stellen.

Aktuelle deutschsprachige Beiträge, die sich wohl selbst als „linke Geschichte“ verstehen, sind zahlreich und in ihrer perspektivischen Tendenz schwer auf einen oder mehrere gemeinsame Nenner zu bringen. Wenn man es doch versucht, wird man beispielsweise einen starken Fokus auf eine Geschichtsschreibung zu linken Strömungen und Akteur*innen feststellen.⁵ Es scheint, dass „linke Geschichte“ meistens historiografisches und erinnerungspolitisches Arbeiten darstellt, das sich historische Linke zum Untersuchungsobjekt macht. So werden dabei etwa traditions- und identitätsbildende Überlegungen stark gemacht, auf die es in aktivistischer Absicht abzielen gelte.⁶ „Linke Geschichte gewinnt dort, wo der klar umrissene Wunsch, sich im Rückblick auch auf den Weg der Selbstvergewisserung über eigene Traditionen und Stärken (aber auch der Fehler und Abgründe) zu machen, im Vordergrund steht.“⁷ Diese Rückblicke sollen keineswegs unkritisch sein. Insbesondere eine linke Kritik an Realsozialismus und Stalinismus wird

4 Behelfsmäßig werden hier die politischen und ideengeschichtlichen Strömungen als „links“ verstanden, die ein radikales, also an die Wurzeln gehendes Selbstverständnis besitzen, das auf die grundlegende, progressive Veränderung bestehender Verhältnisse drängt. „Geschichte“ ist Geschichtsschreibung.

5 Bereits die Beiträge des vorliegenden Bands deuten auf diesen Sachverhalt hin.

6 Z.B.: Hoffrogge, Ralf, „Vorwärts und nicht vergessen? Warum die Linke große Erzählungen braucht und dabei auf die Erfahrungen der Bewegungen der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht verzichten kann“, in: AK Loukanikos (Hrsg.), *History is unwritten*, S. 102–119.

7 „Das Prinzip Hoffnung“, in: Herausgeber*innenkollektiv (Hrsg.), *Gegenwartsgestrige*, S. 37.

zurecht eingefordert,⁸ zumal sie weiterhin ein Nischendasein fristet.⁹ Weitere Schwerpunkte liegen auf geschichtspolitischen Interventionen, zum Beispiel gegen den Geschichtsgebrauch der Rechten,¹⁰ oder auf dem „Ausgraben und Erinnern“, das sich häufig auf marginalisierte Gruppen oder Opfer von Verfolgung ausrichtet.¹¹ Nachdem die Geschichte, entgegen der Spekulation Francis Fukuyamas,¹² nicht geendet ist, spielt zumindest für einen Teil der (aktivistischen) Linken das Historische durchaus eine große Rolle.¹³

„Linke Geschichte“ als positivistische Eigenhistorisierung

Offenbar gibt es weiterhin berufsmäßige Historiker*innen, die sich politisch links positionieren. Sie stellen mit ihren pluralen Ansätzen und Interessen legitime Fragestellungen auf. Und doch geben bestimmte Tendenzen zu denken. Es fällt beispielsweise auf, dass die Ansätze und Fragestellungen sich oftmals kleinteilig akteurszentriert und stark an Aktivismus beziehungsweise historischen Aktivist*innen ausrichten.¹⁴ Was als „linke Geschichte“ gilt, wird bei allem Pluralismus dadurch bemerkenswert eingeschränkt. David Begrich hat dies in einem Beitrag für *analyse & kritik* zugespitzt formuliert: „Der Horizont dessen, was Linke als historischen Bezugsrahmen ansehen, ist weithin fragmentiert und eingengt auf die perspektivische Wahrnehmung eigenen politischen Selbstver-

8 Hürtgen, Renate, „Mehr als ein Tabubruch: Linke Geschichte vor einem Neuanfang:“, in: AK Loukanikos (Hrsg.), *History is unwritten*, S. 287–298.

9 Z.B. der „kontrafaktische“ Ansatz zur Russischen Revolution von Bini Adamczak, der als besonders innovativ und lehrreich herausragt, vgl. Adamczak, Bini, *Der schönste Tag im Leben des Alexander Berkman*, Münster 2017.

10 Z.B. die Beiträge in: Herausgeber*innenkollektiv des Gesprächskreises „Geschichte“ (Hrsg.), *Gegenwartsgestrige. Rechte Geschichtspolitik heute*, Berlin 2021.

11 Z.B. die Beiträge im Abschnitt II in AK Loukanikos (Hrsg.), *History is unwritten*, S. 139–217; vgl. auch Hüttner, Bernd, „Hilft Erinnern, Bewegung zu bewahren? Einige Aspekte linker Geschichtspolitik“, in: *Widerspruch* 41 (2022), H. 79, S. 133–140.

12 Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte*, München 1992.

13 Auf ein großes Interesse deuten auch die zahlreichen Rezensionen des Tagungsbandes „History is unwritten“ hin, siehe die Internetseite des AK Loukanikos, <https://historyisunwritten.wordpress.com/vorabdrucke-und-rezensionen-zu-history-is-unwritten/> [Letzter Zugriff 09.02.2025].

14 Vgl. auch Mayer, David, „Gute Gründe und doppelte Böden. Zur Geschichte ‘linker’ Geschichtsschreibung“, in: AK Loukanikos (Hrsg.), *History is unwritten*, S. 28–52, hier S. 48.

ständnisses oder Aktionsfeldes.¹⁵ Damit korrespondieren auch die eigentlich mändernden, kaum theoretisch fundierten Suchbewegungen des AK Loukanikos. Dieser konstatiert zwar immerhin, dass die Linke keine neuen Mythen brauche, erscheint darüber hinaus aber eher ratlos.¹⁶ Man wird diese thematische Verengung, Fragmentierung und theoretische Konfusion als Ausdruck der historischen Schwäche und Verunsicherung der heutigen (Rest-)Linken auffassen müssen. Trotz kritisch-rationalisierenden Anspruchs, kann sich der starke Fokus auf historische linke Akteur*innen und ihre „Kämpfe“ nur schwer von einer latenten nostalgisch-melancholischen Rückbesinnung lösen, die die Linke in der Krise häufig ereilt. Enzo Traverso hat diesen Umstand in seinem wichtigen Buch über „Linke Melancholie“ expliziert und produktiv zu machen versucht, in dem er ihn als Stärke interpretierte.¹⁷

Angesichts realer Verhältnisse kann die Diagnose von Schwäche und Verunsicherung natürlich kein moralischer Fingerzeig sein. Einige ihrer historiografischen Effekte sind dennoch diskussionswürdig. Die linke Eigenhistorisierung enthält erstens ein gewisses Risiko, zur narzisstischen Selbstbefassung zu werden, die auch Ausdruck eigener politischer Schwäche ist. Sich mit marginalisierten „identity groups“ zu befassen, ist zweitens wiederum zwar angesichts gravierender grauer Flecken im Geschichtsbewusstsein dringend notwendig. Es besteht jedoch Gefahr, sich zu sehr der Logik rein repräsentativer „Sichtbarmachung“ hinzugeben, die im liberalen Mainstream bereits etabliert ist und die nicht mehr darauf zielt, gesellschaftliche Verhältnisse grundlegend zu überwinden. Drittens, und darum soll es hier gehen, fällt bei vielen einschlägigen Arbeiten ihr tendenziell deskriptiver Charakter auf. Ein bloßes Dokumentieren von Sachverhalten ist beispielsweise dem „Ausgraben und Erinnern“ gewiss unmittelbar nützlich, neigt

15 Begriff, David, „Erzählung statt Mythos. Vom Umgang mit linker Geschichte“, in: *History is unwritten. Beiträge zur Debatte um linke Geschichtspolitik*, in: *ak, analyse & kritik*, Sonderbeilage, Winter 2023, S. 14.

16 AutorInnenkollektiv Loukanikos, „Im Zweifel für den Zweifel? Eine Montage zu den Möglichkeiten linker Geschichtspolitik“, in: dies., *Beiträge zur Debatte*, S. 5–7; dies., „Trotz Stalin, Knopp und alledem. Abschlussbeitrag zur ak-Debatte um linke Geschichtspolitik“, in: ebd., S. 18–19; ausführlicher s. a. AutorInnenkollektiv Loukanikos and friends, „Im Zweifel für den Zweifel? Eine Montage zu den Möglichkeiten linker Geschichtspolitik“, in: Fischer, Henning/Fuhrmann, Uwe/König, Jana/Steffen, Elisabeth/Sträter, Till (Hrsg.), *Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation*, Münster 2012, S. 163–189.

17 Traverso, Enzo, *Linke Melancholie. Über die Stärke einer verborgenen Tradition*, Münster 2016.

allerdings in seiner Logik stark einer positivistischen Form von Wissenschaft zu. Damit soll hier etwas vereinfachend eine Wissenschaftspraxis bezeichnet sein, die sich mit der Akkumulation von „erkennbaren“ Tatsachen begnügt, mit dem Auseinandernehmen, Etikettieren, Registrieren ihrer Gegenstände, die jedoch nicht auf das gesellschaftliche Ganze rückbezogen werden. Die Kritische Theorie hat diese Art wissenschaftlichen Denkens als ideologisch, also die gesellschaftlichen Verhältnisse verklärend, kritisiert. „Linke Geschichte“ unterscheidet sich hierin also nicht von einer „bürgerlichen“ Geschichtswissenschaft.¹⁸

Rückblick: Geschichtsanalyse als revolutionäre Theorie und Praxis

Sowohl diese Mankos als auch die Verunsicherung über Rolle und Charakter „linker Geschichte“ stehen im Kontrast zu der großen Rolle, die das Historiografische für Linke sehr lange gespielt hat.¹⁹ Für Karl Marx und Friedrich Engels war es zentral, in historischen Perspektiven zu argumentieren und ihre radikale Kritik der Verhältnisse anhand der Analyse geschichtlicher Prozesse zu entwickeln. Bereits die frühen Werke von Marx und Engels sind ausführliche Reflexionen über die Relevanz des Historischen und insbesondere seiner Bedeutung für emanzipatorische Bewegungen: Im „Kommunistischen Manifest“ argumentierten die beiden Autoren über weite Strecken historisch und verstanden die gesellschaftlichen Verhältnisse als Prozess, dessen gestalterisches Subjekt der Mensch darstellt. Ein weiteres wichtiges Werk ist in diesem Kontext die „Deutsche Ideologie“, in der sich die beiden Autoren am Idealismus der sogenannten Junghegelianer abarbeiteten. Diese philosophische Strömung beanspruchte, progressive Kritik zu betreiben, etwa Religionskritik, nahm aber grundsätzlich an, die Gesellschaft sei nach den Ideen der Menschen geformt. Marx und Engels hielten dem eine Gesellschaftsanalyse entgegen, die gerade umgekehrt die Verhältnisse in ihrer historischen Entwicklung zu erklären habe, die sich durch die menschliche Praxis ergebe. Die Ideen entspringen demnach also vielmehr den gesellschaftlichen Ver-

18 Am Beispiel der Sozialwissenschaften klassisch Adorno, Theodor W., „Soziologie und empirische Forschung“, in: ders., *Gesammelte Schriften. Band 8. Soziologische Schriften I*, hrsg. v. Rolf Tiedemann, Frankfurt am Main 2018, S. 196–216. Es ist erstaunlich, wie wenig die Positivismuskritik innerhalb einer sich als links verstehenden Geschichtswissenschaft offenbar rezipiert wird. In „History is unwritten“ wird dies am Rande aufgegriffen, siehe Grams, Florian, „Lehrstoff aber keine Legenden – Ein Beitrag zum notwendigen Geschichtsverständnis für die emanzipatorische Praxis“, in: AK Loukanikos (Hrsg.), *History is unwritten*, S. 337–347, hier S. 338 f., S. 347.

19 S. a. Mayer, „Gute Gründe“, S. 28–52.

hältnissen, die je nach Ort und Epoche vorherrschen. Jede Analyse müsse daher die materiellen Verhältnisse (lies: gesellschaftliche Beziehungen und Praxis) zum Ausgangspunkt nehmen, nicht zuerst die ideellen (lies: ideologischen) Verhältnisse.²⁰ Das Programm zur historischen Forschung bei kritischer Interpretation der empirischen Ergebnisse war damit gesetzt: „Wir kennen nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte.“²¹

Es ging den beiden Vordenkern des modernen Sozialismus dabei weder um intellektuelle Spitzfindigkeiten noch um abgehobene Metaphysik. Das Ziel war Kritik in praktischer Absicht: Bewusstseinsbildung in Vorarbeit zur Revolution. Marx verewigte dieses Paradigma in seiner berühmten 11. These zu Ludwig Feuerbach, einem der kritisierten Junghegelianer: „Die Philosophen haben die Welt bloß unterschiedlich interpretiert, es kömmt drauf an, sie zu verändern.“²² Folgerichtig untersuchte Marx im Hauptwerk „Das Kapital“ ebenfalls historische Entwicklungen, wenngleich seine dialektische Darstellung dabei logisch vorgeht, also vom Besonderen zum Allgemeinen (von der einzelnen Ware zum entwickelten Kapitalismus), und nicht zwangsläufig chronologisch, also vom Früheren zum Späteren. Doch selbst die Teile des „Kapital“, die auf den ersten Blick rein logisch argumentieren, etwa die ersten drei Kapitel über Ware, Wert und Geld, gehen von der historischen Epoche des Kapitalismus aus, die damit reflektiert wird.²³ In Texten wie „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ von Marx oder „Ursprung der Familie“ von Engels betätigen die Autoren sich darüber hinaus als Geschichtsschreiber im engeren Sinne.²⁴

20 Marx, Karl/Engels, Friedrich, *Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten*, in: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 3, S. 9–530; niedergeschrieben 1845–1846, erstmals veröffentlicht 1932.

21 Marx/Engels, *Deutsche Ideologie*, S. 18.

22 Marx, Karl, *Thesen über Feuerbach*, in: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 3, S. 5–7, hier S. 7.

23 Ausführlich siehe Schweier, Thomas Lutz, „Geschichtliche Reflexionen beim Marx – ein Problemaufriss“, in: Vollgraf, Carl Erich/Sperl, Richard/Hecker, Rolf (Hrsg.), *Geschichte und materialistische Geschichtstheorie bei Marx*, Hamburg 1996, S. 35–52; Hobsbawm, Eric, *Wie viel Geschichte braucht die Zukunft?*, München u.a. 1998, S. 205–219.

24 Marx, Karl, *Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation*, in: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 17, S. 313–365, niedergeschrieben 1871; Engels, Friedrich, *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*, in: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 21, S. 25–173, niedergeschrieben 1884.

Die materialistische Geschichtsauffassung von Marx und Engels legte eine wichtige Grundlage für das Denken zahlreicher Marxist*innen. Der später sogenannte „historische Materialismus“ galt der Arbeiter*innenbewegung vor dem Ersten Weltkrieg als die „sozialistische Wissenschaft“. ²⁵ In historischen Kategorien dachten auch zentrale Köpfe der linken Geistes- und Bewegungsgeschichte des 20. Jahrhunderts, auf die hier bloß unsystematisch hingewiesen werden kann. ²⁶ So beispielsweise auf Rosa Luxemburg, die in ihrer Arbeit „Akkumulation des Kapitals“ neben einer Auseinandersetzung mit zeitgenössischer Ökonomiekritik eine historiografische Untersuchung imperialistisch-kolonialer Entwicklungen ihrer Zeitgeschichte leistete. „Philosophisch“, das heißt für den theoretischen Interpretationsrahmen von Gesellschaftsanalyse, blieb die historische Perspektive ebenfalls wichtig. Antonio Gramscis Gefängnishefte kommen ohne Nachdenken über Geschichte nicht aus. ²⁷ Für Georg Lukács war der Begriff „Geschichte“ ein wesentlicher Ausgangspunkt seiner Weiterentwicklung des Marxismus. Sein Hauptwerk „Geschichte und Klassenbewusstsein“ geht maßgeblich von einer historisch-dialektischen Gesellschaftsanalyse aus. ²⁸ Die Arbeit beeinflusste die Kritische Theorie des Instituts für Sozialforschung, die kritische Wissenschaft als radikale Gesellschaftskritik auf ihre Agenda setzte. ²⁹ Max Horkheimers und Theodor W. Adornos Werke, um nur die heute bekanntesten Vertreter zu nennen, sind stark an einer philosophischen und soziologischen Terminologie ausgerichtet, ³⁰ auch weil sie sich politisch tarnen mussten. ³¹ Eine weitere wichtige Fortführung dieser „linken Geschichte“ stammt nach 1945 von Leo Kofler, der vergleichsweise unbekannt ist, wenn er auch in die Regale linkspositionierter Historiker*innen gehört. Sein Denken teilte wesentliche Prämissen mit der

25 Konzise zusammenfassend siehe Küttler, Wolfgang/Petrioli, Alexis/Wolf, Otto Frieder, „Historischer Materialismus“, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, hrsg. v. Wolfgang Fritz Haug, Bd. 6.I, Hamburg 2014, Spalten 316–334.

26 Engagierte Leser*innen mögen z. B. die Namen Karl Korsch und Walter Benjamin vermissen.

27 Grams, „Lehrstoff“, S. 340.

28 Verschiedene Ausgaben, z. B. Lukács, Georg, *Geschichte und Klassenbewusstsein. Studien über marxistische Dialektik*, Darmstadt 1988 [zuerst 1923].

29 Dannemann, Rüdiger, *Georg Lukács zur Einführung*, Hamburg 1997, S. 108.

30 Für die Problemstellung des vorliegenden Artikels wichtig: Horkheimer, Max, *Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze*, Frankfurt am Main 2005; Adorno, „Soziologie“.

31 Vgl. z. B. Lenhard, Philipp, *Café Marx. Das Institut für Sozialforschung von den Anfängen bis zur Frankfurter Schule*, München 2024, S. 117–144, S. 436–442.

Kritischen Theorie der „Frankfurter“, war jedoch stärker der Geschichtswissenschaft im engeren Sinne verpflichtet. Sein Buch „Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“ trug beispielsweise dazu bei, die bürgerliche Neuzeit kritisch zu historisieren, und zeigte auf, wie Marx' und Engels' Methode angewendet werden kann.³² Überhaupt übten marxistische Strömungen weltweit großen Einfluss auf die Geschichtswissenschaften aus. Gerade in Deutschland ist die Entwicklung der Sozialgeschichte kaum von marxistischen Einflüssen zu trennen, wenn dies auch nicht die einzigen waren.³³

Freilich stehen marxistisch inspirierte Perspektiven im Feld gesellschaftskritischer Geschichtsanalysen nicht allein. Exemplarisch sei nur auf Michel Foucault verwiesen, der sich im Verlauf seines Schaffens zunehmend vom Marxismus abwandte. Seine „Archäologie“ der Macht, die er in Werken wie „Überwachen und Strafen“ entwickelte, deutet ihre historiografische Grundlage bereits im Namen an.³⁴ Die Arbeit steht stellvertretend für die Methode der genealogischen Kritik. Diese unterscheidet sich als subjekttheoretisch und konstruktivistisch ausgerichtete Methode zwar deutlich von der marxistischen Ideologiekritik, teilt jedoch ihre Perspektive gesellschaftliche Phänomene historisch-kritisch herzuleiten.³⁵ Dabei ging es Foucault ebenfalls um eine emanzipatorisch ausgerichtete Gesellschaftsanalyse, wie er in seinem berühmten Vortrag „Was ist Kritik?“ klarstellte: Diese gehe vom Anhaltspunkt aus, „nicht regiert werden [zu] wollen, nicht dermaßen regiert [zu] werden“.³⁶

32 Kofler, Leo, *Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Versuch einer verstehenden Deutung der Neuzeit*, 2 Bände, Berlin 1992 [zuerst 1948]; siehe zu Koflers Werk auch Jünke, Christoph, *Leo Koflers Philosophie der Praxis. Eine Einführung*, Hamburg 2015, hier insbesondere S. 24–32.

33 Mayer, „Gute Gründe“, S. 39; Iggers, Georg, G., „The Marxist Tradition of Historiography in the West“, in: Wang, Edward/Iggers, Georg G. (Hrsg.), *Marxist Historiographies. A Global Perspective*, New York 2016, S. 19–39, hier S. 27 f.; Hobsbawm, Eric, *Wie man die Welt verändert. Über Marx und den Marxismus*, München 2014, hier S. 366–368; s. a. Zacharia, Benjamin/Raphael, Lutz/Bernet, Brigitta (Hrsg.), *What's Left of Marxism Historiography and the Possibilities of Thinking with Marxian Themes and Concepts*, Berlin/Boston 2020.

34 Foucault, Michel, *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt am Main 2009 [i. Org. zuerst 1975]; s. a. Sarasin, Philipp, *Michel Foucault. Zur Einführung*, Hamburg 2005, S. 127–153.

35 Saar, Martin, „Genealogische Kritik“, in: Jaeggi, Rahel/Wesche, Tilo (Hrsg.), *Was ist Kritik?*, Frankfurt am Main 2016, S. 247–265.

36 Foucault, Michel, *Was ist Kritik?*, Berlin 1992, S. 13.

Linkes Denken und Historiografie standen im 19. und 20. Jahrhundert also in engstem Zusammenhang. Angesichts dessen überrascht es zunächst, dass die Frage, welche Rolle „die Geschichte“ für sie spielen könne, einige Linke vor so große Herausforderungen zu stellen scheint. Allerdings ist die Sache komplizierter.

Die fruchtbaren Weiterentwicklungen von Luxemburg bis zur Kritischen Theorie, Kofler und so weiter waren bereits Reaktionen auf gravierende Regressionserscheinungen linker Bewegungen. Als problematisch erwiesen sich bestimmte Tendenzen unter Intellektuellen der Arbeiter*innenbewegung. Einige von ihnen näherten ihre Historiografie an einen quasi-naturwissenschaftlichen Positivismus an, um vermeintliche „geschichtliche Bewegungsgesetze“ für eine sozialistische Politik nutzbar zu machen. Auch teleologische Geschichtsauffassungen, der zufolge die proletarische Revolution mit einem erwarteten Zusammenbruch des Kapitalismus gleichsam zwangsläufig früher oder später erfolgen müsse, schädeten dem kritischen Potenzial sozialistischer Gesellschaftsanalysen.³⁷ Die schwerste Hypothek der Linken bleibt indes der Stalinismus, dessen Name nicht allein ein mörderisches politisches Regime bezeichnet, sondern auch eine Pervertierung der Theorie. Im „Marxismus-Leninismus“ wurden die einst radikal kritischen Kategorien und Prämissen des Marx'schen Denkens in ein unbewegliches politisches Dogma verwandelt, das bloß noch zur Herrschaftssicherung im Einparteiensstaat diente.³⁸ Für Leo Kofler war der Stalinismus der „sichtbarste und gleichzeitige extremste Exponent des unmarxistischen Marxismus“.³⁹ Dass diese verkrustete Theorie auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts für westeuropäische kommunistische Parteien maßgeblich war, hat weitere Erneuerungsbewegungen hervorgerufen, zum Beispiel den Operaismus in Italien.⁴⁰ Das teilweise Festhalten des organisierten Kommunismus am „Marxismus-Leninismus“ dürfte es trotzdem erleichtert haben, das Denken mit und nach Marx insgesamt als Gesellschaftsanalyse zu erledigen – und zwar schon deutlich vor 1990.

Geradezu unmaterialistisch wäre es aber, den Verlust dieser politisch-ideengeschichtlichen Tradition der Linken einfach mit der immanenten Schwäche der

37 Mayer, „Gute Gründe“, S. 36 f.; Grams, „Lehrstoff“, S. 343; Hobsbawm, *Geschichte*, S. 194–196.

38 Mayer, „Gute Gründe“, S. 37 f.; Grams, „Lehrstoff“, S. 344–346.

39 Kofler, Leo, „Marxistischer und stalinistischer Marxismus“, in: Kofler, Leo, *Zur Kritik bürgerlicher Freiheit. Ausgewählte politisch-philosophische Texte eines marxistischen Einzelgängers*, Hamburg 2000, S. 40–67, hier S. 42.

40 Götz, Dominik, *Operaismus. Geschichte & Philosophie des autonomen Marxismus in Italien*, Wien/Berlin 2020.

Theorie oder dem Fehlverhalten ihrer Vertreter*innen zu erklären. Die wesentliche Ursache für den Zusammenbruch der Theorie liegt in den Entwicklungen seit allerspätestens 1990. Unter gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen, in denen der Kapitalismus buchstäblich alternativlos geworden zu sein schien und man ihn zudem neoliberal modernisierte (und so auch linke Gesellschaftskritik teilweise integrierte, wo nützlich oder unbedenklich), war marxistischem Denken gleichsam die materielle Grundlage entzogen. Angesichts der Rolle des „Historischen“ für den Sozialismus erscheint es beinahe konsequent, dass mit dem vermeintlichen „Ende der Geschichte“ auch „linke Geschichte“ endete. An seine Stelle trat bekanntlich das große Angebot von Theorien und Konzepten, das man üblicherweise vereinfachend und undifferenziert, aber nicht völlig unbegründet, als „postmodern“ oder „poststrukturalistisch“ zusammenfasst. Eine scharfe Trennlinie zwischen diesen Strömungen und denjenigen, die man als marxistisch labelt, ist schwer zu ziehen. Die Übergänge sind fließend, sowohl im Denken als auch in damit einhergehenden linken politischen Praxisansätzen. Auch Akteur*innen (z. B. Foucault) sind häufig nicht eindeutig in der einen oder anderen Zuschreibung zu verorten. Die „postmodernen“ Ansätze haben jedenfalls wichtige Perspektiven und Möglichkeiten der Gesellschaftskritik aktualisiert und neu eröffnet, sie gehören aber, um im Bild zu bleiben, zu dem Schutt, der weite Teile „linker Geschichte“ begraben hat.⁴¹ Ideologiekritisch kann hier nur die These angedeutet werden, dass diese Ansätze – bei allem kritischen Potenzial – den gesellschaftlichen Verhältnissen ihrer Epoche gleichsam adäquat sind.

Die im Problemaufriss dieses Aufsatzes angesprochenen Tendenzen „linker Geschichte“ (kleinteilig-fragmentiert, identitäts- und traditionsorientiert, melancholisch, politisch defensiv zu sein) müssen natürlich vor dem Hintergrund dieser gesellschaftlichen und theoretischen Entwicklung interpretiert werden. Es ist folgerichtig, dass „postmoderne“ Strömungen für die allermeisten Historiker*innen, die sich links positionieren, maßgeblich wurden. Sie erweisen sich als verbleibende Felder der Gesellschaftskritik, genauer gesagt: der Kritik einzelner Teilphänomene der Gesellschaft.

41 Iggers, Georg, G., „The Marxist Tradition“, S. 29–31; Wood, Ellen Meiksins *Demokratie contra Kapitalismus. Beiträge zur Erneuerung des historischen Materialismus*, Köln/Karlsruhe 2010, S. 10–13; Mayer, „Gute Gründe“, S. 46–48; Hobsbawm, *Wie man die Welt verändert*, S. 368–374.

„Linke Geschichte“ als Gesellschaftskritik von links

Die beschriebene Tradition „linker Geschichte“ tritt also hinter den modernisierten Konzepten des „cultural turn“ zurück. Kann indes aus der reichhaltigen Tradition heute gar nicht mehr geschöpft werden? Natürlich ist diese rhetorische Frage überspitzt, denn sie übergeht, dass zumindest implizit marxistisch inspirierte Betrachtungen auch in jüngerer Zeit keineswegs völlig verschwunden sind.⁴² Gleichwohl handelt es sich dabei um Ausnahmen. Um die Frage zu beantworten, was „linke Geschichte“ heißt, sei also dafür plädiert, sich die vorhandene geistige Traditionen der Linken im Sinne einer Geschichtsschreibung als emanzipatorisch-sozialistisch ausgerichtete Gesellschaftskritik erneut anzueignen. Das Ziel sollte eine Geschichtsschreibung in kritisch-praktischer Absicht sein, mithin Ideologiekritik⁴³ anhand des historischen Materials. Sie ist als solche frei von thematischen Einschränkungen ihrer konkreten Untersuchungsobjekte und geht weit über traditionsbildende (Eigen-)Historisierung linker (aktivistischer) Akteur*innen hinaus.

Es gibt dabei einige Fallstricke zu beachten und zu reflektieren, was theoretische und methodische Prämissen anbelangt.⁴⁴ Die heute übliche Geschichtsschreibung „von links“ qualifiziert sich, wie gesagt, zumindest unter diesen Gesichtspunkten selten als „linke Geschichte“. Sie ist zu sehr in einer positivistischen Herangehensweise verhaftet, die (unbewusst) ihre wissenschaftliche Aufgabe vor allem im Sammeln und Beschreiben von Tatsachen sieht. Daran ändern auch die regulären Ansprüche an Quellenkritik und Narration im engeren Sinne nichts, so elaboriert, interessant, politisch relevant und schriftstellerisch gelungen die Ergebnisse sein mögen. Stattdessen wäre zu reflektieren, wie die historiografische Forschung ihre Arbeit und ihre empirischen Feststellungen vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Totalität zu interpretieren hat. Der Begriff der Totalität

42 Als willkürlich ausgewählte Beispiele siehe Wood, *Demokratie*; Federici, Silvia, *Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*, Wien/Berlin 2017; Roth, Karl Heinz/van der Linden, Marcel, *Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts*, Berlin 2009; vgl. auch Iggers, „Marxist Tradition“, S. 31–35. Im englischsprachigen Raum spielen etwa die Zeitschriften „Historical Materialism“ und „Critical Historical Studies“ eine Rolle.

43 Einführend z. B. Jaeggi, Rahel, „Was ist Ideologiekritik?“, in: dies./Wesche, Tilo (Hrsg.), *Was ist Kritik?*, S. 266.

44 Als Grundlage für das Folgende vgl. z. B. Marx/Engels, *Deutsche Ideologie*; Lukács, *Geschichte*; Kofler, *Geschichte*; Adorno, „Soziologie“; vgl. auch Grams, „Lehrstoff“, S. 346f.

meint dabei nicht eine Gesamtheit aller erkennbaren Tatsachen, die zu erfassen ohnehin weder möglich noch wünschenswert wäre. Ebenso wenig ist hier von einer anzustrebenden „Gesamtgeschichte“ die Rede. Vielmehr muss es darum gehen, die Gesellschaft als einen Gesamtzusammenhang aufzufassen, einer umfassenden Struktur, die sowohl Voraussetzung als auch prozesshaftes Ergebnis der historisch-gesellschaftlichen Lebensäußerungen der menschlichen Subjekte darstellt. Das Ganze ist entscheidend für alle seine Teile – und umgekehrt. Eine kritische Historiografie hätte ihre jeweiligen Untersuchungsobjekte, die sie je nach Interesse und Fragestellung auswählt, im Rahmen dieser Struktur zu interpretieren und zu verstehen, anstatt sie bloß als isolierte (wenngleich mitunter komplexe) Tatsachen zu registrieren und nachzuerzählen. Man kann dies als „verstehende“ Methode auffassen, in Abgrenzung zu einer bloß „beschreibenden“, oder „äußerlich schildernden“.⁴⁵ Das kritische Potenzial einer solchen Arbeitsmethode ergibt sich auch daraus, dass die Gewordenheit und damit auch die Unabgeschlossenheit gesellschaftlicher Phänomene offengelegt werden kann, und zwar in grundsätzlicher Hinsicht. Dies bildet den Beitrag zur Ideologiekritik: „Alle Verdinglichung ist ein Vergessen“, und Kritik heißt eigentlich soviel wie Erinnerung, nämlich in den Phänomenen mobilisieren, wodurch sie das wurden, was sie geworden sind, und dadurch der Möglichkeit innewerden, daß sie auch ein Anderes hätten werden und dadurch ein Anderes hätten sei können.“⁴⁶

Die empirische Arbeit ist damit also nicht vom Tisch zugunsten wolkigen Philosophierens oder zugunsten des allein „Ökonomischen“, wie marxistische Terminologie oder auch ihre klischeehaften Rezeptionsweisen teilweise suggerieren mögen. Im Gegenteil, Marx und Engels beschrieben die aus ihrer Sicht notwendige Betrachtungsweise folgendermaßen:

„Ihre Voraussetzungen sind die Menschen nicht in irgendeiner phantastischen Abgeschlossenheit und Fixierung, sondern in ihrem wirklichen, empirisch anschaulichen Entwicklungsprozess unter bestimmten Bedingungen. Sobald dieser tätige Lebensprozess dargestellt wird, hört die Geschichte auf, eine Sammlung toter Fakta zu sein, wie bei den selbst noch abstrakten Empirikern [...]. Die Schwierigkeit beginnt erst da, wo man sich an die Betrachtung des Materials, sei es einer vergangenen [!] Epoche oder der Gegenwart, an die wirkliche Darstellung gibt.“⁴⁷

45 So Kofler mit Bezug auf die Literaturtheorie von Georg Lukács, siehe Kofler, *Marxismus*, S. 47.

46 Adorno, Theodor W., *Einleitung in die Soziologie*, Frankfurt am Main 2003, S. 250.

47 Marx/Engels, *Deutsche Ideologie*, S. 27.

Zur notwendigen Reflexion gehörte dabei zudem nicht nur der Stoff, sondern die Tätigkeit der Historikerin, des Historikers selbst. Deren Denken und Arbeiten findet zwangsläufig unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen statt, die die Subjekte überragt wie eine scheinbar allmächtige Maschine. Dass die hier geforderte dialektische oder ideologiekritische Methode bedeutungsloser denn je ist, hat auch mit den Produktionsbedingungen (geschichts-)wissenschaftlicher Arbeit zu tun. Es braucht kaum ausführlich dargestellt zu werden, wie sehr die politische Ökonomie des Wissenschaftsbetriebs nicht bloß einen praktischen, sondern auch einen intellektuellen Konformismus verursacht, dem sich zu widersetzen für abhängige Einzelne wohl unmöglich ist.⁴⁸ Es geht daher, um es erneut zu betonen, hier nicht darum, vermeintliche intellektuelle oder gar politische Fehlleistungen einzelner Forschender moralisierend anzuprangern. Übermächtige Verhältnisse wirken sich notwendig auf Geist und Subjektivität aus, bedingen also den Bereich des Intellektuellen mit. Sie bestimmen außerdem die objektive Rolle der intellektuellen Arbeitskräfte in Staat und Gesellschaft, die von deren individuellem Selbstverständnis weit abweichen kann.⁴⁹

Die Unterteilung der Wissenschaft in säulenhafte Disziplinen mit jeweiligen Fachkulturen gehört ebenfalls zur Problematik. Vermutlich ist es kein Zufall, dass die deutschsprachige Geschichtswissenschaft heute zum Großteil eher theoriefern im hier gemeinten Sinne ist. Selbst da, wo Konzepte aus dem Umfeld beispielsweise des cultural turn wirksam wurden, werden sie, so scheint es, eher selten explizit durchdacht. „Theorie“ kommt gelegentlich über den Umweg der Soziologie in die Geschichtswissenschaft.⁵⁰ Ironischerweise ist die Soziologie wiederum von marxistischen Positionen beeinflusst worden,⁵¹ für die historische Perspektiven so relevant waren. Vielleicht gibt es in der Soziologie noch etwas größere Spielräume für das gesellschaftskritische Denken. Auch der Autor dieses

48 Demirović, Alex, „Möglichkeiten und Grenzen emanzipatorischer Wissensproduktion an Hochschulen. Ein Gespräch mit Martin Birkner“, in: Birkner, Martin (Hrsg.), *Emanzipatorische Wissenschaftskritik in Zeiten von Klimakrise & Pandemie*, Wien/Berlin 2022, S. 297–323; vgl. auch Mayer, „Gute Gründe“, S. 52.

49 Siehe z. B. Kofler, Leo, „Intellektuelle in der spätbürgerlichen Gesellschaft. Zur Dialektik der konservativen und progressiven Intelligenz“, in: Kofler, *Kritik*, S. 190–206.

50 Haas, Stefan, „Theoriemodelle der Zeitgeschichte“, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 22.10.2012, https://docupedia.de/zg//zg/Theoriemodelle_Version_2.0_Stefan_Haas [Letzter Zugriff 09.02.2025]. Angesichts verschiedener Definitionen von „Theorie“ sowie zahlreicher „turns“ geht Haas aber davon aus, dass „Theorie selbst zu einem zentralen Selbstverständigungsdiskurs der Geschichtswissenschaft“ geworden sei.

51 Hobsbawm, *Wie man die Welt verändert*, S. 365.

Artikels verdankt seinen Zugang zu den hier ausgebreiteten Gedanken erstens einem Institut für Soziologie, zweitens aber vor allem dem intrinsisch motivierten Eigenstudium. Kein Historisches Seminar hat auch nur den geringsten Beitrag dazu geleistet.

Fazit

Um die Frage „Was heißt linke Geschichte?“ weiterzutreiben und auszuarbeiten, müsste eine verschüttete Tradition viel gründlicher ausgegraben werden, als es bislang geschieht. Das hieße, eine erneute Lektüre und aktualisierende Wiederaneignung intellektueller Archive, es hieße nicht, sie bloß darstellend zu historisieren. In Randbereichen von Forschung und „Geschichtspraxis“ ist dies gewiss noch möglich. Bereits eine Positivismuskritik der Geschichtswissenschaft könnte ein spannendes Projekt darstellen. Das hieße auch, eine weitergehende Untersuchung der ökonomischen, praktischen, intellektuellen und methodischen Voraussetzungen und Ergebnisse wissenschaftlicher Tätigkeit, gleichsam eine Ideologiekritik der eigenen Arbeit vorzunehmen. Gleichwohl ist es müßig und unangemessen, hier positiv einzelne Themenbereiche und Fragestellungen zu benennen. Linke Geschichte beschränkt sich nicht auf ein überschaubares Ensemble bestimmter Untersuchungsobjekte, die aktivistisch besonders nahe liegen mögen, auch wenn sie diese natürlich nicht ausschließt. Wehende Fahnen sind überflüssig und kontraproduktiv, die attribuierende Zuschreibung „linke Geschichte“ braucht nur einstweiliger Behelf zu sein. Um es abschließend zu wiederholen: Linke Geschichte heißt historiografisch betriebene Gesellschaftsanalyse in emanzipatorischer, zukunfts zugewandter Absicht. Das Schöne an ihr ist bereits die Chance, im Denken frei zu bleiben. „Wer es sich nicht verkümmern lässt, der hat nicht resigniert.“⁵²

52 Adorno, Theodor W., „Resignation“, in: ders., *Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft*, Frankfurt am Main 1980, S. 145–150, hier S. 150.

Gisela Notz

Zur Geschichte der feministischen Geschichtswissenschaft

History is not unwritten,¹ History ist his-Story und ist männlich konnotiert. History ist seit Jahrhunderten geschrieben von Menschen, meist männlichen Historikern, die über his-Story, das heißt seine Geschichte, schrieben und diese deuteten. Wir alle – ich spreche jetzt von den älteren Wissenschaftler*innen – haben im Geschichtsunterricht viel von Kaisern und Königen und anderen mächtigen Männern, die die Welt beherrschen, gehört. Frauen spielten als historische Subjekte keine Rolle; auch nicht in den Geschichtsbüchern. Selbst in sozialgeschichtlichen Studien blieben die Arbeiterfrauen und die Familienfrauen meist auf der Strecke. Bestenfalls wurde ihnen ein Dasein als Anhängsel des Mannes oder als Opfer eingeräumt. Damit wird Geschichte verzerrt. Feministische Historikerinnen begannen Ende der 1960er Jahre die männerzentrierte Wissenschaft aufzuzeigen und aufzubrechen. Sie setzten der his-Story den Begriff her-Story entgegen. Damit wollten sie die Existenz und das Handeln von Frauen sichtbar machen; weniger aus dem Wunsch nach Gleichbehandlung, oder weil sie „den schon lange bekannten männlichen Akteuren bedeutende historische Frauengestalten zur Seite“² stellen wollten, sondern aus dem Wunsch, Geschichte in ihrer Gesamtheit darzustellen.

Geschichte war kein Frauenfach

Wer das Privileg hatte, eine Universität besuchen zu können, wurde von Professoren unterrichtet, die sich ein großes Wissen angeeignet hatten, das sie an die meist männlichen Studierenden ihrer bürgerlichen Klasse weitergeben konnten.

-
- 1 AutorInnenkollektiv Loukanikos (Hrsg.), *History is unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft*. Münster 2015, <https://historyisunwritten.wordpress.com/history-is-unwritten-als-pdf/>.
 - 2 Lücke, Martin, „His-story, her-story, viele Männer und eine halbe Frau. Männlichkeitengeschichte, Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht“, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* (2014), H. 1, S. 70–82, hier S. 72.

So blieb historisches Wissen innerhalb dieser Klasse und selbst, als (nach 1908) Frauen die Universitäten betreten durften, waren es wenige höhere Töchter, die neben (oder hinter) den wohlhabenden Söhnen saßen. „Geschichte war kein Frauenfach [...] Geschichte war bis zu den 1980er Jahren ein absolutes Männerfach“, so die später international renommierte Historikerin Gisela Bock über ihre eigene Studienzeit.³ Und die nicht weniger bekannte Historikerin Claudia Opitz schreibt, dass die uns umfassend angepasste „Brille der männlichen Optik“⁴ lange Zeit bewirkte, „daß selbst uns Frauen das Fehlen von Frauen in historischen Analysen und Darstellungen gar nicht auffiel.“⁵

„Die Bundesrepublikanische Geschichtswissenschaft gehört zu den frauenfeindlichsten Institutionen. [...] Zum einen fragt sie nicht nach der historischen Wirklichkeit von Frauen und lässt auch die entsprechenden Quellen in den Archiven vermodern. Zum anderen ‘messen’ Historiker ‘ihre’ Geschichtswissenschaft kurz und männerbündig an den eigenen Werten und Erfahrungen“,

das war das Urteil nach dem dritten bundesrepublikanischen Historikerinnen-Treffen im April 1981 in Bielefeld. Her-story, die Erforschung der eigenen Geschichte der Frauen, die aus einer feministischen Perspektive geschrieben ist, musste erst erfunden werden. Neben der Aufarbeitung der Vergangenheit wurde in Bielefeld vor allem um einen neuen methodischen Zugang zur Frauengeschichte gerungen.⁶

Freilich gab es bereits in der ersten (alten) Frauenbewegung, die sich Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhundert formierte, Forschung von meist sozial-liberalen Frauen, die aufgrund ihrer privilegierten Herkunft Studien betreiben konnten – über Frauen.⁷ In den 1920er Jahren wurden erste Akademien begründet, die nicht

3 Bock, Gisela, „Feministische Projekte in Berlin 1974–78. Gründerinnen der Sommeruni“. <https://feministberlin.de/gruenderinnen-der-sommeruni-im-interview/gisela-bock/> [Letzter Zugriff 26.01.2025].

4 Bovenschen, Silvia, „Über die Frage: Gibt es eine weibliche Ästhetik?“ in: *Ästhetik und Kommunikation* (1976), H. 25, S. 60–75, hier S. 65.

5 Opitz, Claudia, „Der ‘andere Blick’ der Frauen in die Geschichte – Überlegungen zu Analyse und Darstellungsmethoden feministischer Geschichtsforschung, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis* (1984), H. 11, S. 61–70, hier S. 61.

6 Die Ergebnisse dieser Tagung sind in dokumentiert als: *beiträge zur feministischen theorie und praxis* (1981), H. 5.

7 Einige Beispiele: Salomon, Alice, *Die Ursache der ungleichen Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit*, Leipzig 1906; Braun, Lily, *Die Frauenfrage. Ihre gesellschaftliche Entwicklung und ihre wirtschaftliche Seite*, Leipzig 1901; Pappritz, Anna, *Die wirtschaftlichen Ursachen der Prostitution*, Berlin 1903.

nur Bildungsinstitutionen waren, sondern auch Forschungsprojekte initiierten, die drängende geschlechterpolitische Themen mit unterschiedlichen Methoden und politischen Ansätzen aufgriffen, bis sie vom deutschen Faschismus beendet wurden, wenn sie sich nicht anpassten oder selbst auflösten. Leider war der Hitler-Faschismus 1933 auf keinen nennenswerten Widerstand aus den Reihen der organisierten bürgerlichen Frauenbewegung gestoßen, während sozialistische und kommunistische Organisationen verboten und verfolgt wurden. Der Ausgang ist bekannt. Am Beispiel einer der großen „Führungspersonen“ der bürgerlichen Frauenbewegung zeigt Sabine Hering exemplarisch das Erbe auf, das „Leitfiguren“ den Nachgeborenen hinterlassen haben.⁸

Kaum beforscht ist die Nachkriegs-Frauenfriedensbewegung, die die Parolen „Nie wieder Krieg!“ und „Nie wieder Faschismus!“ auf ihre Transparente geschrieben hatte. Staatliche Repressionen waren anlässlich des Kalten Krieges nicht selten. Zu erinnern ist an die Bonner Geschichtsinstitutlerin Klara-Marie Faßbinder, die wegen ihrer friedenspolitischen Aktivitäten von ihrem Amt als Professorin suspendiert wurde.⁹

Neue feministische Räume entstehen

Der feministische Aufbruch in Westdeutschland Ende der 1960er und in den 1970er Jahren führte nicht nur zur Gründung von *Selbsterfahrungsgruppen*. Es entstand auch eine vielfältige Frauenprojektebewegung, die zur Gründung von Frauenzentren, Beratungseinrichtungen, Frauenbuchläden, selbstorganisierter Bildungsarbeit, Kultureinrichtungen, Frauenhäusern, Frauenkneipen, -zeitschriften und -verlagen führte. 1973 entstand das erste deutsche Frauenzentrum in Berlin Kreuzberg. Viele weitere in großen und auch kleinen Städten folgten.

Aus den Neuen Frauenbewegungen entwickelte sich auch das Interesse an der Auseinandersetzung von Frauen mit ihrer eigenen Geschichte und den jeweiligen Herrschaftsverhältnissen, mit den Kämpfen zur Befreiung der Frauen und das Erinnern an Vorbilder aus der Vergangenheit. Feministische Geschichtsschreibung war immer auch Wissenschaftskritik. Historikerinnen kritisierten die bis dahin männerdominierte Sicht auf Geschichte und begannen sie aufzubrechen.

8 Hering, Sabine, „Ein Sieg der Rhetorik? Anmerkungen zu Gertrud Bäumer's 'Vergangenheitsbewältigung'“, in: *Ariadne* (1995), H. 27, S. 42–46.

9 Notz, Gisela, „Wie eine Fliege im Spinnennetz. Klara-Marie Faßbinder (1890–1974)“, in: Kuhn, Annette (Hrsg.), *Frauenleben im NS-Alltag. Bonner Studien zur Frauengeschichte*, Pfaffenweiler 1994, S. 29–38, hier S. 38.

Kritische Historikerinnen kombinierten in ihrer Forschung Geschlecht mit anderen Perspektiven „wie Klasse, Alter, Nation, Ethnizität, sexuelle Orientierung/Begehren, Körperlichkeit, Religion etc.“¹⁰ Dieses theoretische Vorgehen wurde erst später als Intersektionalität bezeichnet. Das Interesse der feministischen Geschichtswissenschaft war von Anbeginn an nicht auf die universitären Institutionen begrenzt. Daraus mag sich das konsequente Desinteresse – wenn nicht die rigide Ablehnung – erklären, das die „Historikerzunft“ dieser, nach einigen Kämpfen auch an den Universitäten eingeführten, neuen Disziplin entgegenbrachte.¹¹

Die Erkenntnis, dass die herkömmlichen Geschichtswissenschaften kaum Antworten auf die Komplexität und Vielfalt bei der Analyse von Frauenexistenzen und dem Verhältnis zwischen den Geschlechtern fanden, führte dazu, dass Frauen nicht nur eine frauenspezifische Wissenschaftskultur entwickelten, sondern sich auch Orte gegen elitäre, autoritäre und verkrustete Strukturen und überholte fragwürdige Traditionslinien in der Universitätspolitik außerhalb der etablierten Universitäten selbst schufen. Sie gründeten eigene, demokratisch organisierte, meist selbstverwaltete Frauenräume. An den Fachbereichen der Universitäten, aber auch außerhalb der Akademien, entstanden immer mehr Frauengruppen, um sich als Frauen gemeinsam gegen Diskriminierungen wehren zu können, aber auch um kritisches Denken zu fördern und Lehrinhalte selbst beeinflussen zu können.

Zeitungen und Zeitschriften wie „Courage“, „Emma“, „Die Schwarze Botin“ sowie die „beiträge zur feministischen theorie und praxis“, die zwischen dem akademischen Feminismus und der feministischen Bewegung vermitteln wollten und als fester Bestandteil der feministischen Gegenöffentlichkeit und Medium zur Vernetzung von Frauenprojekten und Zusammenschlüssen beitrugen, befassten sich mit historischen Themen. Historische Zeitschriften für die noch junge feministische Geschichtswissenschaft, wie die „Ariadne“ als „Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung“ (gegründet 1984) und „Gender & History“ (1989) kamen hinzu. 1990 erschien die erste Ausgabe von „L'homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft“. Der Titel der Zeitschrift, bei der Mann/Mensch mit Feminismus verknüpft wurde, war

10 Hauch, Gabriella: „Geschichtswissenschaften: von einer Leitwissenschaft in der Frauen- und Geschlechterforschung zur institutionalisierten Disziplin“, in: Kortendiek, Beate/Riegraf, Birgit/Sabisch, Katja (Hrsg.), *Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung*, Bd. 1, Wiesbaden 2019, S. 521–530, hier S. 522.

11 Siehe hierzu den Abschnitt: Die Institutionalisierung einer kritischen Forschung.

als ironischer Verweis auf die notwendige Korrektur von Theorie und Praxis der Geschichtswissenschaft gedacht. „Metis: Zeitschrift für historische Frauenforschung und feministische Praxis“ erschien erstmals 1992. Die Zeitschriften arbeiteten, ebenso wie zahlreiche andere feministische Projekte (meist) ohne feste hierarchische Strukturen.

Die neue feministische Bewegung war – ebenso wenig wie die alte Frauenbewegung – kein monolithischer Block, es gab verschiedene Strömungen mit unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsentwürfen sowie Vorstellungen darüber, was feministische Kritik und Feminismus sein sollten und wohin die Bewegung gehen sollte. Das traf auch auf Projekte, die sich mit Frauengeschichte und Geschichtswissenschaften befassten, zu.¹² Mit neuen Formaten schafften sich die Frauen Räume, um sich zu verschiedenen Themen auszutauschen, ihre eigene Geschichte zu erfahren, mögliche Theorieansätze auf ihre Brauchbarkeit zu prüfen oder neue zu entwickeln und über feministische Perspektiven zu diskutieren.

Die West-Berliner Sommeruniversitäten für Frauen 1976–1983

Vom 3. bis 8. Oktober 1976 fand die erste West-Berliner Sommeruniversität ausschließlich für Frauen statt. Sie war die erste dieser Art in Europa. Initiiert wurde sie von einem Dutzend Dozentinnen der Freien Universität und der Technischen Universität in West-Berlin. Meist waren es Geisteswissenschaftlerinnen, darunter auch Historikerinnen, wie z. B. Gisela Bock. Sie war es auch, die die erste Sommeruniversität für Frauen zum Thema ‘Frauen und Wissenschaft’ mit den Worten: „Wir wollen mehr als nur Objekt und Subjekt der Wissenschaft werden: wir wollen sie und die Gesellschaft verändern. Radikal.“ eröffnete.¹³ Ihre Rede war Programm und Aufforderung zugleich.

Bis 1983 wurde die Berliner Sommeruniversität jährlich mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen von unterschiedlichen Frauen in Westberlin durchgeführt. Die Kritik an der überholten und herrschaftsstabilisierenden Ordinarienuniversität ging den politisch aktiven Frauen bald nicht weit genug. Sie entwickelten stattdessen eine tiefgreifende Kritik am männlich dominierten Wissenschaftsbetrieb und stellten die gesamte Institution Universität mit ihren traditionellen Strukturen in Frage. Zu den Zahlen der Teilnehmerinnen an den

12 Zu den verschiedenen Feminismen siehe: Notz, Gisela, *Warum flog die Tomate? Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre*, Neu-Ulm 2018, S. 38 f.

13 Gruppe Berliner Dozentinnen (Hrsg.), *Frauen und Wissenschaft: Beiträge zur Berliner Sommeruniversität der Frauen, Juli 1976*, Berlin 1977, S. 18.

Sommeruniversitäten kursieren verschiedenen Erzählungen, die sich zwischen 600 und 6000 Personen bewegen.

Wirklich neu war, dass diese Universitäten sich nicht nur an „ordentliche“ Studentinnen richteten, sondern „Frauen unterschiedlicher sozialer Herkunft, Lebensumstände, Bildungs- und Berufsbiographien eine Gelegenheit boten, sich aus feministischer Perspektive mit der Produktion und Reproduktion von Wissen auseinanderzusetzen“.14 Sie wollten auch Nichtakademikerinnen und Frauen erreichen, die sich bisher nicht als Teil der Frauenbewegung oder als feministisch verstanden hatten. Alle Frauen konnten sich beteiligen und Fragen stellen, auch wenn sie in der akademischen Welt sonst keine Stimme hatten. Gleichzeitig wollten die Organisatorinnen auch neue Wege der Wissensvermittlung erproben. Bereits durch die erste Sommeruniversität hatte sich die neue Frauenbewegung als überregionales Massenergebnis präsentiert und überwand, öffentlich sichtbar und für alle Frauen zugänglich, die Trennung zwischen außeruniversitärer Politik und universitärer Wissenschaft, womit auch feministische Geschichtswissenschaft gemeint war.¹⁵

Feministische Sommeruniversitäten fanden später auch in anderen Städten statt. Oder sie waren Vorbild für Veranstaltungen, die sich, wie die Berliner Sommeruniversität, an Frauen mit und ohne Hochschulzugang richteten. Dazu zählte das 1. Frauenforum im Revier, für das sich die Dortmunder Universität im Jahr 1979 öffnete und das ebenfalls zu einer Groß-Veranstaltung wurde, die Geschichte schrieb.¹⁶ Vor allem auch deshalb, weil es dem Forum gelang, Frauen aus der Arbeiterklasse einzubeziehen. Durch die Methode der Oral History, sollten sie Gelegenheit bekommen, ihre Lebens- und Arbeitssituation zu reflektieren sowie Vorstellungen zur Verbesserung ihrer aktuellen Situation zu entwickeln.¹⁷ Wie die Berliner Sommeruniversitäten, so wurden auch die Frauenforen mit wechselnden Themenschwerpunkten weitergeführt. In einigen Städten im Revier, zum Beispiel in Dortmund und Recklinghausen aber auch im Zusammenhang mit Streiks

14 Kootz, Johanna, „Kommentar zu „Summer Universities for Woman“ in: Othmer, Regine/Reese, Dagmar/Sachse, Carola (Hrsg.), *Annemarie Tröger. Kampf um feministische Geschichten*, Göttingen 2021, S. 130–136, hier S. 130.

15 Nienhaus, Ursula, „Frauenbewegung, Frauenstudien und Geschichte(n)“, in: *Ariadne* (Juni 2000), H. 37–38, S. 131.

16 Müller, Ursula, „Leben lernen, Forschen gehen. Eine autobiographische Beschreibung“, in: Vogel, Ulrike (Hrsg.), *Wege in die Soziologie und die Frauen- und Geschlechterforschung*, Wiesbaden 2006, S. 274–289, hier S. 281.

17 Vgl. Dokumentationsgruppe 1. Frauenforum im Revier 20.–25.03.1979 (Hrsg.), *Frauen begreifen ihren Alltag*, Dortmund 1982, S. 1.

um die Erhaltung von Arbeitsplätzen in Erwitte, Hattingen und Gelsenkirchen entstanden aus den Frauenforen Frauengruppen, von denen wichtige Impulse ausgingen. Die Frauen lernten den Zusammenhang zwischen Industriearbeit, sozialer Sicherung, Umweltschutz und Kriegsproduktion zu verstehen. Bei damals aufsehenerregenden Streiks, die durch Männer geführt wurden, wie beim Zementwerk Seibel und Söhne in Erwitte oder auch bei Hoesch in Dortmund, bei den Stahlwerken in Rheinhausen und an anderen Orten, schlossen sich Frauen in Frauengruppen zusammen und ermutigten die Männer und sich selbst zum Durchhalten. Sie kämpften nicht nur für die Arbeitsplätze der Männer, sondern auch für sich und ihre Kinder, um den Erhalt von Arbeitsplätzen und für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne.¹⁸ Sie sind in die Geschichte eingegangen, weil sie mit dem Narrativ, dass Frauen die Streiks der Männer nicht unterstützen würden, weil sie die Lohnausfälle der Männer befürchteten, aufräumten. Die Kämpfe prägten die Frauen, die vor den Streiks untereinander keinen Kontakt hatten. Viele sind später in der Friedensbewegung aktiv geworden, so geht es aus Berichten der Frauengruppen hervor.¹⁹

Die Löcher im Gedächtnis deutscher Frauenbewegungen flicken

Ohne die erste Sommeruniversität in Berlin wäre die gemeinsame Konferenz, bei der sich vom 16. bis 18. September 1977 erstmals Feministinnen der autonomen Lesben- und Frauenbewegung mit „einigen alten Damen der traditionellen Frauenverbände“ zu einer ersten gemeinsamen Konferenz zusammenfanden, nicht möglich gewesen. Es handelte sich um eine Verknüpfung der ersten und zweiten Welle deutscher Frauenbewegungen nach den Klüften, die Nazi-Faschismus, Shoa und Kalter Krieg zwischen den Generationen aufgerissen hatten.²⁰ Auch wenn etablierte Frauenverbände wie die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, die Frauen der CDU und die Arbeitsgemeinschaft der Frauenverbände Westberlins, an der Tagung nicht mitwirkten, weil sie nicht mit Kommunistinnen zusammenarbeiten wollten, denn Feminismus galt damals als „links, wild,

18 Vgl. hierzu: Notz, Gisela, „Uns reicht’s: Streikende Frauen sind keine Ausnahmeerscheinungen – Der Wandel der Arbeitskämpfe aus feministischer Perspektive“, in: Becker, Karina/Binner, Kristina/Décieux, Fabienne (Hrsg.), *Gespannte Arbeits- und Geschlechterverhältnisse im Marktkapitalismus*, Wiesbaden 2020, S. 215–238, hier S. 224–228.

19 Vgl. Achenbach, Marina, *Fasia geliebte Rebellin*, Oberhausen, S. 168–173.

20 Vgl. Nienhaus, *Frauenbewegung*, S. 131.

staats- und gesellschaftszersetzend“,²¹ war sie doch von besonderer Bedeutung. Schließlich führte die Auseinandersetzung zwischen Frauen der traditionellen Verbände und autonomen Frauen im Vorfeld dazu, dass die autonomen Frauen begannen, sich mit der Geschichte der Frauenbewegungen zu befassen, nachdem Frauen der traditionellen Verbände ihnen – mit Verweis auf die „alte Frauenbewegung“ – erklärt hatten, dass ihre Ideen gar nicht so neu seien. Sie begannen, Dokumente und historische Literatur zu sichten, zu sammeln und auszuwerten. Im April 1978 – zehn Jahre nach dem legendären Tomatenwurf²² – formierte sich nach einem Aufruf in der Frauenzeitung „Courage“ die Initiativgruppe für ein Frauenforschungs-, -bildungs- und Informationszentrum (FFBIZ). 1978 wurde es eröffnet, als Einrichtung der autonomen Frauenbewegung, in der zunächst Frauen aus der „alten“ und der „neuen“ Frauenbewegung Material aus verschiedenen bestehenden kleineren Archiven, der Sammlung des Lesbischen Aktionszentrums (LAZ) sowie des neugegründeten Feministischen Archivs beim Frauen-Buchland Labrys, zusammenbrachten, um die Lücken im Gedächtnis der deutschen Frauenbewegungen zu flicken.

Schließlich waren es Frauen aus Gewerkschaften, Parteien, Verbänden und autonomen Organisationen, Hausfrauen, Angestellte, Bibliothekarinnen, Studentinnen, Dozentinnen, Heterofrauen und Lesben, Immigrantinnen, Jüdinnen und *weiße* deutsche Frauen, die mit dem FFBIZ eine der größten Sammlungen zur Neuen Frauenbewegung in Europa aufbauten. Eine historische Ausbildung war zur Mitarbeit keine Voraussetzung. Eine Arbeitsgruppe internationaler Frauen sorgte dafür, dass außer Materialien aus und über Berlin und die Bundesrepublik auch Frauenbewegungsdokumente aus nahezu allen Teilen der Welt gesammelt, erschlossen und zur öffentlichen Nutzung bereitgestellt wurden.

Das FFBIZ war bewusst ein außeruniversitäres wissenschaftliches Projekt.²³ Wie andere Einrichtungen der autonomen Frauenbewegung entstand es aus der Kritik an der etablierten herrschenden Wissenschaft und Forschung, die Frauen weitestgehend ausschloss oder nur reduziert und verzerrt wahrnahm.²⁴ Die Bestände des Archivs sind seit der Gründung des FFBIZ kontinuierlich gewachsen.

21 Ebd.

22 Siehe hierzu: Notz, Gisela, *Warum flog die Tomate? Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre*, Neu-Ulm 2018, S. 57.

23 Notz, Gisela, „Eine Pionierin der Frauenbewegung ist von uns gegangen“. <https://www.rosalux.de/news/id/42070/eine-pionierin-der-frauenbewegung-ist-von-uns-gegangen> [Letzter Zugriff: 02.01.2025].

24 Ebd.

Die Erfahrungen des FFBIZ mit einer historisch-kritischen Geschichtsforschung wurden von ähnlichen Einrichtungen in anderen Orten aufgenommen und beeinflussten auch die universitäre Forschung und Lehre. Die Frauen schafften eine neue Institution, die beispielhaft für viele weitere Archive war und ist. Die meisten dieser Archive sind heute im Dachverband deutschsprachiger Lesben-/Frauenarchive, -bibliotheken und -dokumentationsstellen (i.d.a.) zusammengeschlossen.

Feministische Forschung und Methodologie

Mitte der 1970er Jahre begannen Feministinnen darüber nachzudenken, dass man für eine kritische feministische Forschung auch eine andere Methodologie braucht. Zunächst schien das einfach: „Ausgehen von der eigenen Betroffenheit“ und „Parteilichkeit“ war die Kampfansage an die herrschende Wissenschaft.²⁵ Auf dem 1. Kongress der Sozialwissenschaftlerinnen in Frankfurt a. M. im Februar 1977 trug Maria Mies die von ihr entwickelten „Methodischen Postulate zur Frauenforschung“ vor, die im ersten Heft der „beiträge zur feministischen theorie und praxis“ veröffentlicht wurden. Maria Mies nahm mit den Postulaten die durch das Subjekt/Objekt-Dilemma in der etablierten Forschung gegebene asymmetrische Situation zwischen Forscherinnen und Beforschten auf und schlug eine neue Methodendiskussion vor.²⁶ Sie appellierte mit diesem Text, der in den 1970er Jahren breit diskutiert und für die feministische Forschung auch aufgegriffen wurde, an engagierte Wissenschaftlerinnen, sich nicht mit dem allgemeinen Konzept der „sisterhood“ und einer grundlegenden Frauensolidarität zufrieden zu geben, sondern zu versuchen eine geschichtlich gültige Antwort für die Frage zu finden, wie die Frauenunterdrückung mit der Klassenunterdrückung zusammenhängt. Die Frage war nicht neu. Bereits den Frauen der „alten“ Frauenbewegung war bewusst, dass, wenn es um Rechte für Frauen ging, „ein enormer Unterschied zwischen arbeitenden Frauen und den besitzenden Ladies, zwischen einer Dienerin und ihrer Herrin“ bestand.²⁷ Noch wichtiger erschien und erscheint jedoch die Frage, wie beide Unterdrückungsformen aufzuheben wären.

25 Editorial, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis* (1984), H. 11, S. 5.

26 Mies, Maria, „Methodische Postulate zur Frauenforschung – dargestellt am Beispiel der Gewalt gegen Frauen“, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis* (1978), H. 1, S. 7–25.

27 Kollontai, Alexandra, „Was ist der Frauentag“? in: *Prawda*, 23.02.1913.

Der Dokumentationsgruppe innerhalb des Vereins Frauen helfen Frauen, die das bundesweit erste autonome Frauenhaus in der Bundesrepublik betrieb, das heute noch besteht, gehörte auch Maria Mies an. Sie stellte sich die Aufgabe, die Lebensgeschichte der misshandelten Frauen sowie die Prozesse, die im Frauenhaus und in der gesamten Aktion abliefen, systematisch zu dokumentieren und zu analysieren.²⁸ Dazu brauchte es neben den formulierten methodologischen Leitlinien auch qualitative Methoden, wie sie auch von anderen Forscherinnen zu dieser Zeit erprobt wurden. Dazu gehörte Oral History, die Aufzeichnung von Lebensgeschichten in Einzelgesprächen, die Anleitung von Gruppendiskussionen und Rollenspielen und andere biografische Methoden, wie Erzählcafés, aktivitätsorientierte Biographiearbeit, Tagebücher, Memoiren etc.

Die Institutionalisierung einer kritischen feministischen Forschung

Schrittweise etablierte sich Ende der 1970er Jahre eine kritische feministische Forschung an den Universitäten sowie an einigen außeruniversitären autonomen Einrichtungen und Institutionen, ausgehend vor allem von den Sozialwissenschaften.²⁹ Nicht alle Aktivistinnen waren von dieser Form der Institutionalisierung begeistert. Maria Mies sah in der „Verakademisierung“ der Frauenforschung einen Sündenfall: Das Bemühen, die Frauenforschung zu akademisieren oder „feministische Grundpositionen aufzugeben, [...] um sich den bestehenden Institutionen und Organisationen anzubiedern,“ komme der „Prostitution im herrschenden akademischen oder politischen Männerhaus“ gleich.³⁰

Schließlich standen die ersten Frauengeschichtsseminare, die oft durch die Studentinnen selbst organisiert wurden, im Fokus der Kritik der *allgemeinen* Geschichtswissenschaften. Dies nicht nur, weil die Studentinnen unter ihresgleichen wissenschaftlich arbeiten wollten, also Männer ausgeschlossen haben, sondern auch, weil dort versucht wurde, persönlich Erlebtes mit politischer Reflexion zu verweben. Als *unsinnig* galt unter den männlichen Professoren „die Vorstel-

28 Mies, Maria, „Versuch der Anwendung dieser Postulate am Beispiel der Frauenhaus-Initiative ‘Frauen helfen Frauen e.V.’, Köln“, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis* (1984), H. 11, S. 16–23, hier S. 21.

29 Vgl. Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli, *Feministische Theorien. Eine Einführung*, Hamburg 2000, S. 29f.

30 Mies, Maria, „Frauenforschung oder feministische Forschung? Die Debatte um feministische Wissenschaft und Methodologie“, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis* (1984), H. 11, S. 40–60, hier S. 58.

lung daß Geschichte der Frauen nur – oder doch angemessener – von Frauen selbst erforscht werden kann.³¹ Mindestens bis in die 1990er Jahre wurde die Wissenschaftlichkeit von feministischer Lehre und Forschung infrage gestellt. Kritiker*innen fragten danach, „ob denn neuerdings persönliche Erfahrung Grundlage von Wissenschaft sein könne“.³² Betroffenheit als Ausgangspunkt wissenschaftlicher Arbeiten wurde nicht anerkannt: „Erfahrungen müssen intellektuell nachvollziehbar sein.“³³ Die Befürchtung, dass „außerwissenschaftliche“ Maßstäbe Einzug in Forschung und Lehre halten könnten, war groß. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Erfahrung wurde in das Reich des Privaten verwiesen. Frauen, die im Interesse ihrer eigenen Identität, und um ihre Lage zu erkennen und an der Veränderung zu arbeiten, wissenschaftlich arbeiten wollten, wurden nicht ernst genommen. Ihnen wurde empfohlen, dass sie ihre Diskriminierungsbedingungen zusätzlich zum Studium in Frauengruppen außerhalb der Universität bearbeiten sollten. Das erlebten die Frauen als erneute Diskriminierung, denn die Arbeit in zusätzlichen Frauengruppen verlangte doppelte Anstrengung, um im männerbeherrschten System mitmischen zu können. Sie verwiesen darauf, dass „die Widersprüchlichkeit der Lage der Frau in ihren vielfältigen Dimensionen bisher nicht Gegenstand von Wissenschaft in dem Maße war, wie es ihrer tatsächlichen gesellschaftlichen Relevanz entsprechen würde“.³⁴ Dabei wurde auch darauf aufmerksam gemacht ‘ dass man besonders aus den Geschichtswissenschaften lernen könne, dass „die gesellschaftliche Diskriminierung unterdrückter Gruppen erst dann wissenschaftlich zureichend untersucht wurde, als diese Gruppen selbst mit der Untersuchung ihrer Lage begonnen hatten.“³⁵ Erst dann konnten sie unter Mühen eigene Forschungsbereiche durchsetzen. Das trifft z. B. für die Black Studies und Women’s Studies in den USA zu, wo diese zu eigenständigen Disziplinen geworden sind. Zudem – so die Verfechterinnen der Frauenseminare, müsse jede an der Hochschule lehrende Person sowohl Wissen als auch Erfahrung bei den Lernenden voraussetzen. Wissen und Erfahrung gegeneinander auszuspielen sei eine Diskriminierung des feministischen Stand-

31 Prof. Dr. Jürgen Kocka, Brief an Frau M. Oubaid, Geschäftsstelle Frauenforschung in Bielefeld.

32 Hagemann-White, Carol/Schmidt-Harzbach, Ingrid, „Warum Frauenstudien?“, in: Schwarzer, Alice (Hrsg.), *10 Jahre Frauenbewegung So fing es an!* Köln 1981, S. 178.

33 Ebd.

34 Ebd., S. 179.

35 Ebd.

punkts in der Wissenschaft, der Erfahrung einen hohen Stellenwert beimisst.³⁶ Auch der Verweis, dass der Ausschluss von Männern aus Frauenseminaren gegen den Gleichheitsgrundsatz im Grundgesetz verstoße, wurde von den Frauen entkräftet: Wenn Männer geschlossene Projektgruppen durchführen und Frauen keinen Zugang bekommen, weil Neuaufnahmen der persönlichen Rücksprache bedürfen, bräuchte es keiner Rechtfertigung, also könne auch die Einschränkung auf Projektteilnehmerinnen nicht als „Minderheitenterror“ bezeichnet werden.³⁷

Die methodischen Postulate wurden vor allem im Blick auf das Verhältnis Frauenbewegung, Wissenschaft und Politik, unterschiedlich aufgenommen. „Unserer Meinung nach gibt es keine spezifisch weiblichen Forschungsmethoden“, schrieb die Historikerin Selma Leydesdorff bereits 1984 gemeinsam mit zwei historisch arbeitenden Kolleginnen aus den Niederlanden.³⁸ Sie plädierten dafür, das gesamte Arsenal zur Verfügung stehender Methoden zu benutzen, und verwiesen darauf, dass es meist die Fragestellung sei, die die Ergebnisse beeinflusse. Zudem plädierten sie für eine Integration von feministischen Studien in den existierenden Wissenschaftsbetrieb, damit auch Männer „die Möglichkeit bekommen, um mit Hilfe von Sexismus-Kritik ihr Bild der Realität korrigieren zu können“.³⁹

Auch Ursula Müller zweifelte an einer speziellen feministischen Methode. Es gäbe allein einen feministischen Begründungszusammenhang, in dessen Rahmen die Entscheidung für eine oder mehrere Methoden getroffen wird.⁴⁰ Sie schlug vor, diesen Begründungszusammenhang offenzulegen und damit die Methodenwahl als theorie- und gegenstandsgebundene Entscheidung transparent zu machen. Weitere Kritikpunkte an den Postulaten beziehen sich auf die Diversität der feministischen Wissenschaften und der feministischen Bewegungen, so dass die feministische Politik nicht als politische Bezugsgröße von feministischer Forschung vorausgesetzt werden kann.⁴¹ Allerdings ging es der feministischen

36 Ebd.

37 Vgl. ebd., S. 180.

38 Bleich, Anet/Jansz, Ulla/Leydesdorff, Selma, „Lob der Vernunft, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis* (1984), H. 11, S. 26–34, hier S. 31.

39 Ebd.

40 Müller, Ursula, *Gibt es eine „spezielle“ Methode in der Frauenforschung?* Frankfurt a. M. 1984.

41 Zu diesen und weiteren Kritikpunkten siehe auch: Sauer, Birgit, „Was kann feministische Wissenschaft für Geschlechterdemokratie leisten?“, in: Feministisches Institut der Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), *Beiträge des Gunda-Werner-Promotionskollegs des Feministischen Studienwerks der Heinrich-Böll-Stiftung am 30.10.2000 in Berlin*, Berlin 2000, S. 7–21, hier S. 9–13.

Wissenschaft und Forschung immer um die Infragestellung vermeintlicher Gewissheiten; damit stehen auch ihre eigenen Erkenntnisse und die der Bewegung immer auf dem Prüfstand.

Die ersten Frauenprofessuren

Annette Kuhn (1934–2019) war ab 1986 die Inhaberin des ersten Lehrstuhls für historische Frauenforschung an der Universität zu Bonn. Bereits im Alter von 30 Jahren war sie als Professorin für Mittelalterliche und Neuere Geschichte an die Pädagogische Hochschule in Bonn berufen worden und war die jüngste Professorin Deutschlands. Seit den 1980er Jahren beschäftigte sie sich wissenschaftlich mit der Frauenbewegung. Ihre Professur gilt zugleich als Start des Netzwerks Frauen- und Geschlechterforschung in NRW.⁴² Annette Kuhn trug dazu bei, dass eine neue sich kritisch erinnernde Sicht, auch an die jüngste deutsche Vergangenheit, möglich und in die Richtlinien für Geschichte und politische Bildung aufgenommen wurde. Diese Sichtweise stellte eine Provokation dar. Die Professorin wurde von 1992 bis 1996 wegen ihrer zu der Studienordnung angeblich nicht passenden Themen vom Wissenschaftlichen Lehrerprüfungsamt in Bonn ausgeschlossen. Promotionen zur Frauengeschichte wurden grundsätzlich abgelehnt. Ihr Fachgebiet wurde als „unwissenschaftlich“ und „separatistisch“ bezeichnet. Während der Zeit ihrer Lehr- und Forschungstätigkeit musste sie sich gegen die männlichen Professoren durchsetzen, wie sie selbst im Interview bedauerte.⁴³ Nach ihrer Emeritierung gründete sie im Jahr 2012 gemeinsam mit anderen Frauen das (außeruniversitäre) „Haus der Frauengeschichte“ in Bonn.⁴⁴

Das politische Klima war zwar Ende der 1980er Jahre günstig für die Einrichtung von Frauenprofessuren, die jetzt Genderprofessuren hießen, schlug sich aber an den Universitäten und Hochschulen und in den verschiedenen Fachbereichen sehr unterschiedlich nieder. Die meisten der 65 Professuren für Frauenforschung der „ersten Generation“ entstanden in den Fächern Soziologie, Literaturwissenschaft und Erziehungswissenschaft, nur neun in den Geschichtswissenschaften. Überwiegend bezogen sie untere Besoldungsgruppen; ungefähr

42 Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung NRW: <https://www.netzwerk-fgf.nrw.de/start-netzwerk> [Letzter Zugriff 08.02.2025].

43 WDR 5, Lessmann, Ulla, *Erlebte Geschichten mit Annette Kuhn*, <https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/erlebtegeschichten/annettekuhn100.html> [Letzter Zugriff 08.02.2025].

44 Haus der FrauenGeschichte, <https://www.hdfg.de> [Letzter Zugriff 08.02.2025].

ein Drittel war befristet.⁴⁵ Fast alle hatten wichtige Impulse aus der Frauenbewegung erhalten. Wer über eine solche Professur verfügte, konnte Zentren und Projekte einrichten, wobei der „Prozess der Integration der Frauen- und Geschlechterforschung im Fachkollegium [...] mühsam und zäh“ blieb. Denn „einmal geschaffene und vermeintlich tiefverankerte institutionelle Strukturen“, zu denen etwa Forschungsbereiche an Fachinstituten zählen, können „unter veränderten Rahmenbedingungen auch schnell wieder verschwinden.“⁴⁶ Zudem wird eine fortgesetzte Partikularisierung der feministischen Perspektive in der „allgemeinen“ Wissenschaft festgestellt.⁴⁷ Das störte die Professorinnen, weil die meisten vorrangig als anerkannte Vertreterinnen ihrer jeweiligen Disziplin wahrgenommen werden wollten und auch Wert darauf legten, nie ausschließlich in der Frauen- bzw. Geschlechterforschung tätig gewesen zu sein. Die Einrichtung der Frauenprofessuren war meist mit Kämpfen verbunden. Diejenigen, die eine der wenigen Professuren antreten konnten, waren schließlich stolz darauf. Mitunter war und ist – vor allem in Zeiten knapper werdender Ressourcen – der Konkurrenzkampf gnadenlos. Die Etablierung ist nicht einfach als Erfolg zu deklarieren, sondern erfordert eine Debatte darüber, wie feministische Geschichtswissenschaft ihren politisch-kritischen Anspruch und auch ihren einstmals widerständige Kern aufrechterhalten kann.

Grabe wo du stehst – Geschichtswerkstätten und Initiativen

Auch wenn sich Teile der universitären Forscherinnen in den Elfenbeinturm der Wissenschaften zurückbewegten, entstanden außerhalb desselben Anfang der 1980er Jahre Frauengeschichtsvereine, Frauenarchive, Frauenmuseen, Frauenbibliotheken und Frauenbildungsstätten, die sich mit – oft lokaler oder regionaler – Frauengeschichte befassten. Zum Teil bestehen sie heute noch. Ein Beispiel ist der Kölner Frauengeschichtsverein – Historische und kulturelle Bildung für Frauen und Mädchen e.V. Er wurde 1986 von Irene Franken und Edith Kieselwalter, (damals) jungen Historikerinnen, gegründet. Sie hatten festgestellt, dass weder im Geschichtsunterricht an den Kölner Schulen noch im Geschichtsstudium an der Kölner Universität die Geschichte von Frauen und Mädchen eine Rolle spielte. Erste Beiträge zu Frauen in der Kölner Stadtgeschichte hatten sie

45 Bock, Ulla, *Pionierarbeit. Die ersten Professorinnen für Frauen- und Geschlechterforschung an deutschsprachigen Hochschulen 1984–2014*, Frankfurt a. M. 2015, S. 64.

46 Ebd., S. 140.

47 Ebd., S. 22.

bereits vorher veröffentlicht sowie frauengeschichtliche Stadtrundfahrten und Wanderungen organisiert. Sie fühlten sich der alternativen Geschichtsbewegung verpflichtet. „Grabe, wo du stehst,“ wurde zu ihrem Motto. Der Verein dokumentiert Frauengeschichte(n) und die Geschichte der Kölner Frauen*/Lesben- und Migrantinnenbewegung. Er leistet Öffentlichkeitsarbeit, engagiert sich frauen*politisch und informiert über neue Entwicklungen zum Beispiel in der Antifeminismusforschung.⁴⁸

Frauengeschichtsvereine finden sich auch in etlichen anderen Städten. Sie arbeiten meist ehrenamtlich und arbeiten mit bis dahin wenig angewandten subjektorientierten Methoden, wie Oral History, Zeitzeuginnengesprächen etc. Sie haben „nicht nur den Anspruch, das Alltägliche, Weibliche, Private, Persönliche, Emotionale in den Blick zu nehmen“, sondern sie wollten auch „die befragten Subjekte in eine alternative, eigene Geschichtsschreibung mit einbeziehen“.⁴⁹ Das ist aufwendig. Eine verallgemeinerbare Methode konnte bisher nicht entwickelt werden.

Wie ging es weiter?

Die aktuellen Entwicklungen an den Hochschulen und Universitäten, Marktorientierung, prekäre Arbeitsbedingungen, fehlende Ressourcen im Umgang mit der wachsenden Neoliberalisierung bis hin zur Rechtsorientierung, zeigen wie dringend notwendig kritische Perspektiven und Umdenken in der Ausrichtung der feministischen Geschichtswissenschaften auch heute noch oder wieder sind. Mit dem Tod der letzten Zeitzeug*innen, insbesondere für die Forschung zum Widerstands gegen den Nazi-Faschismus, müssen neue Wege des Erinnerns im Umgang mit der jüngsten Geschichte besritten werden. Die heute oft ausschließlich eingesetzten quantifizierenden Forschungszugriffe reichen für eine kritische Geschichtswissenschaft keinesfalls aus. Hier gälte es an den geschichtspolitischen Forschungen und Publikationen der feministischen Geschichtsforschung anzusetzen. Auch der Zusammenhang zwischen feministischer Wissenschaft, feministischer Politik und feministischer Praxis (Bewegung) stellt

48 Kölner Frauengeschichtsverein, <https://frauengeschichtsverein.de> [Letzter Zugriff 07.02.2025].

49 Reese, Dagmar, „Kommentar zu „Ich komme da mit den feministischen Gedanken nicht mit ...“, in: Othmer, Regina/Reese, Dagmar/Sachse, Carola (Hrsg.), *Annemarie Tröger. Kampf um feministische Geschichten*, Göttingen 2021, S. 154–162, hier S. 159.

sich je nach politischen, sozialen und wissenschaftlichen Konstellationen für links-feministische Geschichtsforschung immer wieder neu und anders dar.

Auch wenn der Begriff Feminismus immer noch keinen guten Klang hat, wird Feminismus heute nicht mehr als Ausschluss- bzw. Ausgrenzungskategorie verstanden. Auch männliche Wissenschaftler setzen sich mit der Konstruiertheit ihrer eigenen und der in Texten vermittelten Geschlechtsidentität auseinander. Wie es beispielsweise im *Gesprächskreis Geschichte* der Rosa-Luxemburg-Stiftung der Fall ist. Dort diskutieren historische arbeitende Wissenschaftler*innen aus unterschiedlichen Generationen und unterschiedlicher Herkunft mit und ohne akademische Titel gemeinsam Forschungs-, Qualifizierungs- und Publikationsprojekte zur Geschichte der neuen sozialen Bewegungen, der feministischen Bewegung und der Geschichte der organisierten sowie der undogmatischen Linken.

Aktuell sind durch die Kürzungen der Mittel im gesamten Bildungsbereich, wie auch an den Hochschulen, nicht nur die Gender Studies sondern auch die kritische Geschichtsforschung, die Friedens- und zivile Konfliktforschung, in ihrer Existenz bedroht. Die aktuelle Ausweitung der militärischen Forschung und der Rüstungsforschung sowie rechte Tendenzen (auch) an den Hochschulen beobachten kritisch-feministische Geschichtswissenschaftler*innen mit Sorge. Kollektiver Widerstand ist notwendig.

Fallstudien zur Geschichte von Linken / Einblicke

Dominik Rigoll

Mehr Impact als man denkt

Wie die ausgegrenzte Linke die alte Bundesrepublik prägte¹

„Überall arbeiten indes, in Verbindung miteinander oder allein, Einzelne und Gruppen gegen die umfassende restaurative Politik des ‘Als ob’ an wirklicher Erneuerung [...]“

Eugen Kogon, *Die Aussichten der Restauration*, 1952

Die unzähligen Forschungsprojekte, die in den letzten Jahrzehnten untersucht haben, wie staatliche Institutionen in der frühen Bundesrepublik „mit der NS-Vergangenheit umgingen“, haben meist nur die eine Seite der Medaille in den Blick genommen. Sie haben erforscht, wie ehemalige NSDAP-Mitglieder und anderweitig Belastete seit Beginn des Kalten Krieges in den Staatsapparat zurückkehrten und wie es sein konnte, dass die Bundesrepublik trotz der zum Teil massiven Präsenz ehemaliger Nazis eine „stabile Demokratie“ wurde. So oder so ähnlich lautete die Fragestellung hunderter Aufsätze, Kapitel und Bücher.² So gut wie gar nicht betrachtet wurde dagegen die andere Seite der Medaille. Die Frage also, wen die „Entnazifizierten“ aus dem Staatsdienst verdrängten und was diese Verdrängung für die Demokratie bedeutete. Tatsächlich besetzten die wiederverwendeten Nazis nicht einfach freie Plätze, wie Adenauer dies suggerierte, wenn er sagte: „Man schüttet kein dreckiges Wasser aus, wenn man kein reines hat.“ Vielmehr übernahmen die Rückkehrer oft die Posten von Personen, die 1945 als Nazigeegner eingestellt worden waren – und die nun entlassen, nicht befördert, versetzt oder zum Ausscheiden gedrängt wurden, weil sie politisch zu weit links standen und als unzuverlässig galten, vor allem in der Folge des so genannten Adenauererlasses vom September 1950. Eine zweite Verdrängungswelle setzte in den 1970er Jahren ein, als junge Linke im Zuge des sog. Radikalenerlasses aus dem Staatsdienst entlassen oder ferngehalten wurden.

1 Gunter Spraul zugeeignet in Dank für die lehrreiche Zeit im Sozialkunde-Leistungskurs.

2 Selbst mitwirken durfte ich an diesem Band: Bösch, Frank/Wirsching, Andreas (Hrsg.), *Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus*, Göttingen 2018.

In diesem Essay möchte ich darlegen, wie diese politische Segregation – im Sinne von Ausgrenzung – ablief und welche Folgen sie für die Bonner Demokratie hatte. Als Materialbasis dienen mir vor allem Studien zu politischen Zugangsbeschränkungen zum öffentlichen Dienst sowie zu den linken Akteurinnen und Akteuren selbst. Die These lautet, dass Linke trotz der Ausgrenzung, die sie erfuhren, viel mehr Impact, ja mehr Macht hatten, als man gemeinhin denkt und als es in den Geschichtsbüchern steht. Methodisch arbeite ich mit sieben biographischen Sonden. Die sieben Sondengänge bilden grob das politische Spektrum ab, in dem sich die ausgegrenzte Linke bewegte. Zudem stehen die ausgewählten Beispielbiografien für verschiedene Bereiche des Staatsapparates, in den Linke eingestellt und aus dem viele von ihnen schon bald wieder verdrängt wurden.

Ziel des Beitrags ist zum einen, das politische Feld abzustecken, in dem sich eine Geschichte der Linken in der Bundesrepublik bewegen könnte. (Die Frage, was an der DDR links war, bleibt hier ausgeklammert, ist aber ebenso drängend.) Während die im Gesprächskreis Geschichte versammelten Historikerinnen und Historiker ihren Blick vor allem auf die radikale Linke jenseits von Sozialdemokratie und Moskau-orientiertem Parteikommunismus gerichtet haben, schlage ich vor, den Fokus zu weiten, auch weil nur dann das volle Ausmaß sichtbar wird, in dem Linke die Bundesrepublik prägten. Zum anderen ist der Beitrag für mich eine persönliche Bilanz nach über zwanzig Jahren der Mitgliedschaft im GK. Bei einem Treffen des GK vor vielen Jahren in Kassel habe ich zum Beispiel von Uwe Fuhrmann gelernt, dass die Linke trotz ihrer vielen Niederlagen schon in der Besatzungszeit politische Spuren hinterlassen hat, denen nachzugehen es sich ebenfalls lohnen würde: In seiner Dissertation legt er überzeugend dar, dass es 1947/48 nicht zuletzt linke Massenproteste waren, die die CDU dazu brachten, nicht mehr eine „freie“, sondern eine „soziale Marktwirtschaft“ zu propagieren.³

Im ersten Teil des Beitrags skizziere ich die zweifache Segregation der Linken: zunächst aus dem westdeutschen Staatsapparat, dann aus den zeithistorischen Überblickswerken. Im zweiten Teil will ich zumindest andeuten, welche Folgen diese zweifache Ausgrenzung für die bundesdeutsche Demokratie hatte, also was Geschichtswissenschaft und Politik gewinnen würden, wenn sie die bislang segregierten Perspektiven re-integrieren. Danach erörtere ich die Frage, mit welchem Ansatz dies geschehen kann. Zuletzt frage ich, was dies alles mit dem Gesprächskreis Geschichte zu tun hat, dem ich seit 2006 angehöre, weil die – wie sie mein

3 Vgl. Fuhrmann, Uwe, *Die Entstehung der „Sozialen Marktwirtschaft“ 1948/49: Eine historische Dispositivanalyse*, Konstanz 2017. Das PDF der Arbeit ist auf works.hcommons.org online frei zugänglich.

Sozialkundefhrer halb abschätzig, halb amüsiert nannte – „rote Rosa“ seit 2004 meine Dissertation zum Schutz des Staates förderte.⁴ Dieser Text ist freilich ein Essay, ein skizzenhafter Versuch, der keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, im Gegenteil. Der linke Impact war zweifellos noch viel größer, zumal wenn man auch die kulturelle und intellektuelle Entwicklung berücksichtigt.

Die ausgegrenzte Linke

Wer war also die ausgegrenzte Linke? Und mit welcher Begründung wurde sie zuerst aus dem Staatsapparat und dann auch aus den Geschichtsbüchern der Bundesrepublik ferngehalten? Mit Abstand am meisten von der politischen Segregation betroffen waren Kommunistinnen und Kommunisten sowie Mitglieder kommunistischer Vorfelddorganisationen. Es konnte aber auch Pazifistinnen und Pazifisten sowie Personen vom linken Flügel der SPD treffen – in der Adenauer-Ära sogar der CDU/CSU, denen zu Recht oder Unrecht unterstellt wurde, mit „Moskau“ zusammenzuarbeiten. Die Zahl der Betroffenen ist unbekannt. Ich schätze, dass es sich in der frühen Bundesrepublik um eine kleine Gruppe von maximal 10.000 Personen handelte, die zum Teil aber durchaus wichtige Posten bekleiden konnten. Die zweite Welle erfasste ebenfalls Tausende, mit einem dauerhaften Berufsverbot für den öffentlichen Dienst wurden aber nur um die 2000 belegt.

Wie könnte vor diesem Hintergrund eine Arbeitsdefinition von „links“ lauten? Gideon Botsch hat in Anknüpfung an den Philosophen Norberto Bobbio vorgeschlagen, die Linke als egalitär, liberal und rational zu definieren (während Rechte tendenziell antiegalitäre, antiliberaler und irrationale Positionen vertreten).⁵ Hier soll ergänzend eine weitere Definition ins Spiel gebracht werden, die mehr nach den Bewegungen fragt, aus denen sich die Linke zusammensetzt, als nach den Forderungen, die sie aufstellt. Sie lautet, dass der gemeinsame Nenner der Linken seit den gescheiterten Revolutionen von 1848/49 der Sozialismus ist, der sozialdemokratisch, kommunistisch und anarchistisch ausbuchstabiert werden kann

4 Vgl. Rigoll, Dominik, *Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr*, Göttingen 2013. Dieser Essay spinnt die Argumentation dieser Studie in mancher Hinsicht weiter.

5 Botsch, Gideon, „Die „Rechte“ im Koordinatensystem der Politik“, in: ders./Kopke, Christoph (Hrsg.), *Die NPD und ihr Milieu. Studien und Berichte*, Münster/Ulm 2009, S. 11–23, hier: S. 22–24.

(die Rechten verbindet seit dem späten 19. Jahrhundert der Nationalismus, der als partikularistische, cäsaristische und faschistische Variante existiert).⁶

Zur ausgegrenzten Linken zählten jedoch nicht nur Anarchisten, Kommunisten und linke Sozialdemokraten jeglichen Geschlechts – also Leute, die sich auch selbst als links bezeichnet hätten. Wie gesehen, gehörten auch Menschen jenseits des linken Lagers dazu, die sich für Allianzen mit der politischen Linken einsetzten und/oder mit sozialistischen Ideen liebäugelten. Die FDP zum Beispiel hatte in den 1970ern ein linkes Flügelchen, auf den das zutraf, und sogar in der CDU gab es in den ersten Jahren nach ihrer Gründung ehemalige Angehörige des Widerstands wie Eugen Kogon, die für einen „christlichen Sozialismus“ eintraten und genau deshalb schon bald aus der Partei gegrault wurden.

Auch diese linken Flügelleute des Liberalismus und Konservatismus werden im Folgenden mit zur ausgegrenzten Linken gezählt. Sie werden eingemeindet, wenn man so will, obwohl sie sich selbst kaum als links bezeichnet hätten. Dieses Vorgehen basiert zum einen auf der Beobachtung, dass man links nicht nur sein, sondern auch dazu gemacht werden kann, wenn man zum Beispiel als „nützlicher Idiot“ oder „kommunistisch beeinflusst“ gilt. Zum anderen ist mir in meiner Zeit im Gesprächskreis Geschichte klargeworden, dass ich selbst zur zweiten Kategorie gehöre: Ich bin vor allem deshalb links, weil ich der Meinung bin, dass ein demokratisches Gemeinwesen eine starke Linke braucht, um human, sozial und rational zu sein. Es braucht aber auch andere politische Bewegungen, da der Sozialismus in seinen Schattierungen nicht alle Probleme auf dem Schirm haben und lösen kann, vor denen eine demokratische verfasste Gesellschaft steht.

Welche Typen lassen sich nun in der ausgegrenzten Linken unterscheiden? Und wie liefern Segregation aus dem Staatsapparat und den Geschichtsbüchern jeweils ab?

Sieben Sondengänge I

Zu den ersten Linken, die im Kalten Krieg ihre Posten wieder räumen mussten, zählten kommunistische Minister in den Regierungen der neu gegründeten Länder. Weil sie sich nicht von den entstehenden Linksdiktaturen des Ostblocks distanzieren konnten, wurden sie – wie anderswo im Westblock – bereits vor 1949 verdrängt. Heinz Renner etwa wurde 1948 als Verkehrsminister von Nordrhein-Westfalen

6 Zur Bedeutung des Sozialismus für die Linke siehe auch die Definition von Eley, Geoff, *Forging Democracy. The History of the Left in Europe, 1850–2000*, Oxford/New York 2002, S. 17–33.

entlassen. In der Weimarer Republik war er in Essen Kommunalpolitiker gewesen, hatte nach 1933 Widerstand geleistet und war nach Frankreich geflohen, wo er interniert wurde. 1945 wurde er Mitglied der von den Briten eingesetzten Essener Stadtregierung, 1946 Oberbürgermeister und schließlich Landesminister für Soziales einer Großen Koalition aus CDU, SPD und KPD.⁷

Die große Masse der Linken wurde aber erst seit 1950 aus dem Staatsdienst ausgeschlossen, nachdem der Adenauererlass die Mitgliedschaft in der KPD und ihren Vorfeldorganisationen als unvereinbar mit den Dienstpflichten deklariert hatte und 1951 ein politisches Strafrecht eingeführt worden war, das Kommunisten zu Straftätern machte. Da es kaum kommunistische Beamte gab, waren vom Adenauererlass vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter betroffen, die bei der Bahn oder in einer Gemeinde eine Anstellung hatten. Ein Beispiel ist Eugen Zander, der 1954 in Köln als Stadtgärtner entlassen wurde. Zander war schon vor 1933 Stadtgärtner gewesen, hatte Widerstand geleistet und war in ein Kölner Außenlager des Konzentrationslager Buchenwald interniert worden. Sein Name ist bekannt, weil Konrad Adenauer persönlich im Jahr 1954 versuchte, Zanders erneute Entlassung – nun auf der Grundlage des Adenauererlasses – zu verhindern.⁸ Warum der erste Bundeskanzler dies tat? Die Beantwortung dieser naheliegenden Frage sei hier zunächst zurückgestellt, um etwas Spannung in die Erzählung zu bekommen.

Ein Bereich, in dem die Ausgrenzung dank einer Studie von Boris Spornol vergleichsweise gut dokumentiert ist, ist die Wiedergutmachungsverwaltung. In fünf Bundesländern wurden hier seit 1949 Nazigeegner aus Leitungspositionen verdrängt, die alle aus jüdischen Familien kamen. Einer wurde versetzt, zwei wurden Opfer von Rufmordkampagnen, zwei wurden als Funktionäre der kommunistisch dominierten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) entlassen. Zu letzteren zählte Marcel Frenkel. Der promovierte Jurist hatte vor 1933 für die Rote Hilfe gewirkt und war danach in Deutschland und in den Niederlanden im Widerstand aktiv gewesen. Nach 1945 hatte er sich in NRW als Wiedergutmachungsreferent profiliert, der seinen Dienst stets tadellos verrichtete.⁹

7 Vgl. Gleising, Günter, *Heinz Renner. Eine politische Biografie*, Bochum 2000.

8 Vgl. Rigoll, *Staatsschutz in Westdeutschland*, S. 134.

9 Vgl. ebd., S. 56 f., 57, 108 sowie Spornol, Boris, *Wiedergutmachung und Kalter Krieg. Der Umgang mit kommunistischen NS-Verfolgten in Westdeutschland*, Diss.-Ms., Jena 2010.

Der Bereich, der vielleicht am besten erforscht ist, sind die Sicherheitsbehörden. Hier waren es nicht Kommunisten oder Juden, die störten, sondern sozial- und christdemokratische Antifaschisten, die mehr gegen die rechte Gefahr unternehmen wollten als andere. Ein spektakulärer Fall, den einige aus dem Fernsehen kennen dürften, ist der von Otto John, dem erste Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz. John wurde 1954 nicht entlassen, sondern verließ seinen Posten in einem Akt der Verzweiflung, weil er den Eindruck hatte, dass seine Behörde zu wenig gegen rechte Netzwerke unternahm. Er ging in die DDR, um die Welt von dort aus vor einer „Renazifizierung“ zu warnen.¹⁰

Weniger spektakulär, doch ebenso bedeutend ist der Fall Kurt Oppler. Der jüdischstämmige Sozialdemokrat hatte früher als Anwalt gearbeitet und bis zu seinem Berufsverbot 1937 politische Verfolgte verteidigt. Im belgischen Exil gehörte er der Résistance an. Nach seiner Rückkehr wurde er Ministerialbeamter im hessischen Justizministerium und leitete seit 1947 das Personalamt der Bizone. Er war also gleichsam der erste Personalchef des entstehenden Weststaates. Nach der Gründung der BRD wurde Oppler faktisch durch Hans Globke ersetzt, der einst im „Judenreferat“ des Reichsinnenministeriums gewirkt hatte, und ins Auswärtige Amt versetzt. 1952 wurde Oppler Botschafter in Island.¹¹

Betroffen waren auch Bildungsinstitutionen. Hier war eine Frau von politischer Segregation betroffen: Klara Marie Faßbinder hatte zu einem literaturgeschichtlichen Thema promoviert und war als Funktionärin des Friedensbunds Deutscher Katholiken nach 1933 allerlei Schikanen ausgesetzt. 1945 wurde sie zur Professorin für Geschichte an der Pädagogischen Hochschule in Bonn ernannt. 1953 wurde sie suspendiert, weil sie als Vorsitzende der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung (WFFB) über „Ostkontakte“ verfügt und zu lautstark gegen die Politik der Wiederbewaffnung protestiert hatte.¹²

10 Vgl. Rigoll, *Staatsschutz in Westdeutschland*, S. 127–131.

11 Vgl. ebd., S. 40–49.

12 Vgl. ebd., S. 134 sowie ders., „Wenn Pazifistinnen den inneren Frieden stören. Sicherheit, Generation und Geschlecht in der frühen Bundesrepublik“, in: Ariadne (2014), H. 66, S. 40–49 und ders., „Agentinnen des Ostens oder Wegbereiterinnen der Demokratisierung? Die Westdeutsche Frauenfriedensbewegung (WFFB) und die Historikerin Klara Marie Faßbinder als Beobachtungsobjekte des nordrhein-westfälischen Landesamts für Verfassungsschutz, 1951–1974“, in: Großbölting, Thomas/Kittel, Sabine (Hrsg.), *Welche „Wirklichkeit“ und wessen „Wahrheit“? Die Hinterlassenschaften der Geheim- und Nachrichtendienste in der Bundesrepublik und der DDR*, Göttingen 2019, S. 167–194.

Der Kreis der Betroffenen der zweiten, mit dem Radikalenerlass von 1972 einsetzenden Verdrängungswelle war im Vergleich zur ersten Welle homogener: Aus politischen Gründen aus dem Staatsapparat segregiert wurden nun vor allem junge Frauen und Männer, die Organisationen angehörten, die vom Verfassungsschutz als linksradikal eingestuft wurden, vor allem kommunistische Parteien und ihre Vorfeldvereinigungen. Ein Beispiel von vielen ist hier Sigrid Altherr-König, die 1953 auf der Schwäbischen Alb geboren wurde, in Freiburg die Höhere Töchterschule besuchte und an der dortigen Pädagogischen Hochschule die Fächer Biologie und Deutsch studierte. Durch den Vietnamkrieg und die Notstandsgesetze politisiert, trat die Tochter eines Forstbeamten der Deutschen Friedensgesellschaft – Internationale der Kriegsdienstverweigerer, dem Marxistischen Studentenbund Spartakus und der Deutschen Kommunistischen Partei bei, weshalb ihr 1978 die Anstellung für den Schuldienst verweigert wurde.¹³

Soweit zur Segregation der Linken aus dem Staatsapparat. Die Ausgrenzung aus den Geschichtsbüchern ist viel schneller erzählt, denn es ist offensichtlich, warum diese oder ähnliche Fälle in den Überblickswerken wenn überhaupt, nur ganz am Rande erwähnt werden. Erstens passt die erste Verdrängungswelle nicht in das gängige Narrativ, wonach die „erfolgreiche Integration der Nazis“ zwar moralisch problematisch, aber notwendig gewesen sei, um das Land zu „stabilisieren“. Die Verdrängung linker Nazigegner müsste dann nämlich ebenfalls als zwar unschön, aber für die Demokratie erforderlich erzählt werden. Zweitens, und dies ist wohl der wichtigere Grund, wurde und wird das Wirken dieser Linken als politisch irrelevant erachtet. Aber war es das überhaupt?

Der linke Fußabdruck

Tatsächlich konnten Renner, Zander, Frenkel, Oppler, John, Faßbinder und Altherr-König trotz ihrer Ausgrenzung als – in einem weiten Sinne – Linke die bundesdeutsche Demokratie prägen. Welchen politischen Fußabdruck haben sie hinterlassen?¹⁴ Als methodischer Stichwortgeber bei der Beantwortung dieser

13 Vgl. Schnorr, Mirjam, „13 Jahre ‘Berufsverbot’. Der Fall Sigrid Altherr-König“, in: Wolfrum, Edgar (Hrsg.), *Verfassungsfeinde im Land? Der „Radikalenerlass“ von 1972 in der Geschichte Baden-Württembergs und der Bundesrepublik*, Göttingen 2022, S. 339–350.

14 Wenn es einen ökologischen Fußabdruck gibt, warum nicht auch einen politischen? Zur Begrifflichkeit vgl. auch Martelli, Roger, *L’empreinte communiste. PCF et société française, 1920–2010*, Paris 2010.

Frage kann ein linker Politologe dienen, der sich in der Adenauer-Ära auf seinem Lehrstuhl halten konnte und sich schon deshalb besonders für das Schicksal der 1945 eingestellten linken Nazigegner interessierte, weil er selbst einer von ihnen war: Eugen Kogon.¹⁵ Der an der FH Darmstadt lehrende Kogon bezeichnete die 1945 eingestellten Antinazis als „45er“. Das entsprach dem damaligen Sprachgebrauch und stellte zugleich einen Bezug zu den „48ern“ her, also zu den Revolutionären von 1848/49, die seinerseits auch gescheitert waren, deren Ideen aber trotz der Restauration der 1850er Jahre vielfach weiterlebten.¹⁶

Der Buchenwald-Überlebende Kogon war als junger Mann österreichischer Nationalist gewesen, im Widerstand aber zum Linkskatholizismus konvertiert. 1945 gründete er die CDU mit, stieß aber bald zur SPD. In den von ihm mit herausgegebenen „Frankfurter Heften“ arbeitete Kogon in kleinen Essays heraus, inwiefern auch „kleine Gruppen“ und sogar „Einzelne“ in Zeiten der „Restauration“ politische Agency und Legacy haben konnten, wie man heute sagen würde: „Der geringste Beitrag ist da von wert“, schrieb er bereits 1948 zu Beginn des Kalten Krieges,

„denn es geht um Frieden und um den wahren menschlichen Fortschritt, und jeder-mann ist daher mit in der Verantwortung, die den künftigen Lauf der Dinge entscheidet: mit der Qualität seiner täglichen Arbeitsleistung, mit seinen Worten, mit politischen Abstimmungen, mit moralischen Hilfen, mit der Bereitschaft, unserer Not durch das persönliche Verhalten einen Sinn zu geben, mit der Sauberkeit der Gesinnung freier Männer und Frauen, mit Opfer und, wenn er an Gott und unseren Herrn Jesus Christus glaubt, mit dem schicksalswendenden Gebet.“¹⁷

Eh oui, auch Beten konnte für Kogon eine antirestaurative Handlung sein. Ob sie als solche Wirkungsmacht in der Bonner Demokratie entfaltete, können Historikerinnen und Historikern freilich nicht untersuchen. Anders verhält es sich bei den Handlungen der hier untersuchten Beispielbiografen, die durchaus politischen Impact hatten – ganz unabhängig von der Frage nach ihrem persönlichem „Erfolg“ oder ihrem „Scheitern“.

Um noch einmal Kogon zu Wort kommen zu lassen, dieses Mal in einem Artikel über die „Aussichten der Restauration“ aus dem Jahr 1952: „Die am

15 Vgl. Rigoll, *Staatsschutz in Westdeutschland*, S. 12 f. passim.

16 Vgl. etwa Jansen, Christian, *Einheit, Macht und Freiheit. Die Paulskirchenlinke und die deutsche Politik in der nachrevolutionären Epoche 1849–1867*, Düsseldorf 1999.

17 Kogon, Eugen, „Das Jahr der Entscheidungen [1948]“, in: ders., *Die unvollendete Erneuerung. Deutschland im Kräftefeld 1945–1963. Aufsätze aus zwei Jahrzehnten*, Frankfurt a.M. 1965, S. 65–79, hier: S. 71 f.

meisten Gefährdeten entwickeln, wenn die Gegenmächte nicht alle Gewalt anwenden, die stärksten Kräfte.“ Dementsprechend seien solche „handelnden, erneuernden Minderheiten überall in Europa und auf allen Gebieten am Werke“. Nicht umsonst habe sie „ein führender deutscher Parteipolitiker einmal, statt sich darüber zu freuen, daß es sie gibt, in typischer Verblendung ‘politisches Unterholz’ genannt, das man entfernen müsse (verkennend, welche Bedeutung das lebendige Unterholz für das Wachstum des Waldes hat)“.¹⁸ Wer nach linken Fußabdrücken sucht, muss sich also ins Unterholz der Geschichte begeben.

Sieben Sondengänge II

Denn auf diesen zweiten, geschärften Blick hin wird sichtbar, dass Klara Marie Faßbinder für die Adenauer-Regierung ein echtes Problem war: Sie sprach den Kanzler, den sie von früher persönlich kannte, als fromme Katholikin an und teilte ihm in offenen Briefen unablässig mit, für wie risikoreich – und damit unchristlich – sie seine Wieder- und Atombewaffnungspolitik hielt. Ihr WFFB war ein zwar kleines, aber wichtiges Rädchen in der ersten Friedensbewegung, die in den 1950er Jahren Hunderttausende auf die Straße brachte. Die Wieder- und Atombewaffnung der Bundesrepublik konnten diese Proteste zwar nicht verhindern, sehr wohl aber verzögern und begrenzen. Wenn es nach den Hardlinern gegangen wäre, hätte die Aufrüstung der Bundesrepublik gleich nach Beginn des Korea-Krieges begonnen. So setzte sie erst 1955 langsam ein und die unter anderem von Franz Josef Strauß erhobene Forderung nach Atomwaffen blieb unerfüllt.

Auch Otto John, der sein Überlaufen in die DDR schnell bereute und gemüht in die Bundesrepublik zurückkehrte, ist nur auf den ersten Blick gescheitert. Denn es ist plausibel und vertiefende Forschungen wert, dass die von der internationalen Presse breit rezipierten Warnungen des ehemaligen obersten Verfassungsschützers vor einer „Renazifizierung“ im Juli 1954 mit dazu beitrugen, dass sich in der französischen Nationalversammlung kurz darauf keine Mehrheit für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft fand. Auch seine Warnungen trugen also zur Verzögerung der Wiederbewaffnung bei. Nicht allein freilich, aber in faktischer Arbeitsteilung mit anderen antirestaurativen Kräften, die es nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen Ländern gab, so zum Beispiel in der französischen Nationalversammlung, die sich unmittelbar nach

18 Ders., „Die Aussichten der Restauration [1952]“, in: ebd., S. 136–154, hier: S. 152.

Johns Auftritt in Ostberlin mehrheitlich gegen das Projekt einer Europa-Armee aussprach.

Kurt Oppler wiederum wurde nicht etwa deshalb nach Island geschickt, weil er irrelevant für das war, was in der Bundesrepublik der Adenauer-Ära passierte. Ganz im Gegenteil war er ein lebender Beweis dafür, dass Adenauers personalpolitisches Argument, wonach die Bundesrepublik über kein „sauberes“ Personal verfüge und deshalb auch „schmutziges“ einstellen müsse, nicht zutraf. Opplers Bizonen-Verwaltung war zwar mitnichten frei von Ex-Nazis gewesen, aber Schlüsselpositionen waren mit Nazigegegnern besetzt und es wurde dafür gesorgt, dass sich keine rechten Netzwerke bildeten. Handlungs- und Wirkungsmacht entfaltete er also vor allem vor Gründung des Weststaates.

Bei Marcel Frenkel und den anderen vier verdrängten jüdischstämmigen Wiedergutmachungsbeamten verhält es sich ähnlich. Auch sie waren vor ihrer Entlassung, also unter alliierter Militärbesatzung, in der Lage, eine Verwaltungspraxis zu etablieren, hinter die auch wiederverwendete Nazibeamte nur schwer zurück konnten. Zudem hatten einige der Verdrängten – insbesondere Curt Epstein in Hessen und Philipp Auerbach in Bayern – dafür gesorgt, dass Medien im westlichen Ausland über Wiedergutmachungsskandale berichteten und so den internationalen Druck auf die Bundesrepublik erhöht.

Auch Heinz Renner spielte trotz seiner Loyalität zur DDR eine wichtige Rolle beim materiellen und ideellen Aufbau der Demokratie. Er zählte zu der kleinen, aber wirkmächtigen Gruppe kommunistischer Politiker, die parteiübergreifend geschätzt wurden. Zwischen 1945 und 1948 arbeitete er auf kommunaler und Landesebene loyal mit SPD und CDU zusammen. Mit dem späteren Bundesinnenminister und Bundespräsidenten Gustav Heinemann verband ihn eine Freundschaft. Selbst Konrad Adenauer, mit dem er sich im Bundestag heftige Rededuelle lieferte, schätzte Renners „menschliche“ Art. So formulierte er es 1964 in seinem Kondolenzschreiben an Renners Tochter.¹⁹

Eugen Zander wiederum kennen wir heute nur deshalb, weil er etwas für die Geschichte der Bundesrepublik nicht ganz unerhebliches geleistet hat: Er hat Konrad Adenauer das Leben gerettet.²⁰ Als der spätere Bundeskanzler 1944 von einem Lager in der Nähe von Köln in KZ Buchenwald deportiert werden sollte, was für den damals schwerkranken Mann den sicheren Tod bedeutet hätte, half Zander als verantwortlicher „Kapo“ die Verlegung zu verhindern. Ohne Zanders

19 Ein Faksimile des Briefes ist abgedruckt in: Gleising, *Heinz Renner*, S. 158.

20 Vgl. Schwarz, Hans-Peter, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952*, Stuttgart 1991, S. 416, 445.

lebensrettenden Einsatz, von dem übrigens auch Adenauer selbst berichtete, hätte es also vermutlich keine Adenauer-Ära gegeben.

Und Sigrid Altherr-König? Der Impact von 68ern wie ihr in der Bundesrepublik ist im Gegensatz zur Handlungs- und Wirkungsmacht der 45er im besetzten und geteilten Deutschland sowohl in der Forschung als auch in der öffentlichen Debatte immer wieder thematisiert und evaluiert worden. Weit verbreitet ist die Vorstellung, wonach die Linken der 1968er Jahre zwar politisch gescheitert seien, aber maßgeblich zur – vor allem: kulturellen – „Zivilisierung“ und „Westernisierung“ des Landes beigetragen, es also irgendwie freundlicher und den Gesellschaften des Westens ähnlicher gemacht hätten.

Mit Blick auf den Radikalenerlass ließe sich erwidern, dass dieser die Handlungs- und Wirkungsmacht der Linken zunächst einmal massiv einschränkte: Als Kommunistin hatte Altherr-König dreizehn Jahre Berufsverbot für den öffentlichen Dienst. Unterrichten durfte sie erst wieder, nachdem sie 1994 aus der DKP ausgetreten war. Gleichwohl konnte auch sie Handlungs- und Wirkungsmacht entfalten. Zum einen individuell, als immer noch linke, wenn auch nicht parteikommunistisch engagierte Lehrerin bis zu ihrer Pensionierung als Beamtin im Jahr 2018. Zum anderen kollektiv, weil die Proteste gegen die Berufsverbote, an denen sie sich beteiligte, zwar nicht in ihrem Fall erfolgreich waren, aber dazu betrogen, dass 1979 die Regelanfrage beim Verfassungsschutz abgeschafft wurde, was es in der Folge immer mehr Linken ermöglichte in den Staatsdienst zu kommen. Ironischerweise hat so ausgerechnet die DDR-orientierte DKP an der Liberalisierung der Bundesrepublik mitgewirkt und damit an deren „Erfolgsgeschichte“.²¹

Die gesilenceten 45er

Allein: Wie ausgeführt, sind die zeithistorischen Überblickswerke momentan weit davon entfernt, den politischen Einfluss der ausgegrenzten Nazigegner auf die Demokratieentwicklung im besetzten und geteilten Deutschland in Gänze abzubilden. Intensiv beforcht wurde bislang nur der Impact von Nazigegnern, die im Staatsapparat verblieben, wobei der Fokus auf „großen Männern“ wie Adenauer und Heuss lag. Auch einzelne Funktionseliten wie Eugen Kogon, Fritz Bauer und einige andere wurden in den Blick genommen. Sinnvoll erscheint, nun

21 Vgl. Rigoll, Dominik, „Fünf Möglichkeiten, den Radikalenbeschluss zu historisieren. Oder warum die Bundesrepublik keine Erfolgsgeschichte haben kann“, in: Wolfrum, *Verfassungsfeinde im Land?*, S. 524–555.

die gesamte 45er-Gruppe zu untersuchen, also nicht nur Adenauer & Co, sondern auch Zander, Renner, Frenkel, John, Faßbinder & Co. Denn nur wenn man die segregierte Linke historiografisch reintegriert, bekommt man die Diversität der Humanismen in den Blick, die dem Kampf gegen den Nazismus und dem demokratischen Wiederaufbau entsprangen. Der Verwirklichung dieses Desiderats steht aber noch ein methodisches Problem im Weg, das die Erforschung des linken Impacts in der Geschichte der Bundesrepublik bis zum heutigen Tag ziemlich erschwert.

Dieses methodische Problem besteht darin, dass sich der zeitgenössische 45er-Begriff in der Geschichtswissenschaft nicht durchgesetzt hat. Nach 1990 wurde er sogar von einem ganz anderen 45er-Begriff verdrängt, der die Handlungs- und Wirkungsmacht der 1945 rekrutierten Nazigegner gleichsam unsichtbar macht („silencing“ könnte man auch dazu sagen). Der meines Wissens einzige Zeithistoriker, der in der alten Bundesrepublik mit dem ursprünglichen 45er-Begriff gearbeitet hat, ist Lutz Niethammer. Als Niethammer 1973 über die Entnazifizierung in Bayern promovierte, formulierte er das Desiderat, die „45er“ als „politische Elite“ zu historisieren, die von 1945 an als „Schrittmacher der Orientierung der Westdeutschen“ auf die liberale Demokratie hin agierten. Durchgesetzt hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten dann aber ein Konzept, das als „45er“ nicht die Nazigegner bezeichnet, die 1945 ff. den demokratischen Wiederaufbau verantworteten, sondern die Angehörigen der so genannten HJ-Generation, die 1945 in der Regel noch zu orientierungslos waren, als dass sie diese Verantwortung hätten übernehmen können, und die erst seit den 1960ern auf Schlüsselstellungen vorrückten. Erstmals geprägt wurde dieser später von Historiker:innen aufgegriffene 45er-Begriff im Jahr 1989 von einem früheren „Hitlerjungen“ – dem Journalisten Joachim Kaiser.²²

Mit der *political appropriation* des 45er-Begriffs durch einen ehemaligen Angehörigen der NSDAP-Jugendorganisation und der Übertragung des Konzepts von erfahrenen Nazigegnern auf junge Nazis, die zur Zeit des demokratischen Wiederaufbaus noch in der Ausbildung waren, erreichte die Segregation der linken Nazigegner einen Höhepunkt. Nun setzte sich eine Erzählung durch, wonach die eigentliche Trägergruppe der Demokratisierung die ehemaligen Angehörigen der HJ gewesen seien, deren politisches Spektrum von Jürgen Habermas auf der

22 Vgl. ders., „From Denazification to Renazification? West German Government Officials after 1945“, in: Erlichman, Camilo/Knowels, Christopher (Hrsg.), *Transforming Occupation: Power Politics, Everyday Life, and Social Interactions in the Western Zones of Occupied Germany, 1945–1955*, London 2018, S. 252–269.

Linken bis zu Helmut Kohl auf der Rechten reicht. Alles was links von Habermas stand, war nicht Teil dieser Demokratisierungsstory. Auch dieses Narrativ wurde zuerst von Joachim Kaiser verbreitet – in einem Sammelband des Instituts für Zeitgeschichte. Popularisiert sie dann von dem Historiker A. Dirk Moses, der heute vor allem für eine Kritik an etwas bekannt ist, das er den „deutschen Katechismus“ in Bezug auf die Holocaust-Erinnerung nennt. Moses' Studie von 2007 über die „Forty-Fivers“ in der Bundesrepublik, die integraler Bestandteil jener Forschungsrichtung war, die er heute mit viel Verve kritisiert, erwähnt an keiner Stelle, dass mit dem 45er-Begriff noch in den 1970er und 1980er Jahren eine ganz andere Gruppe gemeint war.²³

Dahin gehen, wo's guttut

Was folgt nun aus alldem für die Geschichte der Linken und für jene, die heute linke Geschichte zu schreiben versuchen? Vor 15 Jahren, als ich die Diss gerade verteidigt hatte und an der Uni Jena monatelang aus einem viel zu langen Manuskript ein Buch machte, habe ich auf dem tollen, inzwischen eingeschlafenen Blog „Kritische Geschichte“ von Richard Heigl einen Beitrag geschrieben, der „Dahin gehen, wo's wehtut“ hieß.²⁴ Darin schlug ich vor, dass sich Historikerinnen und Historiker, die sich selbst als „kritisch“ verstehen, zwei Untersuchungsgegenständen zuwenden sollten, bei denen ich den Eindruck hatte, dass Linke ihre Erforschung zu oft anderen überließen. Auf der einen Seite war das die Geschichte des (hier: westdeutschen) Staates und der Menschen, die für ihn tätig waren. Auf der anderen Seite schlug ich vor, dass sich Historikerinnen und Historiker der BRD mit der Geschichte des autoritären Parteikommunismus beschäftigen sollten, also mit der KPD, der DKP und den K-Gruppen. Meine vage Vorstellung war, dass man diese linke Geschichte genauso durcharbeiten musste, wenn man weiterkommen wollte, wie die der eher undogmatischen Linken, mit denen man sich besser identifizieren konnte.²⁵

23 Vgl. Moses, A. Dirk, *German intellectuals and the Nazi past*, Cambridge u.a. 2007.

24 Vgl. ders., „Dahin gehen, wo's wehtut. Und erstmal erzählen, bevor man sich abgrenzt. Drei Thesen zu einer „kritischen Geschichte“ der Bundesrepublik und ihrer Kritiker“, in: *Kritische Geschichte*, 27.10.2010, <https://kritischegeschichte.wordpress.com/2010/10/27/dahin-gehen-wos-wehtut>. [Letzter Zugriff 28.01.2025].

25 Vgl. auch Adamczak, Bini, *Gestern Morgen. Über die Einsamkeit kommunistischer Gespenster und die Rekonstruktion der Zukunft*, Münster 2015.

Aufgegriffen wurden die Vorschläge null, wenn man von zwei netten Beiträgen in der Kommentarspalte absieht, aber lustigerweise habe ich selbst viel in diese beiden Richtungen weitergearbeitet, ohne mir dessen immer bewusst zu sein. Dies geschah zum einen in Forschungsprojekten an dem Lehrstuhl in Jena und später an dem zeithistorischen Forschungsinstitut, an dem ich heute angestellt bin, zum anderen aber auch in Zusammenarbeit mit Leuten aus dem Gesprächskreis. Heute habe ich das Gefühl, dass die historiografische Beschäftigung mit dem Staatsapparat und dem Parteikommunismus der Bundesrepublik nicht nur weh tun muss, weil alles so deprimierend war, sondern auch guttun kann, weil gesellschaftlich integrierte und politisch organisierte Linke hier und da durchaus Handlungs- und Wirkungsmacht entfalteten. Sie hatten Agency und Legacy, trotz ihrer massiven Ausgrenzung und vieler politischer Niederlagen. Beides zu rekonstruieren erscheint nicht nur geschichtswissenschaftlich relevant, sondern auch politisch notwendig in einer Zeit, in der eine erneute Restauration unter konservativ-nationalistischen Vorzeichen im Gange ist und nicht wenige auf der rechten Seite des politischen Spektrums auf eine Konterrevolution hinarbeiten.

Markus Mohr

Umgestelltes K

Linksradikalismus in der Bonner Republik 1967–1973

Für die Bundesrepublik in der Zeit zwischen 1967–1973 stifteten eine Vielzahl von sich als links verstehenden politischen Organisationen und Bewegungen auf ihre Weise gegen die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse Unzufriedenheit und Unruhe. Über alle Differenzen hinweg, lassen sich diese Formationen gegenüber dem, was sie an der kapitalistischen Vergesellschaftung kritisieren, immer auch als eine „Partei der Gleichheit“ verstehen: Zum Strömungs- und Fraktionsbild der radikalen Linken Westdeutschlands seit der 1967/68er-Revolution können folgende Blöcke gerechnet werden:

- Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) für das orthodox-marxistische Spektrum mit Perspektive auf den realen Sozialismus in Gestalt der DDR und der Sowjetunion.
- Die Neue Linke in Gestalt maoistischer Parteien und Bünde mit Perspektive auf die Volksrepublik China und die Sozialistische Volksrepublik Albanien.
- Die parteiunabhängig operierenden undogmatischen SozialistInnen wesentlich in Form des 1969 gegründeten Sozialistischen Büros.
- Die unabhängige Linke in Gestalt der Sponti-Bewegung seit den beginnenden 1970er Jahren und den später zum Teil aus ihnen entstehenden Autonomen.
- Die Gruppen des bewaffneten Kampfes im Horizont einer Stadtguerilla, wesentlich in Form der RAF, der Bewegung 2. Juni und den Revolutionären Zellen.

Für die Existenz dieses Strömungsbildes können zwei wesentliche Entwicklungsbedingungen benannt werden. Sie sorgten dafür, dass diese radikale Linke in der Bonner Republik nach dem vom Bundesverfassungsgericht im August 1956 ausgesprochenen KPD-Verbot wieder die politische Bühne betrat. Erstens: Die anhaltenden Bemühungen zur Relegalisierung der 1956 durch das Bundesverfassungsgericht verfassungswidrig verbotenen KPD. Zweitens: Das Aufkommen der so genannten Außerparlamentarischen Opposition (APO) in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre.

Ein paar kurze Bemerkungen zum Terminus Linksradikalismus und radikale Linke: Innerhalb der Arbeiterbewegung wurde der Begriff „Linksradikalismus“ auch unter Berufung auf die von Lenin 1920 publizierte Kampfschrift gegen den „Linken Radikalismus“ als die „Kinderkrankheit des Kommunismus“ lange Zeit für Strömungen verwendet, die sich ideengeschichtlich auf den „proletarischen Antibolschewismus“ bzw. den „marxistischen Antileninismus“ des Links- und Rätekommunismus der zwanziger Jahre zurückverfolgen lassen – „jene Strömungen also, die einerseits Kritik am sowjetmarxistischen Organisationsmodell, an der „Partei neuen Typs“ und am „demokratischen Zentralismus“ übten und sich andererseits dem sowjetmarxistischen Etappenmodell – der „gesetzmäßigen“ Abfolge von Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus (Diktatur des Proletariats) und Kommunismus – verweigerten.¹ Ralf Hoffroge macht darauf aufmerksam, dass die Verwendung des Begriffes immer auch davon abhängt, was im jeweiligen Kontext unter „links“ und „radikal“ verstanden wird. Konstitutiv aber ist für ihn, dass Linksradikale beanspruchen, dass „eine unbedingt revolutionäre, grundsätzliche Kritik, einer moderaten, auf systemimmanente Reformziele verkürzten Gesellschaftskritik vorzuziehen“ sei. Zugleich weist er auf „die Doppelnatur von Selbst- und Fremdbezeichnung“ dieser Begrifflichkeit hin, die dem jeweiligen Verständnis des Linksradikalismus eine enorme Bandbreite verleihen würden.²

Umgestelltes K (KPD – DKP – K-Gruppe): Gründungsprozesse

Die nachfolgende Darstellung widmet sich den in den Jahren zwischen 1967 und 1973 in der Bonner Republik existenten Gründungs- und Organisationsprozessen der unter Punkt eins und zwei genannten Strömungen. Selbstverständlich waren dafür die innenpolitischen Bedingungen in der Bundesrepublik zentral, wenn auch die anhaltenden Richtungskämpfe im internationalen Kommunismus zwischen Moskau und Peking zum Tragen kamen.

In den Jahren von 1967 bis 1969 entfaltete sich die vielfältig schillernde Studentenrevolte in der BRD und West-Berlin auf einem Terrain, auf dem juristisch und politisch das KPD-Verbot galt. Für Hans-Gerhart Schmierer, seines Zeichens

-
- 1 Gerber, Jan, *Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des „realen Sozialismus“*, Freiburg 2010, S. 14.
 - 2 Hoffroge, Ralf, Linksradikalismus (Stichwort) in: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, hrsg. v. Haug, Frigga/Jehle, Peter, 8/II, Hamburg, 2015, S. 1194–1207, hier S. 1194.

Funktionär des SDS und danach einer der wesentlichen Protagonisten des Überganges der Neuen Linken zum Maoismus durch den im Juni 1973 aus der Taufe gehobenen Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), sei das „K“ dieser Organisationen wesentlich dadurch zustande gekommen, dass sich „die verbotene KPD [...] 1968 unter dem verschämten Namen DKP relegalisiert“ hatte. Wäre das anders gewesen, dann wäre das „K“ durch „die Tradition besetzt gewesen und hätte nicht dazu getaugt, die verschiedenen westdeutschen maoistischen Gruppen ein – und auszugrenzen.“³

Auch Willy Brandt hatte sich Ende Januar 1971 zu der Frage des „K“ in einem Interview mit der Regionalfernsehsendung des Norddeutschen Rundfunks geäußert. Er hob hier hervor, dass sich in der Bundesrepublik die Kommunisten „mit der Umstellung der Buchstaben wieder an Wahlen beteiligen dürften, es heiße nur DKP statt KPD, er sehe da keinen großen Unterschied.“⁴

Das KPD-Verbot war Mitte August 1956 durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen worden. Die KPD, der bei der Gründung der Bundesrepublik 1949 noch über 215.000 Mitglieder angehörten, verlor auch durch interne Auseinandersetzungen kontinuierlich an Anhang, so dass in ihr Mitte August 1956 nur noch 78.000 Personen organisiert waren. Nach dem KPD-Verbot wurde die schon seit den frühen 1950er Jahren eingesetzte Repressionswelle gegen KommunistInnen in Westdeutschland auf einer neuen Stufe fortgesetzt. Für die Zeit zwischen 1956 und 1968 gab es 125.000 Ermittlungsverfahren, die für eine ungezählte Zahl von Betroffenen zudem zum Verlust des Arbeitsplatzes führten. Folgt man einer Aufstellung von Alexander von Brünneck, so wurden in den Jahren zwischen 1957 und 1966 insgesamt 3.698 Personen wegen politischer Delikte verurteilt, bei denen es sich so gut wie ausschließlich um Kommunisten und Kommunistinnen, und um sogenannte „Sympathisantinnen“ handelte. Mitte der 1960er Jahre wurden von den Strafverfolgungsbehörden in der BRD wenigstens 100 KPD-AktivistInnen mit Haftbefehl gesucht, die es dann – wenn möglich – vorzogen, ihrem Aufenthaltsort in die DDR zu verlegen.⁵ Folgt man

3 Schmierer, Hans-Gerhart, ‚K-Gruppen‘ oder: Die kurze Blüte des westdeutschen Maoismus“, in: Landgrebe, Christiane/Plath, Jörg (Hrsg.) *‘68 und die Folgen*, Berlin 1998, S. 49–54, hier S. 49.

4 Nordschau-Magazin v. 27.1.1971, zitiert nach: CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kleine Anfrage an die Bundesregierung Drs. VI 2576, 17.09.1971.

5 Vgl. von Brünneck, Alexander, *Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1968*, Frankfurt a.M. 1979, S. 276.

der instruktiven Studie des Historikers Josef Foscith, so war und blieb „für die Bundesrepublik [...] die KPD der Staatsfeind Nr. 1, für die DDR ein Megaphon, das im Auftrag der SED die Arbeitermassen im Kampf gegen das verhasste Adenauer-Regime anführen“ sollte.⁶

Nach dem Bau der Mauer in Berlin im August 1961 wuchs in der Bundesrepublik die Kritik an den democrateschädlichen Folgen des KPD-Verbotes – gerade auch von liberaler Seite. Werner Maihofer, der später von 1974 bis 1978 als Bundesinnenminister amtierte, sprach Anfang 1965 hinsichtlich des Umfanges der Verfolgung wirklicher oder mutmaßlicher KPD-AktivistInnen davon, dass die in die tausende gehenden Zahlen der Ermittlungsverfahren „einem ausgewachsenen Polizeistaat alle Ehre machten.“ Sie gäben eine Vorstellung

„von der absoluten Hypertrophie der derzeitigen politischen Polizei und Justiz, deren tiefes Eingreifen in das persönliche und berufliche Schicksal von Hunderttausenden ganz offenkundig außer jedem Verhältnis zu den tatsächlichen Gefährdungen unseres Staates von innen und außen steht. Sie wird so [...] selbst zu einer ernsthaften Gefährdung unserer freiheitlich-demokratischen Demokratie.“⁷

Zu diesem Zeitpunkt waren in der BRD allenfalls noch 7–8000 Personen in der KPD organisiert. Sie waren mit einer Situation konfrontiert, dass nach § 90a StGB es den Staatsanwaltschaften jederzeit möglich war, eine Parteineugründung als Ersatzorganisation anzusehen – mit der möglichen Folge, die an der Gründung beteiligten Personen wegen verfassungsfeindlicher Bestrebungen anzuklagen. Das sollte sich dann auch am 8. Februar 1968 erweisen. An diesem Tag lud der ehemalige KPD-Landtagsabgeordnete in Niedersachsen Ludwig Landwehr nach Frankfurt am Main zu einer Pressekonferenz ein, auf der Informationen zu einem neuen Programmentwurf der KPD der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollten. Das sollte durch die KPD-FunktionärInnen Grete Thiele, Max Schäfer und Herbert Mies geschehen. Dieses Vorhaben misslang. Auf „Anregung“ des Bundesinnenministeriums und auf Anordnung des hessischen Innenministeriums wurde sie kurzerhand verboten, die KPD-Funktionäre wurden von der Polizei festgenommen und vor den Ermittlungsrichter gebracht – der sie allerdings auf freien Fuß setzte. Am 13. Februar wurden dann aber alle bislang hergestellten

6 Foscith, Josef, *Verfassungswidrig! Das KPD-Verbot im Kalten Bürgerkrieg*, Göttingen 2017, S. 314/15.

7 Lehmann, Lutz, *Legal & opportun. Politische Justiz in der Bundesrepublik*, West-Berlin, 1966, S. 108.

und die in Druck befindlichen Programmbroschüren der KPD auf Beschluss des Ermittlungsrichters des BGH beschlagnahmt.⁸

Danach kam es zwischen den Vertretern der KPD und vor allem mit dem amtierenden Justizminister Gustav Heinemann zu internen Gesprächen wie eine Relegalisierung von Kommunisten in der BRD zu bewerkstelligen sei: „Max Schäfer und die frühere KPD-Bundestagsabgeordnete Grete Thiele (gingen) am 4. Juli zu Bundesjustizminister Gustav Heinemann. In der Bonner »Rosenburg« erörterten die von (Max) Reimann ausgesuchten Emissäre rechtliche Details für eine Neugründung. Das für Polizei- und Verfassungsschutz-Aktionen zuständige Bundesinnenministerium wurde von der Besprechung unterrichtet.“⁹

Im Jahr zuvor hatte sich Heinemann, der in den 1950er Jahren Kommunisten in politischen Strafverfahren engagiert verteidigt hatte, in einem viel beachteten Aufsatz in der Juristenzeitung mit der Frage der Wiederzulassung der KPD auseinandergesetzt. Für den Fall, so Heinemann, dass die „KPD heute nicht mehr die auf proletarische Revolution und auf eine Diktatur des Proletariats abzielende marxistisch-leninistische Partei (sei), die sie früher war und die SED auch heute ist“ – dann könne „von einer anderen neuen, Partei“ gesprochen werden, „deren Gründung keiner Erlaubnis bedarf.“ Mit anderen Worten: Vom amtierenden Justizminister wurde indirekt eine Relegalisierung der KPD befürwortet.¹⁰ Heinemann dürfte diese Auffassung den KPD-Abgesandten in den, im Bonner Justizministerium geführten, Gesprächen deutlich gemacht haben: Eine kommunistische Partei in der Bundesrepublik hat in geeigneter Art und Weise eine auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehende Partei zu sein.

Auch in diesem Sinne wurde dann Ende September 1968 in Frankfurt am Main eine sogenannte „Neukonstitution“ einer Partei unter den Namen DKP einberufen. Durch die InitiatorInnen sollte mit dem Begriff der „Neukonstitution“ – und gerade nicht dem der Neugründung – wenigstens ein indirekter Bezug zu weiterhin illegalen KPD hergestellt werden. Die DKP berief sich auf die Traditionen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, ohne dass in dem Text die Namen wie Lenin oder Stalin oder auch Begriffe wie „proletarische Revolution“ oder „Diktatur des Proletariats“ auftauchten. Der Grund war

8 Kbm, „KPD-Programme beschlagnahmt/Vier Tonnen/Auch die Matrizen in der Druckerei sichergestellt“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.02.1968.

9 O.N., „KP-Neugründung/Auf allen Ebenen“, in: *Der Spiegel*, Nr. 40, 29.09.1968.

10 Heinemann, Gustav, „Wiederzulassung der KPD?“, in: *Juristenzeitung*, 22. Jg., Nr. 14, 1967, S. 425–426.

einfach: Dem Bundesverfassungsgericht hatten sie 1956 als Begründung für das Verbot der KPD gedient. Dagegen wurde herausgestellt, dass es sich bei der neuen kommunistischen Partei um eine Partei der Bundesrepublik handle. In lyrischer Tonlage wurde der interessierte Teil der Bevölkerung darüber wie folgt informiert: „Dieses Land ist unsere Heimat, mit ihrer Bevölkerung teilen wir Freuden, Sorgen und Hoffnungen. [...] Wir achten das Grundgesetz, wir verteidigen die darin verkündeten demokratischen Grundrechte und Grundsätze“. Schließlich: „Auf der Basis der im Grundgesetz proklamierten demokratischen Prinzipien ringen wir um die demokratische Erneuerung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.“ Ziel sei „die sozialistische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft.“ Und: „Eine schematische Nachahmung des in der DDR beschrittenen Weges“ komme nicht in Frage.¹¹

Mit der „Neukonstitution“ einer Partei namens DKP war jedoch die KPD seitens der deutschen KommunistInnen in Ost und West noch keineswegs zu den Akten gelegt worden. In einer nur kurz nach Vorstellung der DKP erarbeiteten Vorlage der SED-Führung vom 30. September 1968 heißt es denn auch: „Die DKP ist die legale marxistisch-leninistische Kampfpartei der westdeutschen Arbeiterklasse, und daneben besteht die KPD als illegale marxistisch-leninistische Kampfpartei“.¹²

An der Person von Max Reimann lässt sich das exemplifizieren: Reimann war schon seit 1920 Mitglied in der KPD, saß jahrelang im Konzentrationslager Sachsenhausen und amtierte im ersten Bundestag in der Bonner Republik als Fraktionschef der mit knapp über fünf Prozent der Stimmen gewählten KPD. Im Verlaufe des Jahres 1954 wurde gegen Reimann ein Haftbefehl wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens erlassen, dessen Vollzug er dadurch verunmöglichte, dass er in die DDR auswich.¹³ Ende Juni 1968 wurde im Zuge der anstehenden Relegalisierung der KPD durch eine fast einstimmig getroffene Abstimmung des Bundestages das politische Strafrecht entrümpelt. Es führte dazu, alle bis zum 1. Juli 1968 begangenen politischen Straftaten zu amnestieren. Damit wurde auch für Max Reimann der Weg frei, Mitte Oktober wieder in die Bundesrepublik, konkret nach Düsseldorf zurückzukehren. Auf einer Mitte November 1968 dort abgehaltenen Pressekonferenz erklärte er, kein Mitglied

11 DKP-Gründungserklärung v. 25.9.1968, zitiert nach Foschepoth, *Verfassungswidrig!*, S. 341/342.

12 Ebd., S. 343.

13 DPA, „Haftbefehl gegen Reimann“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.08.1954.

der DKP zu sein. Stattdessen bezeichnete er sich als „Leiter der Kommission für Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Wiedezulassung der KPD.“ Er sehe seine Aufgabe wesentlich darin, für die Aufhebung des KPD-Verbots zu kämpfen. Dabei vermerkt ein Pressebericht besonders die Kritik von Reimann „an gewalttätigen Aktionen der außerparlamentarischen Opposition“ wobei ihm die Aussage zugeschrieben wird: „Mit den Methoden des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund), mit Benzinflaschen, kommt man nicht weiter.“ In Bezug auf Fragen „nach den Richtungskämpfen im internationalen Kommunismus“ seien dabei von Reimann „nur ausweichende Antworten“ gegeben worden.¹⁴

Ein paar Tage später fand mit Reimann eine Großkundgebung in der Dortmunder Westfalenhalle statt. Ein Reporter berichtete hier von einem „lebenden Denkmal“, und führte weiter aus: „Max Reimann ließ sich noch einmal von der Woge der Emotion tragen. Als die Internationale in der Dortmunder Westfalenhalle aufklang, gesungen von fast zweitausend Menschen, da fuhr es dem hageren Greis in die Glieder. Er faßte die Hände seiner Nebenleute, bewegte sich im Takt, sah unten im Saal die hochgereckten Fäuste, und immer, wenn der Refrain kam – ‘Völker, höret die Signale, auf zum letzten Gefecht!’ –, zuckte der Kopf fast ekstatisch, unter buschigen Brauen wurden die Augen feucht, und das eisgraue Haar flatterte wild. Der alte Arbeiterführer war zurückgekehrt.“¹⁵

Die Gründung der KPD/ML

Zeitlich parallel zu den im Jahre 1968 durchgeführten vielfältigen Anstrengungen deutscher Kommunisten, in der Bundesrepublik wieder eine Legalisierung zu erreichen, entfaltet auch Ernst Aust aus Hamburg Aktivitäten. Sein Ziel war die Gründung einer neuen Kommunistischen Partei mit einer politischen Orientierung an der Volksrepublik China. Für die politisch Interessierten in der Bundesrepublik besaß Aust zu diesem Zeitpunkt eine Subprominenz. Geboren 1923 in Hamburg-Eimsbüttel, trat er nach seiner britischen Kriegsgefangenschaft 1951 der KPD bei und wurde Redakteur bei der „Hamburger Volkszeitung“, der damaligen Zeitung der Hamburger KPD. Im Jahre 1953 beauftragte die KPD Aust, das „Nachrichtenblatt für die Küstenbevölkerung Dat Blinkfuer“ (Das Leuchtfeuer) als Herausgeber zu übernehmen, die aus der Bewegung zur Befrei-

14 „L.B. Reimann macht der SPD Avancen/Bemühungen um Wiedezulassung der KPD/Nicht Mitglied der DKP“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.11.1968.

15 Zundel, Rolf, „Ein lebendes Denkmal/Beinahe rührend: Max Reimann – ein Kommunist von gestern“, in: *Die Zeit*, Nr. 48, 29.11.1968.

ung Helgolands von der britischen Besatzung entstanden war. Im Unterschied zu anderen von der KPD beeinflussten Zeitungen hatte diese Erfolg, Mitte der 1960er Jahre lag ihre Auflage bei 20.000 Exemplaren. Aust amtierte dort als Herausgeber bis zum Ende des Jahres 1966. Im Mai des Jahres 1963 nahm Aust am Parteitag der illegalisierten KPD teil, welcher im Harz (DDR) stattfand. Kurz darauf wurde er im Oktober 1963 vor dem Landgericht in Hamburg unter dem Vorwurf des Verstoßes gegen das KPD-Verbot, Staatsgefährdung und Verleumdung angeklagt. Dieser Strafprozess, in dem Aust von Heinrich Hannover verteidigt wurde, wurde von einem enormen Interesse der Öffentlichkeit begleitet. In der DDR wurde dazu eine intensive Kampagne losgetreten. Es erschienen eine Vielzahl von Presseartikeln in Zeitungen der DDR. Mitte Oktober wurde im Deutschen Fernsehfunk (DDR) sogar von einer „Internationalen Kundgebung“ in der sozialistischen Mustergemeinde Mestlin im Bezirk Schwerin zu dem Prozess gegen die Zeitung „Blinkfuer“ berichtet. Darin führte der Erste Sekretär der Bezirksleitung der SED-Schwerin und Mitglied des ZK der SED Bernhard Quandt, der in einer Rede vor hunderten von Genossenschaftsbauern aus, dass es

„zu den wesentlichen Unterdrückungsmaßnahmen des Bonner Regimes gehört, neben der psychologischen Attackierung der Bevölkerung mit Revanchismus und Antikommunismus politische Terrorprozesse zu inszenieren. Wer in den Chor der von Bonn gelenkten Meinungsbildung nicht einfällt, soll durch den politischen Kreuzzug, und wenn nicht anders, durch das politische Strafverfahren mundtot gemacht werden.“¹⁶

Anfang Januar 1964 wurde Aust vom Landgericht Hamburg zu einer Gefängnisstrafe zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Dieses Urteil hielt in der Revision stand und die ab August 1965 anstehende Strafvollstreckung von Aust war von öffentlichen Protesten begleitet. Im Ergebnis musste Aust seine Haftstrafe nicht antreten: Ende Oktober 1965 vermeldete der „Blinkfuer“ auf der Titelseite: „BLINKFUER-Chefredakteur Ernst Aust braucht nicht in Gefängnis!“ Vom Hamburger Senat sei beschlossen worden, die Strafe „mit dreijähriger Bewährungsfrist auszusetzen.“¹⁷ Anfang 1967 wird berichtet, dass Aust „nach internen Auseinandersetzungen innerhalb der illegalen Kommunistischen

16 Aktuelle Kamera, „Prozess gegen die Zeitung ‘Blinkfuer‘“, in: Deutscher Fernsehfunk (DDR), 09.10.1963, <https://www.ardmediathek.de/video/aktuelle-kamera/prozess-gegen-die-zeitung-blinkfuerer/ard/YnJpZDovL2RyYS5kZS9tZWRpYXRoZWsvcH-VibGljYXRpb24vMzQzNTI>.

17 O.N., „BLINKFUER-Chefredakteur Ernst Aust braucht nicht in Gefängnis!“ in: *Blinkfuer*, 23.10.1965.

Partei“ von seinem Amt als Herausgeber und Verleger von „Blinkfuer“ abgesetzt worden sei.¹⁸

Folgt man den biographischen Mitteilungen von Aust aus den Jahre 1973, so soll er spätestens danach zusammen mit seiner Ehefrau Waltraud zu der Minorität von AktivistInnen in der nach 1956 illegalen KPD gehört haben, die anfangen, sich am Maoismus zu orientieren:

„Die Jahre 1966/67 bringen die Entscheidung. Immer offener wendet sich Ernst jetzt gegen den antimarxistischen, antichinesischen Kurs der Revisionisten in der Partei und im ‘Blinkfuer’. [...] Ernst vertritt die Meinung, dass [...] der revolutionäre Stil der Zeitung verlorengegangen, dass sie zu einem pazifistischen Friedensblättchen entartet sei. [...] Die Partei weiß um die Popularität des Genossen Ernst, sie kennt seine agitatorischen und propagandistischen Fähigkeiten und möchte ihn nicht verlieren. [...] Die Partei unternimmt einen letzten Bestechungsversuch. [...] Er lehnt ab. Stattdessen erscheint, zuerst illegal, unter seiner Anleitung im Juni 1967 der erste ROTE MORGEN.“¹⁹

Die letzte Information ist zutreffend. Der „Rote Morgen“ erscheint zunächst als hektographiertes Blatt.

Nach Darstellung von Waltraud Aust, der Ehefrau von Ernst Aust, begannen die Pläne für die Herausgabe der Zeitung „Roter Morgen“ im Frühjahr 1967 „konkretere Gestalt“ anzunehmen: „Das A und O war dabei das Besorgen der Adressen von Genossen und Sympathisanten der Partei. Die rund 5.000 Adressen von ‘Blinkfuer’-Abonnenten hatten wir bereits im Kasten.“²⁰ So wurde dann die erste Ausgabe des „Roten Morgen“ im Juli 1967 mit beträchtlichem finanziellem Aufwand als „Zeitschrift der KPD Marxisten-Leninisten“ ohne Impressum an alle BezieherInnen des „Blinkfuer“ versendet. Vier Monate später, im November 1967, war die Zeitung unter der Wohnadresse von Aust in Hamburg zu erreichen.

Bereits in der Januarausgabe 1968 erschien ein Aufruf unter der Überschrift „Marxisten-Leninisten Westdeutschlands, vereinigt euch!“. Was man zurzeit überhaupt nicht brauche, sei

„die Sammlung aller irgendwie links von der SPD stehenden opportunistischen Kräfte, sondern die Sammlung aller Kommunisten, fortschrittlicher Arbeiter, Studenten und Bauern in einer marxistisch-leninistischen Partei. Nur eine geschlossene,

18 k.w., „Umbesetzung bei ‘Blinkfuer’“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.01.1967.

19 (Aust, Ernst) „Wenn der Feind uns bekämpft ist das gut und nicht schlecht! Lebenslauf des Genossen Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML“, in: *Roter Morgen*, Nr. 20, 26.05.1973.

20 Waltraud (Aust), „Das Kohlepapier“, in: *Roter Morgen*, Nr. 23. 10.6.1977.

kampfstarke Partei, die im revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, wird die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien führen.“²¹

Und weiter: „Wir, die Gruppe, ‘Roter Morgen’, die Vereinigung der Hamburger Marxisten-Leninisten, sind bereit, mit jeder in Westdeutschland bestehenden Gruppierung auf marxistisch-leninistischer Grundlage zusammenzuarbeiten, um das Ziel der dringend gebotenen Einheit zu erreichen.“²²

Im „Roten Morgen“ wurde dann der im Februar 1968 veröffentlichte Programmentwurf der KPD als „das schandbarste Dokument, das bisher unter dem Namen KPD erschien“ gebrandmarkt, weil es die „Kapitulation vor der Monopolbourgeoisie“ bedeute.²³

In der zweiten Hälfte des Jahres 1968 wird Aust für die im Zusammenhang mit dem Relegalisierungsprozess der KPD berichtenden Journalisten zu einem Ansprechpartner. Das hat sicher auch damit zu tun, dass seitens der bürgerlichen Presse in der Sphäre der etablierten Politik stets ein latentes Interesse an der Darstellung von Konkurrenzen unter Linken existiert. So informierte Mitte September 1968 ein Beitrag im „Spiegel“ die Öffentlichkeit über die organisatorischen Bemühungen des Herausgebers der von „ihm selber gegründeten ‘marxistisch-leninistischen Monatszeitschrift Roter Morgen’“.²⁴ Unmittelbar vor der Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei werden in diesem Beitrag auch die Einschätzungen ehemaliger KPD-Genossen zu seiner Person referiert. So werde Aust in der Zeitschrift das ‘Freie Volk’, dem Zentralorgan der illegalen KPD, als „traurige Gestalt, die nur die Verachtung aller anständigen Menschen verdient“ bezeichnet. Im März 1968 sei seitens des KPD-Zentralkomitees die „Sprachregelung“ formuliert worden, in der Aust als ein „Abtrünniger der Arbeiterbewegung“ und als ein „Spielball im antikomunistischen Kreuzzug der herrschenden Kreise und ihrer Geheimdienste“ beschrieben wurde. Das Nachrichtenmagazin scheint für diesen Beitrag direkt mit Aust gesprochen zu haben, und referiert dabei die Auflage des „Roten Morgen“ mit 736 Exemplaren, für das, so Aust, „täglich zwei neue Bestellungen eingehen.“ Unmittelbar nach der Neukonstitution einer Kommunistischen Partei in Form der DKP erhält Aust in

21 O.N., „Marxisten-Leninisten Westdeutschlands, vereinigt euch!“, in: *Roter Morgen*, Januar 1968.

22 Ebd.

23 O.N., „Auf Kautskys und Togliattis Spuren/Zum Programmentwurf der KPD“, in: *Roter Morgen*, August 1968.

24 O.N., „Parteien/Maoisten/Verdammt hart“, in: *Der Spiegel*, Nr. 38, 15.9.1968.

einem Interview der Frankfurter Rundschau die Gelegenheit zur Stellungnahme. Darin erklärt er auf die Frage, ob er auf die Gründung der DKP mit einer eigenen Partei nachziehen werde, dass es sein Ziel sei, noch dieses Jahr „eine Partei zu gründen, wobei er auf Nachfrage erklärte, dabei von „21 Gruppen“ unterstützt zu werden.“²⁵

Im November 1968 ruft Aust in seiner Zeitung zur Gründung einer neuen KPD auf.²⁶ Dieser Aufruf wird auch während der 23. Delegiertenkonferenz des SDS Mitte November in Hannover verteilt. Folgt man hier einer Erinnerung des SDS-Delegierten Gerd Koenen, so soll man „das noch nicht wirklich ernst“, genommen haben, denn Mao sei zu dieser Zeit für die meisten studentischen Aktivistinnen „mehr oder weniger ein Gadget gewesen, als Button, Plakat oder Zitat aus dem roten Buch.“²⁷ Gleichwohl wurde im „Spiegel“ darüber spekuliert, ob sich denn für die im Aufbau befindliche maoistisch orientierte Partei um den KPD-Altkader Ernst Aust die „etwa rund 3.000 APO-Berliner [...] als potentielle ML-Genossen“ anbieten, „die Anfang des Monats für ein ‘rotes Vietnam’ und zugleich gegen SED und UdSSR demonstriert hatten. Spruchband-Losung ‘Imperialismus und Sowjet-Revisionismus sind die Hauptfeinde aller Völker’.“²⁸ Auf einen anderen Aspekt der Angelegenheit machte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ aufmerksam: Aust „beansprucht zum Ärger mancher DKP-Kommunisten für sich den Parteinamen KPD. Ob sich der zurückgekehrte Max Reimann diesen Titel rauben lassen wird, ist noch unentschieden.“²⁹

Pünktlich 50 Jahre nach Gründung der KPD im preußischen Landtag wurde von Aust an Silvester 1968 zusammen mit 30 weiteren Personen im Hinterzimmer der Hamburger Kneipe „Ellerneck“ die Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten (KPD/ML) aus der Taufe gehoben. Dieses ohne größere Ankündigungen durchgeführte interne Treffen sollte in der Parteigeschichtsschreibung „Gründungsparteitag“ genannt werden. Irgendwelche Beratungen

25 O.N., „Maos Mann in Hamburg ist mit der Partei noch nicht soweit“, in: *Frankfurter Rundschau*, 27.9.1968.

26 O.N., „Arbeiter, Bauern, Studenten vereinigt euch/ Der Feind steht im eigenen Land“, in: *Roter Morgen*, Oktober/November 1968.

27 Koenen, Gerd/Diehl, Laura, „Mao als Mona Lisa der Weltrevolution/Erinnerungen an den westdeutschen Maoismus“, in: Gehrig, Sebastian/Mittler, Barbara/Wemheuer, Felix (Hrsg.), *Kulturrevolution als Vorbild? Maoismen im deutschsprachigen Raum*, Heidelberg 2007, S. 27–38, hier S. 27.

28 O.N., „Parteien /KPD (ML) Verlängerte Achse“, in: *Der Spiegel*, Nr. 48, 24.11.1968.

29 AP, „Aufruf für eine Mao-Partei“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.11.1968.

mit den publizistisch unterstellten mutmaßlichen „3.000 APO-Berlinern“ hat es dafür vermutlich nicht gegeben. Auch von „21 Gruppen“ ist in keinem der in diesem Zusammenhang publizierten Dokumente mehr die Rede. Bernd Ziesemer schreibt zum besagten Gründungsparteitag:

„Am Silvestertag 1968 versammeln sich 33 Männer und Frauen im Hinterzimmer der Hamburger Gastwirtschaft ‘Ellerneck’. An der Wand lehnen große schwarz-weiße Baumwollbilder mit den Köpfen von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Zedong. Die meisten Männer trinken ein Glas Bier. In der Versammlung führt der 45-jährige Ernst Aust das große Wort und beschwört leicht näselnd und mit Eimsbütteler Tonfall das ‘sozialistische China, den ruhmreichen Leuchtturm der Weltrevolution’. Der schwächliche Mann mit zurückgekämmten Haaren bringt seit einem Jahr ein hektografiertes Monatsblatt mit dem Namen Roter Morgen heraus und fordert darin die ‘Vereinigung aller Marxisten- Leninisten’. [...] Jetzt beklagt Aust den ‘revisionistischen Verrat’ in der Exil-Führung der Partei, in der DDR und vor allem in der Sowjetunion. Das neue Vaterland aller Werktätigen sei die Volksrepublik China, gefolgt von ihrem treuen Verbündeten Albanien. Seine Genossen in der Bramfelder Kneipe befeuern sich an diesem Tag gegenseitig, reden über die ‘Errichtung der proletarischen Diktatur’ und gründen noch in der Nacht die erste richtige maoistische Partei Deutschlands, die KPD/ML. [...] Rund ein Drittel der sogenannten Delegierten, die oft nicht mehr als sich selbst vertreten, stößt aus der alten moskautreuen KPD zu der neuen Mao-Partei. [...] Studenten aus Kiel, Tübingen, Hannover und Berlin finden sich auch unter den KPD/ML-Gründern – aber keiner von ihnen spielt im SDS oder anderen radikalen Uni-Gruppen eine nennenswerte Rolle. Über einige Gefolgsleute verfügen allenfalls die blutjungen Anführer einer radikalen Schülergruppe, die sich als ‘Rote Garde Berlin’ auf die Seite Austs schlagen und prompt mit Spitzenämtern in der neuen Partei belohnt werden. [...] Der Hauptnenner, der die Männer (und sehr wenigen Frauen) der neuen KPD/ML verbindet, ist das kommunistische China. ‘Unser Leitbild war nun einmal die Volksrepublik China’, erinnert sich später einer der Parteiväter: [...] ‘In der wenige Monate zuvor gegründeten, strikt an der UdSSR orientierten DKP hatten solche Gedanken keinen Platz.’³⁰

Diese Darstellung legt nahe, dass immerhin ein Drittel der ML-Gründer aus der alten KPD kam. Ein Grund mehr für Aust Jahre später für seine Partei in Anspruch zu nehmen, „die legitime Nachfolgerin der 1956 verbotenen KPD (zu sein) aus deren illegalen Reihen unsere Partei entstand.“³¹

Der Gründungsakt der KPD/ML in einem Hinterzimmer einer Kneipe in Bramfeld hatte auch deshalb unmittelbar Resonanz, weil Ernst Aust dazu eine

30 Ziesemer, Bernd, *Maos Deutscher Topagent. Wie China die Bundesrepublik eroberte*, Frankfurt a.M. 2023, S. 159/60.

31 O.N., „Interview mit dem Genossen Ernst Aust“, in: *Roter Morgen*, Nr. 38, 21.09.1974.

Pressekonferenz einberief. So informierte eine Kurzmeldung der Deutschen Presse Agentur wie folgt: „Zu der Lehre des chinesischen Parteichefs Mao Tse-tung bekennt sich die am Silvestertag in Hamburg gegründete ‘Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten- Leninisten’ (KPD/ML). Wie das ‘Politbüromitglied’ Ernst Aust (42) am Freitag vor Journalisten in Hamburg angab, habe die neue Partei bereits mehr als 1000 Mitglieder.“³²

In diesem Sinne vermeldete auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ unter der Überschrift „Deutsche Mao-Partei“ die Gründung: „Im Gegensatz zu der im Herbst vergangenen Jahres gegründeten DKP gehört die neue Partei zur Pekinger Richtung im Kommunismus.“³³ Ein Bericht in der Springer-Gazette WELT hob auf eine „Spaltung im Lager der Linken“ ab. Die Gründung habe „unter den Kommunisten chinesischer und sowjetischer Provenienz gleichermaßen Ärger und Verwirrung gestiftet.“ Der Bericht zitiert dabei aus einem Schreiben eines „Hamburger Initiativausschuß zur Bildung einer marxistisch-leninistischen Liga für Westdeutschland und Westberlin“ in dem die „hektisch betriebenen Vorbereitungen zur Gründung einer marxistisch-leninistischen Partei für Deutschland als völlig verfrüht und für die gesamte ML-Bewegung in Deutschland als ‘abträglich’“ kritisiert werden. Es habe noch keine „‘gründliche Sammlung’“ der auf dem Boden des Marxismus-Leninismus fußenden Gruppen stattgefunden.“ Zugleich gab sich der Berichterstatter davon überzeugt, dass die Gründung der KPD/ML „weniger die bürgerlichen Parteien, dafür aber umso mehr die DKP und die alte KPD erschreckt“ habe.³⁴

In der Ausgabe des „Roten Morgen“ vom Dezember 1968/Januar 1969 wird die Öffentlichkeit über die Gründung der KPD/ML informiert, in der auf dem „Gründungsparteitag“, alle „vorgelegten Papiere: Erklärungen zur Gründung der KPD/ML, Statut und Richtlinien [...] geringfügig geändert angenommen“ worden sein sollen – und das trotz „lebhafter Aussprache“. In dieser Ausgabe befinden sich dann neben einem Beitrag des „Genossen“ J. W. Stalin aus dem Jahre 1925 über die „Bedingungen für die Entwicklung der KPD zur Partei neuen Typus“ auch noch Grußadressen an die jeweiligen Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Albanien und Chinas. Als „deutsche Marxisten-Leninisten“ sehe man „in der Lehre von Mao Tse-tung die Grundlage für unsere politische Arbeit,

32 DPA, „Neue Linkspartei bekennt sich zu Mao Tse-tung“, in: *Nord-West-Zeitung*, 04.01.1969.

33 k.w., „Deutsche Mao-Partei“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 03.01.1969.

34 Plog, Karsten, „Kommunisten kritisieren neue Mao-Partei/Wieder Spaltung im Lager der Linken/Proteste auch von Peking-Anhängern“, in: *Die Welt*, 03.01.1969.

die Leitlinie unseres Handelns.“ Darüber hinaus informierte man die Genossen der KP China darüber das man die als „erfolgreich“ bezeichnete „Explosion der jüngsten chinesischen Wasserstoffbombe als einen erneuten Erfolg der Ideen Mao Tse-tung und der großen proletarischen Kulturrevolution“ begrüße. Die Aktivisten der ML sahen darin eine „große Ermutigung für die revolutionären Volksmassen der ganzen Welt“.³⁵ Den albanischen Genossen übersendete man in einem Brief den Stolz als „deutsche Marxisten-Leninisten [...] euch [...] zu unseren Freunden zu zählen, von deren Erfahrungen zu lernen uns ein Herzensbedürfnis ist.“³⁶

Streit im Gründungsprozess weiterer K-Gruppen

Die KPD/ML besaß für eine kurze historische Sekunde so etwas wie eine Art Vorbildfunktion für auseinanderstrebende Gruppen der StudentInnenbewegung. Mit regionalen Schwerpunkten in Kiel, Hamburg und dem Ruhrgebiet, hier vor allem Dortmund, berief sich die Partei von Beginn an explizit auf Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung. Eben diese fanden mit ihren Köpfen ab August 1968 Aufnahme im Titelbild der hier noch als „deutsch marxistisch-leninistisch“ benannten Monatszeitschrift „Roter Morgen“.

Eben auch das spielte natürlich für die Gründungsbemühungen weiterer maoistischer Gruppierungen in der Zeit nach der Ausrufung der KPD/ML zur Partei eine Rolle. Etwa über ein Jahr später, Ende Februar 1970, kam es in West-Berlin in Abgrenzung zur KPD/ML aus den Reihen des West-Berliner Sozialistischen Studentenbundes (SDS) und hier vor allem aus der Roten Zelle Germanistik an der FU Berlin zu der Gründung einer weiteren KPD als Partei mit dem Zusatz: „Aufbauorganisation“ (AO). Im Juni 1970 prangerte die KPD/ML den „Gründungsopportunismus“ der KPD/AO – „eine Gruppe von ca. 20 Westberliner Studenten“ – an, in der sich aus ihrer Sicht „verbal radikales Gebaren und putschistische Tendenzen“ offenbarten. Wenig zimperlich wurde dabei der „Gruppe früherer SDS-Häuptlinge“ – an anderer Stelle: „SDS-Altherrensyndikat“ – vorgeworfen, eine „Spalterorganisation“ gegründet zu haben, die „lediglich einige ‚Grundwahrheiten‘, Plattitüden und einen Haufen subjektivistisches Zeug“ verbreite, und gerade nicht über „den borniert begrenzten Rahmen der Studenten-

35 Das Politbüro im Auftrag des Gründungsparteitages der KPD/ML, „An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas“, in: *Roter Morgen*, Dezember 1968/Januar 1969.

36 Ebd.

bewegung“ hinauskomme. Diese „Apostel des Marxismus-Leninismus“ begingen den Fehler, „sich opportunistisch an den wild Mobilisierten zu orientieren“ und so zeige sich hier ein „Überbewerten der politischen Situation der studentischen Linken als Kriterium für die Avantgarde des Proletariats.“³⁷

Mitte März 1971 wurde seitens der Spitzen der SED, der KPD und der DKP der Beschluss gefasst, für die westdeutsche (alte) KPD de facto ein Ende herbeizuführen: Auch um nicht den „Eindruck einer Verschmelzung von KPD und DKP“ entstehen zu lassen, habe man habe sich darüber verständigt, heißt es in einem vertraulichen Papier, „dass die DKP zur alleinigen kommunistischen Partei der Bundesrepublik wird.“³⁸ Das wird mit dem Aufruf verknüpft, das „alle Kommunisten der DKP beitreten“ sollen. Und so wird Max Reimann auf dem II. Parteitag der DKP im November 1971 zum Ehrenvorsitzenden gewählt – was bedeutete nicht mehr die Führung zu beanspruchen. Zwischen 1969 bis 1973 kommt es seitens der DKP zu einem enormen Organisationswachstum: Werden 1969 noch etwa 7.000 Mitglieder verzeichnet, so können 1971 zum II. Parteitag in Düsseldorf bereits 33.000 Mitglieder und zwei Jahre danach beim III. Parteitag 1973 fast 40.000 Mitglieder vermeldet werden.³⁹

Streitigkeiten im maoistischen Organisationsspektrum

In diesem Zeitraum gibt es im westdeutschen maoistischen Organisationsspektrum einiges an Bewegung und es werden intensive Debatten mit polemischer Verve geführt. Ende Juli 1970 kommt es in Hamburg zwischen dem Kommunistischen Arbeiterbund (KAB) und der KPD/ML zu einem wohl längeren Gespräch über die Frage, wie „schrittweise die Einheit der marxistisch-leninistischen Bewegung zu verwirklichen ist“, wie es in einem diesbezüglichen Protokoll nachzulesen steht.⁴⁰ Aus der Sicht des KAB kam man mit der KPD/ML deshalb nicht zu einem Konsens, weil die Aust-Gruppe nicht bereit war, ihren Avantgardeanspruch aufzugeben: „Die Kommunistische Partei existiert bereits,

37 O.N., „Gegen den Gründungsopportunismus“, in: *Roter Morgen*, Nr. 6, Juni 1970.

38 Foschepoth, *Verfassungswidrig!* S. 347.

39 Fülberth, Georg, *KPD und DKP 1945–1990. Zwei Kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung*, Heilbronn 1990, S. 25.

40 Steffen, Michael, „Geschichten vom Trüffelschwein – Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991“, (Inauguraldissertation) Marburg 2002, S. 46 URL: <https://archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z2002/0060/pdf/dsm.pdf>.

nämlich die KPD/ML.“ Eine Vereinheitlichung der ML-Bewegung sei folglich nur unter dem organisatorischen Dach und auf der Linie dieser Partei möglich. „Wer die KPD/ML nicht unterstützt, ist ein Spalter.“ Demgegenüber stellte der KAB fest: „Die pauschale Abfertigung aller Genossen außerhalb der KPD/ML als ‘Spalter’ trage nicht zur dringend notwendigen Einheit bei, sondern sei selbst ein Element der Spaltung.“⁴¹

Vermutlich im Sommer 1971 rechnete sowohl der KAB wie auch das Sozialistische Arbeiter- und Lehrlingszentrum (SALZ) mit der KPD/ML in Form einer Broschüre ab. Darin wurde der Avantgardeanspruch der KPD/ML als „Aufplusterei“ markiert. Dieser „lauthals erhobene Anspruch“ könne „nicht im mindesten“ einlöst werden, und schade darüber hinaus einer weiteren Zentralisierung der ML-Bewegung:

„Wer in dem Wahn lebt, ‘die Avantgarde der Arbeiterklasse’ zu sein, wird natürlich an der Schaffung einer wirklichen Avantgarde der Arbeiterklasse nicht teilnehmen, wird daran nicht einmal interessiert sein. Er wird vielmehr seine ‘eingebildeten Ansprüche’ mit allen Mitteln gegen die Kommunisten verteidigen, die in der Realität den Aufbau einer revolutionären Partei anpacken.“⁴²

Der KAB warf der KPD/ML vor, sich in maximalistischer Propaganda von der „unmittelbar bevorstehenden Revolution“ zu ergehen. Das weitere Vorgehen der ML-Bewegung erfordere eine „unmissverständliche Abgrenzung“ von den „Superlinken“. Verknüpft wurde diese Absage an die KPD/ML auch mit einem direkten Angriff auf die Person des „ehemaligen Schauspielers“ Ernst Aust. Dieser sei während seiner Zeit als KPD-Funktionär niemals durch einen „jahrelangen antirevisionistischen Kampf“ in Erscheinung getreten, sondern habe stattdessen Lohhudeleien auf Kennedy und Chruschtschow sowie Verleumdungen der VR China publiziert. Beklagt wurde nun, dass dieser Aust auf einer „Welle der Studentenrevolte“ nach Juni 1967 zu „trauriger Berühmtheit empor gespült“ worden sei.⁴³ Im Dezember 1971 erklärte der Kommunistische Bund (KB), der wesentlich aus dem SALZ und dem KAB hervorging, in Hamburg seine Gründung. Sie vollzog sich nicht als ein halböffentliches Plenum in einem Hinterzimmer einer Eckkneipe, auch nicht als Kongress oder eine Delegiertenversammlung, sondern war Ausdruck eines zwischen den beteiligten Leuten und Gruppen

41 Ebd.

42 Ebd.

43 Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum, *Kommunistischer Arbeiterbund: Was sind die „Super“-Linken und wie schaden sie der Sache des Proletariats?*, Hamburg (Sommer) 1971, S. 6.

zuvor getroffenen informellen Arrangements: „Der KB ist noch keine Partei. Er ist auch kein Parteiersatz. Er ist vielmehr die Organisationsform in der jetzigen Etappe der Parteischaffung, wo vom Zirkelwesen schrittweise zum Aufbau der Kommunistischen Partei übergegangen wird.“⁴⁴ Dabei wurde mit dem Begriff eines „Bundes“ der Aspekt der weiteren Diskussion wie Organisation an der Basis betont, um vielleicht irgendwann zu der Gründung einer Partei zu gelangen. In einer gewissen Weise knüpfte man hier an den bereits bei der Ausrufung der KPD/ML zur Partei geäußerten Kritik an, dass in der Bundesrepublik noch keine „gründliche Sammlung“ der auf dem Boden des Marxismus-Leninismus fußenden Gruppen stattgefunden“ habe. Mitte Juni 1973 wurde in Bremen mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) die letzte große Gruppierung des Maoismus in der BRD gegründet.⁴⁵

Nach Fülberth sei es der DKP in ihrer Gründungsphase gelungen „einen Teil des linken Potentials an sich (zu) ziehen [...] das sich gegen die Große Koalition und die Notstandsgesetze gewendet hatte.“ Allerdings sei während der Studentenbewegung von jungen Menschen die Erfahrung gemacht worden, dass ihre

„Forderungen nicht ausschließlich stellvertretend durch Parlamente und Regierungen [...] realisiert wurden, sondern daß ein hohes Maß an Eigen-Aktivität und außerparlamentarischer Druck notwendig waren.“ Von ihnen sei das Auseinanderlaufen der Studentenbewegung als Niederlage aufgefasst worden, „der Zusammenschluss in disziplinierten Organisationen war für manche von denen, die weitermachten, eine Schlußfolgerung aus dem, was sie als ihre bisherigen Fehler wahrnahmen.“

Nach Fülberth erkläre das sowohl „den Zustrom einiger von ihnen zur DKP. Andere führte der gleiche Impuls zu maoistischen Gruppen.“⁴⁶ Hinzugefügt werden kann zu diesen Bemerkungen, dass sich die Wiedergründung kommunistischer Organisationen in der Bundesrepublik der Jahre zwischen 1969–1973 auch vor dem Hintergrund einer sogenannten „Linkswende“ vor allem in der Jugend vollzog. Sie führte unter anderem dazu, dass insbesondere die Jungsozialisten in der SPD in diesem Zeitraum etwa 300.000 neue Mitglieder gewinnen konnten.⁴⁷

44 O.N., „Kommunistischer Bund gegründet“, in: *Arbeiterkampf*, Nr. 1, Dezember 1971.

45 Koenen, Gerd, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine Kulturrevolution*, Frankfurt a.M. 2001, hier vor allem das Kapitel „Bleierne Zeit“, S. 415–467.

46 Fülberth, *KPD und DKP 1945–1990*, S. 129.

47 Vgl. Scholle, Thilo/Schwarz, Jan, „*Wessen Welt ist die Welt?*“ *Geschichte der Jusos*, Berlin 2013, S. 139 ff.

K-Gruppen: Probleme mit dem Begriff

Nach Auffassung von Jürgen Schröder, dem Pionier der westdeutschen Maoismusforschung, könne man

„die K-Gruppen zwar eventuell als Parteien im Sinne des Parteiengesetzes zu bezeichnen, tatsächlich aber bildeten sie (in der Dekade der 1970er Jahre) eher verschiedene Fraktionen einer nicht zur Partei gewordenen Bewegung, die fast ausschließlich innerhalb dieser Bewegung oder der sie umschließenden linken Bewegung selbst aktiv waren und unfähig blieben, die Bewegung in eine echte Partei, die ja eigentlich von allen Teilen der ML-Bewegung gewünscht wurde, zu transformieren.“⁴⁸

Von den Sicherheitsbehörden wurden den K-Gruppen im Jahre 1973 etwa 3.000 Mitglieder zugeordnet. Danach erleben die K-Gruppen im Zusammenhang mit der Publikationspraxis ihrer Zentralorgane „Roter Morgen“, „Rote Fahne“, „Arbeiterkampf“ und „Kommunistische Volkszeitung“ sowie ihrer Beteiligung an Betriebs- und Häuserkämpfen sowie der Anti-AKW-Bewegung in Norddeutschland der Jahre 1976/77 eine vielfältige Blüte. Eine begründete Schätzung des ehemaligen maoistischen Aktivisten Jochen Staadt geht davon aus, dass sich für die gesamte Dekade der 1970er Jahre in etwa 5000 örtlichen Gruppen etwa 100.000 Personen in der ein oder anderen Weise engagierten.⁴⁹ Dabei wurde von AktivistInnen der Begriff der „K-Gruppen“ abgelehnt. Sie nahmen für sich auch weniger das „kommunistisch“ als vielmehr den Marxismus-Leninismus in Anspruch, auch um so ihre fundamentale Ablehnung des Kommunismus Moskauer Prägung öffentlich deutlich zu machen. Ende der 1970er Jahre sah sich Ernst Aust im Zusammenhang mit der weiteren Ausrichtung seiner Partei dazu veranlasst, einzuräumen, dass zwar seitens der Kollegen „im allgemeinen so ungefähr de[r] Unterschied zwischen uns und den modernen Revisionisten der DKP (‘Die sind für Moskau’)“ bekannt sei, um dann jedoch erfahrungsgesättigt weiter auszuführen: „Die Unterschiede zwischen uns, der KPD/ML, und sagen wir mal dem KBW, dem KB, der GRF (Gruppe Rote Fahne = KPD/AO) usw. sind für sie böhmische Dörfer. Das ist für sie linke Szene: Studenten, Intellektuelle, Maoisten, Chaoten etc. denen sie zutiefst misstrauen.“ Zudem werde das auch

48 Schröder, Jürgen, *Ideologischer Kampf vs. regionale Hegemonie. Ein Beitrag zur Untersuchung der „K-Gruppen“*, (Diplomarbeit) Berlin 1990, S. 34.

49 Staadt, Jochen, „Der Versuch sich aus der Glatze aus dem Sumpf zu ziehen. Die K-Gruppen“, in: Dietz, Gabriele/Schmidt, Maruta/von Soden, Kristine (Hrsg.), *Wild + Zahm. Die siebziger Jahre*, Berlin 1997, S. 74–77, hier S. 76.

noch von der „Bourgeoisie unterstützt“ klagte Aust weiter, „indem sie verallgemeinernd und abfällig von den sogenannten K-Gruppen spricht.“⁵⁰

Auch die westdeutschen Maoisten der 1970er Jahre waren wie die KPD der 1950er und 1960er Jahre immer wieder mit der staatlichen Repression konfrontiert. Ein Grund mehr für die beiden Parteien des westdeutschen Maoismus, die KPD/AO und die KPD/ML, nach dem Vorbild der Weimarer KPD – und das im Unterschied zur DKP – in den Jahren 1973 und 1975 jeweils als Suborganisation eine Rote Hilfe hervorzubringen. Aber das ist ein anderes Thema.⁵¹

50 Aust, Ernst, „Auszüge aus dem Referat des Genossen [...] vor dem 3. Plenum des ZK der KPD/ML“, in: *Roter Morgen*, Nr. 28, 13.7.1979.

51 Vgl. bambule (Hrsg.), *Prinzip Solidarität. Zur Geschichte der Roten Hilfe*, 2 Bände, Hamburg 2013.

Vera Bianchi

Die Initiative „FAU sucht Frau“ in den 2000er Jahren

Seit Bestehen anarchistischer Bewegungen bis heute organisieren sich in anarchosyndikalistischen Gewerkschaften wie der FAU (Freie Arbeiter*innen-Union) vor allem Männer. Dabei handelt es sich nicht um eine Besonderheit anarchistischer Gruppen, sondern dies ist in den meisten linken Bewegungen in Europa im 20. Jahrhundert zu beobachten. Das Ziel anarchistischer Bewegungen ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft für alle Menschen. Da in den Grundsätzen und Statuten anarchistischer Organisationen die Gleichberechtigung der Geschlechter postuliert wurde und wird, motiviert diese Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis seit 100 Jahren immer wieder anarchistisch organisierte Menschen, den Anteil aktiver Frauen zu erhöhen.

Eine der Initiativen, mit denen Frauen angezogen werden sollten, fand in den 2000ern statt: „FAU sucht Frau“; diese wird hier vorgestellt und als ein Teil linker Geschichte betrachtet. Um die zweijährige Tätigkeit der Arbeitsgruppe und ihre möglichen Auswirkungen zu untersuchen, werden folgende Fragen gestellt: Wie wurde festgestellt, dass es mehr männliche als weibliche Mitglieder bzw. Aktive in der FAU gibt? Aus welchem Grund oder mit welchem Ziel wollten die Mitglieder der Arbeitsgruppe den Frauenanteil erhöhen? Welche Aktivitäten unternahmen sie? Konnten sie den Anteil weiblicher Mitglieder oder Aktivistinnen erhöhen? Gibt es weitere Auswirkungen ihrer Initiative? Schließlich wird die Initiative als ein Puzzlestück in die linke Geschichte eingeordnet.

Da es keine neutrale Position in der Geschichtsschreibung gibt, wird die Position der Forscherin thematisiert und unterstützend mit in die Untersuchung einbezogen. Die Betrachtung ist eine emanzipatorische, die nicht auf denunziatorische Weise emanzipatorische Aktionen seziert. Denunziatorische Kritik wäre es, zum einen die Aktionen nicht aus der damaligen Zeit heraus zu bewerten, sondern aus heutiger Sicht mit den inzwischen erlangten Erkenntnissen, und zum anderen, als Unbeteiligte mögliche Schwächen und Fehler linker Bewegungen herauszustellen, ohne den dahinter stehenden Wunsch nach einer freien Gesellschaft für alle Menschen zu teilen. Im Gegensatz dazu meint emanzipatorisch hier, dass mit

der Forschung nicht deskriptiv etwas über die Vergangenheit gesagt werden soll, sondern dass sowohl die untersuchten Aktivitäten historisiert werden, als auch die Möglichkeit von deren Weiterverwendung für die heutige Zeit überprüft wird.

Durch die Wahl eines linken Forschungsgegenstandes und mit einem solidarischen und respektvollen Blick auf soziale Bewegungen soll so ein Beitrag zur linken Geschichtsschreibung in der Zeitgeschichte geleistet werden. Als Quellen werden sowohl gedruckte Materialien herangezogen: Flugblätter und Fragebögen aus den 1990ern sowie Flugblätter, Fragebögen, Protokolle, Auswertungen und Fotos aus den 2000er Jahren, als auch ein Interview mit einer Aktivistin.

Die Vorgeschichte

In mehreren Ortsgruppen¹ der Freien Arbeiter*innen Union bestand 2001 das Bedürfnis, den Frauenanteil unter den aktiven Mitgliedern zu erhöhen, und so gründeten Aktive eine bundesweite AG, die sich mehrmals traf. Aktive, die schon in den 1990ern in der FAU waren, hatten Kenntnis von einer Aktion, die es Mitte der 1990er gab, und brachten in die neue AG sowohl ein Flugblatt der früheren „Frauengruppe in der FAU“ mit als auch einen Fragebogen, der damals an verschiedene Ortsgruppen der FAU versandt wurde. Diese beiden Publikationen fungierten als Inspiration für die Arbeit der Kampagne „FAU sucht Frau“.

Weil im Folgenden die Begriffe „Patriarchat“ und „patriarchal“ häufig verwendet werden, erläutere ich hier die verschiedenen Bedeutungen. Auf der gesellschaftlichen Makroebene kämpften anarchistische Bewegungen gegen Kapitalismus und Patriarchat, also die strukturelle Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung von Arbeiter*innen und Frauen*.² Diese beiden Unterdrückungen hängen miteinander zusammen, da kapitalistische Systeme bis heute die Ausbeutung im entlohnten Produktionsbereich nur durch die gleichzeitige Ausbeutung im unentlohnten Reproduktionsbereich aufrechterhalten können. Anders als marxistische Organisationen gingen anarchistische Gruppen nicht von einem

-
- 1 Die Begriffe Ortsgruppe und Syndikat werden in den Texten der AG FAU sucht Frau synonym verwendet. In den 2000er Jahren wurde allmählich der Begriff Ortsgruppe abgelöst; heute wird nur noch von den einzelnen Syndikaten gesprochen. In diesem Text wird nur Ortsgruppe verwendet, um nicht durch zwei Begriffe für dieselbe Sache zu verwirren.
 - 2 Winker, Gabriele/Degele, Nina, *Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten*, Bielefeld 2009, S. 30–37.

Hauptwiderspruch, der Unterdrückung der Arbeiterklasse, und einem Nebenwiderspruch, der Unterdrückung der Frauen, aus – mit der Konsequenz, dass die Frauenunterdrückung automatisch in einer befreiten Gesellschaft verschwinden werde –, sondern sahen es als unerlässlich an, die Abschaffung beider gesellschaftlicher Ausbeutungssysteme oder -verhältnisse gleichzeitig in Angriff zu nehmen.

Auch in den gesellschaftlichen Ebenen von Organisationen und zwischenmenschlichen Beziehungen kam es zu Unterdrückung aufgrund des Geschlechts, wenn Frauen weniger Machtpositionen in linken Organisationen erhielten, marginalisiert wurden und Genossinnen von ihren, ebenfalls anarchistischen, Partnern zuhause unterdrückt wurden. Um die gesellschaftliche patriarchale Unterdrückung besser bekämpfen zu können, setzten Anarchistinnen seit der Zwischenkriegszeit auf der organisatorischen Ebene an und kämpften gegen paternalistische Herabsetzung durch Genossen. Mit der sogenannten Zweiten Frauenbewegung ab 1968 folgte die Bekämpfung patriarchaler Dominanz auf der zwischenmenschlichen Ebene mit der Feststellung, dass das Private politisch ist. Damit wurde festgestellt, dass das patriarchale Verhalten eines Genossen seiner Partnerin gegenüber keine Privatsache sei, sondern auch zur strukturellen Unterdrückung von Frauen führe. Heute wird das Begriffspaar Kapitalismus und Patriarchat seltener verwendet. Stattdessen wird unter Hinzuziehung der rassistischen Unterdrückung zum Beispiel von *race, class and gender* gesprochen. Ausbeutung aufgrund von Klasse, Geschlecht und *race* wird zudem als intersektionale Unterdrückung bezeichnet, womit besonderes Gewicht auf die Wechselwirkungen dieser und weiterer Unterdrückungskategorien gelegt wird.³ Gegen die Verwendung von Begriffen wie Sexismus oder geschlechtliche Diskriminierung wird mitunter angeführt, dass diese die strukturelle Unterdrückung nicht klar benennen würden.

Eine ganz andere Verwendung erfuhr der Begriff „patriarchal“ in den Texten der beiden Gruppen mit der Bezeichnung für zwischenmenschliche Dominanz. Diese hat nichts mit dem Geschlecht der handelnden Person zu tun, wurde aber in dem beobachteten Zeitraum vor allem bei Männern festgestellt. Diese Dominanz kann auch von Frauen* ausgeübt werden. Birgit Rommelspacher weist bereits 1995 daraufhin, dass Männer Macht zwar aufgrund ihres Geschlechtes ausüben, dass diese Macht jedoch weder absolut noch auf Dauer ist und immer wieder

3 Den Begriff Intersektionalität prägte Kimberlé Crenshaw: *Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics*. 1989. philpapers.org/archive/CREDTI.pdf [letzter Zugriff: 03.03.2025].

neu hergestellt werden muss, und dass dadurch Frauen keineswegs immer das Opfer von Macht sind, sondern diese ebenfalls erlangen und ausüben können.⁴

Männliche Hegemonie im politischen Alltag zeigt sich häufig bereits in einem dominanten Redeverhalten, an längeren Redeanteilen, dem Nichteingehen auf Beiträge der Vorredner*in, Unterbrechen, Reinsprechen ohne Meldung etc. Wenn also Frauen* aufgrund der sie ansprechenden Präsenz, für die Thematik und Überzeugungen der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft Interesse zeigten, wurden sie häufig von patriarchalem Verhalten abgeschreckt, kontinuierlich mitzuarbeiten.

Die bundesweite „Frauengruppe in der FAU“⁵ verfasste in den 1990ern folgendes Flugblatt:

„10 Gründe, warum es sich lohnt, als Frau gewerkschaftlich aktiv zu werden!

- ★ Nervt es Dich, wenn Du die gleiche Arbeit, [sic!] wie der Kollege verrichtest, dafür aber weniger Lohn erhältst?
- ★ Siehst du es nicht ein, von vorne herein die langweiligeren und blöderen Jobs zu bekommen, obwohl du über die gleiche Qualifikation verfügst, [sic!] wie ein Mann, der sich mit Dir bewirbt?
- ★ Gibt es Dir nicht auch zu denken, daß es hauptsächlich Frauen sind, die in ungesicherten Arbeitsverhältnissen z. B. den berüchtigten ‘590,-Mark-Jobs’ schaffen?
- ★ Was hältst du davon, wenn die Einstellung einer Frau abgelehnt wird,
 - weil sie schwanger werden könnte?
 - weil keine Toiletten für weibliche Beschäftigte im Betrieb vorhanden sind?
 - weil man ihr körperliche Schwäche vorwirft?
- ★ Du findest es schon ungerecht genug, daß es hauptsächlich die Frauen sind, die von der Doppelrolle im Haushalt und Berufsleben betroffen sind?
- ★ Und genau diese Rolle wird ihnen dann im Berufsleben vorgeworfen: Sie seien psychisch kaum belastbar, hätten hohe Fehlzeiten wegen Kinderkrankheiten und wären wegen der Kinder nicht in der Lage, Überstunden zu leisten.

4 Rommelspacher, Birgit, *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*, Berlin 1995, S. 27.

5 Zum Gebrauch des Begriffs „Frauen“: Während heute, in den 2020ern, in linken Gruppen als Antagonist*innen zu Männern Gruppen genannt werden, die geschlechtliche Diskriminierung in der Gesellschaft erfahren, nämlich üblicherweise Frauen*, FLINTA, FLINTA*, LGBTIQ, wurden in den 1990ern und 2000ern häufig nur Frauen genannt. Dies war damals emanzipatorisch gemeint und nicht zum Beispiel transexkludierend, zeigt aber, wie wichtig es ist, durch Sprache bestimmte Unterdrückungen überhaupt sichtbar zu machen. In dieser Untersuchung werden die Begriffe Frauen und Frauen* synonym verwendet.

- ★ Wie findest Du die Tatsache, daß Frauen auf der ganzen Welt am härtesten von Armut betroffen sind?
- ★ Du fühlst langsam nur noch Wut, wenn ein Mann Dich oder eine Kollegin auf Grund deines Geschlechts lächerlich macht, in deiner Gegenwart sexistische Witze reißt?
- ★ Du hast noch nie verstanden, daß Männer es sich einfach herausnehmen, eine Kollegin sexuell zu belästigen?
- ★ Du fragst dich, warum in den etablierten Gewerkschaften viel mehr Männer als Frauen organisiert sind, obwohl Frauen im Berufsleben die Benachteiligten sind?

Wenn Du Dir hin und wieder einige dieser Fragen stellst, geht es Dir ähnlich wie uns!⁶⁶

Auf der Rückseite des Flugblattes stellt sich die Frauengruppe vor:

„Wir, das sind ein paar Frauen, die alle in der selben [sic!] Gewerkschaft, der Freien Arbeiterinnen und Arbeiter Union (FAU) organisiert sind. Welche Ziele die FAU verfolgt, steht weiter unten. Wir wenden uns grundsätzlich gegen jegliche Form von Unterdrückung und Ausbeutung. Wir sind jedoch der Meinung, daß Frauen qualitativ eine ganz andere Unterdrückung und Einschränkung ihrer Rechte erfahren als Männer. Aus diesem Grund finden wir es wichtig, sowohl in der eigenen Gewerkschaft, als auch gesamtgesellschaftlich immer wieder die dem Patriarchat eigenen Unterdrückungsmechanismen aufzuzeigen und sie zu durchbrechen. Wir müssen eigene Strategien entwickeln, damit wir handeln können.“⁷

Darunter werden die Grundsätze der FAU genannt, von denen ich hier nur das Hauptziel erwähnen möchte: „die herrschaftsfreie, auf Selbstverwaltung gegründete Gesellschaft“. In dem Flugblatt werden zwei Formen patriarchaler Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft angesprochen: Zum einen die ökonomische Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen, die härter ist als die von Arbeitnehmern in vergleichbarer Qualifikation und Position, und zum anderen alltäglicher Sexismus im Privatleben und bei der Arbeit, der keine ökonomischen Auswirkungen hat, aber häufig nicht von Arbeitgeber*innen und staatlichen Institutionen sanktioniert wird.

6 Flugblatt „10 Gründe, warum es sich lohnt, als Frau gewerkschaftlich aktiv zu werden!“, o.O., o.J., Vorderseite.

7 Flugblatt „10 Gründe, warum es sich lohnt, als Frau gewerkschaftlich aktiv zu werden!“, o.O., o.J. (1990er Jahre), Rückseite.

Im Zuge der Kampagne ist ein Fragebogen entstanden, den die Frauengruppe in der FAU an FAU-Ortsgruppen schickte. Seine Bedeutung wird dabei folgendermaßen beschrieben:

„Im Kampf gegen die spezielle Unterdrückung von Frauen müssen wir eigene Strategien entwickeln.

In diesem Zusammenhang interessieren uns Eure Erfahrungen in der ‘Arbeitswelt’. Dieser Fragebogen soll uns helfen, die speziellen Unterdrückungsformen [sic!] mit den [sic!] Frauen konfrontiert sind [sic!] und die Art, wie sie damit umgehen, aufzeigen zu können.

Nur auf der Basis vieler Erfahrungen lassen sich wirksame und gangbare Strategien gegen die Ausbeutung von Frauen entwickeln.“⁸

Dieser Fragebogen richtete sich nur an Frauen. Anscheinend wurde er auf einem Kongress verteilt, da die ausgefüllten Fragebögen entweder in „die dafür vorgesehene Kiste an unserem Stand der FAU“⁹ eingeworfen oder per Post an die Frankfurter Ortsgruppe der FAU geschickt werden sollten. Die Fragen beziehen sich auf Alter, Lohnarbeit, sexuelle Belästigung und Diskriminierung am Arbeitsplatz sowie Strategien dagegen, Gewerkschaftszugehörigkeit sowie Branche und Betriebsgröße. Da nur das beidseitige Flugblatt, das sich an Frauen außerhalb der FAU richtet, sowie der beidseitige Fragebogen, der sich an Frauen innerhalb der FAU richtet, ohne Auswertungen oder Protokolle vorliegen, wird diese Aktion aus den 1990ern hier nur als Vorgeschichte für die Initiative „FAU sucht Frau“ behandelt.

„FAU sucht Frau“

Im Sommer 2001 fanden auf Mallorca mehrere einwöchige Seminare der FAU statt; eins davon zu den Fragen, warum es so wenig Frauen in der anarchosyndikalistischen Bewegung und in der FAU gibt. Teilnehmer*innen dieses Seminars beschlossen, eine Arbeitsgruppe (AG) zu gründen, und luden zum Gründungstreffen nach Hamburg ein, wo sie gemeinsam mit weiteren interessierten FAU-Mitgliedern die bundesweite AG „FAU sucht Frau“ gründeten. Diese AG bestand knapp zwei Jahre lang aus ungefähr zehn Mitgliedern, deren Zusammensetzung teilweise wechselte. Die Gruppe traf sich regelmäßig in unterschiedlichen Städten und kommunizierte dazwischen per Mail untereinander.¹⁰

8 Fragebogen der Frauengruppe in der FAU, o.O., o.J., (1990er Jahre), Rückseite.

9 Ebd.

10 Interview mit Aktivistin S., 10.02.2025, Hamburg.

Aus welchem Grund oder mit welchem Ziel wollten die Aktivist*innen den Frauenanteil erhöhen? Laut ihren Statuten „strebt [die FAU] eine libertäre, klassenlose Gesellschaft an, in der alle Menschen gemäß ihren Bedürfnissen leben und ihre Fähigkeiten frei entfalten können.“¹¹ Aufgaben auf dem Weg dorthin sind unter anderem gegenseitige Hilfe und „Beteiligung an Kämpfen zur Durchsetzung der Selbstbestimmung in allen Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens.“¹² Wenn also allen Menschen auf dem Weg zu einer freien Gesellschaft sowohl in Arbeitsbelangen als auch allen anderen Bereichen des sozioökonomischen Lebens geholfen wird, betrifft dies besonders Frauen – denn bis heute existiert der Missstand ihrer Doppelbelastung durch Lohnarbeit sowie stärkere Übernahme von Carearbeit. Als anarchistische Organisation bevorzugt die Freie Arbeiter*innen-Union keine Repräsentation, sondern höchstens eine Mandatierung, d.h. Entsendung von Personen in ein anderes Gremium mit vorher eng festgelegten Aufgaben und Abstimmungsbefugnissen. Wenn also kaum Frauen in einer Ortsgruppe sind, würde die politische Arbeit entweder eine Stellvertreterfunktion einnehmen oder die Themen, die eher Frauen betreffen, gar nicht angehen. Mit einem höheren Frauenanteil kann somit das Ziel angestrebt werden, patriarchale Ausbeutung und sexistische Diskriminierungen zu bekämpfen.

Zunächst sollte erhoben werden, wie viele Frauen in den einzelnen Ortsgruppen Mitglied oder aktiv waren. Dafür entwickelten die Teilnehmenden einen Fragebogen; außerdem wollten sie erfahren, „welche Diskussionen, welche praktischen Ansätze und welche Ergebnisse zu feministischen Fragen“¹³ es in der FAU gebe. Im März 2002 wertete die AG die zurückgesandten Fragebögen aus.

Von den 34 an Ortsgruppen und Einzelpersonen versandten Fragebögen erhielt die AG 16 ausgefüllt zurück.¹⁴ Auf Nachfrage bei den Ortsgruppen, die nicht teilgenommen hatten, erfuhr die Gruppe, dass in diesen keine oder nur einzelne Frauen aktiv waren. Die 13 Fragen wurden teilweise geschlossen und teilweise offen gestellt bzw. mit der Möglichkeit, weitere Informationen zu ergänzen. Im Fragebogen wurde zwischen Mitgliedern und „SympathisantInnen“ unterschied-

11 fau.org/gewerkschaft/fau_statuten_2024.pdf, II Zweck und Ziel, S. 3, [letzter Abruf 03.03.2025].

12 Ebd.

13 Fragebogen von „FAU sucht Frau“, 2001.

14 Auswertung des Fragebogens, S. 1.

den.¹⁵ Mit letzteren waren Menschen gemeint, die nicht formal Mitglieder der FAU waren, aber trotzdem aktiv in einer Ortsgruppe mitarbeiteten. Während im Schnitt der 16 an der Umfrage teilnehmenden Ortsgruppen 78 % der Mitglieder männlich waren, war das Verhältnis bei den sogenannten Sympathisant*innen fast ausgeglichen (nur 52% Männeranteil).¹⁶ Die Sympathisant*innen erklärten, dass sie nicht offiziell in die FAU eintraten, weil sie die Dominanz von Männern, die unhöfliche Kommunikation auf den Treffen sowie die Verherrlichung historischer männlicher Anarchisten abschreckte, sie aber die von der FAU vertretenen Positionen teilten und daher dort politisch aktiv seien.

Dass es sich bei dem geringen Frauenanteil um ein strukturelles Problem und nicht um eine zufällige Gegebenheit in einer einzigen FAU-Ortsgruppe handelte, überprüften die Mitglieder von „FAU sucht Frau“ durch die Fragebogenaktion. Sie stellten somit nicht nur subjektiv und lokal fest, dass weniger Frauen als Männer aktive FAU-Mitglieder waren, sondern bestätigten ihre Beobachtung durch die Antworten einiger Ortsgruppen, auch wenn der Rücklauf mit unter 50% nicht repräsentativ ist.

Welche Aktionen unternahm die AG „FAU sucht Frau“, um ihre Ziele zu erreichen? Die ersten Aktivitäten waren es, eine AG zu gründen und der Initiative einen griffigen Namen zu geben. Das Erstellen des Fragebogens hatte Wirkungen nach innen und außen, denn durch die Diskussionen konnten sich die Teilnehmer*innen über Inhalte klarer werden. Ebenso hatte das Versenden des Fragebogens zwei Auswirkungen: einerseits die vordergründige, nämlich Informationen aus den Ortsgruppen zu bekommen, und andererseits, die angesprochenen Ortsgruppen auf die möglicherweise bei ihnen vorhandene patriarchale Problematik aufmerksam zu machen und für eine Abschaffung zu sensibilisieren. Frage 4 forderte zum Beispiel dazu auf, „feministische[...]/geschlechterspezifische[...] Themen“ zu nennen, zu denen die Ortsgruppe in „Theorien [und] praktische[n] Ansätze[n]“ gearbeitet habe.¹⁷ Zehn Ortsgruppen meldeten zurück, dass sie keine solchen Themen bearbeitet hätten, sechs antworteten mit folgenden Themen: „Sexismus, Antipatriarchatische [sic!] Diskussionen, Mujeres Libres, Emma Goldman, Globalisierung, Arbeitsplatzsituation, Geschlechterverhalten“.¹⁸ In den Antworten zeigt sich eine Mischung aus theoretischen Themen, aktuellen gesellschaftlichen Problemen, aktuellen

15 Frage 2 des Fragebogens 2001/2002. Auswertung des Fragebogens, März 2002, S. 3.

16 Auswertung des Fragebogens, S. 2 und 3.

17 Auswertung zum Fragebogen „FAU sucht Frau“, S. 5.

18 Ebd.

Unterdrückungsverhältnissen und Diskriminierungen sowie positiven Beispielen kämpferischer Frauen aus der Geschichte: Die *Mujeres Libres* (Freie Frauen) kämpften im Spanischen Bürgerkrieg und der Revolution sowohl gegen den faschistischen Putsch von General Francisco Franco als auch für eine freie Gesellschaft, gegen kapitalistische und patriarchale Ausbeutung. Emma Goldman engagierte sich zwischen Mitte der 1880er bis zu ihrem Tod 1940 in den USA und in Europa durch Vorträge, Aufrufe und Publikationen für Arbeiter*innen, Frauenrechte und eine freie Gesellschaft.¹⁹

Als Auswirkung der Beschäftigung mit feministischen Themen nannten die Ortsgruppen einen „[b]ewusster[e]n Umgang, Wertschätz[ung], Angstabbau“.²⁰

Auf Frage 6, ob „Bereiche bearbeitet [werden], die die Realität von Frauen betreffen oder geschlechtsspezifisch sind“, kamen von sieben Ortsgruppen folgende Rückmeldungen: „Geschlechterspezifischer Arbeitsalltag, Lebenshilfe, Gastronomie, Migranten/Migrantinnen, Libertäre Pädagogik, Sexismus, Studiengebühren, Solidaraktionen für einzelne“.²¹ Da die einzelnen Ortsgruppen über die Ergebnisse des Fragebogens informiert wurden, könnten hier Anregungen für weitere direkte Aktionen entstehen: direkte Aktionen bedeuten das unmittelbare Eingreifen in die Missstände, die die Aktivist*innen selbst direkt betreffen. Dass nicht nur die Mitglieder der Initiative, sondern auch andere FAU-Mitglieder die FAU als patriarchal empfanden, zeigen die Antworten auf Frage 7, ob sie die FAU in ihrem jetzigen Zustand als feministisch bezeichnen würden. Dies bejahten nur zwei Ortsgruppen, fünf waren unentschlossen. Neun Ortsgruppen nannten folgende Gründe dagegen: die FAU sei „männerlastig“²² – bei nur 20% Frauenanteil stünden „Männerprobleme“ im Mittelpunkt,²³ der „Ton [sei] oft unter der Gürtellinie“, es gebe keine Diskussionen über Anarchafeminismus und Männer müssten an sich arbeiten.²⁴ Dies könnte zum Beispiel geschehen, indem Personen, die erfahren in der politischen Arbeit seien, Unerfahrenen den Vortritt ließen, statt sofort alle Aufgaben zu übernehmen. Als Beispiel wurde eine Demonstration genannt, bei der der geplante Redner erkrankte, so dass ein

19 Zum Weiterlesen zu den *Mujeres Libres*: Bianchi, Vera, *Feministinnen in der Revolution. Die Gruppe Mujeres Libres im Spanischen Bürgerkrieg*, Münster 2020; zu Emma Goldman: Goldman, Emma, *Anarchismus & andere Essays*, Münster 2021.

20 Auswertung zum Fragebogen „FAU sucht Frau“, S. 5.

21 Auswertung des Fragebogens, S. 7.

22 Auswertung des Fragebogens, S. 8.

23 Protokolle der AG FAU sucht Frau, 2002, S.12.

24 Auswertung des Fragebogens, S. 8.

weibliches FAU-Mitglied einspringen musste und eine sehr gute Rede hielt – was aber weder sie selbst noch die anderen ihr vorher zugetraut hätten.²⁵ Außerdem könnten aktive Männer generell in der FAU weniger Aufgaben bei sich konzentrieren. In mehreren Ortsgruppen übernahmen einige Männer fast alle Aufgaben, so dass es zu einem Ungleichgewicht käme, was negativ für die Gruppenstruktur sei.²⁶ Im März 2002 wertete die Gruppe die zurückgesandten Fragebögen aus und verwendete diese als inhaltliche Grundlage für zwei Auftritte als „FAU sucht Frau“: zunächst auf dem bundesweiten Pfingstkongress der FAU im Mai 2002 und im Anschluss auf dem internationalen anarchistischen Kongress IO2.²⁷

Auf beiden Kongressen hielten Genossinnen eine Rede – auf dem internationalen Kongress sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch – und machten durch eine fantasievolle Aktion auf das Fehlen von Frauen* aufmerksam: Im Vorfeld bastelten Mitglieder der AG Pappfiguren, also Frauen aus Pappe und Luftballons, die sie als Stellvertreterinnen für Frauen* auf einen Teil der Stühle im Raum setzten. So wurde optisch klar, wie viele Frauen* hätten kommen müssten, um zu einer paritätischen Verteilung der Geschlechter zu gelangen. Zur Verdeutlichung trugen die Stellvertreterinnen Aufschriften mit Texten zu den Themen Feminismus, Unsichtbarkeit von Frauen*, Dominanz von Männern und Patriarchat, zum Beispiel: „I don't need men to rescue me – I need liberated men!“, „What do you think of the fact that it is women who globally are hardest hit by poverty?“, „Capitalism needs a hinterland for reproduction which is not regulated by capitalist laws.“²⁸

Diese Pappfrauen wurden von den Kongressteilnehmenden als Stellvertreterinnen akzeptiert und nicht von den Stühlen entfernt – bis auf eine Ausnahme, bei der ein älterer Genosse eine Stellvertreterin aus einer der vorderen Sitzreihen entfernte und sich selbst auf den Stuhl setzte.²⁹ Die AG FAU sucht Frau führte sowohl auf diesen beiden Kongressen als auch später Plenumsbeobachtungen

25 Protokolle der AG FAU sucht Frau, 2002, S.14.

26 Protokolle der AG FAU sucht Frau, 2002, S.15.

27 IO2, auch i2002: Zweite internationale Solidaritätskonferenz, 29.08. bis 01.09.2002, Essen. Ungefähr 200 Anarchosyndikalist*innen, revolutionäre Syndikalist*innen, Industriegewerkschafter*innen und andere sozialrevolutionäre Arbeiter*innen aus 25 Ländern aus fünf Kontinenten nahmen daran teil. indybay.org, Schlagwort i2002 [letzter Zugriff: 11.03.2025].

28 Pappfrauensprüche. In: Protokolle der AG FAU sucht Frau, 2002, S. 7.

29 Interview mit Aktivistin S., 10.02.2025, Hamburg.

durch, so dass sie den Umgang von anwesenden Anarchist*innen³⁰ mit den Pappfrauen registrierte.³¹

In ihren Reden auf den beiden Kongressen erläuterten Aktivist*innen der AG FAU sucht Frau die Aktion mit den Pappfrauen: „Frauenspezifische Themen finden sich in der Praxis der FAU kaum wieder, wie Diskriminierung und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Schwangerschaftsurlaub und die Auseinandersetzung um Reproduktionsarbeit.“ Sie forderten, „die Existenz unterschiedlicher Lebenssituationen anzuerkennen. Es muß Raum geschaffen werden für weibliche Realität, in dem die männliche Realität nicht mehr als Normalfall gesetzt wird.“³² Warum sie dies genau in der FAU umsetzen wollten, benannten die Aktivist*innen in ihrer Rede: „Klasse war meist ein männlich belegter Begriff. Frauen mußten [sic!] darum kämpfen sich Klasse anzueignen. Sie mußten darum kämpfen mit ihrer Realität genauso als Bestandteil der Klasse anerkannt zu werden.“³³

Sie fuhren fort:

„Wir wollen uns aber innerhalb unserer Gewerkschaft organisieren, [...] Weil eine a-s-Gewerkschaft einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz hat und ihr Kampf nicht bei der Lohnerhöhung aufhört! Weil Anarchosyndikalisten nicht nur den Produktionsbereich, sondern auch den Reproduktionsbereich organisieren wollen! Weil wir mit dem gemeinsamen Kampf gegen geschlechtsspezifische Arbeitsteilung dem Kapitalismus ein Instrument seiner Modernisierung entreißen wollen!“

Diese Erläuterungen zeigten, worum es der AG FAU sucht Frau ging, nämlich im gewerkschaftlich-politischen Kampf für eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft nicht nur die Unterdrückung als Klasse, sondern auch aufgrund des Geschlechts zu konfrontieren. Diesen Kampf für die Befreiung von Ausbeutung aufgrund des Geschlechts sollten jedoch nicht die betroffenen Frauen* allein führen:

30 Mitglieder der FAU nennen sich sowohl Anarchosyndikalist*innen als auch Anarchist*innen; dies kann sowohl synonym gemeint sein als auch darauf Bezug nehmen, dass die FAU eine Gewerkschaft ist im Unterschied zu anderen anarchistischen Organisationen, die ähnliche Ziele haben, aber nicht die Organisation über den Arbeitsplatz nutzen. Zur Geschichte des Vorläufers der FAU, der FAUD, siehe Rübner, Hartmut, *Freiheit und Brot: Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus*, Berlin/Köln 1994.

31 Interview mit Aktivistin S., 10.02.2025, Hamburg.

32 Protokolle der AG FAU sucht Frau, 2002, S.1.

33 Protokolle der AG FAU sucht Frau, 2002, S. 4.

„Aber wir sagen: es ist nicht der Kampf der Frauen, sondern der aller Revolutionärinnen und Revolutionäre! Die Verantwortung für Veränderung tragen beide Seiten: die, die in der Hierarchie unten stehen[,] und die [,] die davon profitieren.“³⁴

Für eine freie Gesellschaft für alle Menschen müssten sowohl Frauen als auch Männer ihre Rolle in der Gesellschaft neu definieren:

„Die Gesellschaft, in der wir leben, hat entschieden, welche Rolle wir als Frau oder Mann spielen sollen. Wer etwas verändern will, wer eine freie Gesellschaft will, der muss sich gleichzeitig selbst verändern und von dieser Rolle befreien.“

Denn den Aktivist*innen ging es „nicht darum, die Rechte der Frauen den Rechten der Männer gleichzustellen. Es geht darum, gemeinsam etwas Neues aufzubauen.“³⁵ Die optische Sichtbarmachung des geringen Frauenanteils mithilfe der Pappfrauen begründete die AG in den Reden folgendermaßen:

„Der Kampf gegen Sexismus und Rassismus gehört zum Kampf gegen den Kapitalismus dazu. Um Missverhältnisse abzubauen, muss man sie erkennen. [...] Es reicht nicht, zu sagen, dass man gegen Frauenunterdrückung ist. Es ist notwendig[,] sie konkret zu benennen und anzugreifen.“³⁶

So gehören die Aktionen für eine Erhöhung des Frauenanteils in der FAU, für „eine Gewerkschaft ohne Herrschaft“,³⁷ zum gewerkschaftlichen Klassenkampf:

„Was wir wollen[,] ist nicht weniger[...] als eine bewußte und herrschaftsfreie Gewerkschaftsbewegung[,] in der es keine geschlechtsblinden Flecken gibt. Eine Gewerkschaft, die [...] gegen den strategischen Einsatz von unterbezahlter Frauenarbeit im Rahmen der neoliberalen Globalisierung“ kämpft.³⁸

Im Anschluss führten die Aktivist*innen auf dem internationalen Kongress, also der zweiten Bühne ihrer Rede und der Pappfrauenaktion, Interviews durch. Der dafür erarbeitete Leitfaden ist in Stichpunkten erhalten, die Interviews selbst nicht. Gefragt wurde nach Sichtweisen zu Themen wie Gender und Patriarchat, nach überregionaler Vernetzung, nach Erfahrungen mit antipatriarchalen Auseinandersetzungen und der eigenen Rolle innerhalb der FAU-Ortsgruppe.³⁹ Mit

34 Protokolle der AG FAU sucht Frau, 2002, S. 5.

35 Ebd.

36 Ebd.

37 Ebd.

38 Ebd.

39 Protokolle der AG FAU sucht Frau, 2002, S.9.

zwei Aktivistinnen aus Polen tauschte die AG nach den Interviews Kontaktdaten aus; es kam aber zu keiner dauerhaften Vernetzung.⁴⁰

Nach der Fragebogenaktion und den zwei Auftritten bei anarchistischen Kongressen erarbeiteten die Teilnehmer*innen der Kampagne eine Anregung für FAU-Ortsgruppen, aber auch andere sich als emanzipatorisch verstehende Gruppen: Sie schrieben auf dem Pfingstcamp der FAU 2003 auf Burg Lutter einen „Leitfaden für einen Herrschaftsfreien Umgang“: das Antipat als Medikament gegen patriarchales Verhalten.⁴¹ Ebenso wie bei der Wahl des Kampagnentitels bewiesen hier die Akteur*innen Kreativität und Humor durch die Wahl einer Bezeichnung, die kurz und griffig ist und als „Medikament“ genommen werden kann. So lesen sich die ersten Abschnitte wie ein Beipackzettel, mit Anwendungsgebieten und Risiken und Nebenwirkungen. Der Leitfaden beinhaltet sowohl Tipps für Einzelpersonen als auch die gesamte Gruppe. Zunächst werden Herrschaftstechniken und Trigger vorgestellt, mit der Begründung, dass deren Erkennen wichtig sei, um sich dagegen zu wehren und auch, sie selbst anzuwenden.⁴² Patriarchale Verhaltensweisen werden unter dem Punkt „Fallen“ beschrieben; dabei wird zum Beispiel „Der Problemlöser“ genannt: „Ständig die Antwort oder die Lösung eines Problems liefern, noch bevor andere die Gelegenheit haben sich einzubringen.“⁴³

„Verantwortlich werden“ schlägt Einzelpersonen Verhaltensweisen vor, mit denen dominantes Verhalten in Gruppen unterlaufen werden kann: Zuhören, eigene Redezeit beschränken, unterstützen, nicht zu jedem Thema sprechen und „[u]nterdrückerisches Verhalten anderer unterbrechen“⁴⁴. Unterdrückungen werden als strukturelles Problem gesehen; dafür ist besonders der Punkt „Bessere Gruppenstrukturen sind möglich“ wichtig. Diskriminierende Situationen werden beschrieben, analysiert und praktische Vorschläge an alle Anwesenden gegeben, also nicht nur an die dominante und die betroffene Person, sondern auch an die nicht direkt Involvierten, die in der Gruppendiskussion anwesend sind. Die Gruppe kann zum Beispiel auf die „Entwertung“ einer Person reagieren durch sachliche Unterstützung, durch Nachfragen oder indem dem Herabsetzenden direkt gesagt wird, dass die gerade geschehene Entwertung „kein angemessenes

40 Interview mit Aktivistin S., 10.02.2025, Hamburg.

41 Antipat: libertaereszentrum.de/index.php?page=texte [letzter Zugriff: 11.02.2025].

42 Antipat, S.4.

43 Ebd.

44 Antipat, S.5/6.

Mittel einer Gruppendiskussion sein kann“.⁴⁵ Andere Vorschläge richten sich an die Strukturierung der regelmäßigen Treffen, damit es gar nicht erst zu hierarchischem Gesprächsverhalten kommt, wie Moderation und Redner*innenliste. Die vorgestellten Tipps wurden nicht als abschließend betrachtet, sondern es wurde um Ergänzungen gebeten.

Ist es der AG FAU sucht Frau gelungen, den Frauen*anteil in der FAU zu erhöhen? Bis heute gibt es viele Ortsgruppen, in denen sowohl die Mitglieder als auch die Aktiven vor allem Männer sind; andererseits gibt es regelmäßige bundesweite Treffen einer anarchafeministischen AG der FAU: der Fem*FAU, in denen sich Frauen* über die feministische Arbeit in und mit der FAU austauschen und Aktionen organisieren.

Auch wenn eine bundesweite quantitative Parität an FAU-Mitgliedschaften von Frauen* nicht erreicht wurde, hat sich qualitativ etwas getan, da feministische und antipatriarchale Themen in den Ortsgruppen behandelt werden, Demonstrationen und Veranstaltungen zum Internationalen Frauenkampftag am 8. März einen ähnlichen Stellenwert wie die zum Internationalen Arbeiter*innenkampftag am 1. Mai bekommen haben und die Inhalte der zweimal jährlich stattfindenden Treffen der Fem*FAU in die Ortsgruppen zurückgespielt werden. Mit dem Antipat hat die AG FAU sucht Frau einen online jederzeit verfügbaren Leitfaden geschaffen, der aufgrund der fortgesetzten Probleme in der Gesprächskultur immer wieder von Ortsgruppen zur Verbesserung ihrer Gruppentreffen genutzt wird.⁴⁶

Die Kampagne als Teil linker Geschichte und Geschichte der Linken

Inwieweit gehören die Aktionen und Überlegungen der AG zur linken Geschichte und was kann diese beziehungsweise linke Geschichtswissenschaft und Geschichte der Linken sein?

Lange war Geschichte die Geschichte der Herrschenden, um deren Herrschaft zu perpetuieren. Dass diese Erzählung nur eine der möglichen ist, zeigt die Ge-

⁴⁵ Antipat, S.7.

⁴⁶ So befindet sich das Antipat an exponierter Stelle im Textarchiv der Homepage des Libertären Kultur- und Aktionszentrums Schwarze Katze, dem Treffpunkt der FAU Hamburg. Auf Initiative von Mitgliedern der Anarchafeminismus-AG Hamburg wurde das Antipat von der FAU Hamburg zwischen 2020 und 2022 genutzt, um patriarchale Gruppenstrukturen aufzudecken und die Moderationsvorschläge zu erweitern, u.a. durch Blitzlichttrunden, bei denen alle Anwesenden der Reihe nach etwas sagen können, ohne sich aktiv melden zu müssen.

schichtsschreibung der Arbeiter*innenbewegung. Die Pluralität und Parteilichkeit jeder Geschichtsschreibung wird bis heute verschleiert, wenn bürgerliche Historiker*innen ihre vermeintliche Neutralität propagieren und behaupten, Geschichtsschreibung, die sich nicht als links oder rechts positioniert, sei neutral und daher die einzig legitime.

Ein Bestandteil von linker Geschichtswissenschaft kann sein, dass der/die Historiker*in die eigene Position reflektiert. Dadurch können die Leser*innen die Forschung besser einordnen und überprüfen. Die eigene Überzeugung und Sprechposition darzulegen, ist somit eine Quellenangabe zum besseren Verständnis und Einordnen der historischen Forschung. Zur Offenlegung der eigenen Sprechposition können verschiedene Faktoren herangezogen werden, unter anderem die weltanschauliche Herangehensweise, biographische Eckpunkte und, vor allem, welches Ziel mit der Geschichtsschreibung verfolgt wird. Die Wahl des Forschungsgegenstandes hingegen ist nicht so bedeutend für die Frage, ob etwas als linke Geschichte eingeordnet werden kann. Nur kurz möchte ich die müßige Frage erwähnen, ob wir aus der Geschichte lernen (können). Früher hätte ich sie auf jeden Fall bejaht. Heute denke ich eher, dass die Frage falsch gestellt ist. Natürlich ist es möglich, dass irgendjemand etwas aus der Geschichte lernt und sich dann selbst anders verhält. Aber für mich klingt es nach manipulativer Pädagogik à la Struwwelpeter, dessen Belehren durch Abschreckung ich nicht erstrebenswert finde.

Ich erforsche linke Frauengruppen, weil ich das Schweigen über ihr Handeln durchbrechen und so eine positive Evidenz emanzipatorischen Handelns geben möchte. Alternatives Handeln aufzuzeigen, ist für mich Empowerment. Es gab vor uns Menschen, die sich den politisch und wirtschaftlich Herrschenden widersetzt haben, in den verschiedensten Formen, und so etwas verändert haben – warum sollen wir es dann nicht auch versuchen? Die angebliche Alternativlosigkeit einer kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen Gesellschaft⁴⁷ wird durch eine linke Geschichtswissenschaft widerlegt, die Beispiele von Widerstand, Solidarität und Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung sammelt, aufhebt und so dieses Wissen zur Verfügung stellt.

Insofern ist linke Geschichtswissenschaft eine historische Disziplin, die auf Offenheit im Gegensatz zur, angeblich neutralen, bürgerlichen Geschichtswissenschaft basiert und dadurch sowohl für Expert*innen als auch Laien sinnvoll zum Verständnis und zur Veränderung der Gesellschaft genutzt werden kann, im

⁴⁷ Marcuse, Herbert, *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Springer 2014, S. 160.

besten Fall antikapitalistisch, antipatriarchal und antirassistisch. So können wir gerade in dieser Zeit voller fake news unserer Verantwortung als Historiker*innen gerecht werden mit Angaben, die wir verantwortungsvoll unter Offenlegung unserer Sprechposition darlegen und einordnen.

FAU sucht Frau als linke Geschichte

Die Gründung und Arbeit der AG FAU sucht Frau erfüllt alle Kriterien einer zu schreibenden Geschichte der Linken. Die Akteur*innen waren Mitglieder der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft FAU, die neben der gewerkschaftlichen Arbeit und politischen Aktionen einen Missstand in ihren eigenen Reihen beheben wollten, nämlich die mangelnde geschlechtliche Gleichberechtigung. In einer kleinen aktiven Gruppe organisierten sie sich, sammelten kreative Ideen und, daraus folgend, Informationen aus den einzelnen Ortsgruppen. Mithilfe der Auswertung der zurückgesandten Fragebögen konnten sie ihr Anliegen in zwei kreativen Aktionen bekannter machen: Zunächst auf zwei Kongressen durch die Aktion mit Platzhaltern der nicht anwesenden Frauen und im zweiten Jahr die Ausarbeitung einer Anleitung für antipatriarchales Verhalten innerhalb linker Gruppen, die als Medikament benannt und beschrieben wurde: das Antipat. Beide Aktionen waren nachhaltig auf ihre Weise: Durch die Durchführung der Aktion mit den Stellvertreterinnen für nicht anwesende Frauen auf einem internationalen Kongress sorgten die Akteur*innen für internationale Aufmerksamkeit ihres Anliegens und zumindest temporären internationalen Austausch, was ein wichtiges Kriterium für emanzipatorische Bewegungen war, die eine allgemeine freie Gesellschaft anstrebten ohne Ausbeutung der Menschen in anderen Ländern. Die Nachhaltigkeit der zweiten Aktion, des Verfassens des Antipats, liegt darin, dass es bis heute online verfügbar ist und immer wieder von FAU-Ortsgruppen bei akut auftretenden Problemen genutzt werden kann.

Auch wenn die Arbeit der AG FAU sucht Frau durch den zeitlichen Abstand heute eher unbekannt ist, sind es solche kleinen und gar nicht nur lokalen Aktionen und Vernetzungen, die zu einer dauerhaften emanzipatorischen Bewegung beitragen und Menschen ermutigen können, eine Verbesserung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen nicht nur von anderen zu fordern, sondern selbst aktiv zu werden.

Yves Müller

Ein „Konzept Antifa“?

Organisierungsdebatte und „revolutionärer Antifaschismus“ in der Antifa-Bewegung der 1990er Jahre

Als die westdeutsche radikale Linke nach dem Epochenbruch von 1989/90 im Niedergang begriffen war, wandten sich die „Autonomen“ verstärkt dem Antifaschismus zu.¹ Aufgrund ihrer Strategie der offensiven – auch militanten – Auseinandersetzung mit den „Glatzen“, entkoppelte sich die „Antifa“ zunehmend von der restlichen autonomen Bewegung.² Zugleich entspann sich eine Debatte über Wohl und Wehe autonomer Organisation, die das Selbstverständnis der im Entstehen begriffenen Antifa-Bewegung stark prägte. Grob auf den Punkt gebracht, stritt man um die Frage, ob eher eine straffe Organisation oder eine weniger strukturierte Organisation die Wirkmacht der autonomen Antifa-Bewegung und damit ihre Handlungsfähigkeit erhöhen könne. So wirkte die hier im Zentrum stehende Organisationsdebatte quasi ko-transformativ auf die deutsch-deutschen Verhältnisse, den Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt und die verschiedenen Entwicklungen von antifaschistischer Organisation in West- und Ostdeutschland. Ein Teil der (westdeutschen) Antifa-Bewegung präferierte fortan eine handlungsfähige Organisation. So wurde die maßgeblich auf Betreiben der Göttinger Autonomen Antifa [M] (AAM) im Jahr 1992 ins Leben gerufene Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) bis zu ihrer Selbstauflösung im Jahr 2001 zu der bedeutendsten Akteurin der autonomen Antifa-Bewegung. Später wurde die AA/BO besonders von Gruppen wie der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) oder dem Leipziger Bündnis gegen Rechts (BgR) getragen. Aber die „BO“, wie sie knapp auch

-
- 1 Haunns, Sebastian, *Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung*, Wiesbaden 2004, S. 118–120; Schultze, Thomas/Gross, Almut, *Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der Autonomen*, Hamburg 1997, S. 88–103.
 - 2 Gerber, Jan, *Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des „realen Sozialismus“*, Freiburg i. Br. 2010, S. 179 f.

gerufen wurde, war von Anfang an umstritten. Das mag nicht zuletzt an dem Konzept des „revolutionären Antifaschismus“ gelegen haben, dessen holistischer Charakter im Angesicht des Wegbrechens anderer Betätigungsfelder der radikalen Linken Abhilfe versprechen sollte. Holistisch meint hier die Annahme der Protagonist:innen, der „revolutionäre Antifaschismus“ sei eine umfassende, sowohl politisch-ideologische als auch organisationale Antwort auf die Krise der radikalen Linken. Die Kritik an diesem Kurs war vielfältig und betraf sowohl die hierarchische Organisationsform als auch das avantgardistische Selbstverständnis und die strategische Ausrichtung.

Während andere Debatten wie diejenige um die „Antideutschen“ heute zentrale Fixpunkte der linksradikalen Bewegungsgeschichte darstellen, sind die damalige Organisationsdebatte und die Diskussion um das „Konzept Antifa“ heute weder ein Fall für die historische Bewegungsforschung noch für heutige Bewegungsakteur:innen selbst. Dabei wäre ein bewegungshistorischer Rückblick angesichts des Erstarkens der Rechten in Deutschland und an dem globalen Rechtsruck der letzten Jahre vielleicht hilfreich – und findet an verschiedenen Stellen bereits statt. Angefangen mit dem Aufruf des Journalisten Christian Bangel im Jahr 2019, unter dem Hashtag #baseballschlägerjahre eigene Erlebnisse mit rechter und rassistischer Gewalt in den 'langen' 1990er Jahren öffentlich zu teilen, bis hin zum Dokufilm „Antifa – Schulter an Schulter, wo der Staat versagte“ von 2024, in dem fünf Antifa-Aktivist:innen über Selbst-Organisation und Gewalterfahrungen sprechen,³ scheint der Blick in die Vergangenheit aktuelle Phänomene zu spiegeln. So erfährt die Geschichte der Antifa-Bewegung(en) der 1980er bis 2000er Jahre seit ein paar Jahren die Aufmerksamkeit der soziologischen und zeithistorischen Bewegungsforschung.⁴ Zugleich empfinden

3 Bangel, Christian, „#baseballschlägerjahre. Ein Hashtag und seine Geschichten“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 72 (2022), H. 49–50, S. 4–9; *Antifa – Schulter an Schulter, wo der Staat versagte*, DE 2024, 96 min, Regie: Steffen Maurer, Marco Heinig.

4 Deycke, Alexander, *Autonomer Antifaschismus*, Göttingen 2021; Hörath, Julia, „‘Opa halt’s Maul!’ Proteste gegen die Neonaziaufmärsche während der Wehrmachtsausstellung, 2001 bis 2004“, in: *Mittelweg* 36 30 (2021), H. 5/6, S. 106–123; Jänicke, Christin/Paul-Siewert, Benjamin (Hrsg.), *30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung*, Münster 2017; Jesse, Eckhard, „Antifaschismus – gestern und heute“, in: *Totalitarismus und Demokratie* 18 (2021), H. 1, S. 89–119; Laqua, Daniel, „Rocking Against the Right: Political Activism and Popular Music in West Germany, 1979–1980“, in: *History Workshop Journal* (2018), H. 86, S. 160–183; Rohrmoser, Richard, *Antifa. Porträt einer linksradikalen Bewegung. Von den 1920er*

immer mehr (ehemalige) Aktive die Notwendigkeit einer (Selbst-)Historisierung und berichten über ihre Beteiligung in der Antifa-Bewegung.⁵ Ein Fokus liegt nicht zufällig auf der Geschichte der unabhängigen Antifa-Bewegung in der späten DDR sowie in Ostdeutschland in den Transformationszeit.⁶ Tatsächlich nämlich finden als Antwort auf allzu „westdeutsch“ dominierte Erzählungen der Bewegungsgeschichte inzwischen „ostdeutsche“ Perspektiven mehr Gehör.

Von der „Doitsch-Stunde“ zur „Heinz-Schenk-Debatte“

Organisierungsdebatten prägen die Geschichte der radikalen Linken in der Bundesrepublik. Angesichts innerlinker Krisenerscheinungen – im Verlauf der 1980er Jahre hatte sich die linksradikale Systemkritik irgendwie totgelaufen, das ruhmlose Ende des Staatssozialismus 1989/90 tat sein Übriges, die radikale Linke jeder Couleur in eine Identitätskrise zu stürzen – erstrahlten Organisation und Organisation immer wieder als Licht am Ende des Tunnels. Seit Anfang der 1990er Jahre nahmen Organisationsdebatten daher erneut an Fahrt auf. Inmitten der Transformationsphase nach der „Wende“ und der damit einher-

Jahren bis heute, München 2022; Schuhmacher, Nils, „Nicht nichts machen“? *Selbstdarstellungen politischen Handelns in der Autonomen Antifa*, Duisburg 2014.

- 5 Keller, Mirja/Kögler, Lena/Krawinkel, Moritz/Schlemmermeyer, Jan, *Antifa. Geschichte und Organisation*, Stuttgart 2011; Langer, Bernd, *Antifaschistische Aktion. Geschichte einer linksradikalen Bewegung*, Münster 2014; Peters, Ulrich, *Unbeugsam & widerständig. Die radikale Linke in Deutschland seit 1989/90*, Münster 2014; Schöppner, Horst, *Antifa heißt Angriff. Militanter Antifaschismus in den 80er Jahren*, Münster 2015; ak wantok (Hrsg.), *Antifa Gençlik. Eine Dokumentation (1988–1994)*, Münster 2021; Herausgeber_innenkollektiv (Hrsg.), *Fantifa. Feministische Perspektiven antifaschistischer Politiken*, Münster 2013.
- 6 Vgl. neben Jänicke/Paul-Siewert, *30 Jahre Antifa in Ostdeutschland*, die Aufsätze von Jänicke, Christin, „Antifabewegung im Land Brandenburg – Impulse für Jugendkultur und politischen Aktivismus“, in: Opferperspektive e.V. (Hrsg.), *Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt. An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren*, Münster 2013, S. 319–331; Lühmann, Michael, „Antifaschismus in Ostdeutschland. Eine (noch immer) eigene Geschichte“, in: Deycke, Alexander/Gmeiner, Jens/Schenke, Julian/Micus, Matthias (Hrsg.), *Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken*, Göttingen 2021, S. 361–382; Weiß, Peter Ulrich, „Civil Society from the Underground: The Alternative Antifa Network in the GDR“, in: *Journal of Urban History* 41 (2015), H. 4, S. 647–664; Wolf, Dietmar, „Gründung der Autonomen Antifa Ostberlin“, in: Rueddenklau, Wolfgang (Hrsg.), *Störenfried. DDR-Opposition 1968–1989. Mit Texten aus den „Umweltblättern“*, Berlin 1992, S. 262–264.

gehenden sceneinternen Debatten um ein vermeintliches Wiedererstarken des Faschismus – apostrophiert als „Viertes Reich“ – meldete sich die „autonome L.U.P.U.S.-Gruppe R/M“ aus Frankfurt am Main zu Wort. Seit 1986/87 machte die Gruppe mit programmatischen Texten und Büchern in linken Verlagen wie Edition ID-Archiv und Unrast Verlag prominent auf sich aufmerksam. Ihre Beiträge wurden in der Autonomen-Szene vielfach rezipiert. Eine der herausragenden und sceneintern umstrittensten Verlautbarungen war der Text „Doitsch-Stunde“ (auch „Doitschstunde“, 1990/91), der unter anderem in der damals bedeutendsten Zeitschrift der Autonomen *radikal* abgedruckt wurde und heftige Debatten in der autonomen Antifa-Bewegung auslöste. Der als Diskussionsbeitrag gedachte Text war aus Anlass der „antinationalen Tage“ im Dezember 1990 in Hamburg entstanden und kritisierte das Fehlen einer Gesellschaftsanalyse, die in der Lage wäre, den Fall der Mauer zu reflektieren, und die Ritualisierung eines hilflosen militanten Antifaschismus, der perspektivlos und beliebig sei. In Reaktion auf das Papier erschien die „Schneutzstunde“, die im Gegensatz zur „Doitsch-Stunde“ einforderte, antifaschistische Praxis und Militanz zu verstärken. Die autonome L.U.P.U.S.-Gruppe R/M wiederum antwortete mit dem Text „Doitsch-Prüfung“ (1992) und revidierte darin angesichts der rassistischen Ausschreitungen der vorangegangenen Monate (insbesondere in Hoyerswerda) teilweise die in der „Doitsch-Stunde“ vermittelte Einschätzung.⁷ Zwar stand die Debatte um die „Doitsch-Stunde“ noch nicht unmittelbar im Zusammenhang mit der Frage der Gründung einer bundesweiten Antifa-Organisation, doch kann sie als ein Vorläufer und Impulsgeber der späteren Organisationsdebatte der autonomen Antifa-Bewegung betrachtet werden. Mehr noch aber prägte eine andere, sich wenig später zutragende Kontroverse die Diskussion um Organisation und Organisation der Antifa-Bewegung.

Die „Heinz-Schenk-Debatte“ – die Autor:innen des die Kontroverse auslösenden Papiers hatten sich in Anlehnung an den in den 1980er Jahren bekannten Showmaster mit dem Pseudonym „Heinz Schenk“ ausgestattet – bildete den Aus-

7 „Doitsch-Stunde“ (autonome L.U.P.U.S.-Gruppe R/M), in: *radikal*, Oktober 1991, Nr. 144, S. 21–26 (Wiederabdruck als: „Doitsch-Stunde. Originalfassung mit autonomen Untertiteln“, in: Projektgruppe (Hrsg.), *Metropolen(Gedanken) und Revolution? Texte zu Patriarchat, Rassismus & Internationalismus*, Berlin/Amsterdam 1991, S. 139–153); „Schneutzstunde“ (O.V.), in: *radikal*, Oktober 1991, Nr. 144, S. 27–29; autonome L.U.P.U.S.-Gruppe R/M, „Doitsch-Prüfung“, in: dies., *Geschichte, Rassismus und das Boot. Wessen Kampf gegen welche Verhältnisse*, Berlin 1992, S. 15–27. Vgl. zur Debatte auch Peters, *Unbeugsam & widerständig*, S. 117–119.

gangspunkt einer Transformation der Autonomen hin zu den Post-Autonomen.⁸ Unter dem Titel „Wir sind doch kein Kampagnenheinz“ (1991) übte „Heinz Schenk“ Kritik an einer wahrgenommenen autonomen Kampagnen-Fixiertheit und Theoriearmut. Da die Autonomen aus Mangel an Gesellschaftsanalyse an der Kampagnenpolitik festhielten, verlören sie weiter an Bedeutung und verkämen schließlich zur „Sekte ohne politische Relevanz“.⁹ In der weiteren Diskussion wurde die Kritik an der autonomen Selbstvergewisserung und ihrer Organisationsfeindlichkeit weiter ausbuchstabiert: Diese fuße nämlich auf der verkehrten Annahme einer alles und jede:n erfassenden Überwachungsgesellschaft, obwohl doch gerade die Atomisierung des Individuums die tatsächliche Herausforderung linksradikaler Politik sein müsste, hieß es in einem weiteren Beitrag von „Heinz Schenk“ mit dem unversöhnlichen Titel „Die Autonomen machen keine Fehler, sie sind der Fehler!“¹⁰ Deutlich formulierten die Autor:innen den Vorwurf des „de facto Reformismus“ gegen die Autonomen-Szene, da diese nur durch ihre Kampagnenpolitik punktuell mobilisierungsfähig sei, aber langfristig in der Bedeutungslosigkeit verschwinde.¹¹ Die seit dem Sommer 1991 vor allem in der *Interim*, dem wichtigsten Organ der Berliner Autonomen-Szene, geführte Diskussion produzierte zahlreiche Papiere und mündete in der Gründung der linksradikalen Berliner Gruppe „Für eine linke Strömung“ (F.e.l.S.), die sich schließlich als „post-autonom“ verstanden wissen wollte.¹²

Sowohl die „Doitsch-Stunde“ als auch die „Heinz-Schenk-Debatte“ können als wichtige Vorläufer der nun von der AAM angestoßenen Organisationsdebatte

8 Vgl. die Textsammlung „Heinz-Schenk-Debatte“. *Texte zur Kritik an den Autonomen – Organisationsdebatte – Gründung der Gruppe „für eine linke Strömung“*, hrsg. von Für eine linke Strömung [Berlin 2011, zuerst 1992].

9 „Wir sind doch kein Kampagnenheinz“ (Heinz Schenk), in: „Heinz-Schenk-Debatte“, S. 9–13.

10 „Die Autonomen machen keine Fehler, sie sind der Fehler!“ (Heinz Schenk), in: „Heinz-Schenk-Debatte“, S. 14–22.

11 „Praktische Konsequenzen – Die Gründung der Gruppe F.e.l.S. Thesenpapier zur Veranstaltung am 28. Januar 1992“ (O.V.), in: „Heinz-Schenk-Debatte“, S. 57 f.

12 „Vorwort zur Neuauflage (2011)“, in: „Heinz-Schenk-Debatte“, S. 4. Der Begriff „post-autonom“ wurde wohl in der Organisationsdebatte selbst noch nicht benutzt, trat aber in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zunächst als Fremdbezeichnung auf, um schließlich von einzelnen linksradikalen Gruppen als Selbstbeschreibung angenommen worden zu sein. Vgl. Deycke, Alexander, „Postautonomie – organisatorische und strategische Entwicklungen in der undogmatischen radikalen Linken seit den 1990er Jahren“, in: Deycke/Gmeiner/Schenke/Micus, *Von der KPD zu den Post-Autonomen*, S. 383–404, hier S. 391, Fußnote 37.

angesehen werden. Beide nahmen bereits die Grundsatzfragen nun folgender Auseinandersetzungen vorweg: Sollte die Neuorientierung der Autonomen-Szene beziehungsweise der radikalen Linken die Organisationspraxis bestimmen, oder konnten neue Organisationspraktiken dazu dienen, autonome und linksradikale Politik neu zu auszurichten? Tatsächlich transformierte sich die Autonomen-Szene und ein Teil wandte sich stärker als zuvor der Antifa-Bewegung zu.

Von der AAM zur AA/BO

1990 hatte sich in der niedersächsischen Universitätsstadt Göttingen die Autonome Antifa [M] (AAM) gegründet und im Jahr darauf mit ihrem „Diskussionspapier zur autonomen Organisation“ (1991) zum Aufbau einer bundesweiten Organisation aufgerufen. Der Aufruf stellte fest, dass „angesichts der zunehmenden Organisation der Faschisten [...] die Notwendigkeit der antifaschistischen Organisation“ gegeben sei.¹³ Überregionale Vernetzungstreffen von Antifa-Gruppen, wie „das Norddeutsche“, hatte es bereits seit den 1980er Jahren gegeben.¹⁴ Seit August 1991 fanden sich Gruppen bundesweit regelmäßig etwa alle zwei Monate zusammen, um eine übergreifende Organisation aufzubauen. Maßgeblich initiiert durch die AAM gründete sich im Juli 1992 die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) mit zehn zumeist in westdeutschen Universitäts- und Großstädten organisierten Antifa-Gruppen.¹⁵

Innerhalb der AA/BO forcierte die AAM in den Folgejahren auch weiterhin die Diskussion um die Zukunft der Antifa-Bewegung, indem sie erstens eine verbindlichere und umfangliche Organisation forderte und zweitens für das Konzept eines antiimperialistisch verstandenen „revolutionären Antifaschismus“ plädierte. Die Orientierung der AA/BO an der historischen kommunistischen „Antifa-

13 „Diskussionspapier zur Autonomen Organisation“, verfasst von „Autonome Antifa (M) und Genossinnen“, August 1991, Archiv der Stiftung Hamburger Institut für Sozialforschung (folgend: HIS-Archiv), Autonome Antifa (M) Göttingen, Beweismittelordner Bd. II, Spur-Nr. 000891-1.

14 Schöppner, *Antifa heißt Angriff*, S. 84–90.

15 „Manifest der Organisation ‘Antifaschistische Aktion’“, verfasst von Autonome Antifa (M), Juli 1992, S. 1; „Gründungstreffen der ANTIFASCHISTISCHEN AKTION am 25. Juli 1992 in Wuppertal.“, verfasst von Autonome Antifa (M), August 1992, S. 1; beide: HIS-Archiv, Autonome Antifa (M) Göttingen, Beweismittelordner Bd. II, Spur-Nr. 000792-3 u. Spur-Nr. 250792-1; „Die Entstehung der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation“ (O.V.), in: *EinSatz*, hrsg. von Antifaschistische Aktion/ Bundesweite Organisation, [Bonn 1993], S. 15–20.

schistischen Aktion“ von 1932 drückte sich nicht zuletzt in der Adaption des Antifa-Emblems aus.¹⁶ Seine ursprüngliche Gestaltung zeigte zwei geschwungene rote Fahnen in einem roten Kreis. Es dürfte heute in seinen zahllosen Variationen wohl eines der weltweit bekanntesten Symbole linker und antifaschistischer Politik sein. Unter dem Motto „Antifa heißt Angriff!“ verfolgte man eine Strategie, die Antifaschismus nicht als bloße defensiv orientierte Anti-Nazi-Politik verstanden wissen wollte. Antifaschismus sollte die gesamtgesellschaftlichen Entstehungsbedingungen faschistischer Ideologie in den Blick nehmen und zielte auf die Umwälzung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse ab.

Der Organisationsaufbau sah zunächst zwei Kategorien der Teilnahme vor: So gab es Antifa-Gruppen, die als Vollmitglieder formal auch vollständige Mitbestimmungsrechte genossen und Mitgliedsbeiträge entrichteten, und Gruppen mit „Beobachterstatus“, die zwar an den Treffen teilnehmen konnten, aber kein Stimmrecht hatten.¹⁷ Zeitweise hatte die AA/BO elf Mitgliedsgruppen. Während einige wie die Göttinger Gruppe oder die Antifa Bonn/Rhein-Sieg von Anfang an dabei waren und auch blieben, stiegen andere Gruppen wie F.e.l.S. nach einiger Zeit aus; wiederum andere wie die AAB oder das BgR kamen neu dazu. Besonders mitgliederschwächere Gruppen oder solche, die vor Ort mit einer aktiven Neonaziszene beschäftigt waren, überforderten die hohen Erwartungen an eine Mitgliedschaft in der „BO“. Zwar trug der bundesweite Zusammenschluss den regional vorgegebenen Bedingungen Rechnung, blieb aber den Pfadabhängigkeiten westdeutscher Antifa-Organisation verhaftet. Denn obgleich sich die westdeutschen Gruppen eine diskursive Offenheit im Umgang mit ihren ostdeutschen Pendanten verordneten, stand die vorgegebene und zu erfüllende Norm für alle interessierten Gruppen gleichermaßen fest. Mitgliedsgruppen sollten für die Organisation von Kongressen und den Druck von Pressematerial je 2.000 DM berappen – Summen, die vor allem ostdeutsche Gruppen kaum aufbringen konnten und wollten.¹⁸ Den wenigen interessierten ostdeutschen Gruppen fiel es daher schwer, den Maßstäben und Anforderungen an eine AA/BO-Mitgliedschaft gerecht zu werden und gleichzeitig Handlungsfähigkeit auf

16 Langer, Bernd, *Kunst und Kampf. Werke und Aktionen aus 30 Jahren*, Münster 2016, S. 34–40; Schroeter & Berger, „Max Gebhard. Bauhaus-Konzepte und Antifaschistische Aktion“, in: Hüttner, Bernd/Leidenberger, Georg (Hrsg.), *100 Jahre Bauhaus. Vielfalt, Konflikt und Wirkung*, Berlin 2019, S. 23–37, hier S. 34.

17 „Grundlagen der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation“ (O.V.), in: *EinSatz*, S. 4–10.

18 „AA-beh-Null. Deutsche ‘Autonome’ Antifa’s greifen nach den Sternen“ (Jolli Jumper), in: *telegraph*, H. 7/8, 1993, S. 10–19, hier S. 15.

lokaler Ebene zu beweisen. Bereits das Protokoll eines bundesweiten Treffens vom 27. bis 29. März 1992 hatte die Diskrepanz zwischen eigenem Anspruch und diagnostizierter Wirklichkeit auf den Punkt gebracht: „Es bestand die Schwierigkeit darin, einerseits keine Städte auszuschließen, die sich verbindlich organisieren wollen, und zum anderen das Modell nicht zu verwässern. In dieser Hinsicht gab es Dinge, die in dem Modell nicht berücksichtigt wurden: praktische Probleme in Regionen mit schwacher Infrastruktur, v.a. DDR.“¹⁹ Nur wenige Gruppen aus den neuen Bundesländern, wie die Gruppe „Schwarzer Ast Südthüringen“ oder die Autonome Antifa Plauen, nahmen zeitweise regelmäßig an den bundesweiten Treffen teil. Andere Antifa-Gruppen aus Ostdeutschland kamen über den „Beobachterstatus“ nicht hinaus.

Das alle zwei Monate stattfindende „Bundestreffen“ bildete das zentrale Gremium der AA/BO. Die jeweiligen Mitgliedsgruppen richteten es abwechselnd in immer einer anderen Stadt aus, wobei die anderen Gruppen ihre Delegierten entsandten. Wichtige Aufgaben hatte man im Vorfeld definiert: Die AA/BO und ihre Mitgliedsgruppen forcierten die spektrenübergreifende Bündnisarbeit. Das heißt, sie beteiligten sich vornehmlich auf lokaler Ebene an zahlreichen Anti-Nazi-Bündnissen gemeinsam mit den Gewerkschaften, den Grünen und der SPD, um so breitere Kreise für ihre Politik zu erreichen. Vor allem sollte die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit professionalisiert werden. Hatten die Autonomen der 1980er Jahre an derlei Aktivitäten kaum Interesse gezeigt, legte die AA/BO viel Wert auf eine Öffentlichkeitsarbeit mit Pressemitteilungen, breitenwirksamen Kampagnen, Flugblättern und ähnlichem. Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet lag im Aufbau von Antifa-Jugendgruppen. Dabei fungierten erfahrenere Aktivist:innen innerhalb der Jugendgruppen als „Anleiter“. Seit 1993 organisierten sich viele Jugendgruppen in der AA/BO-nahen Antifaschistischen Jugend/Bundesweiter Zusammenschluss (AJ/BZ).²⁰ Auch die Bildungsarbeit und die Durchführung von Seminaren und Schulungen sollte durch die AA/BO stärker gefördert werden.²¹ Das Ziel war eine sich selbst organisierende und bildende radikale Linke, die zugleich nicht zur dogmatischen Polit-Sekte verkommen sollte.

19 Protokoll vom „AntiFa-Bundestreffen“, 27.–29.03.1992, HIS-Archiv, Autonome Antifa (M) Göttingen, Beweismittelordner Bd. II, Spur-Nr. 280392-1, unpag.

20 Schuhmacher, „*Nicht nichts machen?*“, S. 31.

21 „Grundlagen der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation“, S. 5.

Von der „Einsatz“-Broschüre zum „Konzept Antifa“

Die dezidierte Kampagnen- und Demonstrationspolitik sowie eine professionalisierte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit waren Markenerkerne der AA/BO, die den zeitweisen Nimbus dieses Organisationsansatzes ausmachten. Dabei bediente sich die AA/BO tatsächlich im Repertoire der Produktplatzierung – mit eigenem Branding, eigenem Corporate Design, eigenen Events. Über die Verwendung eines AA/BO-Logos, aufwendig produzierte Broschüren, bundesweite Kampagnen und Demonstrationen sowie Live-Konzerte mit bekannten Bands wurde die AA/BO regelrecht vermarktet. Zugleich bot der Zusammenschluss einen erfolgversprechenden Ausweg aus der Bewegungskrise *und* eine handlungsfähige Antwort auf den erlebten Rechtsruck. Die repetitive, aber durchaus berechnete Benennung des Erstarkens der Neonaziszene wie der Rechten insgesamt – von Parteien über Vereine bis hin zu Jugendorganisationen – sowie der rechten und rassistischen Gewalt sollte die Notwendigkeit einer Organisation wie der AA/BO aufzeigen. „Erst verbindliche Strukturen können überhaupt die praktische Durchsetzung theoretischer Ansprüche ermöglichen“, hieß es in der AA/BO-Broschüre „Einsatz“ (1993).²² Neben der AAM widmete sich vor allem die 1995 ins Leben gerufene Antifaschistische Aktion Berlin (AAB, hervorgegangen aus der Autonomen Antifa A+P) diesem „Konzept Antifa“, wie es im Titel einer programmatischen Broschüre hieß, die seit ihrer Herausgabe 1998 große Strahlkraft entwickelte.²³

Der in den 1990er Jahren dominante Bewegungsanspruch der AA/BO wiederum verschränkte sich mit der Frage der Einbindung der ostdeutschen Antifa-Gruppen.²⁴ Die wahrgenommene Situation auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wurde in der Organisationsdebatte diskursiv genutzt. Den ostdeutschen Gruppen sollte die Notwendigkeit der gemeinsamen Organisation unter dem Dach der AA/BO dargelegt werden. Dabei bildete sich die Mobilisierungsfähigkeit der „BO“ insbesondere bei ihren kampagnenartigen Aktivitäten in den ostdeutschen Bundesländern ab. Tatsächlich waren die verschiedenen bundesweiten Kampa-

22 „Die Entstehung der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation“ (O.V.), S. 19.

23 Peters, *Unbeugsam & widerständig*, S. 120–123; *Das Konzept Antifa. Grundsatztexte und Konkretes*, hrsg. von Antifaschistische Aktion Berlin, [Berlin 1998].

24 Müller, Yves, „VertreterInnen aus der DDR trotz Einladung nicht anwesend’. Über das ambivalente Verhältnis west- und ostdeutscher Antifa-Gruppen am Beispiel der AA/BO 1992 bis 1994“, in: Jänicke/Paul-Siewert, *30 Jahre Antifa in Ostdeutschland*, S. 61–78.

gnen, deren Ziel es neben der öffentlichen Skandalisierung rechter Strukturen und dem Zurückdrängen rechter Aktivitäten war, lokale Antifa-Gruppen zu stärken, besonders außenwirksam. Diese profitierten durchaus von der Wirkmacht der AA/BO. In den Regionen brachten deren Kampagnen immer wieder das gern verdrängte Neonaziproblem auf das Tableau. Bereits im März 1993 fanden im Rahmen einer kleineren Kampagne unter dem Motto „Gemeinsam faschistische Zentren und Treffpunkte angehen“ Demonstrationen in Adelebsen bei Göttingen sowie in Passau statt.²⁵ Eine im August 1994 durchgeführte Kampagne mit dem avantgardistischen Titel „Aktion ‘94“ richtete sich gegen die von dem Kader Christian Worch angekündigte „Nationale Aktionswoche“ und die neonazistischen Stützpunkte im Bundesgebiet.²⁶ Anlass war zudem der Versuch der Neonaziszene, einen „Rudolf-Heß-Marsch“ durchzuführen. In den Jahren zuvor hatten Neonazis bundesweit Aufmärsche aus Anlass des Jahrestages von Rudolf Heß’ Tod am 17. August 1987 durchführen können. Die ersten Aufmärsche fanden von 1988 bis 1990 im bayerischen Wunsiedel statt, wo Heß beigesetzt worden war. Zuletzt waren 1.100 bis 1.600 Teilnehmende gekommen. Nach dem Verbot von weiteren Aufmärschen in der kleinen Gemeinde hatten sich etwa 1.500 Neonazis 1991 in Bayreuth versammelt. 1992 etwa waren nach einem „Katz-und-Maus-Spiel [mit der Polizei, Anm.] auf der Autobahn“²⁷ 2.000 Neonazis durch das thüringische Rudolstadt marschiert und im Jahr darauf immerhin über 500 Neonazis unter der Ägide der neonazistischen Kleinstpartei FAP in der hessischen Stadt Fulda aufmarschiert, ohne von der Polizei gestoppt worden zu sein. Die Antifa-Kampagne richtete sich daher explizit gegen die im Vorhaz besonders aktive FAP.²⁸ Als Teil der „Aktion ‘94“-Kampagne plante die

25 *Dokumentation. Demonstration in Adelebsen/Göttingen 20. März 1993. Einschätzungen, Fotos, Flugblätter, Presse*, hrsg. von Autonome Antifa (M), [Göttingen 1993]; „Adelebsen“ (O.V.), in: *Antifaschistisches Infoblatt*, Nr. 22, Mai/Juni 1993, S. 41.

26 „FAP? → Demo!“ (O.V.), in: *Göttinger Drucksache*, Nr. 157, 12.08.1994.

27 O.V., „Eine braune Chronologie. Das neonazistische Gedenken an Rudolf Heß“, in: O’Hara, Patrick/Schlüter, Daniel (Hrsg.), *Der Mythos stirbt zuletzt. Neonazistisches Gedenken, der Kriegsverbrecher Rudolf Heß, antifaschistischen Diskussion*, Hamburg 2002, S. 17–25, hier S. 19.

28 Braasch, Sönke, „Zum sechsten Mal: Neonazis blasen zum Rudolf-Hess-Gedenkmarsch“, in: *blick nach rechts*, 10. Jg., Nr. 17, 24.08.1992; *Broschüre. Kampf der FAP! Dem organisierten Neofaschismus entgegengetreten!*, hrsg. von Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation, ohne Ort, 1994; O.V., „The good, the bad, the ugly. Die Antifa und der Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“, in: O’Hara/Schlüter, *Der Mythos stirbt zuletzt*, S. 35–54.

AAM gemeinsam mit Antifa-Gruppen in Sachsen-Anhalt eine Demonstration am 13. August 1994 in Wernigerode, an der sich 500 Menschen beteiligten.²⁹

In den Folgejahren zeigte sich immer wieder die Mobilisierungsstärke und Strahlkraft von Antifa-Gruppen aus dem Wirkungskreis der AA/BO: Nachdem im Oktober 1997 eine in der thüringischen Kleinstadt Saalfeld geplante Antifa-Demonstration gegen die Neonaziszene in der Region zunächst vom Landrat verboten und dann von der Polizei zerschlagen worden war, beteiligten sich vor allem die AA/BO-Gruppen AAB und BgR an der Mobilisierung für eine weitere Demonstration mit bis zu 5.000 Teilnehmer:innen unter dem Motto „Gegen jeden rechten Konsens“ am 14. März 1998. Den Organisator:innen war es gelungen, ein breites Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften und thüringischer Zivilgesellschaft zu gewinnen. Gleichzeitig zeigten sich die Grenzen der Durchsetzungsmöglichkeiten der antifaschistischen Demonstrationspolitik, denn die Polizei reagierte mit Verboten und Massenfestnahmen derart repressiv auf beide von der AA/BO unterstützte Antifa-Demonstrationen, dass sich Beteiligte fragten, ob derartige Demonstrationen überhaupt noch durchführbar seien.³⁰

Kritik: Von B.A.T. bis *Männerrundbrief*

Kritik an dem von der AAM priorisierten Organisationsansatz, den hierarchischen Strukturen und dem Konzept des „Revolutionären Antifaschismus“ gab es von Anfang an. Bereits vor der eigentlichen Gründung der AA/BO – von ihren Kritiker:innen auch schonmal süffisant als „AA/BNull“ bezeichnet³¹ – hatten sich zahlreiche zunächst an der Organisationsdebatte beteiligte Antifa-Gruppen von einer Beteiligung verabschiedet.

Insbesondere das Redaktionskollektiv des 1987 in Westberlin ins Leben gerufenen *Antifaschistischen Infoblatt* (AIB) opponierte mit einer umfangreichen „Streitschrift“, in der zumindest am Rande auf die West-Fixierung der AA/BO-Gruppen eingegangen wurde. So verallgemeinere „Antifa (M) im Bündnis

29 Protokoll der AA/BO, 17.07.1994, u. Faltblatt zur „Aktion ‘94“: „Der Kampf geht weiter! Dem organisierten Neofaschismus entgegentreten!“, AAM, Juli 1994, beide: Sammlung Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V.

30 Nachbereitungspapier des Leipziger Bündnisses gegen Rechts zur Antifa-Demonstration am 14. März 1998 in Saalfeld (Thüringen), undat. [1998], Antifaschistisches Bildungszentrum und Archiv Göttingen (folgend: ABAG), Saalfeld-Ordner 1997/98, unpag.

31 Bspw. in der *telegraph*-Polemik „AA-beh-Null“.

mit anderen deutschen Antifa-Gruppen aus den studentischen Kleinstädten der alten Bundesländer eigene Erfahrungen. Sie täten besser daran, anderen Linken mit einer anderen Realität besser zuzuhören, dann ergibt sich vielleicht auch eine andere Analyse der Verhältnisse.“³²

Das Bundesweite Antifa-Treffen (B.A.T.), das sich seit dem Frühjahr 1993 als Konsequenz aus der Organisationsdebatte und in Abgrenzung zum Ansatz der AA/BO konstituierte, schien tatsächlich attraktiver für Gruppen aus den Neuen Bundesländern. Das B.A.T. – intern auch kurz „B1“ genannt – verfolgte im Gegensatz zur AA/BO einen deutlich niedrigrschwelligeren Ansatz. Man traf sich halbjährlich und etablierte ein AG-System, in dem sich Gruppen je nach Schwerpunkt und Präferenz zusammenfanden. Zwar erschien das B.A.T. zunächst attraktiver für Gruppen aus Ostdeutschland, doch zwischenzeitlich waren auch hier unter den zahlreichen Gruppierungen nur wenige ostdeutsche Antifa-Gruppen bei den Treffen dabei.³³ Zeitweise war neben dem Leipziger BgR beispielsweise die Antifa Halberstadt/Quedlinburg (Antifa Ha/Qu) im B.A.T. vertreten.³⁴

Etliche ostdeutsche Antifa-Gruppen stießen sich an der von der AA/BO nach außen getragenen Symbolik, was von westdeutsch-antifaschistischer Seite durchaus wahrgenommen wurde. So diskutierten bereits die beim Wuppertaler AA/BO-Gründungstreffen 1992 anwesenden Gruppen darüber, ob das historische und nur leicht angepasste Signet der „Antifaschistischen Aktion“ überhaupt übernommen werden könne, weil es wegen der „Vorbelastung im Osten Deutschlands durch die jüngere Geschichte der DDR“ abgelehnt werde.³⁵ „[B]is zur Wende“ seien viele Ost-Antifas „anti-stalinistisch“ orientiert gewesen. Tatsächlich verstanden sich viele als Teil der DDR-Opposition. Daher störten sich die „Gruppen aus

32 „Streitschrift wider den Dogmatismus in der Antifa“, verfasst von „Antifa-Infoblatt Redaktion“, September 1992, S. 3, HIS-Archiv, Autonome Antifa (M) Göttingen, Beweismittelordner Bd. II, Spur-Nr. 000992-1.

33 ABAG, Ordner Bundesweites Antifa Treffen, unpag.; „Das Bundesweite Antifa Treffen. Ein Rhythmus – zwei Akkorde – drei Slogans“ (O.V.), in: *Antifaschistisches Infoblatt*, Nr. 57, Herbst 2002, S. 35–37.

34 „Das war damals alles irgendwie normal‘. Interview mit zwei ostdeutschen Antifa-Gruppen. Antifa Ha/Qu aus Quedlinburg“, in: *Antifaschistisches Infoblatt*, Nr. 40, Sept./Oktober 1997, S. 9 f.

35 „Gründungstreffen der ANTIFASCHISTISCHEN AKTION am 25. Juli 1992 in Wuppertal.“, verfasst von „Autonome Antifa (M), August 1992, S. 1, HIS-Archiv, Autonome Antifa (M) Göttingen, Beweismittelordner Bd. II, Spur-Nr. 250792-1, unpag.

der gekauften DDR“ an roten Fahnen und der Übernahme von KPD-Symbolik.³⁶ Die aus der DDR-Opposition hervorgegangene Ostberliner Szenezeitschrift *telegraph* polemisierte immer wieder gegen den Führungsanspruch der AA/BO und vor allem gegen die AAM: „Bewahre uns die Realität davor, daß diese Leute irgendwann an die Macht kommen. 70 Jahre Diktatur der stalinistischen Politbürokratie sind genug.“³⁷

Theoretisch-inhaltlicher Gegenwind kam zudem von linksradikalen Frauen-, Männer- sowie Schwulengruppen. Diese griffen in die Organisierungsdebatte ein, indem sie insbesondere die Männerdominanz der Antifa-Bewegung sowie die performative Militanz kritisierten. Fantifa-Gruppen – das Akronym „Fantifa“ stand für „Frauen-Antifa“ oder „Feministische Antifa“ – kritisierten das „Macker- und auch Mackerinnenverhalten“ in der Antifa-Bewegung.³⁸ Einige dieser Gruppen beanspruchten gerade aufgrund ihrer Abgrenzung gegenüber den „gemischten“ männerdominierten Gruppen oder mittels Ausprägung eigener Inhalte und Aktionsformen Eigenständigkeit. Sie diskutierten über verschiedene Konzepte der Gesellschaftsanalyse, die Patriarchat und Sexismus mit Kapitalismus und Rassismus zusammendachten, und bezogen sich vor allem auf den Triple-Oppression-Ansatz, der spätestens seit dem Text „Drei zu Eins“ (1990) in Teilen der radikalen Linken auf großen Widerhall stieß, sowie das Konzept der „Dominanzkultur“ (1995) nach Birgit Rommelspacher.³⁹ Die antifaschis-

36 Protokoll zum „bundesweiten Antifatreffen“ am 18./19.01.1992, HIS-Archiv, Autonome Antifa (M) Göttingen, Beweismittelordner Bd. II, Spur-Nr. 180192-1, unpag. 37 „AA-beh-Null“, S. 19.

38 „Auch im Alltag Rassismus bekämpfen. Gespräch mit einer Hamburger Fantifa-Gruppe“, in: Projektgruppe Antifa (Hrsg.), *Antifa. Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis*, Berlin/Amsterdam 1994, S. 117–125, hier S. 118. Vgl. auch das Interview mit einer weiteren Fantifa-Gruppe: „Frauen sind nicht weniger rassistisch... Gespräch mit einer Fantifa-Gruppe aus Kassel“, in: ebd., S. 35–50. Vgl. zur Einordnung Herausgeber_innenkollektiv, *Fantifa*, S. 18–20.

39 Viehmann, Klaus, und GenossInnen, „Drei zu Eins. Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus, (Juni/Juli/August 1990)“, in: Strobl, Ingrid/Viehmann, Klaus, und GenossInnen/autonome l.u.p.u.s.-Gruppe, *Drei zu Eins*, Berlin/Amsterdam 1993, S. 25–72. Online unter: <https://www.nadir.org/nadir/initiativ/id-verlag/BuchTexte/DreiZuEins/DreiZuEinsViehmann.html> [Letzter Zugriff 14.08.2025]. Vgl. retrospektiv „Feindbestimmungen“ (Klaus Viehmann), in: *analyse & kritik*, Nr. 688, 13.12.2022, <https://www.akweb.de/gesellschaft/tripple-oppression-intersektionalitaet-diversitaet-der-ausbeutung-diskussion-materialismus-antirassismus/> [Letzter Zugriff 14.08.2025]. Vgl. zur „Dominanzkultur“: Rommelspacher, Birgit, *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*, Berlin 1995. Vgl. auch Attia, Iman/

tische Organisationsdebatte war hier also originär mit Fragen einer angemessenen, weil als treffend angesehenen, Faschismus-Analyse verknüpft. Solange die eigene Verstrickung in gesellschaftliche Unterdrückungsverhältnisse nicht aufgearbeitet würde, könne es keine wirkungsvolle Bekämpfung von Neonazis geben, argumentierte beispielsweise die Fantifa Kassel, die sich besonders mit dem „neofaschistische[n] Frauenbild“ befasste.⁴⁰

Eine vergleichbare Kritik am Organisationsansatz der AA/BO übte auch die autonome Männergruppenszene. Vor allem der *Männerrundbrief*, der seit 1993 vom Hamburger „Männer-Medien-Archiv“ in unregelmäßigen Abständen herausgegeben wurde, entwickelte sich zu einem wichtigen Diskussionsforum der kleinen Männergruppenszene.⁴¹ So kritisierten „Die Bielefelder“, eine Männergruppe aus dem Umfeld des „Arbeiterjugendzentrums Bielefeld“ (AJZ) – heute eines der ältesten autonomen Zentren der Bundesrepublik⁴² – die inhaltliche Orientierung „an den KPD-Konzepten der 20’er und 30’er Jahre“, die „es den Antifa Aktiven ersparen [würde], sich mit eigenem rassistischen und sexistischen Verhalten [...] auseinanderzusetzen.“ Damals habe es „keine wirkliche, tiefgehende Alternative zu den Strukturen in der faschistischen Bewegung“ gegeben und nun würde die Antifa-Bewegung die „historischen Fehler“ wiederholen.⁴³ Ein nicht unterzeichneter Artikel in der *Männerrundbrief*-Ausgabe Nr. 4 vom Juni 1994 sah die Organisationsdebatte als Ausdruck „patriarchale[r] Tendenzen in autonomen gemischten- und Männerstrukturen“ und schlussfolgerte, „daß der Drang nach festeren Rahmenbedingungen und Organisationen ein Beispiel dafür ist, wie linke Männer von den veränderten Bedingungen profitieren (wollen?) und ihr Handeln dabei an männlichen Kampfbedingungen orientieren.“ Die Organisationsdebatte sei eine „Ersatzdiskussion“, das Ausblenden von Sexis-

Köbsell, Swantje/Prasad, Nivedita (Hrsg.), *Dominanzkultur reloaded. Neue Texte zu gesellschaftlichen Machtverhältnissen und ihren Wechselwirkungen*, Bielefeld 2015.

40 „Frauen sind nicht weniger rassistisch... Gespräch mit einer Fantifa-Gruppe aus Kassel“, S. 40.

41 Müller, Yves, „Und deshalb heißt Faschismus bekämpfen Männlichkeit bekämpfen“. Die Verhandlung von Neonazismus in der autonomen Männergruppenszene der 1990er-Jahre am Beispiel der Zeitschrift ‘Männerrundbrief’, in: *Arbeit-Bewegung-Geschichte* 21 (2022), H. 3, S. 117–139. Die genannte Zeitschrift ist vollständig digitalisiert unter: <https://maennerrundbrief.noblogs.org/>.

42 Vgl. zur Jugendzentrumsbewegung Templin, David, *Freizeit ohne Kontrollen. Die Jugendzentrumsbewegung in der Bundesrepublik der 1970er Jahre*, Göttingen 2015.

43 „Faschismus und Männlichkeit“ (Die Bielefelder), in: *Männerrundbrief*, Nr. 5, Januar [19]95, S. 4–6, hier S. 4.

mus und männlicher Herrschaft in den eigenen Reihen entspreche „dem patriarchalen Konsens der Gesamt-Linken“. Der Göttinger AAM warf das Papier „männerbündlerische[s] Auftreten [...] Mackermilitanz, Publicityfixiertheit und militaristisches Auftreten“ vor. Besondere Kritik wurde an dem „schwarze[n] Block mit Helmen, Knüppeln und Ordnern“ geübt, der nur noch „Selbstzweck zur Förderung der männlichen Gemeinschaft“ sei. Die Göttinger Gruppe treibe „[m]it der Heraushebung der Organisierung des (männlichen) Feindes (Faschist)“ eine „auf männliche Riten und Gebräuche orientierte Politik“ voran. Angesichts dessen nahm der im *Männerrundbrief* veröffentlichte Text an, erst die Reflexion „unsere[r] patriarchale[n] Sozialisation“ und „die Entwicklung geschlechtsspezifischer Ansätze“ in „Männergruppen“ könnte die wahrgenommenen Probleme abbauen.⁴⁴ Im Umkehrschluss ließe sich schlussfolgern, männliche Selbstreflexionsprozesse hätten im Konzept des „Revolutionären Antifaschismus“ keinen Platz. Auch in der autonomen Schwulenszene standen viele der AA/BO skeptisch gegenüber. Die Organisator:innen der „Homolandwoche“ kritisierten in der seit 1994 herausgebrachten *Tuntentinte* die fehlende Repräsentation schwuler Identitäten in der radikalen Linken allgemein und regten eine Diskussion eigener Organisationsansätzen an.⁴⁵

Während also der Organisationsansatz der AA/BO auf vielfache Kritik im Spektrum innerhalb der autonomen Antifa-Bewegung stieß, verteidigte sich der Zusammenschluss damit, dass gerade die fehlenden Organisationsstrukturen der Autonomen ein Einfallstor „patriarchale[r] Rollenmuster“ darstellten.⁴⁶ In den folgenden Jahren ebten die Debatten ab. Nun zeigten sich jedoch immer deutlicher innere Widersprüche und fehlende Fortschritte bei der Weiterentwicklung des eigenen Organisationsansatzes. Sowohl die Größe der AA/BO als auch deren selbstgesteckten Ziele stellten die Organisation früh vor große Herausforderungen und führten bald zu langen Diskussionen um Inhalte und zugleich dazu, dass interne Debatten nicht mehr aufgefangen werden konnten,

44 „Versuch zur Organisationsdebatte, Autonomie und Männern“ (O.V.), in: *Männerrundbrief*, Nr. 4, Juni 1994, S. 16–23, hier S. 17 f., 21.

45 „Vorwärts und nicht vergessen ... träller“ (O.V.), in: *Tuntentinte. Rundbrief der Homolandwoche*, Nullnummer, November 1994, o. S.; „Und wer seid Ihr? Die schwule Antifa (Berlin) – aus dem Keller auf die Bühne“ (O.V.), in: *Tuntentinte. Rundbrief der Homolandwoche*, 1. Januar 1995, o. S. Die genannte Zeitschrift ist vollständig digitalisiert unter: <https://tuntentinte.noblogs.org/>

46 „Die Entstehung der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation“ (O.V.), S. 19.

wie sich schließlich an der 1999 um die AAB entbrannten Sexismusdebatte zeigen sollte.⁴⁷

Von Verstärkern und Kontaktaufnahmen

Ende der 1990er Jahre war die AA/BO an ihre Grenze geraten. Die teils heftigen Kontroversen hatten bis dahin nicht zu einem Fortschritt in der Organisationsdebatte geführt. Vielmehr schien sich die Diskussion totgelaufen zu haben. Zwar gab es nun mehr oder weniger handlungsfähige Strukturen wie die AA/BO oder das B.A.T., doch die gesellschaftliche Wirkmacht blieb begrenzt – so zumindest die Selbstwahrnehmung zahlreicher Akteur:innen. So bildeten die Antifa-Kongresse die vorläufig letzten Versuche, in Fragen der Organisation und Struktur noch einmal voranzukommen. Einen Markstein bildete der von dem 1996 gegründeten Leipziger Bündnis gegen Rechts (BgR) initiierte „Verstärker-Kongress“ (Untertitel in süffisant-ostdeutscher Selbstverortung: „Die postbananischen Zustände“), der vom 22. bis 24. Oktober 1999 in Leipzig mit über 400 Teilnehmern stattfand.⁴⁸ Anspruch der Veranstaltung war es, eine Plattform antifaschistischer Selbstverständigung und inhaltlicher Diskussion innerhalb der Antifa-Bewegung zu bieten. Zusammen mit der AAB war das BgR gegen Ende der 1990er Jahre zu einer treibenden Kraft in der Organisationsdebatte avanciert.

Im April 2001 sollte ein von der AAB, dem BgR und erneut der AAM getragener Antifa-Kongress unter dem an einen Science-Fiction-Film von Stanley Kubrick angelehnten Titel „2001. Das Jahr, in dem wir Kontakt aufnehmen“ in Göttingen noch einmal das Blatt wenden.⁴⁹ Im Rahmen des Kongresses wollte man sich eigentlich über die nicht zu leugnende Krise der Antifa-Bewegung austauschen und auf die durch das Erstarken der globalisierungskritischen Bewegung veränderten Bedingungen linksradikaler Politik reagieren. Doch es kam anders. Am Ende stand die Auflösung der AA/BO.

Während die AA/BO und ihre Mitgliedsgruppen lange schon (Bewegungs-) Geschichte sind, existiert noch immer eine vielseitige Antifa-Bewegung in Deutschland. Und auch heute finden Diskussionen um zeitgemäße Organisie-

47 „Zwischen Idee & Realität. Die AA/BO im Rückblick“ (O.V.), in: *Antifaschistisches Infoblatt*, Nr. 58, Winter/Frühling 2003, S. 35–37.

48 *Reader „Verstärker-Kongress. Die postbananischen Zustände“*, hg. von Bündnis gegen Rechts Leipzig, [Leipzig] 2000.

49 „antifakongress. göttingen. ostern 2001“, in: *„Verstärker-Kongress“*, o. S.

rungsformen der radikalen Linken statt, die sich in manchem wohl den Organisationsdebatten der 1990er Jahre ähneln dürften. Sowohl Kontingenzen als auch Inkongruenzen lassen sich als Vorgeschichte der Gegenwart von derzeitigen Bewegungslinken in diesem bedeutenden Eckstück des Mosaiks der jüngeren Geschichte der Linken ausmachen. Es ist an der Zeit, weitere Teile des Mosaiks zusammenzufügen, um einem Gesamtbild linker und linksradikaler Bewegungsgeschichte ein wenig näher zu kommen.

Geschichtsarbeit im Kontext der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Susanne Boehm

„Den Dialog zu fördern, das war einfach die Idee“ Ein Interview mit Bernd Hüttner

Das Interview mit Bernd Hüttner führte Susanne Boehm am 8. Mai 2025.

Boehm: Bernd, wir kommen ja zusammen, weil wir zurückblicken auf das, was an Geschichtsarbeit in der Rosa-Luxemburg-Stiftung erarbeitet wurde, und vor allem, was im Gesprächskreis Geschichte bisher davon gestaltet wurde. Dieser Gesprächskreis wurde 2006 gegründet. Eine lange Zeit also, die wir hier Revue passieren lassen können. Dich befrage ich heute als Experten, weil Du diese Zeit seit der Gründung überblicken kannst, und Du hast auch viele Einblicke in die Geschichtsarbeit der RLS. Lass uns doch erstmal auf die Geschichtsarbeit der RLS vor und zu Beginn der Gründung des Gesprächskreises blicken.

Hüttner: Das, was heute Geschichtsarbeit der RLS ist, geht ja zurück bis zur Wendezeit. Der Verein, aus dem dann später die RLS entstand, wurde 1990 gegründet. Und ab 1999 gab es dann auch finanzielle Mittel im größeren Umfang. In diesem Verein, der hauptsächlich in Berlin aktiv war, fanden sich viele abgewinkelte, arbeitslose, verrentete Wissenschaftler*innen, die DDR-sozialisiert waren, wenn man das so sagen will. Die hatten sich schon in den 90er Jahren zusammengeschlossen, auch mit einzelnen West-Linken ... Und es gab auch damals schon, also um die Jahrtausendwende, einzelne Bildungsvereine, dann im Westen, also für einzelne Bundesländer. Das, was heute die Landesstiftungen sind: Vereine, die vor Ort arbeiten. Und die haben sich 1999 ein bisschen konsolidiert, zusammengeschlossen, Leute angestellt und, und, und. Das heißt, als ich zur RLS stieß, das war 2001, da bin ich hier in Bremen in den lokalen Verein eingetreten, war dort zuerst im Beirat und dann nach einem Jahr, 2002, bin ich auch in den Vorstand gewählt worden. Also in diesem Verein oder in dieser Stiftung, die war natürlich zu dieser Zeit sehr stark geprägt von dieser sogenannten zweiten Geschichtskultur.¹

1 Berger, Stefan, „Was bleibt von der Geschichtswissenschaft in der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands“, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (2002), H. 11, S. 1016–1034.

Also thematisch-personell der Schwerpunkt: Kommunismusforschung, DDR-Geschichte und deutsch-deutsche-Beziehungen ... auch natürlich die Strömungen der Arbeiterbewegung. Aber weite Teile dessen was, ich sage jetzt vereinfacht „uns im Westen“ damals umgetrieben hat oder was die politische Kultur der Linken dort jahrzehntelang geprägt hatte, kam dort sehr wenig vor. Was gemacht wurde: Es gab den Dietz-Verlag damals schon, es gab aktive Landesstiftungen in den neuen Bundesländern. Diese hatten, weil es dort die Landtagsfraktionen der PDS gab, Mittel vom Land bekommen und auch hauptamtliche Mitarbeiter oder Etats, mit denen sie Konferenzen organisieren und Publikationen machen konnten.

Ab Anfang der 2000er war es so, dass diese verschiedenen Personen und Vereine sich immer mehr zusammengerauft haben und auch wirklich zusammengewachsen sind. Die Abteilung bundesweite Arbeit der RLS bestand aus Büros in allen Ländern, also 16 Büros mit sehr unterschiedlichem Zuschnitt und immer mit ehrenamtlichem Bereich. Die hatten auch unterschiedliche Schwerpunkte, zum Beispiel Thüringen, Sachsen und Brandenburg, die sehr viel zu Geschichte gemacht haben. Das hängt natürlich auch an einzelnen Personen, aber das waren Schwerpunkte dort.

Die RLS war auch damals ein attraktiver intellektueller Ort für verschiedene Leute, für verschiedene Generationen

Boehm: Die Arbeitsweise in der Stiftung hängt ja auch damit zusammen, wie sich die Finanzierung gestaltet hat. Könntest Du etwas zum Hintergrund sagen, wie sich das aus Deiner Sicht verändert hat, im Laufe der Jahre?

Hüttner: Ja, schwierig war es für die Landesstiftungen, in denen es keine Landtagsfraktionen gab und bis 2007 waren das im Westen alle. Das heißt, die Landesstiftungen Ost waren da im Vorteil, weil sie schon einen größeren Etat hatten. Also wir haben im Westen 2006 die ersten richtig bezahlten, halben Stellen bekommen. In vier Bundesländern, nicht in allen. Dann war ja die WASG-Parteifusion LINKE 2007, dann gab's also eine Aufwärtsbewegung und ... die RLS war auch damals ein attraktiver intellektueller Ort für verschiedene Leute, für verschiedene Generationen. Es gab auch Streit und Machtkämpfe zwischen PDS und WASG, aber es gab auch eine Offenheit anderen zuzuhören oder nochmal zu überlegen, was ist denn überhaupt Sozialismus und was bedeutet das für verschiedene Strömungen? Wir haben z. B. in Bremen 2004 eine Tagung gemacht zur Geschichtsschreibung der Neuen Sozialen Bewegung-

gen.² Die Mittel für die einzelnen Landesstiftungen sind durch die Wahlergebnisse stetig gewachsen. Man konnte auf geringem Niveau immer mehr Leute einstellen, mehr Veranstaltungen machen und Publikationen unterstützen.

Boehm: Und das Verhältnis von Partei zu Geschichtsarbeit, kannst Du erläutern wie das aussieht?

Hüttner: Das hängt ein bisschen davon ab, von welcher Position aus Leute agiert haben. Natürlich waren die Kolleg*innen im Osten, wenn wir holzschnittartig schauen, immer ein bisschen parteinäher. Gerade über die Fraktionen, weil, da hatte die PDS teilweise 25 oder 30 Prozent. Und im Westen war ja die PDS, zumindest als ich angefangen habe mich in der Stiftung zu engagieren, da hatte die selbst in Hochburgen wie Bremen nur 2 oder 3 Prozent. Und im Westen, vereinfacht gesprochen, waren die Leute eben parteiferner. Für die waren die Bildungsvereine eine Möglichkeit, politisch zu arbeiten. Also es gab schon unterschiedliche Nähe und ich würde sagen, dass – noch vor meiner Zeit natürlich – in den 1990er Jahren Geschichte eine große Rolle gespielt hat. Diese Aufarbeitung und Abarbeitung: SED – Stalinismus, die war zentral, denn es hatte Zensur im Wissenschaftssystem der DDR gegeben. Überhaupt: Was hatte die Wende für Folgen? Also da war Geschichte viel wichtiger als heute. Es gab auch noch mehr Akteur*innen, denen diese Perspektive wichtig war. Es sind ja mittlerweile viele verstorben oder nicht mehr aktiv. Oder es gibt ja die Historische Kommission. Die war da noch viel wichtiger als dann in den 2010er Jahren oder heute. Ich glaube, heute spielt Geschichte nicht die größte Rolle. Wenn man das empirisch so beschreiben will. Ob das so sein sollte, ist ja auch wieder eine andere Frage. Mit Geschichte beschäftigt sich die Partei eher erst, wenn die Medien sie interesselieitet dazu zwingt, dann ist es in der Regel meist ein bisschen zu spät.

Boehm: Die Historische Kommission ... Wie kann man sich das vorstellen, wie wurde die zusammengesetzt und was hatte sie für Aufgaben?

Hüttner: Die Historische Kommission wird ja formal vom Parteivorstand berufen. Also man kann da nicht einfach anrufen und sagen „Ich will mitmachen“, sondern muss warten, bis die sich melden, oder bis man vorgeschlagen wird. Die

2 Vgl. Hüttner, Bernd/Oy, Gottfried/Schepers, Norbert (Hrsg.), *Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen*, Neu-Ulm 2005.

Kommission wird auch immer wieder neu berufen und trifft sich dreimal im Jahr. Und das waren immer Historiker, die sich politisch der PDS und später der LINKEN zugerechnet haben. Plus dann einzelne parteinahe Menschen, auch aus dem Westen. Die Historische Kommission war immer ein bisschen überaltert, das ist sie bis heute, auch sehr männlich geprägt von der Kultur her. In der Phase, als der GK Geschichte gegründet wurde, wurde eine gewisse Öffnung deutlich. Also dass einfach ein paar jüngere Leute, damalige Doktorand*innen, die Stipendien der RLS hatten, auch aufgenommen wurden. Ich wurde dann 2006 auch aufgenommen. Die Aufgabe ist eigentlich den Parteivorstand zu beraten, wenn der darum bittet. Aber die Historische Kommission hat immer proaktiv Erklärungen gemacht, auch zu historischen Jahrestagen... Kriegsende 1945, Russische Revolution und, und, und ... war eigentlich eine Hüterin.³ Also es war dort immer sehr wichtig den antistalinistischen Grundkonsens der PDS hochzuhalten und sich damit politisch zu positionieren. Weil viele der DDR unkritischer gegenüberstanden als die Historische Kommission, um es mal vorsichtig auszudrücken. Die Jüngeren haben 2008 zu '68 auch eine Erklärung geschrieben, das ist aber die einzige, an die ich mich jetzt erinnere, die weniger klassische Themen zum Inhalt hatte.

Boehm: Und was meinst Du denn mit „überaltert“? Was waren das für Altersunterschiede?

Hüttner: Na, 2006 war ich 40 und viele in der Historischen Kommission waren damals so alt wie ich jetzt, also so ungefähr Mitte 50 oder älter. Das heißt, die sind jetzt 75 oder noch älter. Und ich war damals schon die Mittelgeneration. Da gab es dann noch Jüngere, also Marcel Bois, oder Mario Hesselbarth, die Du ja aus dem GK kennst, und andere. Die sind so ungefähr 10 Jahre jünger noch als ich. Also wir haben versucht, jüngere Leute anzusprechen, die sich für Geschichte interessieren und im Idealfall auch Historiker*innen sind. Und man muss auch sagen: Das ist ein eher unattraktives Gremium. Also ich sag mal, wenn ich Wirkung entfalten will, ist es vielleicht schlauer zu sagen „Ich lass mich in den Landesvorstand der Partei wählen“ oder „Ich geh in eine Arbeitsgemeinschaft rein“ oder etwas Ähnliches. Da ist vielleicht die Historische Kommission auch der

3 Vgl. Friedmann, Ronald/Hofmann, Jürgen (Hrsg.), *Den Sozialismus am humanistischen Ansatz messen. Erklärungen der Historischen Kommission beim Vorstand der Partei DIE LINKE*, Berlin 2020, <https://www.rosalux.de/publikation/id/43503> und z. B. Lötzs, Gesine (Hrsg.), *Alles auf den Prüfstand. Texte zur DDR-Geschichte im „Neuen Deutschland“*, Berlin 2011.

falsche Ort. Zumal in den Nullerjahren, da war ja die Linke auch noch nicht so vergleichsweise normalisiert wie heute. Damals haben Leute schon noch Angst gehabt sich zur Linken zu bekennen. Die sagten: „Ich bin an einer Uni beschäftigt, und mein Prof mag das dann gar nicht, wenn ich auch noch für die Linke arbeite, also da halt ich mich mal fern.“ Da gab’s schon Scheu sich zu bekennen. Oder ich kenne auch Erfahrungen von Leuten, dass eben ihre Doktormutter sagte „Also Sie können schon bei mir promovieren, aber bitte nicht mit einem Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung“. Sowas gab es.

Der Gesprächskreis Geschichte stand schon für den Generationendialog, aber natürlich auch für eine thematische Erweiterung

Boehm: Wenn wir in die Ausgangslage 2006 schauen, also den Anfang des Gesprächskreises Geschichte ... Mit Deinem damaligen Schwerpunkt auf Archivarbeit, den Du hattest und heute selbst auch eine Art wandelndes Archiv für den Gesprächskreis Geschichte bist ...

Hüttner: Ja, das stimmt. [schmunzelnd]

Boehm: Beschreib doch bitte die Ausgangslage und wie es dazu kam, dass der Gesprächskreis Geschichte für die RLS ins Leben gerufen wurde.

Hüttner: Also man kann schon sagen, es gab ... verschiedene Akteure mit unterschiedlicher Biografie und an unterschiedlichen Orten. In ganz Deutschland ... Hamburg, Wuppertal, Regensburg, Göttingen oder mich in Bremen. Und es war einfach die Idee, diese Leute ein bisschen zusammenzufassen, auch über die Vorgeschichte der einzelnen Personen. Man könnte sagen, es war eine Gelegenheitsstruktur ... da gab es den Bernd und Bernd war bereits in der lokalen Stiftung aktiv und hatte viel Zeit und auch ein inhaltliches Anliegen ... ich habe ja auch 1999 ein freies Archiv, oder Bewegungsarchiv, gegründet und damals auch sehr engagiert betrieben. Und es gab 2003 schon eine Tagung in München, die von den damaligen Stipendiat*innen der RLS im Arbeitskreis Kritische Geschichte organisiert wurde mit einem beeindruckenden Line-Up. Also Marcel von der Linden war da ... Richard Evans war da ... Ich glaube das Ehepaar Haug war sogar da.⁴

4 Vgl. das Programm Tagung Oktober 2003 in München: <https://www.hsozkult.de/searching/id/event-52757>). Die Publikation ist: Bauer, Philip/Heigl, Petra/

Aus diesem Ansatz ist dann auch der GK Geschichte entstanden. Es gab natürlich diese Historiker, meistens waren das Männer, und es gibt ja mehrere Gesprächskreise in der RLS. Die haben die Aufgabe, das jeweilige Themenfeld zu bearbeiten, die Stiftung auch zu beraten und auch einen Dialog zwischen „Apparat“, der ja personell größtenteils in Berlin sitzt, und auch den Landesstiftungen und Ehrenämter der Stiftungen und Promotionsstipendiat*innen zu vermitteln. Es gab ja damals auch schon die Promotionsförderung. Als der GK Geschichte gegründet wurde, waren schon ein halbes Dutzend Arbeiten am Entstehen oder kurz vor der Fertigstellung, die dann auch 2007/08 rausgekommen sind und für Aufsehen, soweit man davon sprechen kann, gesorgt haben. Das waren ja alles engagierte, kompetente Leute. Um die zu bündeln und dem eine Struktur zu geben, gab es die Idee der Gesprächskreise. Also ich kenne ja meinen am besten, aber mal zum Beispiel der Gesprächskreis Antifaschismus, der wurde ja auch ziemlich zeitgleich gegründet. Den Dialog zu fördern, das war einfach die Idee – und das war schon wichtig – und auch richtig. Jeder Gesprächskreis hat ja auch ein Anrecht auf so einen kleinen Etat, damit man Treffen finanzieren und Übernachtungen bezahlen kann und, und, und. Ab da haben wir uns eigentlich zweimal im Jahr – wenn man jetzt mal von Corona absieht – immer in Präsenz getroffen. Also in der Regel in Berlin, aber manchmal eben auch angedockt an RLS- oder andere Konferenzen. ... Oder gesagt, wir wollen jetzt mal dorthin fahren. Das ist also eine ganz schön lange Kontinuität. Der Gesprächskreis Geschichte stand schon für den Generationendialog, aber natürlich auch für eine thematische Erweiterung. Wir haben schon nach 10 Jahren Gesprächskreis, über 10 Jahre Geschichtsarbeit, was ja nicht ganz synonym ist, gesagt „Na, wir haben jetzt schon für einen erweiterten Kanon an Themen gesorgt“. Es gibt halt nicht nur Kommunismusforschung und nicht nur DDR-Geschichte, sondern auch andere Sachen, oder z. B. 2008, da war ja „40 Jahre ‘68“, und das war insofern interessant, dass ein erweitertes Narrativ entwickelt wurde „Das gab’s ja im Osten auch“ oder in Osteuropa ... und auch im, damals hat man noch gesagt „Globalen Süden“. Das ist auch etwas Verbindendes, aber es war trotzdem unterschiedlich. Und, man kann ‘68 als globales Phänomen thematisieren von ... allgemein und grundsätzlich, Aufstand gegen Autorität. Also mit Folgen, die natürlich sehr unterschiedlich waren. In Ost und

Ziegler, Richard (Hrsg.), *Kritische Geschichte. Perspektiven und Positionen*, Leipzig 2005. Vgl. auch den Bericht Weis, Florian, „Ein etwas anderer Historikertag – München 10.–12.10.2003“, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Dez. 2003, <https://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/de/article/956.making-history.html> [Letzter Zugriff 10.06.2025].

West. So gab's dann schon Versuche, in einen Dialog oder in mehr Gemeinsamkeit zu kommen. Ich denke, das waren Lernprozesse von beiden Seiten. Ich habe ja 2006 lange nicht so viel über die DDR oder gar Osteuropa gewusst, wie ich das heute tue. Das war umgekehrt für viele aus dem Osten ein Lernprozess, auch zu sagen „Oh, ja, es gibt auch im Westen ernstzunehmende Historiker*innen, auch wenn sie keine Kommunismusforschung machen“ und diese als ernstzunehmende Gesprächspartner*innen zu sehen, die sich engagieren, z. B. in Zeitschriftenredaktionen. Das war schon eine gegenseitige Befruchtung. Natürlich gab's auch Differenzen ... und bisschen unterschiedliche Gesprächskultur, klar. Aber ich würde schon das Positive überwiegen lassen.

Boehm: Du hast es ja gerade schon angedeutet ... der Gesprächskreis Geschichte als Sammelbecken ... Wenn wir jetzt mal schauen, von der Gründungszeit an, über die Jahre ... für wen war der Gesprächskreis attraktiv und warum eigentlich? Wer kam da zusammen?

Hüttner: Ja, also es gab eigentlich immer so'n ... ach, Kern kann man nicht sagen, aber... es gibt schon Leute, ich würde sagen es sind vielleicht über 15, die jetzt schon 10 Jahre und länger dabei sind. In Vorbereitung auf den Jubiläumsband habe ich eine Liste erstellt und versucht, mich zu erinnern und alte E-Mail-Adressverteiler durchgeschaut. Ich bin auf fast 80 Namen von Personen gekommen, die im Gesprächskreis Geschichte Mitglied waren oder es heute sind. Manche sind nach einem Jahr nicht mehr wiedergekommen, das habe ich nicht so genau untersucht. Aber das ist doch ein relativ großer Personenkreis. Aber bei den Treffen fand sich eine kleinere Zahl ... der Gesprächskreis hatte nie mehr als 45 Mitglieder zu einem Zeitpunkt. Wir haben das immer öffentlich auf unserer Website dokumentiert. Das war uns am Anfang auch wichtig, um auch ein bisschen Reputation nachzuweisen. Andere Gesprächskreise bei der Stiftung machen das ja nicht. Im Gesprächskreis Geschichte gab es schon so zwei Gruppen: Das eine waren Einzelpersonen, egal ob die jetzt Historiker*innen waren oder nicht, ob die jetzt bei der RLS gearbeitet haben oder nicht, ob die in Berlin waren oder nicht... also die so einen Resonanzraum gesucht haben „Okay, da treffe ich coole Leute, da kann ich mich austauschen, da treffe ich Gleichgesinnte“ oder „Da kann ich hinfahren mit interessanten Inputs während der Sitzungen und darum herum“ ... also das berühmte Socialising in der Kneipe oder bei gemeinsamer Anreise. Und es gab andererseits steten Zustrom über die Promotionsförderung. Ich habe keine Strichliste gemacht, aber es gab immer wieder Leute, die ein Promotionsstipendium hatten, oder gesagt haben, sie möchten sich gern für ein Stipendium

bewerben. Also spätestens dann, wenn die ein Stipendium bekommen haben, haben die sich oft gemeldet und wir haben die aufgenommen. Also das waren die zwei Kreise, für die das wichtig war ... ich glaube für die Promovierenden war dieser Austausch wichtig oder als identitätsstiftendes Moment, wenn man das jetzt mal so nennen will, wichtiger als für die anderen. Für die anderen war das natürlich auch so ein Raum, wo man Leute trifft und kann sich mit denen absprechen: Was ist denn nächstes Jahr ein wichtiges Thema im Feld Geschichte, zu dem die RLS etwas machen könnte ... und mit welchem „Approach“ ... oder mit welcher „Stoßrichtung“, würden die Ost-Kollegen sagen ... Das gab's natürlich auch. Gerade am Anfang, dass man sagte, jetzt kommt dieser Jahrestag, oder als Beispiel '68. Und wo Leute eben gesagt haben „Ich habe jetzt Zeit und Lust da mitzumachen, ich schreibe da einen Text oder bringe mich ein in Hamburg zur Organisation einer Tagung“. Daraus ist dann wirklich so ein Move entstanden, dass Leute mitgemacht haben und dass man sagte, ja das ist jetzt wichtig, wir zahlen da ein Honorar, wir finanzieren diese Tagung und das ist dann das Ereignis, was die Stiftung außerhalb Berlins zu dem Thema in dem Jahr macht. Und dann stand da zwar dran Rosa-Luxemburg-Stiftung bzw. RLS Hamburg, aber real getragen haben es dann vier Leute aus dem Gesprächskreis. Das haben wir aber so nie so groß thematisiert. Da waren wir vielleicht auch zu bescheiden. Andere hätten das vielleicht anders gemacht. Es war eben ein Instrument für die Planung. Oder es gab auch noch diesen Ansatz zu sagen im Gesprächskreis, da ist jetzt so ein Buch, z. B. zur Anarchismusforschung und das muss jetzt mal bitteschön gefördert werden. Also wir haben – damals – wirklich Statements abgegeben an die [schmunzelnd] „zuständige Abteilung“ im Haus, wo wir gesagt haben, wir möchten gerne, dass das Buch X mit Fördersumme soundso gefördert wird. Also das war auch schon Pressure-Group. Also zumindest, sagen wir mal in der ersten Hälfte des Zeitraums seit Gründung war das schon so, auch um neue Themen zu setzen. Heute müsste man das gar nicht mehr machen, weil die Zeit eine ganz andere ist. Aber damals war das schon noch in gewissem Sinne notwendig.

Boehm: Nach welchen Kriterien wurden die Mitglieder eigentlich ausgewählt?

Hüttner: Also entweder hat jemand gesagt „So, ich war auf einer Tagung oder dem Einführungsseminar des Studienwerks der RLS, und habe da jemand coolen getroffen und der ist ein aufrechter Linker“, wenn man das so nennen will, und sympathisch. Dann haben wir eigentlich immer gesagt: „Toll!“ Wir haben ein Aufnahmeverfahren gehabt, wenn auch niedrigschwellig ... also das ist im Laufe der Zeit verschieden gehandhabt worden. Wir hatten auch eine Zeit lang einen

Aufnahmestopp für Männer, weil wir nach ein paar Jahren festgestellt haben: Wir haben zwar auf dem Papier eine passable Frauenquote, aber in der Teilnahme an den Treffen zeigt sich das nicht. Und deshalb der Beschluss: erstmal Stopp. Das haben wir vier oder fünf Jahre lang so gehandhabt. Meistens haben bei Anfragen Leute aus dem Gesprächskreis gebürgt und gesagt „Ich kenn die“ oder „Ich habe mit dem zusammen einen Artikel geschrieben“ oder so. Und dann haben wir die eigentlich auch eingeladen und die haben sich dann vorgestellt oder, wenn sie ein Promotionsstipendium hatten, haben sie ihr Promotionsvorhaben vorgestellt, haben sich Feedback von uns eingeholt. Seit Corona machen wir es so, dass zwei Leute vom Gesprächskreis ein Vorgespräch mit den Interessierten machen – es sind ja jetzt auch keine Menge von Leuten, das sind pro Jahr ein bis drei Personen – aber, dass sich zwei von uns mit den Kandidat*innen zu einem Zoom-Gespräch treffen und austauschen. Das hatten wir früher nicht. Aber das ist, damit die Leute mehr über den Kreis wissen, bevor sie da mitmachen, weil wir es schon erlebt haben, dass Interessierte dann auch falsche Vorstellungen hatten oder dann doch über die damalige patriarchalische Gesprächskultur geschockt waren. Gut, die haben wir jetzt auch verbessert, würde ich sagen, oder verändert ... aber, dass man Interessierten vorher eine Chance gibt, sich zu orientieren, denn nur über die Website informieren, ist vielleicht zu wenig. Aber es gab keine strategische Personalentwicklung, dass wir gesagt hätten so, wir brauchen jetzt noch jemanden aus Bayern, also schauen wir wo jemand ist. Sowas gab es nicht.

Das war immer eine Qualität und konnte auch immer verschiedene Leute aktivieren

Boehm: Aber wie sieht es aus mit der Verschiedenheit von Leuten, die zusammenkommen im Gesprächskreis Geschichte?

Hüttner: Ja, da muss man die unterschiedlichen Phasen beachten. Also wenn wir vom Status Quo ausgehen, haben wir gut 40 Personen, davon fast die Hälfte Frauen, also wir haben einen Frauenanteil von 42 Prozent, und wir haben einen Schwerpunkt von Mitgliedern aus Berlin, weil in Berlin auch der Sitz der Stiftung ist und viele Unis sind. Aber es gibt auch etliche Beteiligte aus Frankfurt, Düsseldorf, Leipzig ... und natürlich gibt's jetzt auch Altersdurchmischung. Im Moment geht unser Altersspektrum ja von Mitte 20 bis Anfang 80. Also ich sage mal, als ich angefangen habe, war ich in der Stiftung einer von den Jungen. Jetzt bin ich einer von den Älteren. Und natürlich, das Ost-Milieu gibt's in dem Sinne heute gar nicht mehr, heute würde man gar nicht mehr von „Osthistoriker“ sprechen.

Diese Unterscheidung, die wir damals nie so stark verbalisiert haben, die aber jeder im Kopf hatte, oder wo man das Gefühl hatte: da laufen die Konflikte ein bisschen auf ... Natürlich ging's da auch um Ressourcen: Kriegt jetzt X oder Y Geld für eine Tagung? Welche Bücher erscheinen bei Dietz? Oder wer nimmt jetzt wen wie ernst? Also grob gesagt: jung-alt, ost-west, holzschnittartig. Aber das hat sich jetzt verändert durch den Zeitverlauf, dass das nicht mehr so wichtig ist. Und intern gab es auch die teilweise scharfe Diskussion: Haben wir den Schwerpunkt „Arbeiterbewegung“? Oder zugespitzt in die Frage oder Kritik „Wir machen nur Kommunismusforschung?“ Wo ich immer sagen würde „Nee! War nicht so“, aber die Außenwahrnehmung und von vielen, die bei den Treffen waren, brachten das immer wieder auf. Historiker*innen, mit denen ich etwas gemacht habe, oder der Blick in Publikationslisten zeigen, dass es nicht so war. ... Also fast alles, was ich gemacht habe, hatte weniger mit Kommunismusforschung zu tun und ich habe ja mit einem halben Dutzend Leuten zusammen verschiedene Publikationen herausgegeben für die Stiftung, Tagungsdokumentationen, und da ging es eher selten um Kommunismusforschung. Wenn feministische Kritik kam, wir würden fast nur Arbeiterbewegung oder Kommunismusforschung machen, da habe ich immer ein bisschen dagegen argumentiert, weil das einfach in meiner Wahrnehmung nicht gestimmt hat. Und heute ist es so, dass die Milieus sich abgeschliffen haben. Es gab immer das Bemühen einander zuzuhören. Das war immer eine Qualität und konnte auch immer verschiedene Leute aktivieren.

Boehm: In der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist viel von der „Mosaiklinken“ die Rede gewesen. Wie hat der Gesprächskreis Geschichte sich denn dazu verhalten, wie war der Umgang damit?

Hüttner: Auf die erste Hälfte, 2006 bis 2015 oder so ... da haben wir immer gesagt „plurale Linke“. Es gibt auch diese drei Hefte, die 2010/11 Marcel Bois mit mir zusammen gemacht hat, wo wir einfach gesagt haben „Wir stellen hier einfach unterschiedliche Single-Issue-Themen aus den Neuen Sozialen Bewegungen vor“. Wir nahmen uns einzelne Organisationen oder Zeitschriften der Neuen Sozialen Bewegungen vor. Für diese Zeit war das gut und richtig, um diese Breite des Kanons irgendwie darzustellen. Das war mir immer wichtig. Denn es gibt eben nicht nur die kommunistische Tradition oder sozialistische Tradition, oder wie immer man die nennen will. Denn es gab auch Abspaltungen und Kritiken: Feministische Kritik, oder Care-Politik würde man heute dazu sagen. Oder Technikkritik. Das sind ja jetzt alles Sachen, die in der KPD-Forschung nicht die Riesenrolle

spielen, wo ja mehr so ein Fortschrittsglaube und Technikoptimismus herrscht. Und, und, und. Da haben wir schon Duftmarken gesetzt, könnte man sagen.

Boehm: Und Du meinstest ab circa 2015 hat sich das verändert. Wie hat es sich denn verändert?

Hüttner: Also was sich verändert hat, zeigt sich im „Fundus“ wie ich das nenne. Der Fundus dessen, was man produziert hat ... es gibt immer mehr Texte, die publiziert sind, auch immer mehr Online-Texte. Immer mehr Sachen, die auf der Website der RLS zu finden sind. Der Dietz-Verlag hat sich auch verjüngt, modernisiert. Das hat sich verändert, insofern, dass die Geschichtsarbeit selbst anders wurde. Und deswegen kann man auch auf eine zynische oder ironische Art sagen, ist der Gesprächskreis Geschichte „nicht mehr so wichtig“. Weil es viel mehr Leute gibt, die eh an Unis sich ein bisschen etabliert haben oder mit der Hans-Böcker-Stiftung zusammen Tagungen organisieren und auch bei der RLS Tagungen mitorganisieren. Da wurde jetzt schon zweimal diese renommierte Hermann-Weber-Tagung organisiert, zur historischen Kommunismusforschung. Also auch Vertrauensdozentinnen und -dozenten von uns haben da mitgemacht. Also, dieser Prozess, dass man größer, auch personell breiter wurde, das ist passiert ... und sich überhaupt als Akteur zu etablieren, und auch ein bisschen zu normalisieren, um auch an Unis akzeptiert zu werden. Auch für die Leute mit RLS-Stipendien. Seit über 10 Jahren kooperieren wir auch mit der Friedrich-Ebert-Stiftung gut. Also im Bereich Geschichte hat das eigentlich immer sehr gut funktioniert, wie auch mit der Hans-Böckler-Stiftung. Es gibt auch die German-Labour-History-Association, wo Wissenschaftler*innen drin sind, die auch alle dieser drei Stiftungen repräsentieren und wo wir vorurteilsfrei zusammenarbeiten. Das war jedoch 2002, und auch 2007 noch nicht so. „Mosaiklinke“ hat aber im GK Geschichte nie eine große Rolle gespielt als Begriff.

Boehm: Du hast jetzt gerade schon verschiedene Strukturen benannt, die es noch so gibt. Wie hat man sich aus den Reihen des Gesprächskreis Geschichte heraus eingemischt, in Diskurse der letzten Jahre?

Hüttner: [schmunzelnd] Also wir haben uns eigentlich als Kollektiv oder Gruppe oder Struktur nie öffentlich geäußert. Es war eigentlich mehr so ein Kreis, wo wir uns getroffen und ausgetauscht haben, uns vielleicht auch gefreut haben über die Begegnung. Es ist ja schon so, wenn du nicht gerade in Berlin oder vielleicht noch in Leipzig wohnst oder in Hamburg ... bist du ja womöglich relativ isoliert vor

Ort. Also egal, ob manche Mitglieder jetzt berentet sind oder studieren oder sonst etwas. Und für die ist es schon wichtig, wenn sie andere Linke treffen und sich verabreden und sich gegenseitig helfen können und sagen „Mensch, ich habe da ‘nen Problem“ oder „Fährst du nächste Woche in das Archiv, kannst du mir das und das einscannen ...?“ Das kriegt man so bei Randgesprächen mit manchmal, auch Wünsche nach digitalisierten Dokumenten, Austausch von Dokumenten. Dafür war das wichtig, eine Gruppe zu sein. Dieses Einmischen ... natürlich hatte jede Person ihre Themen, hat dazu publiziert, hat dazu Vorträge gehalten, hat dazu etwas organisiert. Wenn Leute erfolgreicher waren oder an Unis viel arbeiten mussten, weil sie ihre Themen, sei es Migration, oder Rassismus oder was auch immer, im GK nicht so sahen ... Dann sind die oftmals ein bisschen rausgewachsen aus dem GK Geschichte, weil die sagten „Nee, ich muss jetzt hier das machen, ich habe jetzt keine Zeit mehr oder keine Nerven mehr“. Oder vielleicht gerade noch ein Kind bekommen haben. Dann war für die dieser Resonanzraum oder Austauschraum des Gesprächskreises nicht mehr so wichtig. Und das sieht man ja auch bei den Leuten, die jetzt nicht mehr mitmachen. Ein Freund von mir, der macht jetzt eben noch „Sozial.Geschichte Online“ ... wenn einer oder eine einfach bei so vielen Tagungen ist, so viel angefragt wird, für den und die ist der Gesprächskreis nicht mehr wichtig und hilft das auch nichts, ganz materiell und mental, wenn er oder sie zum Treffen kommt. Und das ist auch OK, weil die machen ja Sachen und gute Forschung und uns geht’s ja allen um das Thema. Wir wollen ja nicht sagen, da müsste überall RLS darauf stehen, sondern wir wollen linke Sichtweisen oder gesellschaftskritische Inhalte pushen. Das ist ja erfreulicherweise der Fall – das zeigen auch die Beispiele Hermann-Weber-Konferenzen oder die Labour-History-Association – und mit den Leuten ist man ja auch noch im Kontakt, wenn auch nicht mehr so sehr wie vor ihrem „Austritt“. Aber ich könnte die noch ansprechen und dann würden sie sagen „Nein, ich mach das jetzt nicht, aber frag doch mal die Martina aus Innsbruck, die ist kompetent und schreibt Euch da was“... Also die Vertrauensverhältnisse, die gibt es ja weiterhin.

Dass wir in einer Nische sind, war einerseits gut und andererseits hatte es Nachteile

Boehm: Wir bleiben bei Einschätzungen zur Geschichte des Gesprächskreises Geschichte. Wenn Du mal zurücküberlegst, es waren jetzt 20 Jahre. ... Mit welchen Herausforderungen hatte der Gesprächskreis da in der Zeit zu ringen? Vielleicht auch mit Blick auf das Verhältnis zwischen institutioneller Anbindung

und informeller, selbstorganisierter Struktur? Oder vielleicht ganz andere? Gab es wiederkehrende Herausforderungen oder eher situative?

Hüttner: Also das, was ich alles positiv geschildert habe, zum Beispiel die Dialogbereitschaft, oder den Kanon, das könnte man auch negativ lesen und sagen na gut, die anderen oder die Alten, die waren eben nicht kooperativ genug und man musste sehr viel kämpfen, sich auch vereinzelt demütigen lassen, aber das ist verschüttete Milch. Ein kleines strukturelles Ungleichgewicht gibt es schon, wenn ich zu einem Treffen des Gesprächskreis Geschichte fahre, ist das Arbeitszeit für mich, für andere ist es Freizeit oder sie müssen sich von ihrer Familie loseisen. Solche Unterschiede kann man nicht gut in den Griff kriegen. Das kann man eigentlich nur durch eine möglichst offene Gesprächskultur mildern. Jenseits des Gesprächskreises fällt manchmal auf, dass jemand stiftungsintern etwas zu Geschichte macht und wir im Gesprächskreis dachten na, das wäre natürlich schön gewesen, das auch mal vorher zu erfahren. Also das Mitdenken von Ehrenamt, aber das betrifft nicht nur die Gesprächskreise. Das ist immer ein Riesenproblem zwischen der Zentrale der RLS in Berlin und den Landesstiftungen, wo es ja gewollt und notwendig viel Ehrenamt gibt ... dort sind meist nur ein bis zwei Leute, die das bezahlt machen und ein ehrenamtlicher Vorstand. Oder wenn Du Dir vorstellst, in einem Flächenland wie Thüringen oder Niedersachsen, da Bildungsarbeit auf die Beine zu bringen, das schafft man ja gar nicht nur mit bezahlter Arbeit. Aber die, die das unbezahlt machen, immer mitzudenken, das war immer auch eine Quelle von Frust, wenn das eben nicht geschehen ist. Dass wir als Gesprächskreis etwas dazu zu sagen gehabt hätten, aber da keiner daran dachte, uns zu fragen, also das war schon ein Problem.

Boehm: Im Laufe der Zeit, hat sich da etwas verändert?

Hüttner: Ja, ich sehe, dass in der Zeit die Anzahl der Leute deutlich gewachsen ist und sichtbar wird. Die Forscher*innen haben jetzt ihre Dissertationen fertig. Und die wurden auch in der ZEIT besprochen oder in Fachzeitschriften. Also das wird schon – in Maßen – ernst genommen. Der Gesprächskreis wird schon beachtet, aber unterscheidet sich noch immer von anderen. Andere Gesprächskreise der RLS brauchen teilweise keine Anfahrtskosten erstatten, weil die Leute dort alle in Erwerbsarbeit sind. Ich weiß zum Beispiel beim Gesprächskreis Rechts oder auch dem zu Migration, die haben ein anderes Konzept. Die haben einen großen Mailverteiler mit 200, 300 Leuten und dann ein Treffen und da kann auch jede*r kommen und es werden auch im Regelfall keine Fahrtkosten erstattet. Da war

unser Feld Geschichte immer viel kleiner und die Erwerbsarbeit über NGOs ist begrenzter möglich als in den Themen, die die anderen Gesprächskreise bearbeiten. Daher erstatten wir Fahrtkosten. Dass wir in einer Nische sind, war einerseits gut und andererseits hatte es Nachteile. Wir hatten auch ein Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen. Ich sage jetzt mal „WIR“, also dass wir da auch unsensibel waren und zu wenig darauf geachtet haben, geeignete Instrumente einzubauen, mit Redezeitbegrenzung zum Beispiel. Da das Redeverhalten ... nicht immer, aber bei einigen ein Problem war. So dass Frauen teils weggeblieben sind, und ich als Koordinator wusste nicht, warum oder ich habe auch nicht genug nachgefragt. Aber so vor drei, vier Jahren haben wir etwas verbessert, was sich auch noch weiter entwickeln kann, das ist bestimmt noch nicht ausgereift. Aber im Hinblick darauf, ob wir vielleicht auch eine andere Kommunikationsform untereinander entwickeln, ist das wichtig. Und genügend Raum lassen für den persönlichen Austausch. Wir machen jetzt bei den Treffen auch immer eine Austauschrunde am Anfang, wo wir uns auch viel Zeit nehmen, bis zu zwei Stunden, wo jede Person einfach das mitteilen und anregen kann, was sie gerade beschäftigt. Das haben wir zum Beispiel früher nie gemacht, da ging's früher immer gleich mit Inhalten los.

Boehm: Du hattest ja beschrieben, dass es durchaus Mitgliederwechsel gab und gibt. Hattest Du mal den Eindruck, dass das zu einer Herausforderung geworden ist?

Hüttner: Nee, eigentlich nicht. Es war eigentlich so, dass wir alle drei bis fünf Jahre ... habe ich geschaut, wer länger nicht da war und dann so fünf, sechs, sieben Leute kontaktiert: „Willst du denn mal wiederkommen, hast dich ja jetzt schon länger nicht mehr gemeldet ...“ Und dann haben die meistens gesagt „Nimm mich raus, ich schaff das nicht mehr regelmäßig zu kommen“. Und dann habe ich die rausgenommen. Am Anfang waren wir da nicht so aggressiv, weil wir natürlich wollten, dass die Leute, die an einer Uni arbeiten oder einem Institut, die wollten wir gerne dastehen haben, weil das auch eine Art von Reputation für die RLS und den GK ist. Ja, durch die Menge an Leuten war das dann auch nicht mehr nötig. Den Zuwachs haben wir ja. Traurig ist es immer, wenn Leute gehen und sich rausziehen, aber es kommen auch immer neue Leute dazu. Es stehen bei uns in der Runde auch nicht die persönlichen Eitelkeiten im Mittelpunkt, das ist wiederum sympathisch. Wer sich einbringen möchte, erhält den Vortritt und im Mittelpunkt stehen Themen und Inhalte.

Boehm: Beim Rückblick auf die Jahre des Gesprächskreises Geschichte ... wenn wir mal versuchen markante Projekte oder Akteur*innen einzugrenzen. Magst Du dazu Schlaglichter werfen?

Hüttner: An den Publikationen und Dissertationen ist da schon einiges erkennbar.⁵ Also wir haben das inhaltlich gelöst. Was vom Gesprächskreis Geschichte inhaltlich am meisten wahrgenommen wird, sind diese fünf, sechs Bände in der Reihe „Materialien“ der RLS, die aus dem GK heraus seit 2014 entstanden sind, wo auch immer 80 Prozent der Autor*innen aus dem Gesprächskreis Geschichte kamen. Inhaltlich und konzeptionell haben wir das aus dem Gesprächskreis heraus gestaltet und das ist das, was am sichtbarsten ist. Sonst, also, die Funktionsbestimmung eines Gesprächskreises ist ja nicht „Ihr müsst jetzt alle zwei Monate eine Stellungnahme abgeben zu ‘MeToo’ oder zu einer Eröffnung eines Museums“. Das könnte die Stiftung auch machen bzw. beauftragen zum Beispiel zu einem Ereignis, wenn da Output erwünscht wäre, und das geschieht ja auch. Der GK ist mehr ein Austauschraum intern: Eine Mischung aus Fortbildung, Freundeskreis und kollegial-intellektuellem Austausch mit halb-avantgardistischem Anspruch. [schmunzelnd] Ein bisschen karikiert, aber... Im Gegensatz zum Gesprächskreis Wirtschaftspolitik, in dem lauter linke Wirtschaftsweiser sitzen, deren Arbeitsweise sich komplett von unserer unterscheidet, weil sie an aktuellen Steuergesetzen arbeiten oder mit der Bundestagsfraktion der Partei kooperieren. Unser Ansatz ist ganz anders. Wir haben immer ein Programm für uns entworfen und eher bis zum nächsten Treffen geplant.

Boehm: Trotzdem ist ja die Arbeit des Gesprächskreises Geschichte für die Rosa-Luxemburg-Stiftung relevant. Was macht ihn denn für die Stiftung bedeutsam?

Hüttner: Also ich glaube, dass die Vertrauensverhältnisse über die Mitarbeit im Gesprächskreis Geschichte auch wichtig sind für die Stiftung. Dass man weiß, wer dazu arbeitet und kennt die Person, vielleicht auch schon 10 Jahre, und weiß, wie die arbeitet ... und ich denke jetzt mal an das „Berufsverbote Dossier“, dass Leute angefragt werden, ob sie etwas dafür schreiben und es gibt auch ein kleines Honorar. Das war vor 15 Jahren nicht selbstverständlich, dass es ein Honorar gibt für irgendetwas. Die gewachsenen Arbeitsbeziehungen und Vertrauensverhält-

5 Eine Übersicht zu den Dissertationen, die im Umfeld des Gesprächskreis Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung entstanden sind, findet sich im Anschluss an das Interview. Sie zeigt repräsentativ die Breite der behandelten Themen und Perspektiven.

nisse sind wichtig, oder dass sich das sogar ausweitet, wie am Beispiel der GLHA. Und das ist ja schon auch wichtig für die Stiftung insgesamt, als institutioneller Zusammenhang. Also das würde ich sagen, ist der wichtigste Aspekt. Natürlich auch umgekehrt, dass wir einzelne Leute unterstützen können oder dass die sagen „Wir machen hier einen Workshop, könnt Ihr da mitveranstalten, könnt Ihr auch was davon bezahlen?“. Den GK Geschichte sollte man also nicht nur vom sichtbaren Output her denken, sondern auch das Empowern hat einen Wert an sich. Die RLS bietet uns da einen Resonanzraum, also für historisch fundierte Gesellschaftskritik. Aus Stiftungsperspektive wurde hier Leuten ein Raum angeboten und geöffnet, die aus der Stipendiums- und Lernphase eher schon rausgewachsen sind und was dabei als thematisch fokussierte Arbeit entsteht, bindet ja auch nochmal anders als allgemeine oder abstrakte Alumni-Arbeit, wie sie ja alle Stiftungen anbieten. Wir haben das früher sogar öfter so gemacht, dass Leute gesagt haben, sie würden an einer thematisch interessanten Tagung teilnehmen. Dass wir dann sagen konnten, wir können ein kleines Honorar zahlen für einen Tagungsbericht oder die Reisekosten übernehmen konnten. Für die einzelnen Personen sind das ja wichtige Ereignisse, die „weltpolitisch“ jetzt nicht so viel Beachtung finden. Aber um die einzelnen Leute zu motivieren oder zu empowern, ist das wichtig. Die Stiftung ist eine große Einrichtung mit im Peak fast 300 Angestellten, mit Vertrauensdozent*innen, mit Studienwerk, mit Landesstiftungen und so weiter ... Also, da weiß natürlich nicht jede Person, was die andere macht. Da wären sicher noch mehr Synergieeffekte möglich, auf vielen Ebenen.

Boehm: Vertrauensstrukturen, die gewachsen sind. Kannst Du das kurz einordnen, warum das bedeutsam ist?

Hüttner: Wenn man das betriebswirtschaftlich sieht, würde man natürlich sagen „Vieles, was wir in Vertrauenskooperationen machen, können wir nicht zu Marktpreisen bezahlen“. Das heißt, natürlich geben wir da Geld, aber es sind Projekte mit Haltung und nicht mit Abrechnung nach Stundenlohn, da liegt Leidenschaft und real viel unbezahlte Arbeit drin. Das heißt, es muss noch anderen Benefit geben für die Leute. Dafür sind Vertrauen, Anerkennung und Wertschätzung wichtig. Nicht im zynischen Sinne, sondern wirklich im Umgang miteinander. Dieses Gefälle zwischen denen, die etwas bezahlt bekommen und den anderen, bei denen das nicht der Fall ist, das Gefälle bekommt man nur schlecht weg. Da sind Vertrauen und das intellektuelle Interesse in allen Arbeitsbeziehungen wichtig. Ethisch und politisch, auch in anderen Dingen kann das ein großer Motivator

sein. Und davon hat die Stiftung auch etwas. Ich würde sagen, wir sind damit als GK gut gefahren und die Stiftung auch.

Boehm: Wir könnten dabei aber nochmal auf die inhaltlichen Interessen der Stiftung oder auch politische Anliegen schauen. Wie spielt das zusammen?

Hüttner: Also wenn man auf das Thema „Geschichte“ schaut, ist das für die uns nahestehende Partei nicht so ein Riesenthema. Wenn Du jetzt zum Beispiel als Stiftung Mieten und Wohnen machst oder Pflege. Dann ist das was ganz Anderes, besonders, wenn es im Wahlkampf eine Rolle spielt. Für die Linke ist Geschichte eher ein identitätsstiftendes Thema. Die Linke hat eine lange Tradition, mit vielen Niederlagen, mit Erfolgen, mit internen Konflikten, mit Faschismus, mit Nationalsozialismus, mit der Shoah ... Deswegen ist Geschichte ja sehr wichtig. Aber es ist schon so – wenn nicht gerade ein absolut wichtiger Jahrestag war, wie „Marx 200“ oder „Rosa-Luxemburg 150“ – dann gibt es relativen Freiraum in der Gestaltung der Themen. Also da hat einem auch niemand von der Stiftung oder der Partei in die Gestaltung der Themen hineingeredet. Es gab, wenn, dann einen Wunsch. Aber auch viele Möglichkeiten, das auszugestalten. Es ist ja auch die Frage des Bildungsverständnisses. Was ist eigentlich die Aufgabe der RLS? Die Aufgabe ist ja nicht ein bestimmtes Geschichtsbild zu propagieren!⁶ Aber wenn natürlich Leute sagen, wir müssten hier in der Stiftung die historisch-empirische Wahrheit herausfinden und jetzt endlich die richtige Deutung von Paul Levi, von Rosa Luxemburg oder Jacob Walcher machen, dann ist das schon nah da dran. Oder aber wir sagen „Nee, ich muss niedrigschwellig für verschiedene Gruppen verschiedene Formate anlegen, damit die befähigt werden, sich selbständig ein Urteil bilden zu können“. Das ist ja nicht dasselbe! Da machen sich Unterschiede bemerkbar und ich würde immer sagen: „Nee, es gibt immer plurale Sichtweisen, erst recht in einer Postmigrationsgesellschaft wie heute“. Das können die Älteren nicht im gleichen Umfang sehen oder haben es nicht nötig gehabt, so zu denken.

6 Als aktuelleren Text vgl. Hüttner, Bernd, „Hilft Erinnern, Bewegung zu bewahren? Einige Aspekte linker Geschichtspolitik“, in: *WIDERSPRUCH. Beiträge zu sozialistischer Politik*, H. 79, Zürich 2022, S. 133–140, <https://www.rosalux.de/news/id/47107/> [Letzter Zugriff 14.06.2025].

Aktuelle geschichtspolitische Debatten ... da ist immer Luft nach oben

Boehm: Gesellschaftspolitisch betrachtet, gibt es genug Aufhänger, um in viele Themen hineinzugehen. Gibt es nächste Vorhaben des GK Geschichte?

Hüttner: Gut, da muss man aber auch schauen, was könnte der Beitrag des Gesprächskreis Geschichte sein? Was könnte der Beitrag der RLS für die gesellschaftliche Linke sein? Es gibt natürlich ein Revival der Arbeitsgeschichte. Bei der GLHA ist der Mitgliederzuwachs derzeit echt nennenswert. Da gibt es Pläne für eine Tagung, und dann gleich drei Einreichungen von Teams, die die gestalten wollen, also da ist richtig Musik drin! In dem Thema! Obwohl die GLHA schon Tagungen zu Gewalt am Arbeitsplatz, zu Arbeit und Zeit und zu „Drecksarbeit“ schon gemacht hat. Das funktioniert super. Zu den Verbindungen zwischen der Geschichte von Linken und jüdischer Geschichte haben wir jahrelang gearbeitet.⁷ Bei Kommunismusforschung, das ist so ein Thema, da ist die Frage „Ist das durch?“ Gibt’s da noch etwas zu erforschen? Wir haben heute hier noch gar nicht über „Blinde Flecken“ geredet. Kolonialismus, damit haben wir uns als Stiftung auf der historischen Strecke noch gar nicht viel befasst. Ebenso mit dem Zusammenhang von Migration, Arbeit, Erinnerung, Gewerkschaften, Klasse, Rassismus. Auch als Verbindungen, da haben wir uns jetzt mehr herangetastet.⁸ In der Stiftung lief dazu schon sehr Gutes. Aber bis den Leuten in der Stiftung, die das Thema ja sehr gut gemacht haben, die Kooperation mit den Geschichtsleuten näher kam, dauerte es. Es wäre sinnvoll, wenn die Stiftung mehr zu Erinnern in der Postmigrationsgesellschaft machen würde, auch zu Rassismus in Ostdeutschland, vor der Wende, nach der Wende. Da gibt es ja einzelne Veranstaltungen dazu. Und wir nehmen für Geschichte auch mal so ein Buch, zu Erinnern an migrantische Kämpfe, in den Geschichtsnewsletter auf und empfehlen das dadurch, machen das sichtbar. Aber das sind alles kleine Punkte und noch keine Strategie. Natürlich wäre das etwas, wozu wir viel machen könnten. Bei Kolonialismus muss man vielleicht viel mit den

7 Siehe z. B. die 5 Bände von Altieri, Riccardo/Hüttner, Bernd/ Weis, Florian (Hrsg.), *Juden und Jüdinnen in der internationalen Linken*, Berlin 2021 bis 2025.

8 Vgl. z. B. Cafaro, Nuria/Hüttner, Bernd/Tekin, Caner (Hrsg.), *Gelingende und misslingende Solidarisierungen. Spontane Streiks in Westdeutschland um 1973*, Berlin 2023; Öztürk, Nihat/Cafaro, Nuria/Hüttner, Bernd/Weis, Florian (Hrsg.), *Der Streik hat mir geholfen, als junger Mensch Kraft aufzubauen“. Migrantische Kämpfe gegen Ausbeutung und Rassismus*, Berlin 2025.

Auslandsbüros der RLS reden, das ist immens aufwendig. Und am Ende müssen wir auch mal in den Gesprächskreis Geschichte selbst schauen, warum haben wir eigentlich keine einzige migrantisch-gelesene Person im Gesprächskreis? Das ist doch auffällig.

Boehm: Also stünde als Nächstes an, nochmal genauer auf die eigenen blinden Flecken zu schauen?

Hüttner: Das hängt auch ein bisschen davon ab, wer in der Stiftung Themen-schwerpunkte macht und wie da Kooperationen gestaltet werden. Es wurde in den letzten 20 Jahren ein sehr großer Fundus angelegt über die Stiftung, der teilweise schon droht, wieder in Vergessenheit zu geraten. Dieser Fundus besteht digital in Form von Hunderten von Texten, dann gibt es die History- und Theorie-Podcasts, den „ManyPod“ ... und gedruckt, als RLS-Eigenpublikation oder bei anderen Verlagen wie Dietz in Berlin und weiteren. Das geht bis zur Zeitschrift „Utopie Kreativ“ zurück, die übrigens komplett digitalisiert ist. Dieser Fundus bildet heute die Vielfalt und den Reichtum an linken Traditionen ab, das war ja in der RLS nicht immer so. Aber, mal selbstkritisch gesehen, wir sollten fragen nach Perspektiven, die auch dabei zu stark ausgeklammert wurden. Und wir sollten auch als Gesprächskreis nochmal überlegen, also wenn wir 19 Jahre lang keinen Schwerpunkt auf Kolonialismus gelegt haben, agiert man ja auch ein bisschen am Trend der Auseinandersetzung vorbei. Das ist nicht nur integer mit harten Kernthemen zu Kommunismus zu arbeiten, sondern eben auch an wichtigen Themen vorbei. Das sollte man auf jeden Fall überdenken. Das muss man auch mal mehr aushandeln.

Boehm: Ich würde Dich gerne noch zum Gesamtverhältnis befragen, wie sich die Arbeitsweise des Gesprächskreises – jetzt mal als Entität Gruppe gefasst – gestaltet? Was wurde im GK Geschichte erarbeitet mit Blick auf die Themensetzung „Geschichte der Linken und Geschichte von links“?

Hüttner: Der Gesprächskreis hat wirklich einzelne Autorinnen und Autoren motiviert, das zu tun, was sie gemacht haben, das zu forschen, das zu organisieren, das zu mobilisieren, das zu publizieren. Und dabei wurde viel zur Geschichte von linken Bewegungen gearbeitet. Also wenn sie aktiv waren, hat der Gesprächskreis, wenn das gewünscht und möglich war, unterstützend eine Rolle gespielt. Auch bei der Frage der „Normalisierung“ der Geschichtsarbeit zu diesen Themenfeldern.

Boehm: Okay, aber mal nach innen geschaut? Wie war denn die Auseinandersetzung im Gesprächskreis selbst? Mit der Geschichte der Linken oder Geschichte von links?

Hüttner: Also die letzten Jahre gab es im Gesprächskreis diese Diskussionen weniger. Aber wir befassen uns dauerhaft mit diesen Feldern, inhaltlich. Aber nicht kontrovers untereinander, sondern wir arbeiten eben in diesem ganzen thematischen Rahmen. Wir müssen da intern auch keine Kontroverse konstruieren. ... Vor allem für Leute, die jetzt, platt gesagt, jünger sind. Natürlich könnten wir jetzt ein Schulungsprogramm aufstellen und eine Art Kanon setzen, aber vieles von dem, was wir zu wichtigen Ereignissen gemacht haben, kann in einem Materialienband, den wir gemacht haben zur zum Beispiel Russischen Revolution, nachgelesen werden, die sind ja alle Open Access. ... Sind ja alle zugänglich, das kann man sich ja anschauen und auch als Anfang mal zwei, drei Aufsätze lesen. Allein die Website der RLS ist ja ein Riesenfundus.⁹ Strategisch wichtig für uns ist es, zu fragen: Was gehört zu unserer Tradition? Welche Probleme zeigen sich, wenn wir uns diese Tradition kritisch anschauen? Stichwort: Stalinismus! Aber auch feministische Kritik an linken Organisationen und Strukturen, das fällt auch darunter.

Was wir im Gesprächskreis immer gut schaffen, ist, dass die Promovierenden ihre Projekte bei uns kurz vorstellen oder auch PostDocs mal, wenn sie das wollen. Auch der Blick des Gesprächskreises auf die Geschichtsarbeit und die Themenplanung der Stiftung läuft relativ gut. Der Gesprächskreis ist eher mit einer Multiplikatorenfunktion verbunden, weil einzelne Mitglieder auch Vertrauensdozent*innen der Stiftung sind, oder Autor*innen sind für Sachen der Stiftung oder sie organisieren dementsprechende Tagungen mit. Was wir als Gesprächskreis nicht so gut schaffen, ist die Intervention. Aktuelle geschichtspolitische Debatten, da ist immer Luft nach oben. Unser Fokus lag bisher eben auf der Möglichkeit zum Vernetzen und zum gemeinsamen Diskutieren. Wenn daraus etwas als Öffentlichkeitsarbeit entsteht, wäre das nicht ausgeschlossen, aber es ist nicht zielgerichtet gelaufen. Darüber könnte

9 Online Dossiers zu z. B. 100 Jahre Novemberrevolution, 50 Jahre Berufsverbote, 75 und 80 Jahre 8. Mai 1945, 75 Jahre Grundgesetz, 2023 Zeitstrahl zu 75 Jahre Erfindung der sozialen Marktwirtschaft 1948, 50 Jahre Putsch in Chile 2024, zu Antisemitismus und jüdisch-linke Geschichte (<https://www.rosalux.de/dossiers/antisemitismus>) oder das Portal zu Rosa Luxemburg (<https://rosaluxemburg.org/de/>).

man gemeinsam nachdenken, ob das in Zukunft noch etwas wäre, was mehr etabliert werden könnte.

Boehm: Alles klar! Ich sage jetzt mal: Vielen Dank, bis hierhin!

Dissertationen von (ehemaligen) Mitgliedern des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Markus Mohr: Die Gewerkschaften und der Atomkonflikt, Münster 2001

Gottfried Oy: Die Gemeinschaft der Lüge. Medien- und Öffentlichkeitskritik sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik, Münster 2001

Christiane Leidinger: Medien – Herrschaft – Globalisierung. Folgenabschätzung zu Medieninhalten im Zuge transnationaler Konzentrationsprozesse. Münster 2003

Peter Birke: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. und Dänemark, Frankfurt a.M. 2007

Marcus Hawel: Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland, Hannover 2007

Richard Heigl: Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken, Hamburg 2007

Salvador Oberhaus: „Zum wilden Aufstand entflammen“. Die deutsche Ägyptenpolitik 1914 bis 1918. Ein Beitrag zur Propagandageschichte des Ersten Weltkriegs, Saarbrücken 2007

Gregor Kritidis: Linksozialistische Opposition in der Ära Adenauer, Hannover 2008

Dominik Rigoll: Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr, Göttingen 2013

Marcel Bois: Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik, Essen 2014

Ralf Hoffrogge: Werner Scholem. Eine politische Biographie (1895–1940), Konstanz 2014

Alexandre Froidevaux: Gegengeschichten oder Versöhnung? Erinnerungskulturen und Geschichte der spanischen Arbeiterbewegung vom Bürgerkrieg bis zur „Transición“ (1936–1982), Heidelberg 2015

Axel Weipert: Die Zweite Revolution: Rätebewegung in Berlin 1919/1920, Berlin 2015

Uwe Sonnenberg: Von Marx zum Maulwurf. Linker Buchhandel in Westdeutschland in den 1970er Jahren, Göttingen 2016

Bini Adamczak: Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende, Berlin 2017

Sebastian Bischoff: Kriegsziel Belgien. Annexionsdebatten und nationale Feindbilder in der deutschen Öffentlichkeit, 1914–1918, Münster 2018

Henning Fischer: Überlebende als Akteurinnen. Die Frauen der Lagergemeinschaften Ravensbrück: Biografische Erfahrung und politisches Handeln, 1945 bis 1989, Konstanz 2018

Anke Hoffstadt: Gehörlosigkeit als „Behinderung“. Menschen in Gehörlosenschulen des Landschaftsverbandes Rheinland nach 1945, Berlin 2018

Florian Wilde: Revolution als Realpolitik. Ernst Meyer (1887–1930), Konstanz 2018

Mareen Heying: Huren in Bewegung. Kämpfe von Sexarbeiterinnen in Deutschland und Italien, 1980 bis 2001, Essen 2019

Veronika Duma: Rosa Jochmann. Politische Akteurin und Zeitzeugin, 2. Aufl., Wien 2020 (zuerst 2019)

Hanno Plass: Zwischen Antisemitismus und Apartheid. Jüdinnen und Juden in Südafrika (1948–1990), Berlin 2020

Julia Killert: Fiktion und Wirklichkeit. Die Darstellung Rosa Luxemburgs in der biographischen und literarischen Prosa, Hamburg 2020

David Bebnowski: Kämpfe mit Marx. Neue Linke und akademischer Marxismus in den Zeitschriften „Das Argument“ und „PROKLA“ 1959–1976, Göttingen 2021

Sarah Graber-Majchrzak: Arbeit – Produktion – Protest. Die Leninwerft in Gdańsk und die „AG Weser“ in Bremen im Vergleich (1968–1983), Köln/Weimar/Wien 2021

Dietmar Lange: Aufstand in der Fabrik. Arbeitsverhältnisse und Arbeitskämpfe bei FIAT-Mirafiori 1962 bis 1973, Köln 2021

Richard Stoenescu: Syndikalismus in Deutschland und den USA, 1897–1937, Berlin 2021

Riccardo Altieri: „Antifaschisten, das waren wir ...“. Rosi Wolfstein und Paul Frölich. Eine Doppelbiografie, Marburg 2022

Sebastian Zehetmair: Im Hinterland der Gegenrevolution. Die kommunistische Bewegung in der „Ordnungszelle Bayern“ 1919 bis 1923, Düsseldorf 2022

Jule Ehms: Revolutionärer Syndikalismus in der Praxis. Die Betriebsarbeit der Freien Arbeiter-Union Deutschlands von 1918 bis 1933, Münster 2023

Christiane Mende: Spur der Scherben. Die Selbstverwaltung der Glashütte Süßmuth und der Niedergang der bundesdeutschen Mundglasbranche 1969–1989, Bielefeld 2023

Fabian Bennewitz: Dynamiken des Scheiterns. Akteure, Netzwerke und Transferprozesse der bundesdeutschen Polizeihilfe für Guatemala (1986–1991), Köln 2024

Susanne Boehm: Die Frauengesundheitsbewegung. Kritik als Politikum, Bielefeld 2024

Felix Matheis: Hanseaten im „Osteinsatz“. Hamburger und Bremer Handelsfirmen im Generalgouvernement 1939–1945, Göttingen 2024

Rhena Stürmer: Jenseits des Bolschewismus. Lebenswege Weimarer Linkskommunisten zwischen den Systemen des 20. Jahrhunderts, Göttingen 2025

Uwe Sonnenberg / Rhena Stürmer

„Wir haben uns als Brücke verstanden“ Ein Interview mit Jörn Schütrumpf

Am Ursprung der Rosa-Luxemburg-Stiftung standen nicht wenige, für die die Erforschung der Politik- und Gesellschaftsgeschichte des Kommunismus im 20. Jahrhundert auch eine persönliche Angelegenheit gewesen war. Der Historiker Jörn Schütrumpf gehörte zu ihnen. In der RLS sollte er später noch verschiedene Funktionen wahrnehmen.

Das folgende biographische Gespräch führten mit ihm Rhena Stürmer und Uwe Sonnenberg im Dezember 2024.

Uwe: Lieber Jörn, wir sitzen hier in Deinem Arbeitszimmer zum generationen-überreifenden Kaffeekränzchen und wenig überraschend umgeben von zahllosen Büchern. Lass uns doch mit der Frage beginnen, wie du eigentlich Historiker geworden bist.

Jörn: Ich bin Jahrgang 1956, Geschichte studieren wollte ich nie. Ich komme aus einer Familie, in der Geschichte eine große Rolle spielte, und bin eher durch einen Zufall zum Geschichtsstudium gekommen.

Uwe: Das war in Leipzig, in der Karl-Marx-Universität?

Jörn: Ja, nach Leipzig bin ich 1977 ganz bewusst gegangen. Doch eigentlich wollte ich dort Journalistik studieren. Man hat mir dann abgeraten und den wissenschaftlichen Kommunismus empfohlen, die Politikwissenschaft des Ostens. Und tatsächlich erhielt ich dafür auch eine Zulassung. Aber nachdem ich mich darüber informiert hatte, wusste ich sogleich, dass ich das auf keinen Fall studieren werde. So schrieb ich an die Geschichtssektion und bekam nach sechs Wochen eine Zulassung, weil dort gerade Studenten gesucht wurden. Ich wusste eigentlich schon sehr viel über die Geschichte des 20. Jahrhunderts, wollte nun aber erfahren, was ich wissen durfte bzw. wie was interpretiert wird.

Uwe: Dabei bist du sehr von der vergleichenden Revolutionsforschung geprägt worden, der sogenannten Leipziger „Revolutionsschule“. Wer waren Deine Lehrer?

Jörn: Die Revolutionsschule hat die ganze Sektion und mich in Leipzig natürlich sehr geprägt. Da waren Markov¹ und Kossok², aber auch Jüngere, die nach 1990 alle rausgeflogen sind. Wir hatten hervorragende Leute, und ich genoss eine sehr gute Ausbildung. Mein Hauptlehrer aber war eher der dort herrschende Geist, als dass ich jetzt einzelne Personen aufzählen könnte. Doch wenn ich einen nennen sollte, dann jemanden, der Jahrzehnte vor mir studiert hat: Kurt Tucholsky. Literatur hat insgesamt eine sehr große Rolle gespielt. Wir haben wahnsinnig viel gelesen.

Uwe: 1982 hattest Du dann Deine Diplomarbeit beendet ...

Jörn: ... ja, und beschlossen, sie auszubauen und mich intensiver mit den „Grenzgängern“ zu beschäftigen.³

Rhena: Grenzgänger?

-
- 1 Walter Markov (1909–1993), slowenischer Herkunft, war ein Universalhistoriker, der wegen Widerstand gegen den Nationalsozialismus ab 1935 im Zuchthaus Siegburg viele Jahre in Einzelhaft saß und im April 1945 die Selbstbefreiung der politischen Häftlinge organisierte. Aus der Bonner Universität wurde er 1946 vertrieben, übersiedelte deshalb nach Leipzig und habilitierte sich 1947. Ab 1948 in Leipzig Professor mit vollem Lehrauftrag, wurde er 1951 wegen „seiner unabhängigen Denkweise“ aus der SED ausgeschlossen. Trotzdem blieb er in der DDR und wurde in den 1950er Jahren neben dem später in die Bundesrepublik vertriebenen Ernst Bloch (1885–1977) und dem Literaturwissenschaftler Hans Mayer (1907–2001) zu einem der prägendsten Intellektuellen Leipzigs.
 - 2 Manfred Kossok (1930–1993), geboren in Breslau, überlebte nach 1945 ein polnisches Internierungslager und wurde später zum kongenialen Schüler Walter Markovs. Später sollte Jörn Schütrumpf Schriften von Kossok herausbringen und damit Ansätze aus der vergleichenden Revolutionsforschung von Manfred Kossok überliefern, vgl. Kossok, Manfred, *Sozialismus an der Peripherie. Späte Schriften*, hrsg. v. Jörn Schütrumpf, Berlin 2016.
 - 3 Alle hier und im Folgenden angesprochenen Schriften von Jörn Schütrumpf sind – soweit nicht anders angegeben – im Katalog der Deutschen Nationalbibliothek aufgeführt, vgl. <https://d-nb.info/gnd/131627910>.

Jörn: Damit waren jene gemeint, die im Westen lebten und im Osten arbeiteten bzw. umgekehrt, was durch die Spaltung Berlins durchaus viele betraf. Sehr facettenreich und in der DDR kein übliches Thema. Ich bin dafür nach Berlin an die Akademie der Wissenschaften gegangen.

Rhena: Wie würdest Du die Situation an der Akademie damals beschreiben?

Jörn: Damals hatte sich schon abgezeichnet, dass eine ganze Generation von Historikern in Rente gehen würde, und wir hatten in der DDR in der Zunft ein großes Loch. An der Akademie in den 1980er Jahren waren wir Jungen alles so Leute aus den Jahrgängen 1952 bis 1956, und wir wussten, dass wir den Laden übernehmen würden.

Uwe: Du meinst das Zentralinstitut für Geschichte, als Teil der Akademie der Wissenschaften.

Jörn: Ja, wir waren das größte gesellschaftswissenschaftliche Institut mit 250 Mitarbeitern, quer über die DDR verstreut. Ein sehr bunter Stall, darunter auch Leute, die zwischendurch mal „politisch gesessen“ hatten. Da kamen Menschen zusammen, die ähnlich tickten. Auf jeden Fall keine Parteiinstitution, die hätte mich ja auch gar nicht geordert. Wir sollten Bücher schreiben, aber nicht durch Lehre die Jugend verderben. Es war wirklich eine ernsthafte Arbeitsatmosphäre mit viel Vertrauen untereinander.

Uwe: Habt Ihr dort, Stichwort „Grenzgänger“, so etwas wie die „Geschichte Eurer Gegenwart“ erforscht und war das „Kommunismusforschung“? Hattet Ihr ein solches Verständnis, den Kommunismus zu erforschen?

Jörn: Nein, das Problem war ein anderes. Wir wussten, dass wir in der politischen Geschichtsschreibung nichts bewegen können. Das machten die Parteiinstitute. Du konntest dir damit nur sofort alle Knochen brechen. Wir hatten am Institut mit Jochen Cerny⁴ einen sozialgeschichtlichen Ansatz gewählt. Dort passte ich

4 Jochen Cerny (1934–2018) stammte aus einer Familie, die der antistalinistischen KPD-Opposition angehörte. Er überlebte den Nationalsozialismus zusammen mit seiner Mutter in Prag, während sein Vater wegen Zusammenarbeit mit griechischen Partisanen von der SS ermordet wurde. Nach dem Geschichtsstudium mit der SED-Linie in Konflikt und zwischenzeitlich „in die Produktion“ versetzt. Ab 1967 wieder im akademischen Betrieb, leitete er nach 1990 die Historische Kommission der PDS.

mit dem Thema Grenzgänger gut hinein. Cerny untersuchte so zum Beispiel bürgerliche Gruppen – vor allem Mittelstands-Unternehmer in den 1950er Jahren. Wir teilten uns das also auf und schrieben sozusagen „Geschichte von unten“.

Rhena: Habt Ihr damals wirklich gesagt, wir betreiben „Geschichte von unten“?

Jörn: Wir haben gesagt, wir machen Sozialgeschichte. Das, was politische Geschichte ist, können wir nicht machen, also nehmen wir uns die sozialen Gruppen vor und schauen, wie das Leben wirklich war. Jüngere Kollegen guckten immer ganz irritiert, dass man DDR-Geschichte auch so machen kann. Wir waren an den wirklichen Punkten, ohne uns in die „große“ Geschichte einzumischen. Dabei konnten wir durchaus auf Vorarbeiten aus dem Westen zurückgreifen, ohne dass wir das jedoch als Fähnchen vor uns hergetragen haben.

Es gab ja damals auch bislang nur wenig beachtete deutsch-deutsche Kontakte unter den Zeithistorikern. 1984 fand in Sellin auf Rügen zum Beispiel eine Konferenz osteuropäischer Historiker statt, zu der die älteren Kollegen westdeutsche Historiker eingeladen hatten. Einige sagten zu: Lutz Niethammer⁵, Hans Mommsen⁶, Christoph Kleßmann⁷ und Dorothee Wierling⁸ ... Ich war in der Runde mit Abstand der Jüngste. In Folge dieser Begegnung organisierten wir übrigens auch die Rundreise mit *Oral-History*-Befragungen, die später in die „Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR“ einfließen.⁹

Uwe: Die „Volkseigene Erfahrung“, ja. In den 1990er Jahren bereits ein Grundlagenwerk zur Erforschung der DDR. Mitte der 1980er Jahre begann in der Sow-

5 Lutz Niethammer (1939–2025), Historiker, von 1993–2005 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Jena.

6 Hans Mommsen (1930–2015), Historiker, von 1968 bis 1996 Lehrstuhlinhaber für Neuere Geschichte an der Ruhr-Uni Bochum und 1977 Gründungsdirektor des Instituts zur Geschichte der Arbeiterbewegung, einem Vorgänger des heutigen Instituts für soziale Bewegungen Bochum.

7 Christoph Kleßmann (Jg. 1938), Historiker, von 1994/96–2004 Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam.

8 Dorothee Wierling (Jg. 1950), Historikerin, sie habilitierte sich mit einer Kollektivbiographie über den Geburtsjahrgang 1949 in der DDR (veröffentlicht Berlin 2002).

9 Vgl. Niethammer, Lutz/von Plato, Alexander/Wierling, Dorothee, *Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, 30 biographische Eröffnungen*, Reinbek 1991.

jetunion auch die sogenannte „Archivrevolution“¹⁰ und vielerorts – zumindest dort – wurde versucht, die „weißen Flecken“ der Kommunismusgeschichte auszumalen. Ich interpretierte das immer auch als einen Versuch, eine Vergangenheit zurückzugewinnen, die einst genommen worden war. War das für Dich auch so?

Jörn: Ja, aber so fürchterlich viel hatte ich zunächst nicht dazugelernt. Solche Dinge wurden bei uns zu Hause schon am Abendbrottisch besprochen, als ich noch ein kleiner Junge war. Als die Stasi bei uns 1956/57 nach dem Leonhard-Buch¹¹ suchte, war es längst in einer Jauchegrube versteckt, verpackt in einer Plastiktüte. Als ich 14 Jahre war, hat man es mir zum Lesen gegeben. Leonard habe ich erstmals im Februar 1990 im Memorial-Unterstützer-Kreis¹² in Bonn getroffen, später immer wieder. – Wir wussten eigentlich, was los ist. Meine Großeltern und meine Mutter stammen aus der Bukowina, mein Großvater war Anwalt. Als die Russen 1940 in die Nordbukowina einmarschierten und die Aussiedlung der Deutschen organisierten, machten sie das gemeinsam mit der SS. Zu den frühesten Geschichten, die ich hörte, zählt, dass der NKWD und die SS jeden Abend im Haus meiner Großeltern gemeinsam den Weinkeller leerten. Wobei die SS-Leute sagten: Wir sind nächstes Jahr in Moskau, und die Russen entgegneten: Wir sind in fünf Jahren in Berlin – und beides passierte. Von daher hat Gorbatschow uns nur bestätigt. Was dann an „weißen Flecken“ besprochen wurde, das wussten wir. Wir wussten von den Lagern in der Sowjetunion und wir wussten vom Zusatzprotokoll des Nichtangriffsaktes.

Uwe: Als ich begann, mich für Kommunismusforschung zu interessieren, war die Archivrevolution in vollem Gange und ich kam aus dem Entdecken und Lernen gar nicht mehr raus... Allerdings war ich, Jahrgang 1976, zeitgleich damit konfrontiert, dass man für uns bereits das „Ende der Geschichte“ ausgerufen

10 Gemeint damit ist die Öffnung vormals verschlossener Archive, insbesondere der Parteiarchive, inmitten des Zusammenbruchs der Staaten des Ostblocks. Mit diesem, nahezu unerschöpflich erscheinendem Quellenmaterial konnte die Kommunismusforschung auf neue Grundlagen gestellt werden und erlebte in den 1990er Jahren einen regelrechten Boom.

11 Leonhard, Wolfgang, *Die Revolution entlässt ihre Kinder*, Berlin/Köln 1955.

12 „Memorial“ (vollständiger Name: Internationale Gesellschaft für historische Aufklärung, Menschenrechte und soziale Fürsorge „Memorial“) ist eine 1989 durch Andrej Sacharow (1921–1989) in der Sowjetunion gegründete Menschenrechtsorganisation, die sich insbesondere der Aufklärung stalinistischer Verbrechen widmete. 2022 mit dem Friedensnobelpreis bedacht und in Russland unterdessen verboten.

hatte.¹³ Das ist nun auch schon über 30 Jahre her – und ich bin immer noch nicht bereit, das zu akzeptieren.

Rhena: Für mich hingegen, die ich 2008 zu studieren begann, war die Öffnung und dann die erneute Schließung der sowjetischen Archive selbst schon wieder historisch. Aber noch einmal zurück zu Deiner Zeit an der Akademie: Du sagtest, Ihr wusstet, dass Ihr den Laden übernehmen würdet. Wie hast Du das gemeint?

Jörn: Nun, natürlich erst einmal mit Blick auf unsere Kohorte. Allerdings hatten wir länger schon kritische Diskussionszirkel. Wir sind vor allem durch die Verlage gezogen und haben da über Krisen im Sozialismus geredet. Mit Kronstadt angefangen.¹⁴ Zur eigentlichen Vortragsorganisation, der URANIA, ging man nicht, die war mit Spitzeln durchsetzt. Als sich die ersten Veränderungen in der Sowjetunion abzuzeichnen begannen, haben wir uns auch im Zentralinstitut zusammengesetzt – ungefähr zehn junge Leute – und es untereinander aufgeteilt. Die Alten gingen auf die Rente zu und schrieben ihre Bücher; Lust auf Funktionen hatte von denen keiner mehr. Also kamen wir Jungen: Einer wurde Vorsitzender der Betriebsgewerkschaftsleitung, Bernd Florath¹⁵ übernahm die Arbeiter- und Bauerninspektion, ich kriegte die Partei. So dass wir in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre mit Ausnahme der Direktoren alles junge Leute in Funktion waren. Das war für die DDR relativ ungewöhnlich. Nachdem ich promoviert worden war, wurde ich 1987 als Parteisekretär einer der vier Direktoren des Zentralinstituts – und dann haben wir dort die „Wende“ gemacht.

Uwe: Das heißt, damit begann auch Dein Ausflug in die Politik?

Jörn: Ich hatte nie die Absicht, Politiker zu werden, und als Parteisekretär lag ich im ständigen Clinch mit der SED-Kreisleitung. Viele Leute von uns waren ja draußen im Westen und gaben Interviews. So war ich ständig Mode, mehrfach

13 Fukuyama, Francis, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München 1992.

14 Der Aufstand der Kronstädter Matrosen im Februar/März 1921 – sie waren im Bürgerkrieg 1918–1920 die Elitetruppe der Bolschewiki – wandte sich gegen den Anspruch der Bolschewiki, auch nach dem Bürgerkrieg die Alleinherrschaft auszuüben.

15 Bernd Florath (Jg. 1954) wurde 1976 als Freund Wolf Biermanns (Jg. 1936) vom Studium relegiert, konnte es aber später wieder fortsetzen. Er zählte in der DDR zu den fähigsten Historikern seiner Generation. Später Mitarbeiter unter anderem der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, der Robert-Havemann-Gesellschaft und beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

wollte man mich ablösen. Ein Großteil des Kollegiums aber stand hinter mir. 1989 hatten wir vieles unternommen: Demos organisiert, Resolutionen an diese Idioten im ZK geschrieben. Es war ja klar, dass das alles hier zusammenfällt. Nicht klar war, ob die Sowjetunion wieder ihre Panzer rollen lassen würde oder ob wir lebend aus der Sache rauskommen.

Uwe: Wie in Budapest 1956, in Prag 1968? Oder kurz zuvor die Panzer in Peking zur Niederschlagung der Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens?

Jörn: Genau, das waren die Referenzen, und dieser 4. Juni 1989 ist meines Erachtens der eigentliche Bruchpunkt für die letzte Phase der DDR-Geschichte. Da spaltete sich die Partei, und da spalteten sich auch die Sicherheitskräfte. Also, das, was die Herrschaft der SED-Führung bisher immer zusammengehalten hatte. Die haben ja in ihrer Dummheit jeden Abend irgendwelche Jubelveranstaltungen im Fernsehen über die Niederschlagung des Aufstands gebracht. Das hat sehr viele Leute nachdenklich gemacht: Das ist nicht der Preis, dafür geht's nicht. Das ging so durch den ganzen Sommer, und am Ende folgten die Besetzungen der westdeutschen Botschaften in Prag und Warschau ...

Am 2. Dezember bin ich, ohne darauf vorbereitet gewesen zu sein, zum Chef der SED-Kreisleitung der Akademie gewählt worden. Auf dieser Versammlung haben wir beschlossen, einen Aufruf zu einer Demo zum Sturz des ZK zu verabschieden, das am nächsten Tag tagen würde. Das ging dann über Vertrauensleute über die Radiosender. Daraufhin habe ich am nächsten Mittag am Telefon mit dem Sekretär des Politbüros im ZK ausgehandelt, dass die uns eine Stimme geben. Ich sagte, wir kommen mit 20.000 Leuten, also entweder wir können da vor dem Haus eine Veranstaltung abfeiern oder es wird gestorben. Dann hat man uns ein paar Flüstertüten herausgegeben und wenig später kamen Grenzsoldaten vom Wachbataillon aus Treptow mit Lautsprecherwagen, und wir haben mit den mehrheitlich leicht betrunkenen Menschen unseren Unmut geäußert. Bis wie Kaspar aus der Kiste ein Gregor Gysi heraustrat und uns mitteilte, dass nun alles wieder in Ordnung sei, dass sie alles in der Hand hätten. Der Apparat hatte sich eine neue Führung gesucht.¹⁶ Wir sind dann nach Hause gegangen.

16 Zu den Vorgängen im Herbst 1989 vgl. Bahrmann, Hannes/Links, Christoph, *Chronik der Wende, Bd. 1: Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989*, Berlin 1999.

Uwe: Und was wurde aus der Forderung? Du gehörtest doch zu denen, die die Partei sogar ganz auflösen wollten, oder? Was war euer Motiv?

Jörn: Ja, ich bin als Delegierter zu diesem Sonderparteitag am 8./9. bzw. am 16./17. Dezember gegangen. Dort ist uns die Auflösung der Partei misslungen. Aus der SED wurde die SED/PDS. Das hat der Kollege Modrow mit seiner Lüge erreicht, Gorbatschow hätte ihn gebeten, die Partei zu erhalten.¹⁷ Aber, was wolltest Du mit diesem Laden? Die Idee war schon, mit den Leuten, die wirklich irgendwas mit Sozialismus im Sinn hatten, eine neue Partei mit einem neuen Namen zu gründen. Aber nicht den ganzen versifften Laden mit tausenden Beschäftigten mitzunehmen. Das war doch alles verquickt. Es ging darum, einen Schnitt zu machen und einen Neuanfang zu wagen.

Rhena: Wie ging es dann bei Dir weiter?

Jörn: Nun, ich hatte ja noch das alte Personal in der SED-Kreisleitung der Akademie übernommen. Alle halbe Stunde wurde mir ein Anruf mit 'ner Morddrohung der Stasi durchgestellt. Das hat mich die ersten Tage nicht so fürchterlich interessiert, bis sie meinten, sie müssten auch meine Frau und Kinder bedrohen; da hörte es auf, lustig zu sein. Ich habe mich noch vor Weihnachten aus der Politik wieder zurückgezogen. Dieser Staat war nicht zu retten – auch wenn ich das bis zur Ankündigung der Ungarn, im Frühjahr 1989 die Grenze zu Österreich zu öffnen, noch gehofft hatte. Die Stasi war zwar noch nicht völlig, aber weitgehend entmachtet. Und ich hatte nie die Absicht, auf Dauer in die Politik zu gehen, obgleich es dafür viele Angebote gab, auch später noch, zum Beispiel von Lothar Bisky. Aber das war nicht meins.

Uwe (lacht): Nein, das ist nicht Deins ... Eröffneten sich Dir nicht aber auch ganz neue Perspektiven, als Historiker im Westen durchzustarten?

Jörn: Ja. Es gab einige Leute, die sich für mich eingesetzt haben, die mich zum Teil auch schon seit den Begegnungen der Zeithistoriker kannten. Es gab das Angebot, mich in Göttingen zu habilitieren. Ich hatte auch eine Stelle am Deutschen His-

17 Die Rede von Hans Modrow ist nachzulesen in Hornbogen, Lothar/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.), *Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989. Mit einer CD ausgewählter Original-Mitschnitte*, Berlin 1999.

torischen Institut in Washington in Aussicht. Ich hätte wahrscheinlich schnell eine Professur bekommen und wäre der Vorzeigonkel geworden. Aber auch das wollte ich alles nicht. Ich war froh, einem System entronnen zu sein; ich wollte keine neue Einbindung. Ich habe dann als freier Historiker gearbeitet, dabei sehr viel fürs Deutsche Historische Museum gemacht und große Ausstellungen organisiert. Also, es waren spannende Jahre, ich hab wahnsinnig viele Leute kennengelernt – und das war schon eine richtige Befreiung. Nochmal: Und da sollte ich mich gezielt in eine Uni begeben? Nee!

Uwe: Also ein „freier Historiker“ – der aber dennoch nicht davon lassen kann, sich gesellschaftspolitisch einzubringen!? 1990 gründet Ihr die Zeitschrift „Utopie kreativ“, eine Gründung aus dem oft zu Unrecht vergessenen letzten Jahr der DDR.

Jörn: Uns war klar, dass die sozialistische Idee jetzt erst einmal auf lange Zeit diskreditiert ist. Dann fragte mich der Soziologe Helmut Steiner¹⁸, ob ich Lust hätte, an einer Zeitschrift mitzuarbeiten. Ich sagte zu, aber an keiner Partei-zeitschrift. Wir gründeten also eine parteinahe Zeitschrift, die offiziell keine PDS-Publikation wurde. Dafür war ich mir zu schade. Die Dritte im Bunde war Marion¹⁹, sie hatte vorher über Ernst Bloch promoviert und ein paar Monate in der Redaktion der „Einheit“, dem „Theorieblatt“ der SED, gearbeitet. Und wir haben uns verliebt. Später kam unter anderem noch Wolfram Adolphi²⁰ in die Redaktion. Die ersten Hefte hatten wir noch mit Bleistift gemacht,²¹ 1992 legte ich mir den ersten Computer zu.

Uwe: Und gleichzeitig baut Ihr neue Einrichtungen auf.

18 Helmut Steiner (1936–2009) war in der späten DDR vom Zentralinstitut für Soziologie ans Zentralinstitut für Geschichte wegen „Revisionismus“ strafversetzt worden. Er war der Begründer der Zeitschrift „Utopie kreativ“.

19 Marion Schütrumpf-Kunze (Jg. 1954) ist Philosophin und war Mitbegründerin der Zeitschrift „Utopie kreativ“.

20 Wolfram Adolphi (Jg. 1951) ist ein auf Ostasien spezialisierter Politikwissenschaftler und Autor. 1990/91 war er Landesvorsitzender der PDS in Berlin und Mitglied des Abgeordnetenhauses.

21 Alle Ausgaben der Zeitschrift „Utopie kreativ“ von September 1990 bis Dezember 2008 digital: <https://www.rosalux.de/publikationen/utopie-kreativ-gesamtverzeichnis>.

Jörn: Meinst Du die Historische Kommission? Die habe ich aber bald wieder abgegeben.²²

Uwe: Zum Beispiel, ja. Aber ich dachte eher an den Bildungsverein „Helle Panke“.

Jörn: Die Helle Panke war der erste anerkannte parteinahe politische Bildungsträger.²³ Sie wurde 1991 vor allem von Künstlern gegründet. Daran war ich nicht beteiligt, aber schon nach drei Wochen kam ich als erster Wissenschaftler in den Vorstand und wurde stellvertretender Vorsitzender, kurz darauf Vorsitzender, der ich bis 2001 blieb. Jetzt kam schnell eine Reihe von weiteren Historikern dazu. Jetzt war ja auch bei uns eine wirkliche „Archivrevolution“. Und damit begann eine ernsthafte Kommunismusforschung.

Uwe: Wer war dabei?

Jörn: Jochen Cerny, Detlef Nakath²⁴, Gerd-Rüdiger Stephan²⁵, Stefan Bollinger²⁶ ... Schaut einfach mal in die „hefte zur ddr-Geschichte“, dort findet Ihr all die Namen. Die Helle Panke führte monatlich Veranstaltungen durch, deren Inhalt dann den Inhalt der Hefte speiste. In den 1990er Jahren waren das noch gut besuchte Veranstaltungen.²⁷ Wladislaw Hedeler²⁸ machte viel zur Sowjet-

22 Zur Historischen Kommission vgl. Friedmann, Ronald/Hofmann, Jürgen (Hrsg.), *Den Sozialismus am humanistischen Ansatz messen. Erklärungen der Historischen Kommission beim Parteivorstand Die Linke*, Berlin 2020, online unter: https://www.rosalux.de/publikation/id/43503/den-sozialismus-am-humanistischen-ansatz-messen_

23 Vgl. <https://www.helle-panke.de/de/topic/2.die-helle-panke.html>.

24 Detlef Nakath (1949–2021), Historiker, mit wichtigen Editionen zur späten DDR, 2006 bis 2015 Geschäftsführer der RLS-Landesstiftung in Brandenburg, von 2014 bis 2019 Vorstandsmitglied der RLS.

25 Gerd-Rüdiger Stephan (Jg. 1961), Historiker, mit wichtigen Editionen zur späten DDR, von 2015 bis 2025 stellvertretener Geschäftsführer der RLS.

26 Stefan Bollinger (Jg. 1954), Politikwissenschaftler und Historiker, seit über 30 Jahren stellvertretener Vorsitzender des „Helle Panke e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin“.

27 Seit 1992 sind aus diesen Veranstaltungen bei der Hellen Panke 156 „hefte zur ddr-geschichte“ erschienen, vgl.: <https://www.helle-panke.de/de/topic/158.publikationen.html?categoryId=12>. Daneben haben sich ebenso die Reihen „Pankower Vorträge“, „Philosophische Gespräche“ und auch „Vielfalt sozialistischen Denkens“ etabliert.

28 Wladislaw Hedeler (Jg. 1953), Historiker, wurde in der Verbannung seines Vaters in Tomsk (UdSSR) geboren; 1955 wurden die Eltern in die DDR entlassen.

union und zur Komintern, Mario Keßler²⁹ zur jüdischen Linken. Auch Wilfriede Otto³⁰ hatte eine ganz wichtige Rolle gespielt. In den Jahren 1990/91 gab es noch riesige Veranstaltungen im IML.³¹ Da kamen noch Hunderte von Leuten. Meistens haben Wilfriede und ich uns das geteilt. Sie auf der einen und ich auf der anderen Seite, und wir haben uns die Bälle zugeworfen. Davon ist vieles auch in der „Utopie kreativ“ erschienen. Auch die Leipziger haben etliches gemacht, Markov zum Beispiel, vor allem biographische Sachen. In Sachsen-Anhalt hat Angelika Klein³² ein paar wichtige Hefte zum 17. Juni 1953 in Mitteldeutschland geschrieben. Die neuen Bildungsvereine in Berlin und Leipzig waren lange Zeit die Vorreiter für unsere Geschichtsaufarbeitung – lange noch, bevor es die RLS gab. Die erste richtig große Konferenz, die wir organisierten, als wir auch schon Geld hatten, fand 1995 in Schwarzenberg statt.³³

Rhena: Könntest Du uns bitte noch ein paar Worte zu Eurem Selbstverständnis und dem damaligen Anspruch sagen?

Jörn: Die Grundidee für die „Utopie kreativ“ war, dass man ein Medium brauchte, in dem wir uns zum einen mit unserer eigenen Geschichte auseinandersetzen können, was vorher so nicht möglich war – und wo wir uns zum anderen mit der sozialistischen Idee befassen konnten. Wobei wir wussten, dass wir ein kleines Häuflein sein würden – und jeder kannte jeden! Das galt auch für die Helle Panke. Es ging uns vordergründig gar nicht um Ausstrahlung, wir arbeiteten für uns und haben auch überhaupt keine jungen Leute erreicht. Es war eine Community der Ausgegrenzten, eine zweite Wissenschaftslandschaft. Wir haben uns als Brücke verstanden und in einer Perspektive von 20 Jahren gedacht. Wir haben gesagt, wir

29 Mario Keßler (Jg. 1955), Historiker, von 1996–2021 Mitarbeiter des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam mit (Gast-)Professuren in Deutschland, den USA, Israel und Frankreich.

30 Wilfriede Otto (1933–2015), Historikerin, ihr wichtigstes Werk nach 1990 ist: *Erich Mielke – Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten*, Berlin 1999.

31 Das Institut für Marxismus-Leninismus (IML) war die zentrale Forschungseinrichtung der SED zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Es wurde 1990 ins Institut für deutsche Arbeiterbewegung umgewandelt und später abgewickelt; sein umfangreiches Archiv wurde ins Bundesarchiv Berlin integriert.

32 Angelika Klein (1951), Historikerin und Politikerin (Die Linke); von 2014 bis 2021 war sie Landrätin des Landkreises Mansfeld-Südharz.

33 Cerny, Jochen (Hrsg.), *Republik im Niemandsland. Ein Schwarzenberg-Lesebuch*, Leipzig 1997.

machen jetzt das, was wir können, aber wir wissen, dass wir so gut wie niemanden erreichen. Das war auch noch anfangs in der Rosa-Luxemburg-Stiftung so. An die Jungen kamen wir nicht ran. Das hat sich erst ab 2010 langsam geändert, Ihr hattet dann ja auch schon Euren Gesprächskreis Geschichte gegründet.

Heute haben wir eine völlig andere Situation. Damals ging es lediglich darum, dass alles auf den Tisch kommt. Unsere Geschichte war ja ein völlig verschlammter Brunnen, und der musste einfach freigelegt werden. Ich habe in den 1990er Jahren noch sehr viel im „ND“³⁴ geschrieben und bekam immer die wüstesten Leserbriefe, dass ich ein Nestbeschmutzer sei. Die Wahrheit wollte kaum jemand hören. In der Hellen Panke haben wir große Veranstaltungen gemacht, und nebenan saßen die Parteigruppen aus Pankow, und die sind nicht zu uns übergekommen.

Rhena: Alles musste auf den Tisch ... Aber ging es nicht auch darum, die sozialistische Idee zu retten?

Jörn: Nun, wir wollten zumindest mal gucken, was davon noch übrigbleibt. Da war ich sicher einer der Konsequentesten. Wisst Ihr, ich bin mit zwei Sätzen aufgewachsen: Wir sind für den Sozialismus, aber nicht für diesen. Und der zweite Satz war: Der Westen ist keine Alternative. In dem Spagat habe ich mein Leben geführt und führe es noch immer so.

Uwe: 2003 bist Du als Geschäftsführer zum Karl Dietz Verlag gegangen.

Jörn: Ja, ich hatte seit 2001, als ich Leiter der Öffentlichkeitsarbeit in der RLS geworden bin, bereits die inhaltliche Verantwortung für Dietz. 2003 übernahm ich offiziell die Geschäftsführung des Verlages, 2005 bin ich dann ganz gewechselt. Als erstes gab ich den Autoren – es waren alles Männer –, die in den 1990er Jahren bei Dietz noch Bücher im Geiste des Stalinismus veröffentlicht hatten, die Rechte zurück. Die finanzielle Lage des Verlages war katastrophal, und ich musste ihn auf eine neue rechtliche Grundlage stellen. Er stand ja noch immer unter Treuhandverwaltung! Dazu durfte ich 2006 sogar einen Prozess überstehen, den der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble gegen den Verlag angestrengt hatte. Davor hatten wir bereits mit der Neuausrichtung begonnen. Mit Christine

34 Aus dem „Neuen Deutschland“ (ND), dem vormaligen Zentralorgan der SED, wurde 1990 eine „Sozialistische Tageszeitung“.

Krauss³⁵ machten wir aus Dietz den „Marx-Verlag“. 2005 entschieden wir uns, die fehlenden Bände der Marx-Engels-Ausgabe nachzudrucken – in einer Zeit, in der kaum ein Mensch Marx las. Ein Himmelfahrtskommando, das, als 2008 die Lehmann Brothers pleite gingen, jedoch sanft landete. Seitdem verkauften wir die Marx-Engels-Ausgabe wie geschnitten Brot.

Uwe: 2004 und dann stark erweitert 2008 habt Ihr auch das biographische Handbuch zu den deutschen Kommunisten verlegt.³⁶ Außerdem erschien die sogenannte Rote Reihe.

Jörn: Ja, das Handbuch von Andreas Herbst³⁷ und Hermann Weber³⁸ ist eines der herausragenden Bücher bei Dietz. Da steckt viel Forschungsarbeit drin. Anfangs mauerten die kommunistischen Familien, nach Erscheinen der ersten Auflage aber öffneten sie ihre Schatullen, und eine zweite, viel umfangreichere Auflage wurde möglich. Die „Rote Reihe“ über die Geschichte des Kommunismus und Linksozialismus hat Klaus Kinner³⁹ seit 1999 herausgegeben. Sie enthält Gesamtdarstellungen zur KPD und zur Kommunistischen Internationale und daneben Biographien. Der Ehebriefwechsel zwischen Käte und Hermann Duncker zwischen 1894 und 1953 ist über die Spartakusgruppe und die KPD mit über 5.000 Seiten eine einmalige Quelle, die Ruth und Heinz Deutschland⁴⁰ der Nachwelt zugänglich gemacht haben. Wir haben die Reihe bis auf 20 Bände ausgebaut und am Ende damit – so möchte ich hoffen – wohl auch eine Brücke zu Euch Jüngeren geschaffen?

35 Christine Krauss (Jg. 1949) ist eine Historikerin und war Lektorin des Karl Dietz Verlages.

36 Weber, Hermann/Herbst, Andreas, *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918–1945*, Berlin 2008.

37 Andreas Herbst (Jg. 1955), Historiker, viele Jahre Mitarbeiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

38 Hermann Weber (1928–2014) wurde 1954 als „Agent“ aus der KPD ausgeschlossen; er wurde zum Begründer der wissenschaftlichen Kommunismusforschung in Deutschland.

39 Klaus Kinner (Jg. 1946), Historiker mit Schwerpunkt zur Geschichte von KPD und Komintern, von 1998 bis 2011 Geschäftsführer der RLS-Landesstiftung Sachsen.

40 Heinz Deutschland (Jg. 1934) ist Historiker und war an der Gewerkschaftshochschule in Bernau der letzte Assistent von Hermann Duncker. Seine Frau Ruth war ebenfalls Historikerin.

Uwe/Rhena: Ja, unbedingt!

Jörn: Wichtig waren auch die RLS-Reihen, in denen fast 200 Bücher erschienen, und natürlich die Bücher von und über Rosa Luxemburg sowie über ihr Umfeld. Ein großer Teil unseres Programms zielte darauf ab, das vergessen gemachte Werk der emanzipatorischen Linken zu heben und zu vervollständigen.

Rhena: Dabei fällt mir auf, dass bei einigen Deiner Veröffentlichungen der Begriff der Freiheit auftaucht. Wie ist das gemeint: Im Sinne eines liberalen Freiheitsbegriffs? Bedeutet Freiheit für Dich dasselbe wie emanzipatorisch, oder ist das vor allem als Antwort auf die autoritär-stalinistische Lesart des Marxismus zu verstehen?

Jörn: Es geht im ersten Schritt natürlich immer um die politischen Freiheiten, die seit dem 16. Jahrhundert in erbitterten Klassenkämpfen errungen wurden und die ab 1917 die Bolschewiki im Namen der Revolution wieder abgeschafft haben. Ohne politische Freiheiten wird eine Gesellschaft aber nie sozialistisch werden können. Wirklich sozialistisch wird eine Gesellschaft jedoch erst im zweiten Schritt: wenn es gelingt, die politischen Freiheiten mit den sozialen Freiheiten zu ergänzen, also mit der Befreiung von jeder Form der Ausbeutung, Unterdrückung und Entwürdigung. Sozialismus heißt: politische Freiheiten minus Schutz des Privateigentums an den Produktionsmitteln plus soziale Freiheiten. Heutzutage müssen wir die politischen Freiheiten verteidigen und dadurch die schon errungenen sozialen Freiheiten retten.

Uwe: Wie viele Bücher hast Du eigentlich gemacht?

Jörn: Das weiß ich nicht, vielleicht zwanzig? Die sind ja zum Teil auch bei meinen – neben Dietz – Lieblingsverlegern Gerd Siebecke⁴¹ vom VSA-Verlag in Hamburg und beim Offizin-Verlag von Michael Buckmiller⁴² in Hannover erschienen. Bleiben wird auf jeden Fall die siebenbändige Levi-Ausgabe bei Karl Dietz!⁴³

Rhena: Wieso Paul Levi?

41 Gerd Siebecke (Jg. 1949), seit 1976 Geschäftsführer des VSA-Verlages.

42 Michael Buckmiller (Jg. 1943), Herausgeber der historisch-kritischen Gesamtausgabe von Karl Korsch und der Gesammelten Schriften von Wolfgang Abendroth.

43 Levi, Paul, *Ohne ein Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe*, Berlin 2016–2022.

Jörn: Der Ausgangspunkt dafür war ein ganz dämlicher. 2002 bei einem Neujahrsempfang der PDS-Bundestagsfraktion hat der Literaturhistoriker Walter Jens einen Vortrag über Paul Levi gehalten. Aber viele Abgeordnete haben diesen Vortrag unterbrochen, der Mann konnte kaum aussprechen.

Uwe: Was? Fühlten die sich um ihr Erbe betrogen?

Jörn: Die fühlten gar nichts. Bei meiner Abschiedsfeier in der RLS⁴⁴ sagte mir die damalige Vorsitzende Dagmar Enkelmann⁴⁵, Gysi habe denen ein bisschen Bildung geben wollen, aber die hatten gar keine Lust auf eine solche Bildung. Ich möchte jetzt gar nicht in die Klage über die Geschichtslosigkeit der Linken einstimmen. Mir jedenfalls kam die Idee, mich intensiver mit Levi zu beschäftigen. Levi und Paul Merker⁴⁶ und andere – das sind unterschiedliche Typen, aber die spukten schon immer in meinem Kopf herum; aber wirklich ernsthaft mit ihnen beschäftigt, habe ich mich erst ab 2012. Es sind im Levi-Umfeld noch andere Bücher entstanden wie der Dokumentenband zum sogenannten Spartakusaufstand. Oder die große Debatte über die Bolschewiki, die es angeblich in Deutschland nicht gegeben hat, dazu habe ich monatelang die Zeitschriften von 1917/18 in ganz Europa gesucht.

Rhena: Etwas später erst begannen Deine Forschungen zu Rosa Luxemburg. Wie kam das?

Jörn: Das Luxemburg-Büchlein hatte ich 2006 geschrieben. Das ist dann durch die RLS auch auf Spanisch, Englisch, Portugiesisch und überall auf der Welt erschienen. Das Buch konnte ich nur schreiben, weil ich über Levi schon so in der Thematik stand, dass ich mich nicht in diese ganzen Luxemburg-Debatten reinbegeben musste, die natürlich alle auf die falsche Fährte führen. Ich habe Luxemburg von hinten, also von Levi her, gelesen und stellte fest: Das ist eine völlig andere Frau. Zum 100. Jahrestag ihrer Ermordung und auch zum 150.

44 Von 2016 bis 2022 leitete Jörn Schütrumpf bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin die Fokusstelle Rosa Luxemburg.

45 Dagmar Enkelmann (Jg. 1956), Historikerin, in mehreren Legislaturen für die PDS und die Partei Die Linke Mitglied des Deutschen Bundestages, von 2012 bis 2022 Vorstandsvorsitzende der RLS.

46 Paul Merker (1894–1969) war ein führender Funktionär der KPD, von 1952 bis 1956 als ein Gegenspieler von SED-Chef Walter Ulbricht (1893–1973) in der DDR in Haft.

Geburtstag hatten wir dann ja mit Uwe die großen Kampagnen gefahren.⁴⁷ Später kam noch der Band von den Grenzen des Marxismus hinzu, den der Mitbegründer der RLS, Michael Brie⁴⁸, und ich geschrieben haben und der unterdessen auch in mehreren Sprachen erschienen ist. Aktuell arbeiten wir mit Evelin Wittich⁴⁹ daran, die Luxemburg-Werke ins Englische zu übertragen.

Uwe: Aber aktuell widmest Du Dich auch insbesondere Clara Zetkin. Warum?

Jörn: Ihre Briefe liegen ediert bisher in zwei Bänden vor,⁵⁰ den dritten Band bearbeite ich gerade. Wir wissen doch: Was wir jetzt nicht tun, das wird in den nächsten zwanzig, dreißig Jahren nicht gemacht werden. Anfangs fand ich das überhaupt nicht prickelnd. Doch unterdessen habe ich ein ganz anderes Bild von Clara Zetkin und bin sehr froh, dass ich das mache. Der dritte Band, der Zetkins Briefe von 1924 bis zu ihrem Tod 1933 umfasst, wird hammerhart! Also danach wird man die Geschichte der Komintern in den 1920er Jahren etwas anders schreiben müssen.

Rhena: Betreibst Du eigentlich „linke Geschichte“?

Jörn: Wie bitte? Nein. Linke Geschichte, das ist für mich so ähnlich wie sozialistischer Realismus. Ich betreibe Geschichte. Entweder machst Du Realismus oder nicht. Wenn meine Arbeit vom Gegenstand definiert ist, dann betreibe ich schon die Geschichte der Linken. Aber ich würde für mich nicht in Anspruch nehmen, dass ich linke Geschichte schreibe, weil ... ich weiß auch gar nicht, was das sein soll. Nein. Mit einer solchen Eingrenzung kann ich nichts anfangen. Entweder wir arbeiten als Historiker sauber und beherrschen unser Handwerk und suchen uns die Gegenstände – da ist für meine Belange natürlich die Geschichte der Linken zentral – oder nicht. Ansonsten kann ich mit dem Begriff nichts anfangen. Ich habe mich auch nie als „Marxist“ verstanden.

⁴⁷ www.rosaluxemburg.org

⁴⁸ Michael Brie (Jg. 1954), Philosoph, langjähriger Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der RLS.

⁴⁹ Evelin Wittich (Jg. 1950) ist Mitbegründerin der Rosa-Luxemburg-Stiftung und hat in den 1990er Jahren die Strukturen ihrer Vorgängerorganisation aufgebaut.

⁵⁰ Clara Zetkin, *Die Kriegsbriefe 1914–1918*, hrsg. von Marga Voigt, Berlin 2016 sowie Clara Zetkin, *Die Revolutionsbriefe (1919–1923)*, hrsg. von Marga Voigt und Jörn Schüttrumpf, Berlin 2023.

Uwe: Und kannst Du mit dem Terminus „kritische Geschichte“ mehr anfangen?

Jörn: Oh, soweit ich mich erinnere, haben das Wolfgang Fritz Haug⁵¹ und andere in den 1970er Jahren als „kritische Theorie“ von Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse und Erich Fromm in Abgrenzung von der akademischen Wissenschaft übernommen. „Links“ wollten sie nicht verwenden. Aber ich brauche den Begriff nicht. Man kann das ja gern alles machen, aber wozu? Natürlich ist jedes Herangehen kritisch, ansonsten kannst Du keine Geschichtswissenschaft betreiben. Im Übrigen gilt natürlich „ad fontes“, also zurück zu den Quellen.⁵² Die Quellenerschließung ist das A und O. Wenn ich’s auf den Punkt bringen soll: Die Erschließung von Quellen – ob nun Levi, Spartakus, Luxemburg oder Zetkin – das ist, so denke ich, Aufgabe unserer Generation. Viele Quellen schlummern noch in den Archiven, die die meisten Jüngeren kaum noch verstehen können.

Uwe: Ich werfe noch einen rein: Historischer Materialismus! Du sagtest, Du hast Dich nie als einen Marxisten verstanden, aber Historischer Materialismus ist doch für Dich trotzdem etwas ganz Selbstverständliches, oder?

Jörn: Der gehört zum Handwerkszeug.

Rhena: Aber was heißt das genau? Heißt es, mit einem wachen, linken politischen Bewusstsein auf alle möglichen Gegenstände zu schauen – oder wie würde man das heute erklären? Heute würde ja niemand mehr sagen: Ich arbeite mit der Methode des Historischen Materialismus.

Jörn: Der gehört einfach zum Instrumentarium. Du gehst kritisch-dialektisch an Geschichte ran, hältst die Kontexte zusammen und suchst dir nicht irgendeine Spur aus, mit der sich dann deine Politik rechtfertigen lässt.

51 Wolfgang Fritz Haug (Jg. 1936) und Frigga Haug (Jg. 1937) sind Philosophen, Soziologen, Hochschullehrer sowie Begründer der Zeitschrift „Argument“ und des Argument-Verlages.

52 „Sed in primis ad fontes ipsos properandum, id est graecos et antiquos.“ – „Vor allem muss man zu den Quellen selbst eilen, das heißt zu den Griechen und den Alten überhaupt.“ (Erasmus von Rotterdam)

Uwe: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die von Klassenkämpfen.“ So steht’s im Kommunistischen Manifest. Das ist für mich der Kernsatz des Historischen Materialismus.

Jörn: Das ist ja auch durchaus richtig. Das setze ich voraus.

Uwe: Also da, wo ich studierte, bist Du damit schon unter Ideologieverdacht geraten. Tatsächlich aber entwickelte auch ich Vorbehalte gegenüber dem Historischen Materialismus, als ich organisierten Linken begegnete, die in jedem Agieren der Herrschenden denknötwendig nur eine Antwort auf die Arbeiterklasse erkennen wollten und schließlich selbst nur noch nach dieser einen Antwort suchten – selbst wenn weit und breit keine Arbeiterklasse oder nicht einmal mehr die berühmten „Massen“ erkennbar waren. Vor diesem Hintergrund erfreue ich mich ebenfalls an einem breiten Methodenmix. Geschichte wie auch das Agieren der historischen Subjekte können und sollten auch anders kontextualisiert und entschlüsselt werden.

Jörn: Natürlich. Auch wenn das nichts an der Tatsache ändert, dass wir es mit einer Klassenkampf-Gesellschaft zu tun haben. Zwar sieht der Klassenkampf heute anders aus als vor 100 oder 150 Jahren, aber er wird ja auch viel effektiver geführt. In den meisten Perioden der Menschheitsgeschichte hatten wir es mit dem Klassenkampf von oben zu tun. Wir leben in einer Periode, in der der Klassenkampf massiv von oben geführt wird und die Kräfte von unten zu schwach und nicht formiert sind. Das ist das Kennzeichen unserer Epoche.

Netzwerke

Sozial.Geschichte Online. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts

„In jeder Epoche muß versucht werden, die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugewinnen, der im Begriff steht, sie zu überwältigen. [...] Nur *dem* Geschichtsschreiber wohnt die Gabe bei, im Vergangenen den Funken der Hoffnung anzufachen, der davon durchdrungen ist: auch die Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört.“
Walter Benjamin, *Über den Begriff der Geschichte*, 1940

„Wenn wir schreiben oder lesen, vergessen wir schnell, dass im Anfang nicht das Wort ist, sondern der Schrei. Angesichts der Verstümmelung des menschlichen Lebens durch den Kapitalismus, ein Schrei der Trauer, ein Schrei des Entsetzens, ein Schrei des Zorns, ein Schrei der Verweigerung: NEIN.“
John Holloway, *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*, 2002

Geschichte und Ziele der Zeitschrift

Die Anfänge unserer Zeitschrift gehen auf das Jahr 1986 zurück – im Oktober dieses Jahres erschien die erste Ausgabe der „1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts“, herausgegeben von der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. Der Name sollte auf das Ende eines vom Faschismus geprägten Jahrhunderts hinweisen, dessen kritische Erforschung sich die Zeitschrift zur Aufgabe gemacht hatte, und zugleich eine Brücke in ein „humaneres, genocidfreies [sic!] 21. Jahrhundert“ schlagen, dessen Voraussetzungen es durch die historische Analyse zu benennen galt.¹ Im Jahr 2003 erfolgte dann

1 Ebbinghaus, Angelika, „Zum zehnten Jahrgang – ein Rückblick“, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 10 (1995), 1, S. 7–14, hier: S. 8.

die Namensänderung in „Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts“.² 2009 wurde sie ins Internet verlegt und heißt seitdem „Sozial.Geschichte Online. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts“ (kurz „SGO“).³ Inzwischen erscheint die Zeitschrift als Online- und als Printversion.⁴

Hervorgegangen ist unsere Zeitschrift aus einem autonomen, bewegungsnahen Milieu – bis heute steht sie für eine kritische Geschichts- und Sozialwissenschaft, die Hintergrundanalysen zu historischen wie zeitgenössischen Themen bietet, sich somit als Teil aktueller Auseinandersetzungen versteht, in diese interveniert und als Plattform für Diskussionen dient. Gleichmaßen ist sie auch Dokumentationsstelle und Archiv von Debatten (vom „Historikerstreit 1986/87“ bis „Historikerstreit 2.0“, über die diversen Krisen und „Zeitenwenden“ hinweg etc.).

Themen und Perspektiven – Profil

Die kritische Erforschung des Nationalsozialismus (NS) bzw. Nazismus gehört nach wie vor zu einem gewichtigen Schwerpunkt der „SGO“. Dies beinhaltet auch die Auseinandersetzung mit dessen Vorläufen und Nachwirkungen (Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus, Kolonialismus, Autoritarismus, Esoterik/ Lebensreform, Irrationalismus etc.). Ein besonderes Interesse besteht an den wirtschafts-, medizin- und wissenschaftshistorischen Aspekten des NS-Regimes.

Zudem sind wir der Global Labour History eng verbunden. Wir veröffentlichen Beiträge zur Arbeiter:innenbewegung, ihren Kämpfen und ihren Organisationen sowie den innerhalb dieser ausgetragenen konzeptionellen und strategischen Auseinandersetzungen. Von besonderer Bedeutung sind für uns Geschichte wie Gegenwart antiautoritärer und dissidenter Strömungen innerhalb der Arbeiter:innenbewegung, Arbeitskämpfe im Bereich der prekären Beschäfti-

2 Alle seit 1986 erschienenen Ausgaben der Vorgängerzeitschriften sind online frei verfügbar: <https://www.stiftung-sozialgeschichte.de/index.php/de/periodika> [Letzter Zugriff 16.06.2025].

3 Alle seit 2009 erschienenen Ausgaben der *Sozial.Geschichte Online* sind auf dem Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen online frei verfügbar: <https://duepublico2.uni-due.de/go/sozial.geschichte-online> [Letzter Zugriff 16.06.2025].

4 Mehr zur Geschichte der Zeitschrift ist in den Beiträgen „In eigener Sache“ und „Zur dreißigsten Ausgabe von Sozial.Geschichte Online“ aus Heft 30 (2021) nachzulesen: https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00074940.

gung und (hierbei wie auch darüber hinaus) Konflikte um Migration. Seit Konstituierung als Online-Zeitschrift besteht das Anliegen, den Verlauf der aktuellen Weltwirtschaftskrise sowie der mit ihr einhergehenden Sozialbewegungen und Proteste zu dokumentieren und zu reflektieren.

Weitere Themen, die uns wichtig sind – wie die globale Revolte der 1968er-Jahre – ließen sich aufzählen.⁵ Methodisch sind wir offen für unterschiedliche Zugänge und begrüßen – als Zeitschrift mit fließender geschichts- und sozialwissenschaftlichen Ausrichtung – interdisziplinäres Vorgehen. Im Allgemeinen sind wir Perspektiven von unten und möglichst globalen Sichtweisen auf historische und aktuelle Entwicklungen und Zusammenhänge verpflichtet. Kritische Auseinandersetzungen mit dem Eurozentrismus sind bei uns immer willkommen.

Selbstverständnis

Wir verstehen unsere Zeitschrift als Teil von (sich seit ihrer Gründung verändernden) politischen Gegenöffentlichkeiten für aktuelle Kämpfe gegen (vergangene wie andauernde) Repression (wie die Gewalt an Kindern und Jugendlichen in „Fürsorgeanstalten“) oder gegen Ausbeutung auf dem globalisierten Arbeitsmarkt. An der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Aktivismus haben wir ein besonderes Interesse an außerakademischer, selbstorganisierter Forschungs- und Theoriearbeit.

So unterschiedlich die Kontexte sind, in denen sich die einzelnen Redaktionsmitglieder bewegen: Uns verbindet ein nach wie vor aus dem Bedürfnis, „den historisch-kritischen Blick auf Herrschaftsverhältnisse mit der Frage nach den geschichtlichen Bedingungen für soziale Veränderungen“ zu verbinden,⁶ gewachsenes Selbstverständnis als marxistisch orientierte undogmatische, antiautoritäre und antifaschistische Linke – Wir verorten uns also in den Traditionslinien des Linkskommunismus der Weimarer Republik, des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, der autonomen Kämpfe und der Selbstorganisation um und nach 1968 und sehen uns als Teil der Protestbewegungen gegen den neoliberalen, postkolonialen Kapitalismus.

5 Siehe hierzu das Register der SGO: <https://sozialgeschichte-online.org/infos/sgo-register/> [Letzter Zugriff 16.06.2025].

6 Ebbinghaus, „Zum zehnten Jahrgang – ein Rückblick“, S. 14.

Arbeitsweise und Probleme

In der Redaktion von *Sozial.Geschichte Online* arbeiten derzeit etwa zehn Menschen aus unterschiedlichen Regionen des Landes. Wir haben alle eine akademische Ausbildung, der teils eine handwerkliche Ausbildung bzw. Erwerbstätigkeit vorausging. Einigen von uns ist es gelungen, in der akademischen Arbeitswelt ein Auskommen zu finden. Unsere Geburtsjahrgänge liegen zwischen Ende der 1940er und Anfang der 1990er Jahre – verschiedene Staaten haben in uns ihre Spuren hinterlassen.

Wir sind in keiner Weise institutionell gebunden. Das hat den Vorteil, dass wir inhaltlich unabhängig unsere Themen verfolgen und Schwerpunkte setzen können, die abseits gegenwärtiger Wissenschaftstrends liegen. Diese Unabhängigkeit hat aber auch ihren Preis: Wir produzieren die Zeitschriften ehrenamtlich in unserer Freizeit, neben Lohnarbeit, familiären und sonstigen Verpflichtungen. Dies verlangt uns allen einiges ab.

Aber gerade deshalb und gerade in der heutigen Zeit machen wir weiter: weil kritische Sozial.Geschichte – neben Intervention, Korrektiv und Öffentlichkeit für marginalisierte Perspektiven – für uns nicht zuletzt auch Anker und Hoffnung im eingangs zitierten Sinne Walter Benjamins ist und wir das (geschriebene) Wort zusammen mit dem Schrei und dem „NEIN“ als eine der Voraussetzungen für eine die Misere überwindende Praxis brauchen. Gerade angesichts der lähmenden Gegenwart und der düster erscheinenden Zukunft ist es uns ein dringliches Bedürfnis, die Verständigung darüber, was hätte sein können, aber nicht werden konnte, fortzusetzen und den Blick auf die Möglichkeitsbedingungen für das, was es weiterhin zu erreichen gilt, zu schärfen und für das offen halten, wie es anders besser sein kann – ein Bedürfnis, das uns mit dem Gesprächskreis Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung eint. Für die nächsten 20 Jahre wünschen wir Euch alles Gute!

Stefan Berger

German Labour History Association (GLHA)

Im Februar 2017 gründeten Kolleginnen und Kollegen aus Hamburg, Bochum, Düsseldorf, Bielefeld, Bonn und Augsburg die German Labour History Association (GLHA).¹ Ihr Ziel ist die Förderung von Forschung, Präsentation, Dokumentation und Bildungsarbeit zur Geschichte der Arbeit und der Arbeiterbewegung sowie weiterer sozialer Bewegungen. Sie veranstaltet alle zwei Jahre unter ihrer Federführung eine wissenschaftliche Tagung. In den letzten Jahren waren dies im Einzelnen folgende:

- Drecksarbeit: Materialitäten, Semantiken und Praktiken seit dem 19. Jahrhundert (Dortmund, 13.–15.11.2024)
- Arbeit/Zeit: Umkämpfte Beziehungen und umstrittene Deutungen im 19. und 20. Jahrhundert (Hamburg, 03.–05.11.2022)
- Zur Freiheit der Arbeit im Kapitalismus (Bochum, 06.–08.02.2020)

Die GLHA ist ein Netzwerk zum Austausch zu Forschungsprojekten, musealen und archivalischen Vorhaben sowie Maßnahmen der außerschulischen, schulischen und universitären Bildung über die Geschichte der Arbeit, der Arbeitswelten, der Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen.

Sie bietet allen Historiker*innen der Arbeiter*innen- und sozialen Bewegungen des deutschen Sprachraums ein Forum, mit welchem territorialen Raum oder zeitlichen Abschnitt sie sich auch immer beschäftigen mögen.

Durch eine effektive Netzwerkbildung mit anderen Labour History Verbänden in Europa und der Welt wird der internationale Austausch gefördert. So veranstaltete die GLHA gemeinsam mit der nordamerikanischen Labour and Working Class History Association (LAWCHA) vom 26.–28.04.2023 eine Tagung mit dem Titel „Workers and the ‘Golden Age’ of Social Democracy,

1 Berger, Stefan, „‘German Labour History is Back’ – Announcing the Foundation of the German Labour History Association“, in: *International Labor and Working Class History* 97 (2020), S. 185–189, vgl. <https://www.germanlabourhistory.de/2020/06/27/german-labour-history-is-back/> [Letzter Zugriff 16.04.2025].

1945–1975“ am Bochumer Institut für soziale Bewegungen (ISB). Anfang September 2023 folgte die Tagung „Gelingende und misslingende Solidarisierungen – 50 Jahre spontane Streiks“ die zusammen mit u.a. der der IG Metall (Vorstandsresort Migration und Teilhabe sowie Geschäftsstelle Düsseldorf-Neuss) der Otto-Brenner-Stiftung und anderen stattfand.² Vom 19.–21.03.2025 wurde unter Beteiligung von Mitgliedern einer der ältesten Vereine für Arbeiter*innen und Arbeiter*innenbewegungsgeschichtsschreibung, der bereits 1962 gegründeten britischen Society for the Study of Labour History ebenfalls am ISB in Bochum die Tagung „The Miners’ Strike in Bochum, 1984/85: New Perspectives Forty Years After“ abgehalten.

Derzeit hat die GLHA über 150 persönliche Mitglieder, unter ihnen viele Promovierende und Postdoktorand*innen. Hinzu kommen etliche institutionelle Mitglieder. Der Zuspruch, den die GLHA gerade unter jüngeren Forscher*innen findet, ist ein Zeichen, dass die Krise der Labour History seit den 1980er Jahren überwunden ist.³ Erprobt werden innovative methodische Zugänge, die frühere Konzentration auf die Arbeiter*innenbewegungsgeschichte prägt nicht mehr das Forschungsfeld. Labour History deckt daher ein großes Themenspektrum ab und ist anschlussfähig für andere geschichtswissenschaftliche Fragen.

Die alte Arbeiter*innenbewegungsgeschichte litt auch an einem Überschuss an politischer Naherwartung sozialer Veränderung, wie sie aus den Jahren um 1968 auf die Geschichtsschreibung übersprang. Die neuere Labour History hat diese Naherwartung verloren, aber versteht sich weiterhin als eine praktische Geschichtsschreibung im Sinne Hayden Whites, also eine politisch engagierte Geschichtsschreibung, die Themen anpackt, die auch für zeitgenössische Gesellschaftskritik relevant sind.⁴

Es gibt in der Labour History eine lange und gute Tradition, historische Forschung mit politischem Engagement zu verbinden. Es ist von daher auch kein Zufall, dass das institutionelle Engagement von politischen Stiftungen für die Gründung der GLHA wichtig war. Hier sind vor allem die Hans-Böckler-Stiftung, die Friedrich-

2 Vgl. den ausführlichen Bericht auf <https://www.rosalux.de/dokumentation/id/51049> [Letzter Zugriff 16.06.2025].

3 Berger, Stefan, „The Revival of German Labour History“, in: *German History* 37:3 (2019), S. 277–294.

4 Berger, Stefan (Hrsg.), *The Engaged Historian. Perspectives on the Intersection of Politics, Activism and the Historical Profession*, Oxford 2019.

Ebert-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu nennen, denen an dieser Stelle für die Unterstützung der GLHA noch einmal ausdrücklich gedankt sei.

Die GLHA versteht sich ausdrücklich nicht als eine Organisation ausschließlich für Wissenschaftler*innen, sondern sie lädt alle an der Geschichte von Arbeiter*innen, Arbeiter*innenbewegungen und sozialen Bewegungen Interessierte ein, Mitglied zu werden, weitere Mitglieder sind ausdrücklich erwünscht.

Neben der Forschung unterstützt sie auch die Vernetzung junger Wissenschaftler*innen aus dem Feld der Labour History. Zudem kümmert sie sich um die Vermittlung von Bildungsangeboten und um die Sicherung von relevanten Überlieferungen. Sie unterhält eine Webseite und auf ihren Tagungen wird der Thomas-Welskopp-Dissertationspreis vergeben, benannt nach dem 2021 viel zu früh verstorbenen, inspirierenden Gründungs- und Vorstandsmitglied der GLHA. Preisträger:innen waren bislang:

- 2024: Kornelia Rung mit ihrer Dissertation: „‘Faire Arbeit’: Solidarität in der Textil- und Bekleidungsindustrie in den 1970er und 1980er Jahren“, und Philipp Krauer mit seiner Dissertation: „Swiss Mercenaries in the Dutch East Indies: a Transimperial History of Military Labour, 1848–1914“
- 2022: Olga Sparschuh mit ihrer Dissertation: „Fremd in der Heimat und in der Ferne: italienische Arbeitsmigranten in Turin und München, 1953–1973“
- 2020: Melina Teubner mit ihrer Dissertation: „‘A arte de cozinhar’: Sklavenschiffköche, Ernährung und Diaspora im südlichen Atlantik, 1800–1870“.

Kontakt

German Labour History Association e.V.
c/o Haus der Geschichte des Ruhrgebiets
Clemensstraße 17–19
44789 Bochum

E-Mail: info@germanlabourhistory.de
Website: <https://www.germanlabourhistory.de>

Anke Hoffstadt / Sebastian Bischoff

Nach oben gescheitert!

How to kritische Zeitgeschichte zur extremen Rechten oder: wie der Zeithistorische Arbeitskreis Extreme Rechte (ZAER) entstand

Am Anfang des 2019 gegründeten Zeithistorischen Arbeitskreis Extreme Rechte stand ein Misserfolg: 2017 hatten Yves Müller, Dominik Rigoll und die Autor*innen dieses Beitrags einen Sektionsvorschlag eingereicht, über den sie für den „52. Deutschen Historikertag“ mit ihren Fragen nach den Gründen für eine Leerstelle zeitgeschichtlichen Forschens mit Fachkolleg*innen ins Gespräch kommen wollten. Warum, so die Frage des Sektionsvorschlages, fehlt bislang der zeithistorische Blick auf die Geschichte der extremen Rechten? Unser Interesse galt dabei zum einen der kritischen Reflexion und Diskussion der eigenen Forschungspraxis, ihrer Forschungsgegenstände und Ausgangspunkte. Warum, wie, mit welchen Zugängen und Methoden sollte sich die Zeitgeschichtsforschung ausgerechnet der jüngeren Vergangenheit der extremen Rechten widmen? Zugleich ging es auch um einen Blick über den Tellerrand individuell begründeter Interessen und selbstgestrickter Imperative hinaus: Welcher Impuls ist es, der uns dazu auffordert, die Notwendigkeit einer zeithistorisch begründeten, kritischen Rechtsextremismusforschung zu formulieren? Was bedeutet es für die zeithistorische Wissenschaft, dieses Fenster etwa auch zum Zwecke der Analyse gegenwärtiger Entwicklungen aufzustoßen?

Das Anliegen des Sektionsvorschlags war es, das Thema in vollem Bewusstsein um seine Aktualitätsbezüge auf die Tagesordnung ausgerechnet des schwerwichtigsten Fachkongresses der Disziplin zu setzen, der sich in diesem Jahr explizit ihren Perspektiven auf „gespaltene Gesellschaften“ widmen wollte. Nicht zuletzt aus diesem Anlass und mit thematisch naheliegendem Hintergrundrauschen sollte es darum gehen, im Fachdiskurs die Bedeutung des „Rechtsextremismus als Gegenstand der Zeitgeschichte“ auszuloten. Diesem Anliegen sollte auch nach der Absage Rechnung getragen werden, so dass ein selbstorganisierter Workshop im kleinen Kreis geplant wurde, Interessierte und befreundete Forschende sollten dazukommen. Die Emil Julius Gumbel Forschungsstelle des Moses Mendelssohn Zentrums an der Universität Potsdam (MMZ) und das Zentrum

für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) unterstützten das Anliegen, den für den Historiker*innentag vorbereiteten Gedanken mit einer Bestandsaufnahme bisheriger Antworten und aktuell vorstellbarer Fragestellungen an eine Zeitgeschichte der extremen Rechten im kleinen Rahmen fortzuführen. Doch die Anmeldungen schossen in die Höhe, statt der geplanten rund ein Dutzend Teilnehmenden und Aktiven kamen 120 Menschen. Es wären mehr gewesen, hätten die begrenzten Platzverhältnisse damals nicht den Stopp der Anmeldung notwendig gemacht.

Inzwischen haben sich rund 300 Menschen dem Arbeitskreis angeschlossen. Sie sind lose verbunden über eine Mailingliste. Wenn die Kapazitäten es zulassen, organisieren sich Arbeitsgruppen (etwa zu Fragen der Zugänglichkeit von Archiven, zur Forschungspraxis oder resilienten Strukturen und Akteur*innen positionierter Forschung und Lehre an Universitäten und Hochschulen, die sich gleichfalls als Angriffsfläche und Zielort rechter Interventionen und Landnahmen sehen müssen). Mehrmals im Jahr kommen (historisch) Forschende und Praktiker*innen aus dem Feld der historisch-politischen Bildung, der (nichtstaatlichen) Archive, der Beratungslandschaft und aus Strukturen von Hochschulen und Universitäten zum Austausch zusammen. Seit 2020 gibt der ZAER außerdem den Themenschwerpunkt „Zeitgeschichte der Rechten“ auf der Plattform „Zeitgeschichte online“ heraus, Beitragsvorschläge sind willkommen.

Zur Vollständigkeit des Gründungs- und Entwicklungsmythos gehört indes nicht zuletzt auch, dass es auch weiterhin Aufgabe von Mitgliedern des Zeithistorischen Arbeitskreises Extreme Rechte bleiben wird, Fragen an die Zeitgeschichte der extremen Rechten nicht allein als einen unter vielen Forschungsgegenständen in den Akademien und komplexen Forschungsclustern zu betrachten. Anspruch und Aufforderung an die historische Wissenschaft, Ableitungen für widerständige Praxen und Strategien im Umgang mit akuten Gegenwarten autoritärer Zurichtungen von Gesellschaft parat zu haben, meint auch, Standpunkte zu formulieren. Wenn die zeithistorische Forschung die Geschichte der extremen Rechten schließlich so zu beschreiben vermag, dass deutlich wird, wie sehr sie in die Gegenwart hineinragt und wie wenig es zugleich nützt, sie als überlebbar, marginal oder als „Problem der Anderen“ zu adressieren, reimt sich Geschichte vielleicht weniger oft.

Veranstaltungen des ZAER (Auswahl)

- „Rechtsextremismus als Gegenstand der Zeitgeschichte“ (Potsdam 2019, in Kooperation mit der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle des Moses Mendelssohn Zentrums an der Universität Potsdam (MMZ) und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF)),
- „Kontinuitäten rechter Gewalt. Ideologien – Praktiken – Wirkungen“ (Potsdam 2020, in Kooperation mit der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle des Moses Mendelssohn Zentrums an der Universität Potsdam (MMZ) und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF)),
- „Rechte Zeitenwende? Die Transformationsphase extrem rechter Politik in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren“ (Frankfurt a.M. 2022, in Kooperation mit dem Fritz Bauer Institut),
- „Die extreme Rechte in Deutschland und Österreich und ihr Verhältnis zu Europa, den USA und zur Sowjetunion/Russland (1945 bis heute)“ (Salzburg 2023, in Kooperation mit der Paris-Lodron-Universität Salzburg),
- „Lebenswelten der radikalen Rechten. Praktiken, Ideologien und Strukturen, 1945–2000“ (Potsdam 2024, in Kooperation mit der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle des Moses Mendelssohn Zentrums an der Universität Potsdam (MMZ) und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF)),
- „Die extreme Rechte und der Raum nach 1945“ (Hamburg 2025, in Kooperation mit der Forschungsstelle Zeitgeschichte Hamburg (FZH) und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF)),
- „Extreme Right Transnational: Towards a New Post-War History“ (Fribourg 2025, in Kooperation mit der Universität Fribourg (Schweiz)).



Alle Informationen zum Zeithistorischen Arbeitskreis Extreme Rechte (ZAER) und den Partizipationsmöglichkeiten: <https://zeitgeschichte-extreme-rechte.de>

Zum Themenschwerpunkt „Zeitgeschichte der Rechten“ auf „Zeitgeschichte online“: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/zeitgeschichte-der-rechten>

Fabian Bennewitz

Bewegte Geschichte schreiben

Ein Rück- und Ausblick auf die historische Zeitschrift „Arbeit – Bewegung – Geschichte“

„Arbeit – Bewegung – Geschichte“ (ABG), so heißt die „Zeitschrift für historische Studien“, die sich als eines der wenigen deutschsprachigen historischen Fachjournale konsequent der Geschichte der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen widmet. Das erklärte Ziel der Zeitschrift ist es, trotz wissenschaftlich fundierter Inhalte auch für ein nichtakademisches Publikum relevant und lesenswert zu sein. Daher versteht sich ABG auch als Forum für die außerakademische Wissensproduktion in Gewerkschaften, Vereinen, Archiven und politischen Bewegungen. Zum „Gesprächskreis Geschichte“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung gibt es aufgrund dieser Schwerpunktsetzung nicht nur inhaltliche, sondern – mit Blick auf die Redaktion der Zeitschrift – auch viele personelle Schnittmengen, was immer wieder zu einem produktiven Austausch geführt hat.

In ihrer jetzigen Form gibt es sie seit 2016, doch blickt die Zeitschrift auf eine lange und wechselhafte Geschichte zurück, die sie maßgeblich geprägt hat.¹ Ihre Wurzeln liegen in der DDR. Die Zeitschrift geht auf die seit 1959 vom Institut für Marxismus-Leninismus (IML) in Ost-Berlin herausgegebenen „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ (BzG) zurück – die zentrale Plattform der damaligen DDR-Geschichtswissenschaft für Fragen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Anfang der 1990er Jahre standen viele Institutionen der DDR-Geschichtsschreibung vor dem Aus. Doch bot die ungewisse Lage während der Wendezeit auch eine Chance. So öffnete sich die „BzG“ in personeller und inhaltlicher Hinsicht. Befreit von ideologischen Zwängen widmeten

1 Für einen detaillierten Überblick über Geschichte und Arbeitsweise der ABG siehe Hoffrogge, Ralf/Mayer, Herbert: „Forschen und Publizieren über die Arbeiterbewegung. Drei Jahrzehnte mit Förderverein, Jahrbuch und Arbeit – Bewegung – Geschichte“, in: ABG (2022), H. 1, S. 7–32, online unter www.arbeit-bewegung-geschichte.de/ralf-hoffrogge-herbert-mayer-forschen-und-publizieren-ueber-die-arbeiterbewegung-drei-jahrzehnte-mit-foerderverein-jahrbuch-und-arbeit-bewegung-geschichte/ [Letzter Zugriff 25.04.2025].

sich DDR-Historiker:innen neuen Themen und Methoden Auch entdeckten westdeutsche Autor:innen die BzG als Publikationsorgan, sodass die reformierte Zeitschrift selbst zu einem Ost-West-Dialogforum wurde. Diese Reformversuche fielen in eine Zeit, in der Trägereinrichtungen aufgelöst, Etats gestrichen und wissenschaftliche Zeitschriften abgewickelt wurden.

Was die BzG letztlich rettete, war kein institutioneller Rückhalt oder gar staatliche Förderung, sondern Eigeninitiative: 1991 gründete sich der „Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, der das Projekt mit knappen Mitteln und viel Engagement weiterführte. Der Verein setzte sich zum Ziel, die Geschichte der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen weiter in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion präsent zu halten – auch als diese Themen nach dem vermeintlichen „Ende der Geschichte“ in den 1990er Jahren sowohl in der akademischen Geschichtswissenschaft als auch in der öffentlichen Debatte ein Nischendasein fristeten. Dies geschah (und geschieht bis heute) nicht nur durch die Funktion des Vereins als Herausgeber der Zeitschrift, sondern auch durch die Organisation von öffentlichen Veranstaltungen wie Tagungen, historischen Vorträgen und Diskussionsabenden.²

Zunächst erschien die BzG in wechselnden Kleinverlagen weiter, redaktionell getragen von einem kleinen, überwiegend in der DDR akademisch ausgebildeten Redaktionskollektiv. Die Aufgaben – von der Textarbeit über Layout und Satz bis zum Versand – lagen vollständig in den Händen der Redaktion. 2002 wurde das Projekt unter dem neuen Titel „JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ neu aufgelegt. Der ehrenamtlichen und maßgeblich von engagierten Historikerinnen getragene Redaktion des „JahrBuch“ gelang es, die Zeitschrift zu einem anerkannten Periodikum auszubauen. Es wurde zu einem Forum jenseits des akademischen Mainstreams, aber mit wissenschaftlichem Anspruch.³ Ab etwa 2012 begann ein allmählicher Generationswechsel. Jüngere, meist westdeutsch sozialisierte Historiker, die an den Berliner Universitäten zur Geschichte der Arbeiterbewegung promovierten, begannen sich in der Redaktion des „JahrBuch“ zu engagieren und brachten neue Perspektiven, Fragestellungen und Netzwerke in die Redaktionsarbeit ein.

-
- 2 Alle Informationen zum Förderverein sowie den Antrag auf Mitgliedschaft finden sich online unter <https://foerderverein.arbeit-bewegung-geschichte.de/foerderverein/> [Letzter Zugriff 23.04.2025].
 - 3 Nahezu alle Beiträge des „JahrBuch“ wurden digitalisiert und sind auf der Website der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung online abrufbar und einzeln recherchierbar: <https://library.fes.de/opac/id/7736332> [Letzter Zugriff 23.04.2025]. An dieser Stelle sei der Stiftung und den Mitarbeiter:innen der Bibliothek herzlich gedankt!

Der Wechsel zum Berliner Metropol Verlag 2016 markierte zudem eine organisatorische Zäsur. Die Zeitschrift erschien fortan im neuen Layout unter dem Namen „Arbeit – Bewegung – Geschichte“ (ABG). Der neue Name sollte das Spektrum abstecken, in dem sich die meisten Beiträge bewegten. Zugleich verabschiedete sich die Redaktion so von der rein männlichen Bezeichnung der „Arbeiterbewegung“ und unterstrich eine inhaltliche Öffnung: Nicht nur Parteien- oder Organisationsgeschichte stand nunmehr im Fokus, wenngleich die Beschäftigung mit der „klassischen“ Arbeiterbewegung weiterhin zentral blieb. Doch widmete sich ABG nun universeller der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen in Deutschland in der Welt, der Geschlechtergeschichte, der Geschichte des Staatssozialismus, aber auch den Neuen Sozialen Bewegungen sowie der Kultur- und Alltagsgeschichte der Arbeit. Auch regionale Fragestellungen, geschlechtergeschichtliche Ansätze und Studien zur (Arbeits-)Migration rückten vermehrt in den Fokus.

Die Ausgaben erscheinen dreimal jährlich (Januar, Mai und September) in gedruckter und digitaler Form. Jede Ausgabe enthält wissenschaftliche Aufsätze und Mitteilungen, Beiträge zur Diskussion, biographische Skizzen, Erinnerungen, Dokumente, Berichte über wissenschaftliche Tagungen, Informationen über Projekte, wissenschaftliche, Bildungseinrichtungen, Archive und Gedenkstätten sowie um die 15 Buchbesprechungen. Veröffentlicht werden ausschließlich Originalbeiträge, die noch nicht anderweitig veröffentlicht wurden, oder Erstübersetzungen ins Deutsche. Mindestens einmal im Jahr erscheinen die besonders beliebten Schwerpunktheft, die zwischen drei und sieben Aufsätze zu einem besonderen Thema versammeln. So wurden die hundertsten Jahrestage des Beginns des europäischen Revolutionszyklus von 1917 bis 1923 und auch „100 Jahre Revolution von 1918/19“ mit Schwerpunktheften (ABG 2017/III bzw. 2019/1) begleitet. Weitere Schwerpunkte erschienen zu „Alten und Neuen Sozialen Bewegungen“ (2018/III), „Klasse und Geschichte“ (2019/III), „Arbeit und Literatur (2020/II), „Antifaschismus vor und nach 1945“ (2022/II sowie 2022/III) oder „100 Jahre Rote Hilfe“ (2024/III) um nur einige wenige zu nennen.

Andere Ausgaben versammeln freie Beiträge mit thematischer, methodischer und geografischer Vielfalt. Besonders hervorzuheben ist auch die beliebte Rubrik „Geschichtskultur“, die seit 2019 einen festen Bestandteil aller Hefte bildet. Hier stellen Archive, Geschichtswerkstätten, lokale geschichtspolitische Initiativen, Bildungsstätten und Gedenkorte ihre Arbeit vor. Diese Rubrik bildet ein zentrales Element im Anspruch der Zeitschrift, akademische Forschung mit außeruniversitärer

sitärer Praxis zu verbinden. Ein umfangreicher Rezensionsteil erschließt zudem aktuelle Fachliteratur.

Der bereits in den letzten Jahren des „JahrBuch“ begonnene Generationswechsel der Redaktion setzte sich bei „Arbeit – Bewegung – Geschichte“ fort. Während sich die lange Zeit tonangebenden Redakteurinnen aus „JahrBuch“-Zeiten nach und nach zurückzogen, begannen sich jüngere Historiker – und darunter vermehrt Historikerinnen – in der ABG-Redaktion zu engagieren. Die im Zuge der Corona-Pandemie eingeführten Videokonferenzen führten dazu, dass sich die Redaktion nun auch auf Mitglieder außerhalb des Berliner Raums stützen kann, die zusätzliche regionale Netzwerke und Expertise einbringen. Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich und kollektiv. Eine Chefredakteurin oder einen Chefredakteur gibt es nicht. Stattdessen rotiert seit 2017 die sog. Heftverantwortung. Beiträge durchlaufen ein umfangreiches internes Begutachtungsverfahren, an dem mehrere Redaktionsmitglieder beteiligt sind. Ein wissenschaftlicher Beirat, in dem renommierte Historiker:innen und Expert:innen zur Geschichte der Arbeit und der Arbeiterbewegung vertreten sind, begleitet die Arbeit seit 2018. Arbeit – Bewegung – Geschichte freut sich stets über neue Beitragsangebote. Auch ist es möglich, als Gastredakteur:in gemeinsam mit der Redaktion ein Schwerpunktheft zu gestalten. Hinweise zu aktuellen Calls und zu Redaktionsrichtlinien finden sich auf der Website.⁴

Wie der kurze Blick auf Geschichte und Arbeitsweise der Zeitschrift gezeigt hat, konnte sich ein Projekt wie ABG über Jahrzehnte nicht nur aufgrund der kontinuierlichen Arbeit einer ehrenamtlichen Redaktion behaupten und weiterentwickeln. Es verdankt sein Erscheinen ebenso der Expertise und dem Engagement solidarischer Autor:innen und einer treuen Leser:innenschaft. Wenngleich die Zeitschrift ihre Abobasis Auflage und Abonnements in den letzten Jahren stabil halten konnte, hilft jedes neue Abonnement enorm, auch in Zukunft die Forschung zur Geschichte der Arbeit, der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen voranzutreiben. Neue Schwerpunkthefte sind schon in Vorbereitung und angesichts der aktuellen politischen und sozialen Verwerfungen scheint der Blick in die Vergangenheit sozialer Kämpfe noch unverzichtbarer. ABG hat auf diesem Gebiet noch viel vor – wir freuen uns, wenn Sie uns auf diesem Weg (weiterhin) begleiten!

4 <https://www.arbeit-bewegung-geschichte.de/>.

Kontakt

Redaktion Arbeit-Bewegung-Geschichte
Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V.
Weydingerstr. 14–16
10178 Berlin

Website: <https://www.arbeit-bewegung-geschichte.de>

Kontakt für Buchbesprechungen:
buchbesprechungen@arbeit-bewegung-geschichte.de

Hefbestellungen und Abonnements beim Verlag: [https://metropol-verlag.de/
produkt-kategorie/zeitschriften/arbeit-bewegung-geschichte/](https://metropol-verlag.de/produkt-kategorie/zeitschriften/arbeit-bewegung-geschichte/)

Autorinnen und Autoren

Fabian Bennewitz, Historisches Institut, Universität zu Köln. Vorsitzender des Fördervereins für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Mitglied der Redaktion von „Arbeit – Bewegung – Geschichte“ und ehemaliger Promotionsstipendiat der RLS.

Stefan Berger ist Historiker und lebt in Bochum. Er ist Professor für Sozialgeschichte an der Ruhr-Universität und Direktor des Instituts für soziale Bewegungen sowie Vorstandsvorsitzender der Stiftung Geschichte des Ruhrgebiets. Er ist Gründungsmitglied und Vorsitzender der German Labour History Association und gibt, gemeinsam mit Sean Scalmer (Melbourne) die Zeitschrift: „Moving the Social. Journal for Social History and the History of Social Movements“ heraus. Er ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von „Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien“. Zu seinen Interessensgebieten gehören die Geschichte der Arbeiterbewegung und von sozialen Bewegungen, die Geschichte des Nationalismus, Historiographiegeschichte, die Geschichte der Deindustrialisierung sowie die britisch-deutschen Beziehungen, besonders auf der politischen Linken.

Vera Bianchi ist Historikerin und Doktorandin an der TU Dresden zu zwei anarchistischen Frauengruppen in der Zwischenkriegszeit. Politischer Kampf für eine freie Gesellschaft muss eine gleichberechtigte Verteilung von Care-Arbeit sowie gegenseitige Hilfe beinhalten – diese feministischen Kämpfe untersucht sie in diversen Publikationen zu den Mujeres Libres (Freie Frauen), dem Syndikalistischen Frauenbund, der Pariser Kommune 1871 und dem Tomatenwurf 1968. Publikationsliste: <https://www.clio-online.de/researcher/id/researcher-25777>. Sie ist ehemalige Promotionsstipendiatin der RLS. Mitglied der Redaktion von „Arbeit – Bewegung – Geschichte, Zeitschrift für historische Studien“ und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der „Mitteilungen des Förderkreises der Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“. Forschungsschwerpunkte: Frauenbewegungen, Anarchistische Bewegungen, Arbeiter*innenbewegungen, Spanischer Bürgerkrieg, Intersektionalität.

Sebastian Bischoff ist Historiker und leitet an der Universität Bielefeld das DFG-Habilitationsprojekt Die bundesdeutsche Rechte und die „sexuelle Revolution“. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Geschichte der politischen Rechten, der Sexualitäten, des Ersten Weltkriegs und Erinnerungspraxen in postfaschistischen, postkolonialen und postmigrantischen Gesellschaften.

Susanne Boehm, Historikerin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Sonderforschungsbereich 1567 Virtuelle Lebenswelten der Universität-Bochum; Forschungs-

und Lehrtätigkeiten in den Feldern Geschlechtersozio­logie und Bildungswissenschaften mit den Schwerpunkten Scientific Reasoning und Wissenschaftskonzepte, forschungsorientierte Lehr-Lernsettings, Politiken Neuer Sozialer Bewegungen, Intersektionalität, Bildung und Inklusion.

Jule Ehms hat Geschichte und Philosophie an der Martin-Luther-Universität in Halle, der University of Notre Dame und der Universität Wien studiert. Sie promovierte am Institut für soziale Bewegungen in Bochum zu syndikalistischer Betriebsarbeit am Beispiel der Freien Arbeiter-Union Deutschlands, ihre Dissertation erschien 2023 beim Verlag Westfälisches Dampfboot. Anschließend wechselte sie in die historische Erinnerungsforschung und arbeitet an einem Forschungsprojekt, das das Austragen von Erinnerungskämpfen (am Beispiel des Gedenkens an den Nationalsozialismus in der Bundesrepublik) aus einer hegemonietheoretischen Perspektive beleuchtet. Sie ist derzeit Lehrbeauftragte an der Universität Leipzig und arbeitet als Projektreferentin bei der Hans-Böckler-Stiftung.

Anke Hoffstadt ist Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus | Neonazismus (FORENA) der Hochschule Düsseldorf. In der Lehre, Hochschul- und Professionsentwicklung widmet sie sich Aufgaben und Fachlichkeit Sozialer Arbeit im Kontext „Extreme Rechte und Strukturen und Praxen der Ungleichwertigkeitsvorstellungen“. In der Forschung widmet sie sich aktuell der Figur des Soldaten in extrem rechten Staatsstreich-Formationen des 20. Jahrhunderts und den Folgen rechten Terrors in Gegenwart und Zeitgeschichte.

Bernd Hüttner ist Politikwissenschaftler und lebt in Bremen. Er ist Referent für Zeitgeschichte und Geschichtspolitik am Zentrum für Gesellschaftsanalyse und politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Koordinator des Gesprächskreises «Geschichte» und Co-Koordinator des Gesprächskreises „Antisemitismus/ jüdisch-linke Geschichte und Gegenwart“ der RLS. Er ist unter anderem Mitglied des Vorstandes der German Labour History Association und der Redaktion von „Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien“. Zu seinen Interessensgebieten gehören emanzipatorische historische Bildung, Intersektionalität, Kunstgeschichte und neue soziale Bewegungen. Er gab 2021 bis 2025 zusammen mit Riccardo Altieri und Florian Weis die fünf­bändige Reihe „Juden und Jüdinnen in der internationalen Linken“ heraus. Seine Website mit Publikationsverzeichnis ist unter www.bernd-huettner.de zu finden.

Robert Kempf ist promovierter Historiker. Er verdient seinen Lebensunterhalt außerhalb der Wissenschaft. Er wünscht sich, dass das gesellschaftskritische Potenzial der Geschichtswissenschaften stärker genutzt und reflektiert wird. Über die realen Verhältnisse im akademischen Betrieb macht er sich jedoch keine Illusionen.

Markus Mohr Für den im Jahre 1962 geborenen Verfasser existiert zu den ab dem Jahre 1967 sich vollziehenden Gründungsprozessen unter dem Signum des „umgestellten K“ in der Bundesrepublik weder ein biographischer noch organisationspolitischer Bezug. Er ist allerdings seit 2005 Mitglied in der Nachfolgeorganisation der von der KPD/ML Anfang 1975 in Dortmund gegründeten Roten Hilfe Deutschland, die in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre von Autonomen als Rote Hilfe e.V. fortgeführt werden sollte.

Yves Müller ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Landesgeschichte/Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt in Halle (Saale). Er war Promotionsstipendiat der RLS und ist u. a. Mitbegründer des Zeithistorischen Arbeitskreises Extreme Rechte (ZAER). Seine Forschungsschwerpunkte sind derzeit: NS-Machtübernahme und „früher Terror“, Geschichte der nationalsozialistischen „Sturmabteilung“ (SA), Geschichte der extremen Rechten nach 1945, Fremd-Sein in der DDR.

Gisela Notz ist Sozialwissenschaftlerin, Historikerin, Aktivistin. Bis 2007 wissenschaftliche Referentin im Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, Forschungsabteilung Sozial- und Zeitgeschichte. Jetzt freiberuflich in Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte der Arbeiter*innenbewegung, Arbeitsmarkt-, Familien- und Sozialpolitik, Alternative Ökonomie, Genossenschaften. Herausgeberin des historischen Wandkalenders Wegbereiterinnen, zahlreiche Veröffentlichungen. Website: www.gisela-notz.de.

Dominik Rigoll ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam, wo er vor allem zur deutschen und französischen Geschichte des 20. Jahrhunderts forscht. Zuletzt war er Mitherausgeber, zusammen mit Claudia Gatzka und Ulrich Mähler, des „Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2025. Der Ort des Kommunismus in den westeuropäischen Demokratien seit 1945“.

Uwe Sonnenberg ist als Historiker bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit verschiedenen Schwerpunkten aus der Geschichte der Linken im 19. und 20. Jahrhundert beschäftigt. Zuvor war er beim Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam tätig, wo er seine Promotionsarbeit verfasste: „Von Marx zum Maulwurf. Linker Buchhandel in Westdeutschland in den 1970er Jahren“, Wallstein, Göttingen 2016.

Redaktion Sozial.Geschichte Online. Die Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts erscheint zwei bis dreimal im Jahr und ist online kostenfrei erhältlich; in unregelmäßigen Abständen veröffentlicht sie auch Sonderhefte, wie zuletzt zu Jacques Rancière; mehr Informationen unter: <https://sozialgeschichte-online.org>

Rhena Stürmer ist Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für die Geschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts, Universität Leipzig. Sie hat zur Geschichte des Linkskommunismus promoviert und war Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



Stefan Berger war von 2015 bis 2018 Ko-Leiter des Promotionskollegs „Geschichte linker Politik in Deutschland jenseits von Sozialdemokratie und Parteikommunismus“; alle weiteren Autor_innen sind aktiv beim Gesprächskreis „Geschichte der RLS“, den Bernd Hüttner seit seiner Gründung 2006 koordiniert.